UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Revolution

Blum, Hans

Florenz [u.a.], 1897

Drittes Buch. Die Blütezeit und Sonnenwende der deutschen Nationalversammlung.

urn:nbn:de:hbz:466:1-64064

Visual Library

Drittes Buch.

Die Blütezeit und Sonnenwende der deutschen Nationalversammlung.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

So kann's ja nicht fehlen!

Zum Bau der deutschen Flotte wurde von einem reichen Bankier ein Eichwald verehrt; mit den Vorarbeiten zum Einsäen soll bereits begonnen werden.
Faksimile aus den „Fliegenden Blättern", 1848.

Erster Abschnitt.

Die deutsche Nationalversammlung (in den ersten vier Wochen ihres Wirkens).

Die frevelhafte Leichtfertigkeit und der klägliche Verlauf des Heckerputsches waren auch für den Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung von großer Bedeutung. Wie Heinrich von Gagern in den Kreisen des gemäßigten Bürgertums und der oberen Stände, besaß Robert Blum damals in den breiten Volksmassen den größten Einfluß, sein Wort das bedeutendste Gewicht. Auch den Massen verhehlte Blum nicht sein Verdammungsurteil über den Heckeraufstand: „Hecker und Struve haben das Volk verraten durch ihre wahnsinnige Erhebung; es ist mitten im Siegeslauf aufgehalten; das ist ein entsetzliches Verbrechen". Ebenso warme und freisinnige Volksfreunde wie er, hatten schon vor oder bei Ausbruch jenes Aufstandes in vielfach verbreiteten und aufgelegten Flugschriften ihre warnende Stimme an dieselben Volksmassen gerichtet. Eine der merkwürdigsten und eigentümlichsten Schriften dieser Art ist die von Friedrich Hundeshagen, „ehemals Bürger von Amerika, nun Bürger vom einigen Deutschland", „Die Reform und nicht die Republik! Ein Wort an das deutsche Volk und zunächst an die Bewohner Badens". Nachdem der wackere Mann seine langjährigen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bezüglich der Schattenseiten der dortigen, von den deutschen Radikalen überschwänglich gepriesenen Verfassungsverhältnisse und politischen, sittlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Zustände mit durchdringendem Scharfsinn klargelegt hat, schließt er die kurze Schrift von 16 Druckseiten mit den trefflichen Worten:

„Wer steht uns dafür, daß unsere neuen Herren Republikaner das Staatsruder besser zu führen wissen, daß sie auch bessere Säckelmeister (Kassenführer) sind als

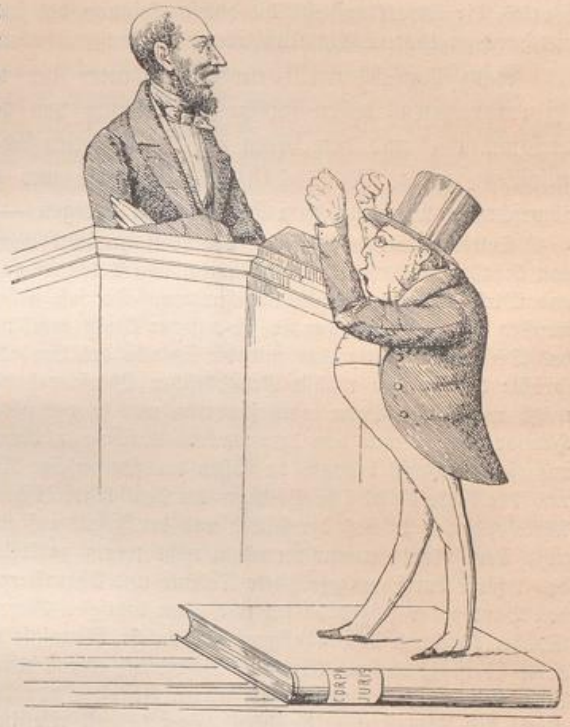
jene Herren Radikalen (in Nordamerika und namentlich auch im Kanton Bern in der Schweiz seit 1831, die in 15 Jahren ein Kantonsvermögen von vielen Millionen verregiert haben). Wer sein eigenes Geschäft nicht gut führen, sein Hauswesen nicht gut verwalten kann, der mische sich nicht in den Staatshaushalt. — Freunde, Mitbürger, Deutsche, ich bin zum Schluß gekommen. Als erfahrener, gereifter, im Leben gestählter Mann rufe ich Euch zu: Keine Illusionen, keine Täuschungen, keine Revolutionen, keine Republik, sondern Reform, durchgreifende Reform, ein einiges Deutschland, ein nationales deutsches Parlament, kein Amerika, keine Schweiz, nein ein Deutschland wollen wir errichten, daß die Welt in Achtung sich vor ihm beugen soll. Darum die guten Bürger vorangestellt, und nicht die Schreier. Aber auch die Waffen bereit, denn wo keine Macht ist, ist auch kein Besitz."

So gesunde und maßvolle Gedanken und Mahnungen fanden während der Wahlkämpfe auch bei den durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nun zum erstenmal an die Wahlurne berufenen Volksmassen Eingang und Gehör. Das bewies der Ausfall der Parlamentswahlen. Denn wie im Vorparlament, betrug auch in der deutschen Nationalversammlung die Zahl der unbedingten Anhänger der Republik nur einen verschwindenden Bruchteil des Parlamentes, das über 600 Köpfe umfaßte. Rechnete man diesen wenigen selbst noch die ganze radikal-demokratische Linke, unter Blums Führung, hinzu, so machten sie insgesamt kaum ein Viertel der Versammlung aus. Noch weit schwächer, nur etwa dreißig Köpfe stark, war die äußerste Rechte, die den vormärzlichen Grundsatz der „Legitimität" verteidigte gegenüber dem Grundsatz der „Volkssouveränität", von welchem alle übrigen Parteien der Nationalversammlung durchdrungen waren. Und die Ansichten der einzelnen Glieder dieses Häufleins waren noch mannigfaltiger und buntscheckiger wie die der Linken. Denn neben manchen Altjunkern, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten, neben Ultramontanen und Stockösterreichern, die in Frankfurt gar nichts zu stande kommen lassen, oder das neue deutsche Reich willenlos zu ihren Füßen sehen wollten, zählten sich zu dieser „äußersten Rechten" auch die ehrlichen freigesinnten Georg v. Vincke und Graf Schwerin-Putzar. Neben dem Fürsten Lichnowsky und Radowitz war Vincke ihr bester Redner; nur als Verteidiger der ungeschmälerten Rechte der preußischen Krone und der preußischen Staatsmacht gehörten Vincke und Graf Schwerin in diese Reihen; Vinckes Haltung war dabei treffend gezeichnet durch sein geflügeltes Wort vom „historischen Rechtsboden".

Die große Mehrheit des deutschen Parlamentes aber war weder reaktionär noch revolutionär gesinnt, wenn es auch aus einer Revolution hervorgegangen war; ihr eifrigstes Streben war nach dem Ziel gerichtet, eine feste monarchische Ordnung an die Stelle des revolutionären Zustandes zu setzen. Trotz ihrer monarchischen Gesinnung aber, einigte sie sich mit der Linken, ja mit allen Mitgliedern des Parlaments — bis auf etwa dreißig Ultras der äußersten Linken und Rechten — in der Überzeugung, daß die konstituierende deutsche Nationalversammlung nach Soirons berühmtem „Einzig und allein" verfahren,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

d. h. bis zur Durchführung der Gesamtverfassung für Deutschland allein und aus eigener Kraft verfügen, regieren und konstituieren müsse. So verstand die überwältigende Mehrheit den Ruf des deutschen Volkes, der an sie ergangen war und sie auf die Sitze der Paulskirche geführt hatte. Denn undenkbar schien ihnen allen, nach den Erfahrungen der letzten 33 Jahre, daß ohne die Handhabung der durch die Märzrevolution dem Parlament errungenen Volkssouveränität die Vereinbarung über das künftige Verfassungswerk mit 39 Einzelregierungen, jemals gelingen könne. In dieser Überzeugung einigten sich von Anfang an reichlich neunzehn Zwanzigstel des ganzen Frankfurter Parlaments, wenn auch noch Wochen vergingen, ehe bestimmte Fraktionen sich bildeten — nur die Linke unter Blum trat von Anfang an geschlossen auf — und dann weitere Monate, bis einzelne Gruppen zu den an das Parlament herantretenden entscheidenden Fragen Stellung nahmen. Das darf nicht überraschen, denn die Meisten waren sich beim Zusammentritt des Parlaments noch persönlich unbekannt, die Allerwenigsten besaßen parlamentarische Sicherheit und Erfahrung, und auch von diesen war kaum Einer gewöhnt, die eigenartige Mannigfaltigkeit seiner persönlichen Anschauungen und Überzeugungen der vorherrschenden Meinung der Freunde und vollends der Mehrheit von 600 Abgeordneten unterzuordnen. Alles das mußte erst gelernt sein. Trotz alledem aber fällt Heinrich v. Sybel (a. a. O. Bd. I, S. 171) über dieses erste deutsche Parlament das treffende Urteil:



Brentano. v. Vincke.

Vincke: Ich bewege mich, wie Sie sehen, meine Herren, rein auf dem historischen Rechtsboden.

Karikatur aus dem Parlament 1848.

„So stand es in einer Versammlung, welche von keiner früheren oder späteren in Deutschland an Geist und Talent, an Wissen und Beredsamkeit, an idealem Streben und edler Vaterlandsliebe übertroffen worden ist: es war die Bestätigung des alten

Wortes, die Staatskunst sei die höchste Leistung des menschlichen Geistes, zu der man nur durch angeborene Genialität oder durch lange Schulung in strenger Methode gelange".

Ganz ähnlich urteilt ein Abgeordneter der vorgeschrittensten Linken, W. Zimmermann, dessen farbige Schilderung von dem „Äußeren der Nationalversammlung" und dem Leben auf den Galerien sich an dieses Urteil unmittelbar anschließt (a. a. O. S. 743/749) und die wir hier — ohne im Einzelnen abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen — folgen lassen:

Seit der deutsche Name in der Welt genannt wurde, fand sich keine solche Fülle von berühmten oder bekannten Namen, von Talenten und Charakteren, von Berufsarten und Wirkungskreisen gemischt beisammen. Da saß nebeneinander der Abgeordnete des fernsten Preußens, wo der Kosake auf der Wacht steht, neben dem aus Welsch-Tirol, der das Deutsche nur gebrochen und die Sprache des Landes der Orangen als Muttersprache spricht; da saß der reichste Grundbesitzer Oberschwabens, der noch den Fürstenmantel trägt, und dessen Vater noch souverän war so gut als die Kronen von Preußen und Hannover, nicht weit von dem wackern Landmann, der seinen Maierhof im Traunkreise mit eigener Hand bebaut; da saßen der feuereifrige Ritter des katholischen Glaubens, und der kühle dialektische Prediger der deutschkatholischen Gemeinde, der Lichtfreund, der Philosoph, der Bischof, der Pietist und der Jesuit auf einer Bank; alle Glaubensbekenntnisse Deutschlands waren vertreten, nicht wenig zahlreich auch das jüdische, und zwar das letztere durch ausgezeichnete Talente und Charaktere. Gegen sechshundert saßen auf den Bänken der Abgeordneten aus allen deutschen Gauen, und auch aus nicht deutschen. Welcher Reichtum von Physignomien, welche Mannigfaltigkeit! und das Auge, das Hunderte überflog, es fand keine, die nicht durch irgend etwas bedeutend, über das gewöhnliche hinaus gewesen wäre. Da waren Gestalten von der jugendlich zartesten bis zum Greis mit Silberlocken; da hüpft einer behend, wie in das Boudoir einer Dame, auf die Rednerbühne; dort streckt einer, von langer enger Kerkerhaft zusammengebrochen, und nur noch in Kopf und Herz elastisch, die leidenden Beine aus einem Lehnstuhl, in dem er halb sitzt, halb liegt. Wer ist der Mann mit dem antiken Kopfe des philosophischen Cato, der an zwei Krücken unter den Armen sich zu seinem Platz an der hohen Säule trägt? es ist der Mann, der siebzehn Jahre in der Verbannung in Frankreich gelebt hat, es ist der freisinnigste, edelste und geistvollste Abgeordnete der bayerischen Kammer von 1831, es ist Schüler von Zweibrücken. Nicht weit von ihm sitzt Sylvester Jordan von Marburg, der in Tirol, seiner Heimat, und in Kurhessen viel Verfolgte; weiterhin Stedtmann, Rüder, Briegleb, und so manche Namen, die durch Verfolgung bekannt geworden, die sie um vaterländischer Bestrebungen willen erlitten hatten. Jordan — wie gefurcht, wie gealtert ist sein Antlitz, das nur noch die darüber hinzuckende Leidenschaft bewegt! Ein Jüngling gegen ihn, mit dem schönen lichtvollen Kopf, sitzt vor ihm sein alter Lehrer und Meister Mittermaier, eine Gestalt voll Weisheit und Adel. Weiter rechts von ihm sitzt eine andere Berühmtheit, Dahlmann — welch ein Kontrast zwischen beiden! So eine Physiognomie existiert nicht mehr auf der Welt! rief einer, als er ihn sah. Und dort an der Mittelsäule auf der Höhe mit dem ungeheuern weißen Bart, dem langen weißen Haar und dem schwarzen Sammtmützchen, dem altdeutschen Rock und dem weit herausgeschlagenen weißen Hemdkragen — wer könnte es sein, als die Ruine des alten Jahn, des Turnermeisters? Auch ein Preuße, mit etwas deutschem Anflug, sitzt dort auf der äußersten Rechten, die stattliche Gestalt des Besitzers zahlreicher Güter in Vor- und Hinterpommern, das eifrige Mitglied des preußischen Gustav-Adolph-Vereins und des Vereinigten Landtags, der es aber in der Paulskirche weder als Redner, noch als Parteimann, zu einer vorragenden Stellung bringen konnte, obgleich er einen Namen

trägt, der in die Ruhmesgeschichte Preußens verwebt ist — es ist der Graf Schwerin. Nicht weit von ihm sitzt ein anderer Graf von seiner leichtbeweglicher Gestalt, Landwirt wie jener, aber auch ein bekannter politischer und national-ökonomischer Schriftsteller, der Prager Graf Deym. Und dort in der Mitte sitzt ein jüngerer Graf, schlicht und geistvoll, der volkstümliche Dichter Auersberg, der unter dem Namen Anastasius Grün seit siebzehn Jahren in Österreich die Lerche der Freiheit war, und doch zeigt sein Angesicht gerade jetzt die Täuschung mancher Hoffnung. Fast neben ihm bewegt sich lebhaft ein markiger Kopf, nach innen freisinniger als nach außen, Protestant und im ultramontanen Münchner Ministerium Ministerialrat und Lehrer des jetzigen Königs, grundgescheit und praktisch, humoristischer Redner — es ist der Professor von Hermann. Gerade über von ihm — das ist auch ein Gelehrter von München, aber seit achtzehn Jahren mehr in der Türkei, in Asien und Afrika wohnhaft, als in München, oder in seinem heimatlichen Weiler in den Bergen Tirols. Man weiß nicht, ist das Geistvolle oder die morgenländische Bildung seines noch im vorgerückten Alter schönen Kopfes anziehender — es ist der berühmte Reisende des Orients, Fallmerayer. Auf der andern Seite drüben interessiert gleichfalls ein leiblich und geistig schönes Haupt, Gervinus, der fein organisierte von Bekerath, der fleischige kurzhalsige, berlinisch-witzige, behagliche v. Vincke, dem das Wort nie ausgeht, mit den kleinen Augen und dem lebhaften Kolorit der kräftigen Backenknochen. Vincke, wie Bekerath und anderen, schadete in der Paulskirche der berlinisch übertriebene Ruf ihrer Beredsamkeit, der ihnen vorausgegangen war: viele, die anderes, mehr Festigkeit der Form und mehr von der Größe des Gedankens in beiden Rednern erwarteten und suchten, als diese gaben und geben konnten, fanden sich getäuscht, trotz hoher Vorzüge, die jeder von beiden hatte. Bei Vincke trat der Mensch nicht ein in das Wort, es fehlte die Hoheit des Gemüts und die Wahrheit der unverrückten Grundsätze. Bei Bekerath vermißte man die durchschlagende Kraft, bei ihm sprach der Mensch, aber mehr der Ästhetiker, als der Politiker; auch ihm fehlte jene Allgewalt der Begeisterung, die auf der Rechten keiner, auf der Linken nicht bloß einer hatte, und die den letztern den politischen Seherblick so oft gab. Da saßen nacheinander die wissenschaftlichen oder litterarischen Namen: Gülich, Stenzel, Wedekind, Hildebrand, Droysen, Waiz, v. Raumer, Zachariä, Blumröder, Bernhardi, Tellkampf, Esmarch, Haggenmüller, Vischer, Zeitteles, Kolb, v. Linde, v. Lindenau, die Brüder Moriz und Robert Mohl, Mathy, Welcker, Nauwerk, eine der interessantesten Physignomien; Heinrich Simon, Wagner, Wippermann, Biedermann, Beseler, v. Meyern, Arndt, Jaup, Mewissen, Deiters, Philipps, Döllinger, Beda Weber, Gfrörer, Buß, v. Reden, Schubert, Archer, Freese, Hagen, Moriz Hartmann, Ruge, Wilhelm Schulz, Günther, Karl Vogt, Roßmäßler, Heubner, Simson, Künßberg, Ludwig Uhland und Jakob Grimm; und dieser letztere, welch schönes klassisches Haupt, das jeden Künstler herausforderte, hatte er! Und wie viele andere in diesem oder jenem Fach namhafte Männer überschaute da das Auge! Wie viele Männer, deren Name als Volksvertreter oder Vaterlandsfreunde seit zehn, zwanzig, dreißig Jahren in den Zeitungen hundertmal genannt, durch ganz Deutschland gefeiert waren, die Männer aus Sachsen und Hannover, aus Hessen und Nassau, aus Baden und Mecklenburg, aus Württemberg und Bayern, besonders aus jenem ein Kern des Strebens und Leidens für die Volkssache. Hüben und drüben frappierten oder interessierten malerische Gestalten, stämmige, urkräftige Söhne des Schwarzwaldes, wie Kuenzer und Buß, vorzeitartige, wie der gediegene und joviale Reinhard aus Mecklenburg — so müssen die Teutonen aufgetreten sein, deren bloßer Anblick den Römern Furcht einjagte. Deutschfranzosen wie Raveaux und Zell, selbst Ludwig Simon; deutschslavische wie Kollaczek, echt deutsche, wie der als Greis noch jugendliche Mohr, wie der jüngere Schwarzenberg. Andere ausgezeichnete Namen waren kurz da, und verschwanden wieder

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bald aus der Paulskirche, wie Paul Pfizer, Wirth, Janiczewsky und Liebelt; andere kamen erst später, wie Julius Fröbel, Temme, Rank und viele so! Der Personenwechsel war stark.

Der Physiognomiker, der in Menschengesichtern geübt war, konnte leicht unterscheiden, was zur äußersten Linken und Rechten gehörte, aus den andern heraus, nicht so leicht beide unter sich; denn beide äußersten Parteien waren, wenn sie in der Paulskirche anwesend, ein überwiegend ernster, düsterer Kreis, nicht der Gesamtheit, aber der Mehrzahl nach; nur war die äußerste Rechte in Masse schweigsam, die äußerste Linke bloß in Einzelnen. Wer nach staatsmännischen Physiognomien suchte, der fand eine

von Schmerling.
Nach einer Lithographie von Schertle 1848. Deutsche Nationalgalerie.

solche nicht sowohl in dem Grafen Arnim, als in dem Ritter von Schmerling, dem letzten Bundestagspräsidenten, in dem Mann mit dem nüchternen, kalten Gesicht, mit dem Mäskchen, das verborgenen Sinn weissagt, über das nichts hinläuft, weder die Röte der Begeisterung, noch die Blässe des Zorns, und woran auch nichts hängen bleibt. Das Gesicht ist glatt wie eine Marmorwand und der ganze Mann ist glatt; die Erscheinung ist höfisch, ob man gleich weiß, daß er niemals bei Hof gewesen ist; sie ist energisch ohne Feuer, zähe und verschlossen, so dünn, so klein, so fein gebaut sie ist. Diese Freundlichkeit kann Heinrich Gagern gewinnen, aber keinen Linken. Diese sagen: das ist der Mann,

Schlingen zu legen und Pläne zu machen, verschmitzt, kaltblütig, ein Künstler in der Verstellung und darum so zuversichtlich. In der That war Schmerling der Mann, der in Frankfurt ganz deutsch that und gleich darauf in Wien zu den Wienern sagte, daß er immer zuerst Österreicher und dann erst Deutscher sei. — Man sah ihm an, er grübelte und rechnete nicht voraus, er war genießender Wiener und leichten Sinns, aber er faßte die Dinge, wenn sie an ihn herankamen, blitzschnell ins Auge, sah ihnen ins Auge, ging ihnen auf den Leib, und wurde ihrer Meister; aber nicht aus persönlichem Mut, und darum nur dann, wenn er sah, daß die Übermacht von Mitteln gegen fast mittellose Gegner den Sieg vornherein ihm in die Hand gab.

Der Raum, worin diese Versammlung tagte, war noch geschmackvoller und glänzender ausgeschmückt, als im Vorparlament; die blendend weiße hohe Kirche zeigte jede Figur in hellem Lichte, und die riesenhaften Fensternischen waren mit grünem Tuch verhangen, und über dem Bureau des Präsidiums waren die roten Vorhänge prachtvoll geworden.

Keinen Tag waren die oberen Galerien mäßig voll; selbst in den Tagen wo nur abgestimmt wurde, brachen sie fast unter dem Gedränge der Zuhörer, die beim Namensaufruf der Abgeordneten jede Abstimmung sich merkten, und bald laut, bald leise kritisierten. Unten waren große Räume für die Zuhörer abgeteilt, hart an den Bänken der Abgeordneten; rechts vom Bureau und links faßten diese Zuhörergalerien die Versammlung wie mit zwei mächtigen Armen; oft drängten sich gegen tausend Zuhörer hier zusammen, Herren und Damen, deren Galerien jedoch von einander abgeschieden waren. Nach der Rechten hin, geradeüber vom Präsidium, war die sogenannte Diplomatengallerie. Da sah man die Gesandten von Frankreich und England, von Rußland und Nordamerika, von Königen und Fürsten jeden Rangs, wie sie die Geburt und das Wachstum einer deutschen Nation belauschten und überwachten, und um sie her die Banquiers von Frankfurt, die Börsenmänner, auch viele von auswärts. Stundenlang harrten oft innen jetzt und jetzt wieder außen an der unmittelbar der Paulskirche gegenüber liegenden Börse die Männer der großen Geldgeschäfte auf eine Abstimmung in der Nationalversammlung, wie auf eine Entscheidung über Leben und Tod. Mehr als einmal sollen auch Mitglieder dieser Galerie, wenn durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt wurde, mit aufgestanden sein, als wären sie Mitglieder der Nationalversammlung. Einmal, in dem entscheidendsten Augenblick, wurde das nachher mit Beweis erhoben, und mit Namensnennung ohne Widerspruch von der Tribüne verkündet.

Zunächst an ihnen, da sah man die Aristokratie Frankfurts, der umliegenden Fürstenstädte und was von Fremden noch Karten für die einzelnen Sitzungen erlangen konnte; denn alle unteren Galerien waren nur mit Karten zugänglich. Die damals schon in drei Linien vollendeten Eisenbahnen brachten von drei Seiten täglich viele Auswärtige; und eine große Zahl Fremder, oft aus weitester Ferne her, hatte über die Dauer des Parlaments bleibend seinen Sitz in Frankfurt genommen. Auf dieser Seite, vorn in der ersten Bänkereihe, wie oben auf der Galerie, saß die Mehrheit der Journalisten, die in Hunderte von Blättern, selbst in französische und englische, über die Sitzungen berichteten.

Schon auf dieser Galerie waren einige Reihen Bänke für die Damen abgeteilt. Der Fürst Lichnowsky hatte es bei dem Präsidium herausgeschlagen, daß ein Teil dieses Raums, welcher der Rechten und äußersten Rechten gerade vor Augen lag, dem schönen Geschlecht zur Benützung freigegeben wurde.*) Aber nur wenige Damen setzten sich auf

*) Er — der leichtherzige Don-Juan, war auch oft selbst auf dieser Gallerie zu finden. Zu vgl. die S. 256 folgende Karikatur. D. Verf.

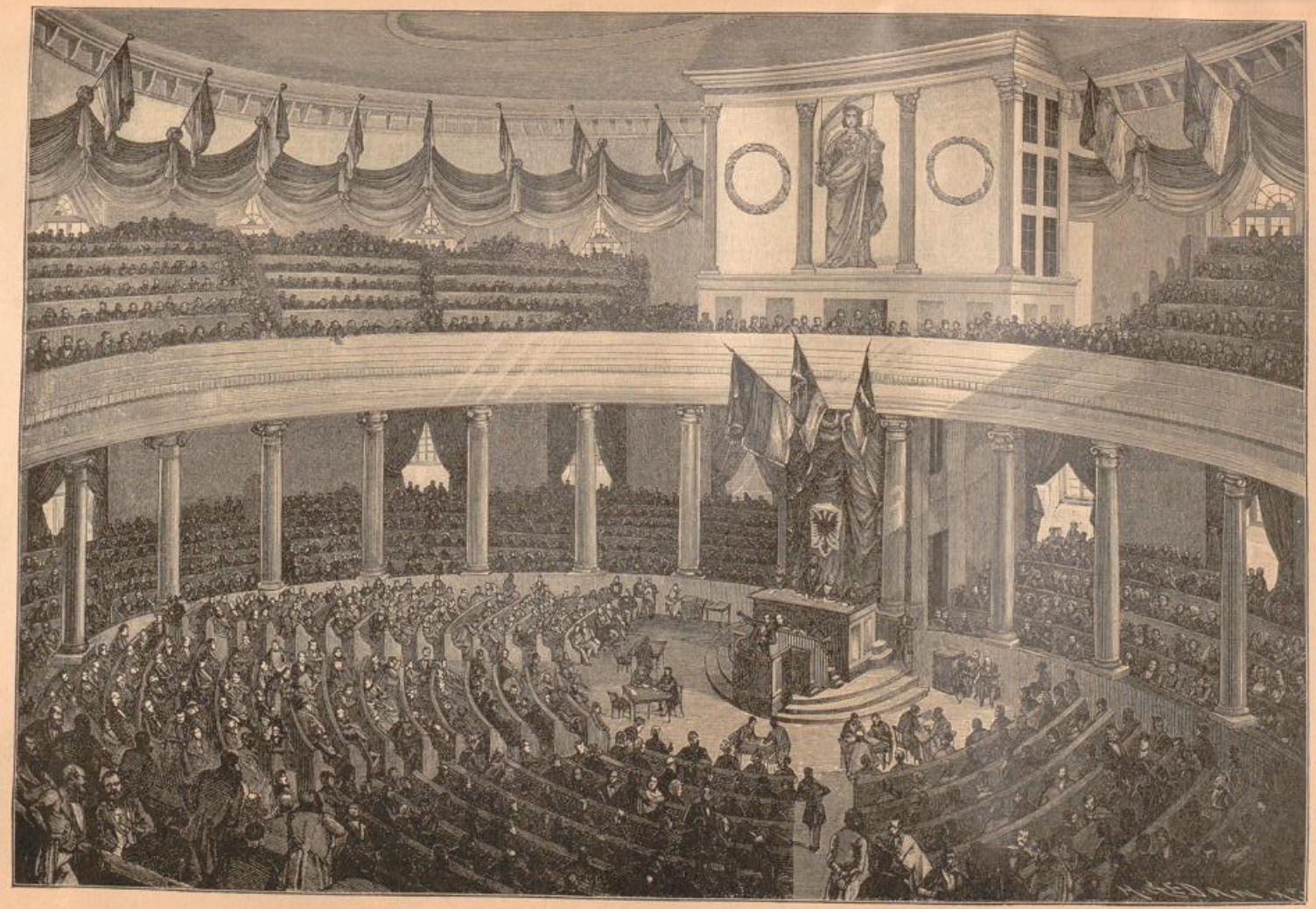
die Rechte; nur wenn die anderen ihnen zugewiesenen Räume an einzelnen Tagen übervoll waren, zogen sie sich zum Teil rechts hinüber. Die Meisten zogen es vor, vier und fünf Stunden lang links zu stehen, als rechts zu sitzen. Eine kleine Galerie über dem Haupte des Präsidiums war fast ausschließend von solchen Damen besucht, welche rechts gesinnt waren, und zwar österreichisch rechts, denn als später die Trennung zwischen österreichischem und preußischem Patriotismus eintrat, sah man Damen, die bis dahin jenes Galeriechen täglich besucht hatten, einigemale sogar von Kopf bis zu Fuß schwarzweiß aufgeschmückt, nur auf der Linken Platz zum stehen oder zum sitzen suchen. Die eigentliche Damengallerie war nämlich links. In der Geisterschlacht, wo Hunderte zusammen stritten und zusammen wirkten, und die Gedanken, wie Schwerter, oft wie zwei-

Mumm. Gräfin Berg. Fürst Lichnowsky. Metzler.
Aufseher: „Meine Dame, dieser Bisser darf nicht hier oben bleiben, denn hier herauf dürfen nur Damen"
Damen: „Nun seyen Sie nur ruhig, wir haben ihn ja nicht mit heraufgebracht, er lauft uns von selbst nach."
Aufseher: „Geht mich nichts an, es muß überhaupt einmal Ordnung auf der Galerie werden, er muß herunter, es paßt sich nicht!"

Karikatur aus dem Parlament, 1848.

schneidige, aufeinander schlugen, standen und saßen die Frauen in fünf Bänkereihen, die links vom Bureau bis hinauf zu dem sogenannten Berg der äußersten Linken sich zogen, und ihre Herzen glühten und kämpften mit und folgten jedem Ausfall eines ihrer Lieblinge, und oft reichten sie, zwar keinen Kranz, aber Blumen und holdestes Lächeln, sogar Händedruck, dem Sieger; denn so nahe schlang sich diese untere Galerie der Damen, wie eine bunteste Guirlande, an der Linken hin.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN



Eine Sitzung der deutschen Reichs-Versammlung zu Frankfurt a. M. 1848. Nach einer Lithographie von E. G. May: Originalzeichnung von Fz. Bamberger.

Unter dem Reichsadler der Präsident H. v. Gagern mit den zwei Vicepräsidenten von Soiron und von Andrian, nebst zwei Sekretären. Vor dem Präsidententisch die Rednertribüne; vor dieser die Tische der Stenographen, seitlich die der Sekretäre. In der ersten Zuhörerreihe zwischen den Säulen und zunächst dem Präsidententisch die Plätze der Journalisten; hinter diesen, rechts, reservierte Plätze für Damen, links, reservierte Plätze für Herren; daran anschließend, hinter der zweiten und dritten Säule von links das diplomatische Korps.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wir sahen, daß das Vorparlament den Bundesreformentwurf des „Siebener-Ausschusses" nicht durchberaten, sondern dem künftigen deutschen Parlament überwiesen hatte (s. o. S. 213). Einen ganz ähnlichen, nur eingehenderen Verfassungsentwurf hatten inzwischen die Siebenzehner, d. h. die 17 Vertrauensmänner, mit denen der Bundestag schon während der Schrecken des März sich umgeben hatte, ausgearbeitet. Diese wertvolle Arbeit stammte hauptsächlich aus der Feder des Germanisten Eduard Albrecht — wie der bescheidene Mann dem Verfasser dieses Werkes, seinem Schüler, 14 Jahre später vertraulich mitteilte. Doch hatte auch Dahlmann, der mit Albrecht s. Z. an der Spitze der Göttinger Sieben gestanden, wesentlichen Anteil an dem Werke, und da er der Berichterstatter der Siebenzehner und deren Wortführer beim Bundestage war, so trägt das Werk bei allen Darstellern der Geschichte jener Tage nur Dahlmanns Namen. Der Entwurf stellte an die Spitze des künftigen deutschen Reiches: ein erbliches Kaisertum mit verantwortlichen Ministern; ihm zur Seite ein Oberhaus, gebildet aus den regierenden Fürsten und 161 von den Kammern gewählten Reichsräten, sowie ein aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehendes Unterhaus. Kriegswesen, Diplomatie, Handels-, Zoll- und Verkehrswesen sollten lediglich Sache der Reichsgewalt sein. Das ganze Reich bildete ein einziges Zollgebiet. Alle Truppen der Einzelstaaten treten zu einem Reichsheer zusammen, dessen Offiziere der Kaiser ernennt, indem er zugleich über alle Festungen verfügt und die Garnisonsorte der Truppen bestimmt. Für die Regierung der Einzelstaaten werden durchgreifende Vorschriften oder Regeln erlassen, auch dem deutschen Volke sehr umfassende Freiheitsrechte verbürgt. In der Hauptsache wäre Deutschland damit ein konstitutioneller Einheitsstaat geworden. Denn die Reichsfürsten behielten zwar ihre erbliche Würde, die freien Städte ihre Selbständigkeit, aber doch nur die freie Verfügung in Bezug auf Gericht, Polizei, Kirche, Schule und einen Teil des Steuerwesens. Bei dem Bekanntwerden des Entwurfes schon mußte sich zeigen, ob im Volke und bei den Regierungen der Einheitsdrang so mächtig sei, um den Partikularismus, den Sondergeist, in solchem Maße zu beseitigen und rechtlos zu machen, wie dieser Entwurf beabsichtigte.

Nach dem Beschlusse des Vorparlaments nahm der Entwurf übrigens Schleswig, Ost- und Westpreußen und die deutsche Hälfte Posens in das Reichsgebiet auf. Von Österreich dagegen nur die Länder diesseits der Leitha. Denn an demselben 11. April, da Preußen die Aufnahme seiner eben genannten Provinzen in den Bund beantragt hatte, war von Kaiser Ferdinand den Ländern der ungarischen Krone ein selbständiges Ministerium und das lockere Verhältnis einer bloßen Personalunion mit dem Kaiserhause zugestanden worden. Der Siebenzehner-Entwurf schied daher die ungarischen Kronlande vom deutschen Reichsgebiet ganz aus und nahm nur Cisleithanien in dasselbe auf, dieses aber mit der Verpflichtung aller übrigen deutschen Reichslande: allen Gesetzen und

Verfügungen der deutschen Reichsgewalt sich unterzuordnen, dem deutschen Zollgebiet beizutreten, die Hälfte des österreichischen Heeres zum Reichsheer zu stellen. Nach den österreichischen Kundgebungen seit dem 24. März war sonnenklar, daß der Herrscher Österreichs sich diesen Bedingungen nicht unterwerfen würde, selbst wenn man ihm die deutsche Kaiserwürde übertrüge. Der Entwurf der Siebenzehner bedeutete also nichts anderes, als das Ausscheiden Österreichs und die Erhebung des Hauses Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron.

Schon unter den Siebzehnern erregte dieser Entwurf heftigen Widerspruch. Der bayrische Vertreter weigerte sich, an der Beratung teilzunehmen. Der österreichische, Herr v. Schmerling, behandelte das Machwerk ironisch als ein Erzeugnis unpraktischer Professorenweisheit. Der Bundestag, an den der Entwurf gleichwohl mit kleiner Mehrheit von den Siebenzehnern verwiesen wurde, fand ihn durchaus ungeeignet zur Befürwortung und Beschlußfassung, und ließ ihn in den Akten eines Ausschusses verschwinden. Die deutschen Fürsten waren sämtlich empört über die Zumutung, daß sie im Oberhause mit 116 ihrer Unterthanen zusammensitzen sollten. Die radikale Presse endlich tobte, trotz der demokratischen Grundrechte und des idealen allgemeinen Wahlrechts, die der Entwurf enthielt, gegen das preußische Erbkaisertum.

Diesen abfälligen Urteilen gegenüber, war den Urhebern und Freunden des Entwurfes doppelt erfreulich die warme Zustimmung, die der Prinz von Preußen in einem an den Gesandten v. Bunsen gerichteten Briefe aussprach. (Wir folgen dabei Sybel, a. a. O. I, 162/167.) Zugleich bekannte sich der Prinz entschieden zum konstitutionellen System. Fast nur gegen die übertriebene Beschränkung der Regierungsrechte der Einzelstaaten und die unwürdige Stellung, die den deutschen Fürsten im Oberhause zugedacht war, richtete er seine Bedenken. Den Entwurf im Ganzen aber hielt er für eine großartige Erscheinung, ein Meisterwerk an Klarheit, Gediegenheit und Kürze. „Darin zeigt sich eine Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die nur aus echt deutschem Herzen entsprungen sein kann, und die Anerkennung des Gesamtvaterlandes verdient", schrieb er. Der Gegensatz dieses einfach-klaren Geistes und Charakters zu seinem königlichen Bruder trat selten so schneidend hervor, als in dem Verhalten Beider zum Siebzehner-Entwurf. Schon kurz zuvor hatte nämlich König Friedrich Wilhelm dem englischen Prinzgemahl Albert eine Skizze des Bildes gesandt, das des Königs wundersame Einbildung von dem künftigen deutschen Reiche sich ausmalte. Wer das las, mußte sich schon damals ernstlich fragen, ob dieser Geist noch gesund sei? Denn nach der Königs-Phantasie sollte Deutschland auch fernerhin nur ein Staatenbund, kein Bundesstaat sein, trotz dieses losen Gefüges aber einen Fürstenrat und ein Parlament besitzen. Der Kaiser dürfe nicht gewählt werden, nicht einmal auf Zeit, „sondern ein für allemal müsse der Kaiser von Österreich als „Ehrenhaupt teutscher Nation" römischer Kaiser werden; unter ihm stehe ein auf Lebenszeit gewählter teutscher König als höchste

Reichsobrigkeit, gekürt wie weiland zu Frankfurt im Conclave des alten Bartholomäus-Doms, dort acclamiert durch das Volk, dann gesalbt und gekrönt, wenn katholisch, durch den Erzbischof von Köln, wenn protestantisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg als Primas Germaniae".

Dieses Traumbild sandte der König, jedenfalls in der Meinung ein herrliches Kunstwerk geschaffen zu haben, auch an Dahlmann, und zwar gerade im Augenblicke, als Dahlmann den Siebzehner-Entwurf zum Abschluß brachte. Darauf begleitete Dahlmann die Übersendung seines Werkes mit einer ehr-

Friedrich Christoph Dahlmann.
Nach einer Lithographie von F. Hickmann, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

erbietigen, aber eindringlichen Widerlegung des königlichen Planes. Doch der König blieb unerschütterlich. Ja, er enthüllte noch einige neue Blüten aus dem Treibhause seiner Phantasie. Wenn der Kaiser von Österreich mit der ihm unbedingt zustehenden deutschen Kaiserwürde nicht zufrieden wäre, ließ er Dahlmann wissen, so müßte dem Kaiser auch die ganze Regierungsgewalt im deutschen Reiche übertragen werden. Dann würde sich der König von Preußen mit

dem „Amte eines erblichen Reichserzfeldherrn" über die außerösterreichischen Truppen Deutschlands begnügen; die Kontingente der Mittel- und Kleinstaaten aber würden in sechs „Reichswehrherzogtümer" eingeordnet, an deren Spitze immer ein König, Kurfürst oder Großherzog — d. h. mit andern Worten immer ein mittelstaatlicher Gegner Preußens! — stehen müsse. Als dann Dahlmann nochmals die Notwendigkeit des preußischen Erbkaisertums nachwies, blieb der König unerschütterlich — wie fast immer, wenn er auf falschem Wege war — und bemerkte am Schlusse, er glaube gar nicht, daß die deutschen Fürsten ihm die Kaiserwürde anbieten würden; unterstehe sich aber das Volk zu einem solchen Anerbieten, ohne oder gegen die Fürsten, so müsse man mit Kanonen antworten!

So stand das Häuflein Derer, die schon bald nach der Demütigung der preußischen Krone in den Berliner Märzkämpfen den bewunderungswürdigen Mut besaßen, dem Könige, der sich dort ohne Not so tief gebeugt hatte, die künftige deutsche Kaiserkrone anzubieten, zu eben diesem Fürsten, dem geborenen Träger des nationalen Einigungswerkes, und gerade in den Tagen der Eröffnung des deutschen Parlaments. In Bayern und Österreich aber hatte der durch Dahlmanns Entwurf in Wut geratene Partikularismus sich nicht mit einer runden Ablehnung begnügt, wie König Friedrich Wilhelm, sondern in Bayern hatte König Max, nach einem tragikomischen Gepolter über das Frankfurter Machwerk, unter seinem eigenen Vorsitz einen Gegenentwurf ausarbeiten lassen, der an Stelle des Erbkaisers ein je sechsjähriges Direktorium setzte. In diesem sollten sämtliche Reichsfürsten nach einem festen Turnus abwechselnd herrschen. Das Reich blieb dabei ohnmächtiger wie nach der Bundesakte von 1815, und das Beste an diesem wunderlichen Plane war seine Unausführbarkeit. In Österreich vollends war der Widerstand gegen die Frankfurter Einheitsbestrebungen nicht bloß Regierungssache, sondern auch Herzenssache des Volkes. Wien fürchtete, zu einer Provinzialstadt des Reiches hinabgedrückt zu werden. Die Industriellen jammerten, daß sie, bei Einverleibung in das deutsche Zollgebiet, den Zollschutz gegen die überlegene deutsche Einfuhr verlieren würden. Die begeistertsten Märzpatrioten entdeckten jetzt, daß sie doch „zunächst Österreicher seien, und dann erst Deutsche". Der Ministerpräsident, Graf Ficquelmont, hätte seine Österreicher am liebsten gar nicht zum deutschen Parlament wählen lassen. Aber dann hätten die boshaften Frankfurter Preußenfreunde ja rufen können: Österreich habe sich bereits freiwillig vom Reiche losgesagt. So ließ er denn wählen, sorgte aber dafür, daß Österreich nur tüchtige „Großdeutsche", d. h. Feinde jeder straffen deutschen Einheit, namentlich jeder preußischen Vormacht nach Frankfurt entsende. Wir werden diese „Großdeutschen" aus Österreich noch näher kennen lernen. Endlich brachte die amtliche Wiener Zeitung am 21. April einen Ministerialerlaß des Inhalts: „daß die Regierung sich die Prüfung jedes Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vorbehalte, und keinen anerkennen werde, der mit den Interessen Österreichs und dem Charakter eines Staatenbundes nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

im Einklang stehe." Bald nach dieser prahlerischen Erklärung ging freilich auch dem Grafen Ficquelmont vorläufig der Atem aus. Denn am 15. und 26. Mai erlebte die Regierung in Wien neue Revolutionstage, unter deren Eindruck der kaiserliche Hof nach Innsbruck entfloh und das österreichische Ministerium abermals, wie im März, nur zum willenlosen Sprachrohr und Werkzeug der Wiener Straßendemokratie hinabsank. So vermochte Österreich dem Frankfurter Parlament vorerst durchaus nicht zu imponieren. Immerhin gehörte aber der ganze Schwung der damaligen Volksbegeisterung dazu, um unter so ungeheuren Schwierigkeiten den Bau des deutschen Einigungswerkes zu beginnen und an der Hoffnung des Gelingens festzuhalten.

Die Paulskirche. Sitz der deutschen Nationalversammlung. Nach einer Zeichnung von F. Bamberger, 1848.

Wer hätte an diesem Gelingen aber wohl zweifeln mögen, an jenem sonnigen 18. Mai 1848, da ganz Frankfurt, ja ganz Deutschland in begeistert gehobener Stimmung den Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung als Festtag des deutschen Volkes beging, und nun die Abgeordneten, entblößten Hauptes, von dem alten Kaisersaale des Römers, unter Glockengeläut und Kanonendonner, durch die herrlich geschmückten Straßen Frankfurts und dicht gedrängte jauchzende Volksmassen der Paulskirche zuschritten. Unter dreimaligem Hurrah erklärte sich die Versammlung hier für konstituiert, und der Alterspräsident Dr. Lang aus Verden, der sich in den hannöverschen Verfassungskämpfen Verdienst und Ehre erworben, eröffnete die Versammlung mit der Verlesung — eines Glückwunsches des Bundestages an die „neue Größe". Dieser Glückwunsch sollte nach der Meinung des Bundespräsidialgesandten, Herrn v. Schmerling, wahrscheinlich die Stelle einer Thronrede vertreten. Denn irgend eine Vorlage hatten die Regierungen dem Parlament durch den Bundestag nicht

gemacht. Auch kein Vertreter der Regierungen begrüßte die Versammlung persönlich bei deren Zusammentritt. Ja, der Bundestag hatte, wie wir sahen, sich nicht einmal über den Entwurf seiner siebenzehn Vertrauensmänner geäußert. Nicht mit Unrecht urteilte Dahlmann später über dieses Verhalten: „Die Bundesversammlung sprach sich selbst ihr Todesurteil, indem sie über die Verfassung der Siebzehn, die ihr seit Wochen (seit dem 26. April) vorlag, kein Urteil wagte, ihr eigenes Verhältnis zur Nationalversammlung mit keiner Silbe bezeichnete, sich begnügte, dem Parlament einen völlig inhaltsleeren Glückwunsch zuzuschicken. Das hieß die Versammlung herausfordern, ihre Machtvollkommenheit unbedingt festzustellen." Begreiflich, daß das Parlament diese leere Höflichkeit entgegennahm, ohne sie zu erwidern.

Die Verhandlung, die sich an dieses Schreiben knüpfte, — die erste der Paulskirche — war, bei der schwächlichen Leitung des Alterspräsidenten Lang, eine ungeordnete, tumultuarische. Am folgenden Tage aber, am 19. Mai vormittags, nachdem schon Gagerns feste Hand die Versammlung leitete, bestieg Venedey die Rednerbühne und verkündete: in der tumultuarischen Sitzung des Vortages habe ein Mann an Venedeys Stelle gestanden, der ungehört, weil unerkannt, dieselbe habe verlassen müssen, ein Mann, der kein anderer gewesen, als der ehrwürdige Ernst Moritz Arndt. Da ging durch die Abgeordneten und die Galerien freudigste Bewegung, deren Verlauf ein Augenzeuge und Mitglied der Paulskirche, Biedermann, also schildert (a. a. O. S. 280):

> Allgemeiner Zuruf: „Arndt auf die Tribüne!" Alsbald erschien die kräftige gedrungene Figur des greisen Arndt mit dem von Gesundheit blühenden Gesicht unter den schneeweißen Haaren, auf der Rednerbühne. Er sprach wenige aber tiefbewegte Worte. „Er komme sich vor", sagte er, „wie ein altes, gutes, deutsches Gewissen". Unendlicher Jubel unterbrach ihn. Und als er dann fortfuhr: „Wer an die Zukunft seines Volkes glaubt" — da ward dieser Jubel so stark, daß Arndt, zu Thränen gerührt, die Tribüne verließ. Darauf bestieg diese ein Zeit- und Leidensgenosse Arndts, der Turnvater Jahn, und forderte die Versammlung auf, dem alten Arndt den Dank des Volkes auszusprechen für sein so oft gesungenes Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Dem fügte ein anderer Abgeordneter, v. Soiron, den Unterantrag bei: Wenn erst die Frage, „was Deutschland sei", keine Frage mehr sei „wenn sie durch das Werk der Nationalversammlung die rechte Antwort gefunden habe, dann solle Vater Arndt seinem trefflichen Liede einen Vers mit dieser Lösung hinzufügen." Die Versammlung stimmte dem mit lautem Händeklatschen und freudigem Zuruf bei. Und so war die erste Sitzung des ersten deutschen Parlaments durch die Erinnerung und gleichsam Anknüpfung an die große Zeit der Erhebung Deutschlands von 1813, die in der Person Arndts verkörpert schien, auf die würdigste Weise eingeweiht.

Arndt trat dann später in den Verhandlungen der Paulskirche so wenig hervor wie Jahn. Letzterer aber, in dem die Linke sehr mit Unrecht einen Gesinnungsgenossen, ja einen Republikaner erwartet hatte, erwies sich in seinen Privatgesprächen und seinen Abstimmungen gerade als einer der entschiedensten Gegner der Revolution und Republik, so daß er von der Linken mit besonderer

Abneigung behandelt und als „Scharfrichter" der Republikaner verspottet wurde; eine hiefür zeugende Karikatur folgt nachstehend. In den Frankfurter Septembertagen von 1848 kostete ihm diese Feindseligkeit der revolutionären Volksmassen, wie wir sehen werden, fast das Leben.

Wir nehmen nach dieser Abschweifung den Faden der Erzählung wieder auf.

Jahn, der Demokratenvertilger. Karikatur aus dem Parlament 1848.

Der Bundestag erhielt am nämlichen 19. Mai noch eine deutliche mittelbare Antwort auf seinen Glückwunsch — durch die Vorgänge in der Paulskirche. Denn an diesem Tage wählte die Versammlung Heinrich von Gagern für die nächsten Wochen zum ersten Präsidenten, mit allen außer 85 Stimmen,

welche die Linke für v. Soiron abgab, da dieser im Vorparlament die Volkssouveränität verkündet und den Fünfzigerausschuß geleitet hatte. Gagern aber bewies sofort in der feierlichen, von allgemeinstem Beifall begleiteten Ansprache, mit der er sein hohes Ehrenamt antrat, daß er über die Machtvollkommenheit der Versammlung nicht anders denke als v. Soiron. Denn er sagte:

„Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation (Stürmischer Beifall). Den Beruf und die Vollmacht, dieses Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande kommen könnte. Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament richtig vorgefühlt, und uns den Charakter einer konstituierenden Versammlung vindiziert. Deutschland will Eins sein, regiert vom Willen des Volkes, unter der Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staaten-Regierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. (Lebhafter wiederholter Beifall)." (Stenogr. Bericht Bd. I. S. 17. Diese amtliche Quelle ist auch im Übrigen bei Darstellung der Verhandlungen des Parlaments vorzugsweise benützt.)

Gagern (geb. 1799) kann als wahrer Typus der großen Mehrheit des Parlaments bezeichnet werden. Seine hohe imponierende Gestalt, das männlich-bedeutende und durchgearbeitete Antlitz, die lebhaften Augen unter mächtigen Brauen, die tiefe klangreiche Stimme und das edle, hinreißende Pathos seiner seltenen Reden, verliehen seiner Erscheinung den bedeutendsten Eindruck unter allen Abgeordneten. Viele nannten ihn damals „den mächtigsten Mann Deutschlands".

Der völlige Mangel an Regierungsvorlagen machte sich unangenehm fühlbar, namentlich das Fehlen eines Verfassungsentwurfes, so daß die Versammlung ihre wichtigste Aufgabe, die Beratung des Verfassungswerkes, erst fünf Wochen nach ihrem Zusammentritt beginnen konnte. Während dieser fünf Wochen arbeitete der Verfassungs-Ausschuß des Parlamentes — in den die hervorragendsten Führer und Köpfe aller Parteien gewählt wurden — einen neuen Verfassungs-Entwurf aus. Auch zahlreiche andere Ausschüsse: der Prioritäts- und Petitionsausschuß, der völkerrechtliche Ausschuß, die Ausschüsse für Marine-, für Wehrangelegenheiten, für Gesetzgebungsarbeiten, für Schul- und Kirchensachen, endlich für Volkswirtschaft, sorgten reichlich für die Ausfüllung etwaiger Arbeitspausen des Parlaments. Natürlich haben diese Ausschüsse nicht alle mit gleicher Tüchtigkeit gearbeitet. Der Volkswirtschaftsausschuß z. B., unter dem Vorsitz des trefflichen Staatsrechtslehrers v. Rönne, befleißigte sich einer so ergötzlichen Vielseitigkeit „volkswirtschaftlicher" Anregungen, daß er verdientermaßen dem Stift der Karikaturenzeichner und der Satire der Witzblätter verfiel. Ein Bildchen dieser Art liegt unserm Werke an.

Doch auch die Ereignisse und die Stellung wie die Aufgabe des Parlaments — sein „Beruf", wie Gagern am 19. Mai gesagt hatte — boten der Versammlung in den fünf Wochen, ehe es an die Beratung der Verfassung

Aufruf

einiger Vaterlandsfreunde an ihre Mitbürger.

(Abdruck aus der Breslauer Zeitung vom 14. April 1848.)

Theils das Ungewohnte der jetzigen Zeitverhältnisse, theils daß der Kern der Nation mit Berufsgeschäften überhäuft und bisher gewohnt war, Sachen, die das Staatswohl betreffen, von den Behörden vollziehen zu sehen, machen es erklärlich, daß die Stimme der Gesetz und Ordnung achtenden Bürger des Landes nur einzeln erklungen sind; doch die Zeit ist gekommen, wo es zur heiligen Pflicht jedes Einzelnen wird, seine Meinung und Ansicht auszusprechen, und wir fordern hiermit unsere Mitbürger auf, wenn sie unsere nachstehenden Ansichten theilen, ihre Zustimmung durch Namensnennung in öffentlichen Blättern kund zu thun und so dazu beizutragen, daß wir wieder Vertrauen zu uns selbst fassen.

1. Wir wünschen die Macht der Bureaukratie gebrochen, **aber** wir wollen und fordern, daß das Gesetz und die Ordnung überall auf das Kräftigste gehandhabt werde, und zwar nicht, wie es bisher geschehen, von Aufwieglern des Volkes, sondern von den Behörden, die bisher bestanden und die, bis sie durch andere, durch den Wunsch der allgemeinen Volksvertretung ersetzt, in der vollen Kraft ihrer Amtsautorität bleiben müssen; denn stammen diese Beamte nicht aus dem Volk? haben in ihnen, wenn sie auch bisher einem anderen System dienen mußten, nicht auch die allgemeinen Wünsche des Volkes geschlummert? gewiß, sie fühlen es, wie wir, daß eine neue Sonne über Preußen und Deutschland aufgegangen. Sollten sich Einzelne dieses Gefühls nicht bewußt werden, gut, so entferne man sie, jedoch auf gesetzmäßigem Wege.

2. Wir wünschen Verminderung des stehenden Heeres und Erweiterung des Landwehrsystems, da ein Militairstaat auf die Länge der Zeit das Land verarmen würde, **aber** wir theilen nicht die Gehässigkeit gegen das Militair, sondern erkennen in ihnen unsere Söhne und Brüder, und es lebt in uns die feste Ueberzeugung, sie werden den alten Ruhm der preußischen Krieger eben so in einem constitutionellen Staat bewähren, als früher in dem absoluten.

3. Wir wünschen, da das Abhängigkeitsverhältniß der Landgemeinden gegen die Dominien nicht mehr zeitgemäß ist, daß dasselbe in allen seinen Theilen gelöst werde und Jeder selbstständig neben dem Anderen stehen, **aber** wir wollen, daß dies im Wege des Gesetzes geschehe und nicht auf dem der Willkür.

4. **Wir wünschen das Loos der Arbeiter durch staatliche Einrichtung und Erziehung verbessert und sie bei den Volks-Deputirten vertreten, aber wir wollen den irregeführten Arbeitern einiger großer Städte nicht das Recht eingeräumt wissen, sich eine Macht anzumaßen, welche schon in völlige Despotie ausartet und welche, weiter fortgesetzt, die Arbeiter verhungern und die Arbeitgeber zu Bettlern macht.**

5. Wir wünschen eine auf die breitesten Grundlagen gestützte constitutionelle Verfassung, **aber** wir wollen keine Republik, welche uns unvermeidlich in den Abgrund eines Bürgerkrieges stürzen würde.

6. Wir wünschen **gleiche Rechte** für alle Staatsbürger und keine Bevorzugungen irgend welcher Art, **aber** um so mehr wollen wir uns nicht von einigen fantastischen, durch Eigenliebe und Eitelkeit geleiteten Menschen, die von einer augenblicklich erregten Menge gestützt, uns ihre Ansicht als Volksstimme aufdringen will, ins Verderben führen lassen und ihnen zu Liebe die Kultur und den Wohlstand des Landes aufs Spiel setzen.

7. Wir wünschen Vereinfachung der ganzen Staatsmaschine und Ausbau einer Gemeindeverfassung in Verwaltung und Recht, **aber** wir wollen dies von dem gewählten Organ des Landes bestimmen lassen und es nicht der Willkür einzelner Agitatoren überlassen.

8. Wir wünschen Preßfreiheit, **aber** wir wollen nicht, daß die Presse selbst eine Censur übe, willkürlicher als die abgeschaffte.

9. Wir wünschen eine Wiederherstellung Polens nicht allein aus Rücksichten der Humanität, sondern auch zu unserem eigenen Vortheil, jedoch mit der größtmöglichsten Berücksichtigung und respektive Anschließung der in Posen befindlichen, von Deutschen bewohnten Ländertheile, **aber** wir wollen keinen Krieg mit Rußland, und bei einer etwaigen Erhebung der Polen gegen Rußland völlige Neutralität des Staates. Der Einzelne möge helfen, wie es ihm beliebt, mit Waffen, Geld oder seinem Arm.

10. Wir erkennen, das frühere Rathgeber der Krone nicht sowohl das Volk, sondern noch mehr den König hintergangen, **aber** wir vertrauen dem Wort unseres Königs und haben die feste Ueberzeugung, daß derselbe nur das Wohl seines Volks beabsichtigt, wir setzen ihm bei seinem neuen Streben nicht Mißtrauen entgegen, um ihm dadurch den neubetretenen Weg zu verleiden, sondern wir schließen uns enger als je an ihn an und hegen die feste Hoffnung, daß wir so mit unserem Fürsten vereint, berechtigt sind, von der Zukunft Großes zu erwarten.

Zuletzt drängt es uns, auszusprechen, daß wir für das Gebahren einer gewissen Partei — die sich die Hauptstadt zum Schauplatz ihrer Umtriebe ausersehen hat — nicht allein gar keine Sympathien haben, sondern dieselben im höchsten Grade mißbilligen und uns vollständig zur Verfügung der Regierung stellen, um diesen in Plündern und Rauben ausartenden, Handel, Gewerbe, Ackerbau und Arbeit hemmenden und störenden Demonstrationen auf das Kräftigste, und wenn es sein muß, mit Gewalt Einhalt zu thun, da wir uns die höchste Freiheit nicht ohne Vereinigung mit Gesetz und Ordnung denken können.

Breslau, den 14. April 1848.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

herantreten konnte, reichlichen Stoff zu wichtigen Verhandlungen. So hatte Raveaux schon am 19. Mai, bei Gelegenheit von Wahlprüfungen, darauf hingewiesen, daß Preußen, trotz der Abmahnung des Fünfzigerausschusses, die verfassunggebende preußische Nationalversammlung gleichzeitig mit dem deutschen Parlamente einberufen und die Abgeordneten, die beiden Versammlungen angehörten, aufgefordert habe, nur eines der beiden Mandate anzunehmen. Er verlangte sofortiges Einschreiten des Parlaments dagegen; die Frage wurde aber, ihrer großen Wichtigkeit halber, auf den 22. Mai vertagt. An diesem Tage gelangte nur Raveaux zur eingehenden Begründung seines Antrags, den er nun dahin erläuterte und erweiterte: daß neben dem deutschen Parlament kein Einzellandtag sich mit Verfassungsfragen solle beschäftigen dürfen, damit nicht

Aus: Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

zuvor ein Widerspruch mit der allgemeinen Reichsverfassung begründet werde. Damit wäre der Grundsatz der Souveränität des deutschen Parlaments allerdings in schneidendster Weise, bis zur zeitweiligen Vernichtung jeder selbständigen Verfassungsarbeit der Einzelstaaten für deren Gebiet, ausgesprochen worden. Aber gerade diese große Tragweite des Antrags Raveaux und der fernere Umstand, daß am 22. Mai nicht weniger als 17 Unteranträge einliefen, veranlaßte die Überweisung aller dieser Anträge an einen Sonderausschuß, der darüber am 27. Mai Bericht erstattete. Die Meinungen waren auch im Schooße dieses Ausschusses so geteilt, daß er keinen Mehrheitsantrag vor das Haus zu bringen vermochte. Die mehr rechts Stehenden (Vincke, Simson u. s. w.) schlugen, „in

dem begründeten Vertrauen, daß alle deutschen Staaten Deutschlands ihre mit dem deutschen Verfassungswerk in Widerspruch stehenden Verfassungsbestimmungen abändern werden," motivierte Tagesordnung vor. Andere wollten den Einzelstaaten die Aufhebung derartiger Bestimmungen zur Pflicht machen. Die der Linken angehörigen Ausschußmitglieder vollends (Schaffrath, Kolb, Moritz Hartmann) wollten alle Gesetze, Verfassungen und Verträge nur soweit als gültig anerkennen, als dieselben mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. In oft recht leidenschaftlichen Reden erhitzte sich die Versammlung fast den ganzen 27. Mai hindurch über und gegen die verschiedenen Ansichten, ohne zu beachten, daß Werner von Coblenz einen Vermittelungsantrag eingebracht hatte, der alle Hauptmeinungen geschickt versöhnte, indem er aussprach:

„Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu begründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

Schließlich aber wandten sich doch alle Redner diesem ebenso versöhnlichen, als in der Sache korrekten und entschiedenen Antrag zu; auch die Linke erklärte, daß sie dafür stimmen werde. Und in der That wurde er fast einstimmig angenommen. Da ging ein gewaltiges Hoch-, Bravo- und Hurrahrufen durch das ganze Haus, anhaltendes Händeklatschen erhob sich in der Versammlung und auf den überfüllten Galerien. Jeder fühlte sich gehoben durch diesen Beschluß, der noch einmal die Nationalversammlung zur souveränen Schöpferin der Verfassung erklärte.

Nicht minder aufregende Verhandlungen waren inzwischen durch blutige Vorgänge in Mainz veranlaßt worden. Seit Jahren gehörten in der Bundesfestungsstadt Mainz Reibereien zwischen dem rohen Pöbel, ja dem preußenfeindlichen Teil der Bürgerschaft und der preußischen Besatzung zur Tagesordnung, während man sich dort an den österreichischen Truppen, die doch keinesfalls höhere Manneszucht besaßen, als die Preußen, niemals vergriff. Jetzt aber hatte sogar die (gut demokratische, unter des radikalen Abgeordneten Zitz Oberbefehl stehende) Bürgerwehr der Bischofsstadt auf die Preußen Feuer gegeben. Da drohte der Vizegouverneur von Mainz, General v. Huser, die Stadt zu beschießen, wenn die Bürgerwehr nicht binnen wenigen Stunden entwaffnet sei. Das Mittel wirkte; am Mittag des 22. Mai war die Entwaffnung vollzogen. Der Abgeordnete Zitz aber, dreifach gekränkt als Mainzer, als Demokrat und als Bürgerwehroberster, donnerte schon am 23. im Parlament gegen die preußischen „Ausnahmemaßregeln" und faßte seinen Grimm in Anträge zusammen, die Preußen einfach durch das caudinische Joch geschickt hätten, wenn sie angenommen worden wären. Die Nationalversammlung, auch die Linke, goß jedoch viel Wasser in seinen Feuertrank. Carl Vogt stellte den Antrag, eine

Simon von Trier. Zitz von Mainz. Schlöffel von Hirschberg.

Die in Anklagezustand versetzten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.

Abordnung zur Untersuchung der Mainzer Verhältnisse dorthin zu senden. Er selbst, Blum und Hergenhahn wurden in die Abordnung gewählt. Hergenhahn erstattete am 26. Mai dem Parlament Bericht über die von der Abordnung ermittelten Ergebnisse. Danach schien die Schuld der Unruhen ganz auf Seiten der Bürger zu liegen. Denn von diesen waren nur 5 (davon 2 nur leicht) verletzt, während 4 preußische Soldaten getötet, 25 verwundet worden waren, darunter 3 durch meuchlerische Stiche in den Rücken! Daher ging der Antrag der Abordnung nur dahin: einen Teil der preußischen Besatzung zu verlegen und durch ein hessisches Bataillon ersetzen zu lassen, die Mainzer Bürgerwehr aber in Formen, die dem Festungsreglement entsprächen, durch ein hessisches Landesgesetz neu bilden zu lassen. Blum und Vogt schwiegen zu diesen Anträgen und durften daher als Zustimmende gelten. Eine Minderheit der Abordnung war sogar für einfache Tagesordnung.

Diesen kläglichen Ausgang seines Vorhabens, die Mainzer Vorgänge zu benützen, damit sich das Parlament als revolutionärer Konvent aufspiele und durch tödliche Beleidigung der preußischen Waffenehre einen Konflikt mit Preußen heraufbeschwöre, hatte Zitz nicht erwartet. Ungestüm wallte er auf. Abermals suchte er die Mainzer Wirren nur dem Übermut und der Zuchtlosigkeit der Preußen zuzuschreiben und erging sich dagegen im Lobe der dortigen österreichischen Besatzung. Ihm entgegnete aber Schmerling mit kühlster Ironie: er weise das Lob der Österreicher auf Kosten der Preußen durchaus zurück; seine Landsleute würden sich in gleicher Lage gerade so benommen haben, wie die Preußen, das hoffe er „zu ihrer Ehre." Weiter aber fügte er, mit scharfem Augenblitz gegen den Mainzer Bürgerwehrobersten und in Enthüllung seiner eigensten geheimsten Zukunftspläne hinzu: „Mainz muß in Verteidigungsfähigkeit erhalten werden, da es demnächst bestimmt ist, auch uns in Frankfurt gegen feindliche Überfälle zu schützen." Vier Monate später, in den Frankfurter Septembertagen, sollte dieses Wort sich erfüllen. Wahrlich nicht zum Heil des großen deutschen Einigungswerkes der Paulskirche!

Nach Schmerling bestieg Robert Blum zum ersten Male die Rednerbühne des Frankfurter Parlaments und sprach die den Demokraten Zitz aus diesem Munde vollends niederschmetternden Worte: „die Maßregel, die der preußische Befehlshaber getroffen, die Drohung der Beschießung der Stadt, ist vielleicht weniger geboten gewesen durch die militärische Stellung, als durch die Notwendigkeit, einer wilden und zügellosen Gewalt entgegenzutreten und sie in den wankenden Schranken zu halten, die noch da sein mögen". Diesem ehrlichen Bekenntnisse der Wahrheit zollte die große Mehrheit der Versammlung lebhaften Beifall. Und trotz des Tobens der Ultras und der Galerien, fanden auch die Worte des schönen und schneidigen Aristokraten, der nach Blum die Tribüne bestieg, des Fürsten Felix Lichnowsky, brausenden Widerhall in der Versammlung, als er die innigen Beziehungen zwischen den

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Mainz ersehnten „roten Hosen“ und den landesverräterischen „roten Mützen“ hervorhob, die 1793 die Festung Mainz den Franzosen überlieferten, und als er dann rief: „Ist denn kein Abgordneter aus Schleswig hier, um dafür einzustehen, wie sich preußische Truppen benehmen?“ Weder Welckers noch Heckschers Vorschlag, das Parlament möge die fernere Schlichtung der Angelegenheit in die Hand nehmen, fand nun noch Zustimmung. Zitz hatte durch sein Auftreten alles verdorben, zu siegesgewiß seine letzten Absichten enthüllt. Das Parlament wollte kein Konvent werden und keinen Konflikt mit Preußen heraufbeschwören. Mit großer Mehrheit nahm es den Antrag auf einfachen Übergang zur Tagesordnung an.

Die Verhandlungen des Parlaments, die sich an den Antrag Raveaux und die Mainzer Vorgänge anschlossen, waren vornehmlich die Ursache zu einer schärferen Gliederung und Scheidung der Parteien und Fraktionen der Versammlung, und diese Gliederung blieb eine Reihe von Monaten hindurch bestehen. Die Parteien und Fraktionen im Frankfurter Parlament nannten sich, zufolge eines damals allgemein angenommenen Brauches, nach den Örtlichkeiten, wo sie sich versammelten. Im „Steinernen Hause“, später im „Café Milani“, tagte die „äußerste Rechte“, zu der sich meist auch die Römisch-Klerikalen hielten. Diese Partei besaß daher zwei Häupter; ein protestantisches in v. Vincke, ein katholisches in v. Radowitz. Sonstige hervorragende Mitglieder waren Graf Schwerin, Merk aus Hamburg, Grävell aus Frankfurt, Detmold aus Hannover, der bayersche Minister Beisler, Lassaulx aus München und Fürst Lichnowsky. Die „Rechte“, erst „Hirschgraben“, dann „Kasino“ genannt, hieß auch wohl die „preußische“ oder „die Professorenpartei“, nach den in ihr vorwiegenden Elementen. Sie stand im allgemeinen auf dem Standpunkt jenes Wernerschen Antrags (s. o. S. 266), erkannte aber zugleich die Berechtigung der „Stammeseigentümlichkeiten“ und wandte ihre Thatkraft weniger gegen die Reaktion, als gegen die Anarchie. Sie war die stärkste und daher oft ausschlaggebende Partei, da sie wohl 150 Köpfe zählte, und besaß soviel ausgezeichnete Kräfte, daß ein einzelner Führer bei ihr nicht hervortrat. Ihr gehörten namentlich an: Bassermann, Mathy, später auch v. Soiron; die Professoren Georg Beseler, Dahlmann, Albrecht, Droysen, Duncker, Edel (aus Würzburg), Haym (aus Halle), Waitz und Zachariä (beide aus Göttingen); dann v. Beckerath, Heckscher, Hergenhahn, Jürgens (aus Braunschweig), Simson, Wippermann, Welcker, Lette (aus Berlin); endlich sogar Schmerling. Diese Partei nannte sich selbst am liebsten „rechtes Centrum“.

Das linke Centrum oder der „Württemberger Hof“ zählte nächst dem „Kasino“ (rechtes Centrum) die meisten Mitglieder. Auch hier trat ein einzelner Führer nicht hervor, da die Talente und die Bedeutung vieler sich geltend machten: so die von Biedermann, Mittermaier, Robert v. Mohl, Prof. Tellkampf aus Breslau, Riesser und Wurm aus Hamburg, Wydenbrugk, Zell aus

Trier, Werner aus Koblenz, Leue aus Köln, Kirchgeßner aus Würzburg, Giskra aus Wien. Im Juli trennte sich von dieser Partei eine Anzahl weiter links stehender Mitglieder als „gemäßigte Linke" oder „Westendhall", unter Führung von Raveaux und Heinrich Simon ab, ohne indessen an dem bisher befolgten Programm des „Württemberger Hofes" etwas zu ändern: daß das Parlament selbständig die Verfassung schaffen müsse, ohne Vertrag mit den Regierungen, jedoch unter Berücksichtigung ihrer „Ansichten". Diese Fraktion verstärkte sich durch einige bisherige Mitglieder der Linken, wie Hildebrand aus

von Radowitz.
Lithographie von Schertle nach Biows Lichtbild, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

Marburg, Reh von Darmstadt, Venedey, die Schwaben Vischer, Schoder und Schott, Freudentheil aus Stade, v. Reden aus Berlin.

Die eigentliche Linke (oder der „Deutsche Hof)" hielt sich in ihrem Programm nicht bloß an die unmittelbare Aufgabe der Nationalversammlung, sondern dasselbe umspannte den Kreis einer vollständigen Staatsordnung, und zwar im Sinne einer ziemlich strammen deutschen Staatseinheit und eines gründlichen Neubaues von unten. An der Spitze dieses Programms stand der

Grundsatz der Volkssouveränität, demgemäß allgemeines Wahlrecht, Übertragung der gesamten gesetzgebenden Gewalt an die Volksvertretung, eine verantwortliche, auf Zeit gewählte Vollziehungsbehörde, die Berechtigung Deutschlands wie jedes Einzelstaates, sich nach eigener Wahl als demokratischer Freistaat oder als „demokratische Monarchie" zu gestalten. Zweiter Hauptgrundsatz der Partei war: vollkommenste Freiheit, deutsche Einheit — demgemäß das auf Volkswehr gegründete Heerwesen lediglich in den Händen der Reichsgewalt, Gleichberechtigung der Nationalitäten, eine neue Begründung des Unterrichts- und Steuerwesens und der Strafgesetzgebung, durchgreifende Verbesserung der sozialen Zustände. Robert Blum war das anerkannte Haupt des „Deutschen Hofes", nach seinem Tode Karl Vogt. Zu den bedeutendsten Gliedern der Partei zählten noch Itzstein und Christ aus Baden, die Sachsen Wigard, Roßmäßler und Eisenstuck, die Preußen Nauwerck, Löwe (Calbe) und Rösler (Öls), Schüler aus Jena und Schilling aus Wien.

Gegen Ende Juni trennte sich von der Linken die äußerste Linke oder der „Donnersberg", unter dem Panier: „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit", und zwar in dem Sinne, daß nicht nur jeder Staat und jede Gemeinde, sondern auch jeder Mensch das Recht der Selbstbestimmung habe. Es war das jakobinische Glaubensbekenntnis der ersten französischen Revolution, dessen Durchführung jedes Staatswesen zur Auflösung bringen muß. Als Führer der äußersten Linken konnte Arnold Ruge angesehen werden; nach seinem Austritt der feurige Ludwig Simon aus Trier. Neben ihnen sind als die bedeutendsten Mitglieder zu nennen: die Badenser Brentano und Hagen (Professor der Geschichte in Heidelberg), die Sachsen Schaffrath und v. Trützschler, die Preußen Schlöffel und Wesendonck, die Österreicher Berger und Wiesner, Julius Fröbel aus Rudolstadt, Zimmermann (der Verfasser der Geschichte der Revolution von 1848) aus Stuttgart und der bereits viel genannte Zitz aus Mainz.

Die Geschäftsordnung des Parlaments, die ein Ausschuß durchgearbeitet hatte, wurde am 29. Mai, auf die Mahnung Jakob Grimms: doch die Hauptsache, die Verfassungsarbeit, zu beschleunigen, in Bausch und Bogen angenommen; und am 31. Mai wählte die Versammlung auch ihren ordentlichen Vorstand (das „Bureau des Hauses"), die drei Präsidenten auf je 4 Wochen, die Schriftführer auf die ganze Dauer der Sitzungen. Als erster Präsident wurde mit ungeheurer Mehrheit abermals Heinrich v. Gagern gewählt, der hierauf unter stürmischem Beifall erklärte, daß er infolge dieser Wahl seinen Ministerposten in Darmstadt niederlege. Mit großen Mehrheiten wurden Soiron und der Österreicher Freiherr v. Andrian, einer der Vorläufer der dortigen Erhebung, zum Vizepräsidenten gewählt, zu Schriftführern aber Jucho (Frankfurt), Biedermann, Simson, Ruhwandl aus München, Fetzer aus Stuttgart, und die Österreicher Rühl, Schuler und Möring.

Die bedeutsamste Verhandlung des Parlaments in der ersten Hälfte Juni

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

betraf die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte, mit einem vorläufigen Aufwand von 6 Millionen Thalern. Für den Marineausschuß erstattete Radowitz am 8. Juni Bericht, die Beratung fand am 14. Juni statt. Angesichts der Schutzlosigkeit der deutschen Küsten in dem deutsch-dänischen Kriege (von dem später die Rede sein wird), gegenüber der frechen dänischen Raubflotte, wurde die Notwendigkeit dieser neuen Schöpfung selbst von niemandem bestritten. Aber der radikale Österreicher Wiesner, der auch in Frankfurt der Losung folgte: „Erst Österreicher, dann Deutscher", suchte die ihm unbequeme Stärkung Deutschlands hinauszuschieben bis zu „dem nahen Frieden mit Dänemark", der freilich nur in Wiesners Einbildung „nahe" war. Der wilde verbitterte Schlesier Schlöffel aber, eine der rohesten und widerwärtigsten Persönlichkeiten des Hauses — treffend nannte ihn der Parlamentswitz „die Reichshyäne" — hielt diese Gelegenheit für passend, wutschäumend folgende Sätze in die Versammlung zu schleudern! „Das deutsche Volk hat seit 42 Jahren viel Blut verloren; suchen wir nur diejenigen auf, die das Blut verwahrt haben. Nehmen wir (die Mittel für die deutsche Flotte) von denjenigen Privilegierten, welche bisher alles aus dem Volke genommen haben". Natürlich fand solcher Wahnwitz kein Gehör. Vielmehr wurden die Errichtung der deutschen Flotte und die dazu nötigen vorläufig 6 Millionen fast einstimmig bewilligt, mit dem Vorbehalt, daß die künftige Centralgewalt allein zur Verwendung der Summe berechtigt und zu deren Verrechnung verpflichtet sein solle.

Zweiter Abschnitt.

Die provisorische Centralgewalt. Der Reichsverweser. Der Bundestag.

Die Bildung und Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt war in der That die dringendste und wichtigste Aufgabe, die das Parlament zu lösen hatte, ehe es an die Verfassungsberatung gehen konnte. Eine einstweilige Regierungsgewalt für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten mußte alsbald geschaffen werden, damit das Volk die Nationalversammlung nicht selbst als diese Regierungsgewalt betrachtete und sie mit allerlei Anforderungen von der eigentlichen Hauptarbeit, der Verfassungsberatung, abzog. Darüber waren alle Parteien des Parlamentes einig. Weit auseinander gingen ihre Ansichten und Anträge aber bezüglich der Frage, wie diese so notwendige provisorische Centralgewalt zu bilden und einzusetzen sei. Wir stellen die unzähligen Meinungen und „Anträge" in folgenden Hauptgruppen zusammen.*) Die äußerste Linke war

*) Benutzt sind für diesen Abschnitt hauptsächlich wieder die Stenogr. Berichte, dann „die Gegenwart", a. a. O. S. 188/203, Blum, a. a. O. S. 340/58, Sybel, a. a. O. S. 173/185, Biedermann, a. a. O. S. 292/97.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

natürlich für einen „Vollziehungsausschuß" mit diktatorischer Machtvollkommenheit. Die gemäßigte Linke verlangte einen dem Parlament verantwortlichen Präsidenten und vier Beigeordnete, welche fünf die Nationalversammlung aus allen volljährigen deutschen Staatsbürgern frei wählen solle. Die entschieden monarchisch gesinnte große Mehrheit der Versammlung aber schied sich in zwei Lager. Die Einen wollten einen einzigen fürstlichen Träger der provisorischen Centralgewalt, die Anderen griffen auf das „Triumvirat" zurück, das der Bundestag zur Zeit des Fünfzigerausschusses hatte schaffen wollen, und faßten dafür auch dieselben Personen, „die drei Onkel" (regierender Fürsten) ins Auge, nämlich den Prinzen Wilhelm von Preußen, Onkel König Friedrich Wilhelms IV., dann den Prinzen Karl von Bayern, endlich den Erzherzog Johann von Österreich.

Die Verhandlung über die schwierige Frage begann im Parlament am 19. Juni und dauerte eine ganze Woche hindurch. Gleich am Anfang waren 16 Anträge angemeldet, und nicht weniger als 223 Redner — fast die Hälfte der Versammlung — zum Wort eingeschrieben. Natürlich ist hier nicht entfernt der Raum, diese unerschöpfliche Beredsamkeit im Einzelnen wiederzugeben, selbst nicht die großen Reden Robert Blums, die auch von Gegnern als die hervorragendsten dieser achttägigen Verhandlung anerkannt werden. Denn nicht an dem damals Gesprochenen, sondern an dem damals Erreichten und Beschlossenen haftet noch das Interesse der Gegenwart. Doch sind einige Vorgänge jener Verhandlung höchst bezeichnend für die politisch-kulturgeschichtliche Zeitfarbe und müssen daher, nach dem trefflichen Beispiel H. Taines (in seinem berühmten Werke „Origines de la France contemporaine"), hier in Kürze mitgeteilt werden. So, wenn Robert Blum und seine Freunde ihren Antrag noch als einen „vermittelnden" bezeichnen konnten, da ihr auf der äußersten Linken seßhafter Freund, der Sachse v. Dieskau, kurzer Hand beantragt hatte: das Parlament müsse ohne Umstände die ganze Regierung von Deutschland in die Hand nehmen, und da sein Fraktionsgenosse Wesendonck treuherzig versicherte, die von ihm beantragte „republikanische Spitze" vertrüge sich ausgezeichnet mit der konstitutionellen Monarchie der Einzelstaaten. Noch ergötzlicher und lehrreicher aber sind die ganz ernsthaft gemeinten Reden der Demosthenesse der äußersten Linken. Denn Ludwig Simon leistete folgende Klapphornverse in Prosa:

„Man spricht von Pietät gegen die Fürsten; aber darum handelt es sich nicht, sondern darum, ob wir zu den 34 vorhandenen eine neue Pietät schaffen sollen. Wir sind die Demokraten; wir haben dieselbe nicht zu gewinnen, nur zu verlieren. Die Fürsten waren sämtlich Urwähler, wenn sie nicht gewählt wurden, so ist das ihre Schuld. Wo von der Majestät am wenigsten Gebrauch gemacht wird, da herrscht Ruhe und Ordnung, da giebt es die wenigsten Schulden. Wird aber zu viel Gebrauch von der Majestät gemacht, dann haben Sie die Revolution. Sollen wir nun eine Majestät zu dem Zwecke schaffen, daß möglichst wenig Gebrauch davon gemacht werde? Wer sich den Beschlüssen des Parlamentes widersetzt, der ist ein Rebell. Wissen Sie, wer ein Rebell ist? Wer gegen den Status quo ankämpft; und wir sind der Statusquo."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das „beifällige Lachen", die „heitere Stimmung" und das „schallende Gelächter", welche der stenographische Bericht bei dieser Rede verzeichnen mußte, obwohl der Oberwächter dieser Berichte, Franz Wigard, die Reden seiner Freunde von der Linken und äußersten Linken stets mit den schmeichelhaftesten Kundgebungen des Hauses und der Galerien zu zieren beflissen war, diese stürmische Heiterkeit steigerte sich noch, als v. Trützschler die große Entdeckung kund gab: „Jeder Mensch kommt, meiner Meinung nach, als Souverän auf die

Arnold Ruge.
Lithographie von F. Hickmann nach Biows Lichtbild, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

Welt", und als dann der Dresdner Advokat Schaffrath, der schon einige Wochen zuvor das große Wort gelassen ausgesprochen hatte: „Ein Volksmann braucht nichts zu beweisen", plötzlich sich selbst als den ersten der „Rebellen" aufspielte, gegen die sein Freund und Fraktionsgenosse Ludwig Simon soeben gedonnert hatte. Denn während die dem Parlament sich „widersetzenden" Fürsten von Simon „Rebellen" genannt wurden, erklärte Herr Schaffrath in seinem gemütlichen Dresdner Deutsch als ganz selbstverständlich, daß er sofort

„an einem andern Orte", d. h. im Sächsischen Landtag, den Acheron gegen das Parlament bewegen werde, wenn dieses nicht genau beschließe, was Herr Schaffrath wünschte, nämlich den jakobinischen Vollziehungsausschuß. Diesem höchst entwickelten Partikularismus dankte dieser sächsische Hofdemokrat später auch wohl hauptsächlich seine Ernennung zum sächsischen Geheimen Justizrat.

Am köstlichsten aber unterhielt auch diesmal Arnold Ruge die Versammlung; der Junghegelianer, der die ungeheuerlichsten Folgerungen seines philosophischen Nihilismus auf der Tribüne, unter dem erschütternden Gelächter des Hauses, stets mit der Zuversicht aller sieben Weisen Griechenlands vortrug: „Es ist so — das werde ich ihnen gleich beweisen". Diesmal schwärmte er für die Volkssouveränität, d. h. für die „glückselige Herrenlosigkeit des Volkes" und giftete dann gegen v. Vincke und Lichnowsky, die hierüber eine andere Meinung laut werden zu lassen gewagt hatten.

„Das Volk steht jetzt über den Thronen", rief er, „diese Versammlung steht über ihnen; diese Versammlung, die sich ihr Recht nicht durch Landjunker aus Westphalen und Schlesien mit brüsken Redensarten wird nehmen lassen. — Präsident v. Gagern: Ist dies auf bestimmte Personen bezogen? — Ruge, mit Seelenruhe: Nein, das geht auf keine bestimmte Person, sondern auf alle Landjunker, die die Unverschämtheit gehabt haben, mit Rodomontaden und brüsken Redensarten der Republik ins Gesicht zu schlagen, und ich behaupte, diese Versammlung ist die deutsche Republik, wenn auch wider Willen. — Gagern. Herr Ruge, ich muß Sie fragen, ob „Rodomontaden von Landjunkern" in dieser Versammlung gehört worden? — Ruge, mit unerschütterlicher Ruhe: Nein, Rodomontaden sind nicht gehört worden, durchaus nicht (Gelächter)." Dann auf die Frage übergehend, „ob man das Recht habe, wieder einen Herrn einzusetzen", leistet er die wundervollen Sätze: „Das Einzige, was wir Deutschen bis jetzt gethan, ist der Sturz des Despotismus. Was wir beibehalten müssen, ist die Fortsetzung dieses Sturzes des Despotismus, wo er noch existiert. Und wenn wir eine richtige konstitutionelle Form wählen, was ist dann ein konstitutioneller König? Nichts weiter als die Königin von England, welcher ich sehr gern mit Herrn v. Vincke — abgesehen davon, daß sie mit der Funktion betraut ist, ihren Nachfolger zu erzeugen (Unruhe. Viele Stimmen: das ist cynisch!) — und den Prämierminister zu ernennen — der ich also als Engländer sehr gern auch noch die Hand küssen würde. Politische Rechte hat sie weiter keine. Haben wir nicht in unserer Mitte den Beweis, daß Einzelne glauben, als ob es das Recht der Mehrheit sei, alles zu thun, was sie will? Sie können dies aber nicht thun, und ich warne die Mehrheit, wenn die Mehrheit nicht die unserige sein sollte, was ich allerdings annehme, denn ich muß annehmen — (Unruhe in der Versammlung). Sie wissen noch nicht, was ich annehme! Ich nehme an, daß die Mehrheit nichts unternimmt, was das Gefühl der deutschen Nation verletzen würde, daß sie also nicht die Initiative an eine fremde Gewalt abgiebt. Jede Gewalt aber ist eine fremde, die sich nicht in diesem Saale befindet. Hier ist die deutsche Nation. Wenn wir hinausgreifen, so wird aus der deutschen Nation hinausgegriffen — (Fürst Lichnowsky lacht). Ruge: „Das ist durchaus nicht lächerlich, und dem, der darüber lacht, sehe ich die facies Hippocratica an; die Zukunft wird über ihn richten. Es ist ein Hohngelächter, aber auch ein Gelächter des Todeskampfes."

Fürst Lichnowsky konnte nicht ahnen, wie bald solche persönliche Auf-

hetzungen ihn den Mordäxten seiner „Richter" überliefern würden. Er hatte sich bei den Reden der Herren von der äußersten Linken ausgezeichnet unterhalten und gab am 24. Juni den Beweis vortrefflichster Laune, indem er, zur Linken gewendet, die berühmten Sätze sprach:

„Wenn durch Gottes Willen die 34 deutschen Souveräne und ihre Familien auf einmal hinweggenommen würden von dieser Erde, so bin ich der Überzeugung, man würde sich vereinen und neue an die Spitze dieses Landes stellen, wenn auch nicht in so großer Anzahl (Gelächter auf der Linken). Ich begreife Ihre Heiterkeit, meine Herren. Wenn ich das Gegenteil gesagt hätte, so würden meine Freunde gelacht haben. (Allgemeine Heiterkeit.)"

Ruge als gelehrter Hanswurst. Karikatur aus dem Frankfurter Parlament, 1848.

Genug von diesen ergötzlichen Beispielen aus den Reden jener bewegten Tage. An demselben Tage, da Fürst Lichnowsky die zuletzt angeführten Worte sprach, am 24. Juni, sollte die Entscheidung über die schwierige Frage fallen, durch Heinrich v. Gagern. Wir danken die Kenntnis der nachstehenden Thatsachen zum größten Teile erst Sybels Werk (S. 174/181). Gagern gehörte Anfangs auch zu denen, welche meinten, die provisorische Centralgewalt werde am besten einem Direktorium von drei Mitgliedern übertragen, deren je eines von Preußen und Österreich, das dritte von den kleineren Staaten zu bezeichnen sei. Seinen früheren (im März gefaßten) Plan, den König von Preußen an die Spitze zu stellen, hatte er bei dessen entsetzlicher Unbeliebtheit wenigstens zeitweilig aufgegeben. Schon am 28. Mai hatte er sich in einer Besprechung mit den Bundestagsgesandten von Preußen (v. Usedom), Österreich (v. Schmerling), und Bayern (v. Closen) und den Abgeordneten Bassermann und Beckerath über die Einführung eines Triumvirates verständigt und die Gesandten ersucht, ihre Regierungen um die Bezeichnung genehmer Kandidaten zu bitten. Usedom und Closen waren sehr bereit. Schmerling aber, dessen Kaiser eben erst aus dem aufständischen Wien entflohen war, sagte: „Wenn ich nur wüßte, wo und wer meine Regierung ist!" Doch wurden die Besprechungen unter den genannten Gesandten und Abgeordneten fortgesetzt und dabei die drei bereits früher genannten Prinzen, „die drei Onkel" regierender Fürsten, als die geeignetsten befunden.

Derselben Ansicht neigte sich die Mehrheit des Ausschusses zu, den das Parlament am 3. Juni niedergesetzt hatte, und für den Dahlmann am 19. Juni Bericht erstattete. Von den Einzelstaaten, selbst von Österreich, kam kein Widerspruch. Freilich wußte man damals in Wien ebenso wenig wie in Frankfurt, wer eigentlich in Österreich herrsche. In Preußen war der Ministerpräsident

Camphausen durch die inneren Nöte — die wir noch kennen lernen werden — vollständig in Anspruch genommen, und überließ daher die Bundessachen Herrn von Arnim; dieser aber war mit Errichtung einer starken Centralgewalt, an welcher Preußen Anteil haben sollte, durchaus einverstanden. So würde voraussichtlich die Einsetzung dieses Triumvirates bei Volk und Regierungen den allgemeinsten Beifall gefunden haben.

Inzwischen aber hatte sich Gagerns Ansicht geändert. Bei der völligen Zerrüttung Österreichs, der Unsicherheit der Berliner Zustände und der mehr oder minder vorgeschrittenen Anarchie in den kleineren Staaten, schien ihm ein mehrköpfiges Direktorium wenig geeignet, die Centralgewalt so kräftig und schneidig zu handhaben, wie jetzt notwendig war. Er meinte, das vermöge nur ein einziges Haupt, das nicht auf den Sinn anderer zu hören habe. So entschied er sich denn dafür, die Centralgewalt in die Hände eines einzigen Mannes, eines Reichsverwesers zu legen. Er faßte für dieses Amt den volkstümlichen Erzherzog Johann von Österreich ins Auge. Wir wissen schon, daß dieser Gedanke auch bei vielen von der Mehrheit der Paulskirche als die beste Lösung der brennenden Frage galt. Gagern hoffte, auch die Linke dafür gewinnen zu können, wenn das Parlament allein den Reichsverweser einsetze, ohne alle Mitwirkung der Regierungen. Das hätte nun aber wieder bei der Mehrheit auf Widerspruch gestoßen, da diese befürchtete, eine ohne Beteiligung der Regierungen geschaffene Centralgewalt werde von Anfang an von den Einzelstaaten feindselig angesehen und behandelt werden. Gagern war daher bestrebt, von den Gesandten der Regierungen Erklärungen zu erlangen, die ihn halbwegs berechtigten, der Mehrheit des Parlaments zu versichern, daß die Erhebung des Erzherzogs den Regierungen, insbesondere dem Könige von Preußen, schon jetzt, noch vor der Entscheidung der Paulskirche, erwünscht sei.

Als Gagern am 19. Juni, beim Beginn der Verhandlungen im Parlament, den drei Gesandten seine Sinnesänderung damit begründete, daß die große Mehrheit der Paulskirche sich der Einsetzung des Erzherzog-Reichsverwesers geneigt zeige, und die Gesandten fragte, was die Regierungen dazu sagen würden, erklärten jene, daß sie auf diese Frage weder vorbereitet noch instruiert seien. Schmerling blieb aber — als Gagern ihn, wie die andern, um seine persönliche Meinung befragte — entschieden beim Direktorium stehen. Usedom, ein stattlicher und geistvoller, aber weit minder klarer und fester Mann, als Schmerling, meinte, sein König werde, bei seiner Verehrung für das Kaiserhaus, im Falle der Wahl des Erzherzogs dieser wohl zustimmen, aber das preußische Volk werde in seinem Selbstgefühl tief gekränkt, das Triumvirat sei deshalb vorzuziehen. v. Closen trat dieser Meinung bei, bemerkte aber: wenn Preußen für den Erzherzog stimmt, kann auch Bayern nichts dagegen haben. Trotz der Unbestimmtheit dieser Äußerungen, galt schon am folgenden Tage in der Paulskirche als völlig sicher, daß der König von Preußen den Erzherzog-Reichsver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

weser genehmigen werde. Vincke verkündete das am 21. Juni sogar schon von der Rednerbühne. Im Laufe dieses Tages wurde Herrn v. Usedom weiter gemeldet: wenn das Parlament jetzt überhaupt noch ein Direktorium wähle, so würde es nicht aus Prinzen, sondern aus Privatleuten gebildet werden; die Wahl des Erzherzogs sei das einzige Mittel zur Abwendung dieser republikanischen Einrichtung der Centralgewalt.

Usedom war nun sehr geneigt, für dieses „einzige Rettungsmittel" in Berlin und Frankfurt selbst einzutreten. Aber gerade in diesem Augenblicke empfing er zu seinem Schrecken aus dem Berliner Ministerium ein kurzes Telegramm, das ihm aufs Bündigste befahl, gegen die Wahl des Erzherzogs wie jedes anderen Reichsverwesers Verwahrung einzulegen und für die Annahme des Ausschußantrages — die Einsetzung des Triumvirates — zu wirken. Diese Depesche traf ein in dem Augenblick, da das Ministerium Camphausen in Berlin entlassen und ein anderes noch nicht einmal ernannt war. Durfte Usedom in solcher Lage Preußen einem offenen Bruch mit dem Parlament aussetzen? Sein Mut reichte dazu nicht aus. Vielmehr telegraphierte er angstvoll zurück: „Stimme ich für Johann, so wird er Reichsverweser, sonst drei Privatpersonen". In der Nacht kam Gagern zu ihm und erklärte: die Wahl Johanns sei so gut wie sicher, seitdem man wisse, daß die Regierungen keinen andern wählen würden. Selbst in diesem Augenblicke wagte Usedom kein Wort von der preußischen Verwahrung zu sagen, und Gagern durfte nun allerdings die Zustimmung Friedrich Wilhelms für gewiß halten. Nicht minder die Wahl des Erzherzogs seitens der Nationalversammlung, da sich nun am 23. Juni auch der Vertraute des Königs, v. Radowitz, dafür erklärte, und sogar Dahlmann Namens der Kommission. Der Ausschuß wollte freilich den Reichsverweser durch die Fürsten wählen lassen.

Diese Vorgänge bilden den Hintergrund und die Erklärung für jene merkwürdige Rede, die Gagern, den Meisten unerwartet, am 24. Juni im Parlament hielt, und die nicht wenige der Geschichtschreiber der Zeit als eine geniale Stegreifrede ansehen. Sie war es so wenig, daß Gagerns Bruder Max dem preußischen Gesandten schon am 23. den Entschluß des Bruders kund gab, morgen zu sprechen, auch den ungefähren Inhalt der Rede und deren erhofften Erfolg: die Wahl des Erzherzogs durch einfachen Zuruf der Nationalversammlung. Selbst da sagte Usedom noch nichts davon, daß er den Befehl erhalten habe, gegen diese Wahl Verwahrung einzulegen. Gagern durfte nun also vollends gewiß sein, daß Preußen kein Hindernis für sein Vorhaben bilden werde. Auch jene Wendung der Rede Gagerns, welche am 24. Juni selbst seine nächsten Freunde überraschte, jene Wendung, die sie alle für eine Eingebung der begeisterten Stimmung des Augenblicks hielten: daß das Parlament die Centralgewalt *selbst* schaffen müsse, war also schon ruhig vom Redner vorbedacht. Ja, wir sahen, daß Gagerns ganzer Plan auf dieser Grundlage sich aufbaute, da

er mit Recht hoffte, so die ganze Versammlung für seinen Vorschlag fortzureißen. Es war ihm aber auch ganzer Ernst mit dieser Souveränität der Nation und ihres Parlamentes, die er am 19. Mai, bei seiner ersten Erwählung verkündet hatte. „Damals stand er im Morgenrot des aufgehenden deutschen Staates", schreibt Gustav Freytag (in seinem „Leben Mathys") schön. Aber nun, da diese leuchtende Sonne aufgegangen war, wollte er nicht anders reden und handeln als im ersten flammenden Morgenrot, wollte er die erquickenden Strahlen dieser Sonne nicht verdunkeln lassen durch kriechendes Gewölk. Übrigens hätte wohl selbst ein Widerspruch von Preußen Gagern in seinem Vorhaben jetzt nicht mehr irre gemacht. Denn als der wackere Abgeordnete Braun aus Köslin am 20. Juni den König von Preußen als Reichsverweser vorgeschlagen hatte, erhob sich „stürmische Heiterkeit in der Versammlung", und als Präsident v. Gagern die Unterstützungsfrage stellte, rief eine Stimme von der Linken, abermals unter allgemeiner Heiterkeit: „Das ist wohl hier nicht zu fürchten". In der That erhoben sich nur ganz wenige Mitglieder zur Unterstützung.

Auch nachdem wir so alle Schleier hinweggezogen haben, welche am 24. Juni 1848 noch Gagerns Vorhaben verhüllten — da er seine bisherige Thätigkeit ganz im Verborgenen betrieben hatte —, wird der Leser doch sicherlich mit Interesse den Schilderungen folgen, die Zeitgenossen und Hörer von dem tiefen Eindruck des Auftretens und der Rede Gagerns an jenem Tage entwerfen. Vor ihm hatte zuletzt Mathy gesprochen, noch einmal in seiner kräftigen Weise die Entwickelung des Bundestages zu einem Staatenhause empfohlen, und dann vor einem „kühnen Griffe" nach der parlamentarischen Allgewalt gewarnt. Darauf bestieg, unter atemloser Spannung der Versammlung, Gagern die Rednerbühne. Daß er sprechen werde, war schon kurz vorher im Hause ruchbar, und als er den Präsidentensitz an v. Soiron abtrat, zur Gewißheit geworden. Alle aber erwarteten, daß er sein Wort einlegen werde zur Unterstützung des Ausschußantrages, also für Einsetzung eines von den Fürsten zu wählenden Reichsverwesers. Als er auf die Rednerbühne zuschritt, ging eine leise brausende Bewegung durch den Saal, um bald darauf lauschender Stille zu weichen. Gleich eines seiner ersten Worte entfesselte den stürmischen Beifall der ganzen Linken — wie er kundig vorausberechnet hatte — und überraschte dagegen um so mehr seine Freunde, zumal da es in scharf bezeichnetem Gegensatze zu den letzten Worten Mathys stand. Es lautete:

„Meine Herren! Ich thue einen kühnen Griff und sage Ihnen: Sie müssen die Centralgewalt selbst schaffen! Man wird mir nun nicht mehr den Vorwurf machen können", fuhr er fort, „daß ich den Grundsatz der Souveränität der Nation aufgegeben hätte. Auch darin wird keine Abdankung dieses Grundsatzes gefunden werden können, wenn etwa meine Meinung, wie sie es wirklich ist, die sein sollte, daß die hochstehende Person ein Fürst sein müsse; was auch Sie (zur Linken gewendet) einräumen können, nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist (allgemeinster Beifall). Es ist Ihnen vorhin viel Schlimmes gesagt worden von den Fürsten; ich habe diesen

Haß nicht mit auferzogen, und die Liebe zu den Menschen war mir immer näher. (Lebhafter Beifall auf der Rechten). Aber, meine Herren, einen Haß gegen ganze Generationen zu tragen, ohne die Personen zu bezeichnen, die etwa des Hasses wert sein könnten, das ist nicht großmütig! (Anhaltender Beifall auf der Rechten und auf der Galerie)."

„Ein Aufruf zur Einigung schloß diese Rede, die mehr als eine Rede, die ein Ereignis war, und das bedeutendste Ereignis, das bisher in der Nationalversammlung sich zugetragen", berichtet ein Augenzeuge (in der Gegenwart, a. a. O. S. 199). Freilich wäre, trotz des tiefen Eindruckes dieser Rede, das Parlament

Heinrich von Gagern, Präsident der konstituierenden Nationalversammlung.
Nach einer anonymen Lithographie, 1848.

am 24. Juni wohl noch kaum zu einer sofortigen Erwählung des Reichsverwesers zu bestimmen gewesen, vollends nicht für dessen Ernennung durch Zuruf, wie Gagerns Bruder Max noch tags zuvor in Aussicht gestellt und Heinrich v. Gagern wohl selbst gehofft hatte. Der Ärger der Rechten über den „kühnen Griff" und der Groll der Linken über die Erhebung eines „Fürsten" waren noch zu frisch und lebhaft, als daß Gagern diesen Vorschlag schon jetzt hätte wagen können. Doch kam bereits am 28. Juni — nach einigen Tagen weiterer, meist unerquick-

licher Verhandlung — das Gesetz über die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt zu Stande. Wir zählen hier die Hauptbestimmungen des Gesetzes auf, die mit wechselnden, aber immer namhaften Mehrheiten angenommen wurden. Da hieß es:

„Die Centralgewalt hat 1. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen; 2. die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; 3. die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsule zu ernennen."

„Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgenommen. — Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt sie in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung."

„Sie wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird. — Der Reichsverweser ist unverantwortlich. Er übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche (Reichs-) Minister aus; keine seiner Handlungen ist gültig ohne Gegenzeichnung eines Ministers. Über Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen." Dann nach einigen unwichtigen Sätzen die sehr bedeutenden: „Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. — Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen. — Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf."

Obwohl dieses Gesetz zweifellos die so notwendige einstweilige deutsche Centralgewalt mit allen erforderlichen Machtmitteln — wenigstens auf dem Papier — ausstattete, so ließ es doch die Stellung der Centralgewalt (des Reichsverwesers) sowohl zur Nationalversammlung, als zu den Regierungen vielfach im Unklaren. Das Gesetz schloß die Centralgewalt von der Teilnahme an dem Verfassungswerk aus. Aber wenn nun die eigene Thätigkeit der Centralgewalt neue Gesetze erforderte — war zu deren Erlaß auch das Parlament allein berufen? War sie verpflichtet, Beschlüsse des Parlaments zur Ausführung zu bringen, denen sie widersprach? Wie weit ging die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament bis zum Erlaß des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes? Wie stand es vollends mit der Verantwortlichkeit der übrigen Reichsbeamten? Wie weit durfte die Centralgewalt über die zur Ausübung ihrer Thätigkeit notwendigen Mittel selbst verfügen? Alle diese Fragen wären im Voraus gelöst worden, wenn der Antrag Stedtmanns angenommen worden wäre, welcher der Centralgewalt auch zur Pflicht machte: „Die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen". Seltsamerweise hatte die Linke diesen Antrag durch ihre Stimmen zu Fall gebracht. Auch eine nähere Bestimmung über die Verantwortlichkeit der Minister, die Biedermann verlangt hatte, war an Dahlmanns herber Entgegnung gescheitert: da die Verhandlung geschlossen sei, so antworte er nicht. Doch da bei Ein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ch

len sind. Sein Blut is so dicke jeworden, deß
sche Strümpe und eene italjensche Nachtmütze.
ihm um die Ohren jeschlagen, det man Alles
drin schlagen!

de Kolike und kann nich rejieren, un Johann
der nich genug Arbeet, wenn er die böhmsche
so is Musje Johann Ostreichscher Kaiser oder
kann nich Kopp sin! Preußen is der Kopp,

, wer is denn dadran weiter schuld, als det
als die anderen kleenen Kratzbirschten mit ihre

Aujust Strampelmeier, Birjer.
von J. Draeger, Adlerstraße 9.

Johann von Oestreich

ist

deutscher Kaiser oder Reichsverweser geworden!

Flesch, was sagst de nu?

Also dadervor hab ick mir gemußt von meine Arbeet versäumen und die Wahlmänner vor Frankfurth wählen, deß sie da sonne Streeche machen? Een Reichs-Verweser wird jewählt un noch dazu vont Oestreichsche Jeblüt und dieser soll über uns herrschen? Nee, Bruder Frankfurter, da iirste dir ochsig! Ick habe meinen Herrscher und an diesen Eenen hab ick vollkommen jenug, und noch Eenen laaß ick mir nich ufpuckeln und wenn er mir och eenstimmig uft Jenicke gehoben wird.

Wat sollen wir denn nu ejentlich sind? Königlich-Preißsch, oder Kaiserlich-Königlich-Oestreichsch-Deutsch-Verwest? Wodruf sollen wir als Birjer denn ejentlich schwören? Uf'n Birjerbrief? Oder uf'n König? Oder uf die Konstution? Oder uf Deutschland und den Reichsverweser? Ne, ick kann woll sagen, mir wird janz schwiemlich! Die Weltjeschichte is reene dämlich jeworden! Et kommt mir vor, als wenn se sich innen Schwanz gebissen hädde, und dähte sich immer innen Kreis rum drehn, wie'n Hund, der Flöhe hat!

Wovor hat der olle Fritze jelebt?

Ick will wissen, wovor der olle Fritze jelebt hat? Wovor hat er Schlesingen erobert un den ollen Deutschen Kaiser uf'n Zopp jespuckt? Ne, wennt nu nich in de Potsdammer Jarneson-Kirche spuken duht, denn jiebt et keene Jeister nich! Oller Fritze, drehe dir in Dein Jrab rum un leje dir uf'n Bauch, deß du nischt hörst und nischt siehst! Du hast zwarsch och eenen Zopp jedragen, aberst du hast doch och 'nen Kopp jehatt! Aber jetzunder? Ach Herrje! Die Zöppe haben se noch, aber sie dragen sie an Kürbisse. Ne, Kinder, et is wahr, die Schaafsköppe sind zu dumm!

J, seh mal, det sollte se jefallen, wenn se Preußen mitet bloße jroße Maul rum'kriegten! Ne, Männeken, dadervor sind wir nich eene Jroß-Macht jewesen, un haben innen Freiheitskriech geblut't, un Deutschland jerett, daß wir nu mit Reuß-Schleitz-Greitz-Lobenstein uf een Prinzip reiten sollen. Det wäre so'n Fressen vor Sachsen und Bayern und Oestreich, wenn se uns nu den Daumen uf't Oge drücken könnten. Ja, Kirschkuchen! Deutschland muß 'n Janzet bilden, det versteht sich, davor stimm ick och, un dadervor drag ick och meine Kukarde von Schwarz-Roth-Jold! Aber Preußen unterducken? Ne, davon wird nischt jereicht!

Preußen is der Kopp von Deutschland!

Wer det streiten duht, is'n Schaafskopp. Preußen is am ufjeklärtsten, Preußen is am stärksten, Preußen is, wennt zum Keilen kommen duht, immer am klobigsten, Preußen hat det bisken Ehre von Deutschland bisher alleene ufrecht jehalten. Preußen is der Kopp, det sag ick!

Sachsen is der Hals von Deutschland.

Wennt uf't Schlucken und uf't Schreien ankommt, denn is Sachsen immer da! Un schreien duth et heite noch, det Eenen die Ohren jellern. Aber des is man Alles Povist.

Hannover is der Puckel von Deutschland.

Det is hartnäckig wie der Deibel, und drägt, wennt sin muß, seinen Sack voll Lasten, aber weiter och nischt. Den Puckel zeigt et Deutschland un mit de Jesichte jlupt et nach England, wodran et lange jenug als Lappen jebammelt hat.

Würtemberg is die Brust von Deutschland.

Dadrin sitzt det jefühlvolle Herze, die jemüthliche Schwabennatur, und zwee Lungenflijel, wovon Eener Katholsch beten duht un der andre evanjelsch-muckerlich singen duht. Im Uebrijen sind et Schwaben un det einige Deutschland is noch nich vierzig Jahr alt. So ville steht fest.

Bayern is der Bauch von Deutschland.

Der beherbergt det Bayersche Bier, die Leberknödel, des Nürnberger Kunstjekröse, die Pfaffenblähungen und die Liebe zu's schöne Geschlecht. Da steht et seinen Mann!

Oestreich is der Po... Der Mensch muß nicht jrob sind! —

Oestreich is det Sitzflesch von Deutschland.

Oestreich hat so lange stille jesessen, deß et Schwielen jekricht hat und deß ihm die Beene anjeschwollen sind. Sein Blut is so dicke jeworden, deß endlich een eklicher Ausschlag jekommen is. Oestreich drägt Böhmsche Hosen, Ungersche Stiebeln, Schlowackische Strümpe und eene italjensche Nachtmütze. Aber die Hosen sind jeplatzt, die Stiebeln zerrissen, die Strümpe haben Löcher jekricht und die Nachtmütze werd ihm um die Ohren jeschlagen, det man Alles so feistert. Un dieset Sitzfleesch, soll der Kopp von Deutschland sind? da muß ja jleich der Deibel drin schlagen!

Erzherzog Johann.

Det wäre mir jrade so'n Reichsverweser vor Deutschland! Kaiser Fernand sitzt in Inspruck mit de Kolike und kann nich rejieren, un Johann muß den faulen Schwindel in Wien in Ordnung bringen. Kann der sich um Deutschland bekimmern? Hat der nich genug Arbeet, wenn er die böhmsche Hosen flickt und die italjänsche Nachtmütze wieder über de Ohren ziehen duht? Det werd nich lange dauern, so is Musje Johann Ostreichscher Kaiser oder Mitrejente und denn haben wir die janze Ostreichsche Muschpoke uf'n Hals! Ne, jo nich sehn! Sitzfleesch kann nich Kopp sin! Preußen is der Kopp, Preußen muß obenuf bleiben, oder ick spiele nich mit!

Wat wollen se denn von Preußen, die Schaafsköppe! Weil Preußen absolutsch jewesen is? Na, wer is denn dadran weiter schuld, als det Oestreichsche Sitzfleesch? Wat? Un is nich Preußen sojar mit seine absolutsche Rejierung weiter jekommen, als die anderen kleenen Kratzbirschten mit ihre Konschtuzjonen! Die können noch lange krabbeln, ehr se sich so weit aus ihren Quark rausarbeeten!

Ne, ne! Des is faul! Preußen läßt sich keene Daumschrauben anlejen. Hier heeßt et:

Preußen oben, oder wir haben man gespaßt.

Aujust Strampelmeier, Birjer.

Zu haben bei A. Hofmann & Comp. in Berlin, Gr. Friedrichsstraße 172. — Druck von J. Draeger, Adlerstraße 9.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

setzung der Centralgewalt durch Gagern von neuem der Grundsatz der Volkssouveränität verkündet worden war, so sorgte sich die Nationalversammlung um alle diese Fragen nicht. Ihr war selbstverständlich und zweifellos, daß der Reichsverweser unter allen Umständen von der Leitung des Parlaments abhängig bleibe.

Bedenklicher noch erschienen die Lücken des Gesetzes vom 28. Juni bezüglich der Stellung der Centralgewalt zu den Einzelregierungen. Denn wenn gleich der erste Satz des Gesetzes dem Reichsverweser die „vollziehende Gewalt" zuwies „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt betreffen", so war dieser Satz freilich fast wörtlich gleichlautend mit den entsprechenden Worten der Bundesakte. Aber hatte nicht Fürst Metternich 1819, 1820 und 1832 eine die Selbständigkeit der Fürsten wie die Freiheit der Unterthanen völlig vernichtende Diktatur gerade auf diese Worte, auf die Befugnis des Bundes gestützt, „die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt" zu schützen? Auch der zweite Satz, der dem Reichsverweser „die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht und die Ernennung der Oberbefehlshaber" zuwies, las sich wie eine fast wörtliche Wiederholung des Artikels 51 der Wiener Schlußakte, der die Selbständigkeit der Einzelstaaten gewiß nicht gekränkt hatte. Aber er ließ sich auch ebensogut dahin auslegen: daß fortan nur ein einziges Reichsheer bestehe, und daß die Centralgewalt befugt sei, alle höheren Offiziere selbständig zu ernennen. Endlich hatte auch der Bundestag schon die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands nach außen und das aktive und passive Gesandtschaftsrecht geübt, die nun dem Reichsverweser übertragen waren, und zwar hatte der Bundestag das unbeschadet des gleichen Rechtes der Landesregierungen gethan. Aber das Gesetz vom 28. Juni sagte nichts darüber, ob dieses Recht der Einzelstaaten noch fortdauern oder aufhören solle.

Für diese Stellung war natürlich auch die Persönlichkeit des Reichsverwesers von hauptsächlicher Bedeutung. Die Wahl fand am 29. Juni statt. Erzherzog Johann von Österreich erhielt 436, Gagern 52, Itzstein 32 Stimmen; von der äußersten Linken enthielten sich 27 Mitglieder der Abstimmung. Präsident v. Gagern knüpfte an die Mitteilung des Wahlergebnisses die Worte: „Er bewahre seine allezeit bewiesene Liebe zu unserem großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen!" In das von Gagern auf den Erwählten ausgebrachte Hoch stimmte das ganze Haus, auch die Galerie, stürmisch ein; Glockengeläute und Kanonensalven rauschten über die alte Kaiserstadt hin. Aber die schönen Hoffnungen, welche Parlament und Volk auf diesen Mann setzten und an seine Wahl knüpften, sollten nicht am wenigsten getäuscht werden durch die Persönlichkeit und den Charakter des Erzherzogs-Reichsverwesers selbst. Denn zunächst konnten für „seine unserm großen Vaterlande allezeit bewiesene Liebe" nur Legenden, keinerlei geschichtliche Be-

weise beigebracht werden. Er sollte als Gast des Königs von Preußen auf Schloß Stolzenfels am Rhein im Jahre 1842 oder 1845 den Toast ausgebracht haben: „Kein Preußen, kein Österreich, ein einiges Deutschland!" In Wahrheit aber hatte er damals nur auf das Zusammengehen Preußens und Österreichs — natürlich beim Bundestage und unter Metternichscher Führung! — gebechert. Sodann hatte er seine Volkstümlichkeit der einzigen wirklichen Thatsache zu danken, daß er die Tochter eines Posthalters in Steiermark geheiratet hatte, und äußerst schlicht und einfach, wie ein Mann jenes kräftigen Bergvolkes

Der Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich.
Lithographie von Schertle nach Biows Lichtbild, 1848.

unter den Bauern, Sennen, Hirten und Jägern der Steiermark lebte. Aber hinter diesem scheinbar ländlich-bürgerlichen Auftreten verbarg sich doch nur die alte Kunst der habsburgisch-lothringischen Prinzen und Fürsten, jeden scheinbar treuherzig anzubiedern, um durch diese liebenswürdige Außenseite die persönlichen und dynastischen Zwecke des Künstlers zu fördern. Nicht minder besaß der Prinz die seit Jahrhunderten geübte Fähigkeit seines Hauses, schöne aber leere

Einzug des Erzherzog Johann, Reichsverweser von Deutschland, in Frankfurt a. M. am 11. Juli 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Worte zu sprechen, denen Jeder die von ihm gewünschte Deutung unterlegen konnte; hinzuhalten, bis er und seine Getreuen die Zeit des Handelns gekommen erachteten.

Das Parlament hatte am 29. Juni zugleich eine Abordnung von sieben Mitgliedern gewählt — an ihrer Spitze den zweiten Vicepräsidenten der Paulskirche, den österreichischen Freiherrn v. Andrian, und den ersten Schriftführer Jucho —, um dem Erzherzog in Wien seine Erhebung zum Reichsverweser amtlich anzuzeigen. An seiner Annahme zweifelte niemand, obwohl er eben erst als Stellvertreter des in Innsbruck weilenden Kaisers die Regierung Österreichs übernommen hatte. In der That empfing der Prinz die Abgeordneten in zuvorkommendster Weise — der Hamburger Heckscher konnte in seinem Bericht an das Frankfurter Parlament nicht genug rühmen, wie viel und gut man gegessen und getrunken habe — und nahm die ihm dargebrachte Würde sofort an. Die Abgeordneten waren entzückt über die gemütlich-treuherzigen Ansprachen, die Johann ihnen in dem anheimelnden Wiener Deutsch gehalten, und überzeugt, daß in diesem Manne kein Falsch stecken könne. In seinen amtlichen Bekanntmachungen redete Johann auch von keinem anderen Rechtstitel seiner Würde, als von dem Beschlusse der Nationalversammlung. An Schmerling aber sandte er gleichzeitig ein Schreiben des Dankes für das Vertrauen der deutschen Regierungen, welches ihm erst den festen Boden für seine Wirksamkeit schaffe. Den preußischen Gesandten in Wien, Grafen Bernstorff, versicherte er seiner herzlichen Gesinnung für Preußen, die er schon dadurch bethätigen werde, daß er zu Reichsministern des Äußern und des Krieges immer nur die von Preußen vorgeschlagenen ernennen wolle. Auf der Durchreise in Dresden machte er dagegen dem sächsischen Minister v. d. Pfordten geheimnisvolle Andeutungen über Gerüchte von finsteren preußischen Annexionsplänen. Als ob dieser König von Preußen jemals an Eroberungen gedacht hätte! Und seine Regierung war damals — wie wir sehen werden — so schwach, daß sie jeden Abend dem Himmel auf den Knien dankte, wenn wieder ein Tag leidlich überstanden war!

Bezeichnend für Johann war übrigens auch die Thatsache, daß er anfangs dachte, seine beiden Ämter, die Regierung Österreichs und die Reichsverweserschaft Deutschlands nebeneinander führen zu können. Als er sich aber von der Unmöglichkeit überzeugte, beschloß er, ohne nur die Genehmigung des Kaisers einzuholen, die Regierung in Frankfurt baldigst anzutreten, dann nur noch einige Tage zur Eröffnung des österreichischen Reichstags nach Wien zurückzukehren, und darauf allein der Handhabung der deutschen Centralgewalt sich zu widmen. Seine Reise von der deutschen Grenze an bis nach Frankfurt war ein Triumphzug. Am 11. Juli zog er unter unbeschreiblichem Volksjubel in das herrlicher als je geschmückte Frankfurt ein. Mit großem Pomp wurde er dann am 12. Juli in die Nationalversammlung eingeführt. Biedermann, als Schriftführer, verlas ihm das Gesetz vom 28. Juni. Johann gelobte, „es zu halten und halten zu

lassen zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes". Dann fuhr er fort:

„Ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amte ungeteilt widmen und ungesäumt Seine Majestät den Kaiser ersuchen werde, mich nach der von mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages (in Wien) von der weiteren Stellvertretung in Wien zu entheben. (Lang anhaltendes, donnerndes Bravo und Lebehoch von Seiten der Versammlung und der Gallerie.) Auf der Welt (zum Präsidenten gewandt und ihm die Hand reichend) darf man nichts halb thun; hat man einen Entschluß gefaßt, so muß man sich dem ganz widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation. (Anhaltendes und stürmisches Bravo.)"

Nach dem an Eidesstatt abgegebenen Gelöbnis des Erzherzogs, das Gesetz vom 28. Juni treu zu halten und halten zu lassen, durfte die Nationalversammlung dem „Prinzen ohne Falsch" gewiß vollends arglos vertrauen. Aber es folgte sofort ein Nachspiel, das doch recht bedenkliche Deutungen zuließ. Der Reichsverweser begab sich nämlich aus der Paulskirche in das Taxissche Palais in der Eschenheimer Gasse, in dem bis dahin der Bundestag seinen Sitz gehabt, der arme Bundestag, dessen „Bestehen" nach dem von Johann vor der Paulskirche soeben feierlich beschworenen Gesetze vom 28. Juni „mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt aufhören" sollte. Die Centralgewalt war nun bereits in Wirksamkeit getreten, der Bundestag also von Rechts wegen eigentlich schon tot. Höchstens „zappelte" er noch, wie Hecker vom Polizeistaat im Vorparlament gesagt hatte, und wollte sich, wie alle Schauspieler, jetzt nur noch einen „schönen Abgang" sichern, indem er dem für den Bundestag tödlichen Reichsverweser ein elegantes „Morituri te salutant" entgegenstammelte. Dieser Vorgang nahm aber einen wesentlich anderen Verlauf, als diesen allerseits erwarteten, und entging namentlich nicht der Aufmerksamkeit Robert Blums. Dieser war nämlich durch einen boshaften Zufall unter die durch Auslosung gewählten, sonst meist loyalen 50 Abgeordneten geraten, die den Reichsverweser nach der Paulskirche geleitet und von dieser zur Eschenheimer Gasse zurückbegleitet hatten, und vom ersten Anblick des Erzherzogs an nannte Blum diesen bloß den „Reichsvermoderer". Was nun in der Eschenheimer Gasse geschah, mußte aber auch ein gegen den Reichsverweser weniger argwöhnisches Gemüt als das Robert Blums mit Mißtrauen erfüllen.

Denn bereits am 30. Juni, einen Tag, nachdem das Parlament den Erzherzog zum Reichsverweser gewählt, hatte der Bundestag ein Glückwunschschreiben an den Erwählten erlassen, in welchem ganz dreist behauptet wurde: „daß die Bundesversammlung bereits vor Schluß der Verhandlung über die Centralgewalt von den Regierungen (!) — also von allen! — ermächtigt gewesen sei, sich für diese Wahl zu erklären". Diese von Schmerling verfaßte Behauptung war eine bewußte Unwahrheit, da wir aus dem Obigen wissen, daß nur Österreich, Preußen und Bayern durch ihre Gesandten von dem Vorhaben Gagerns in Kenntnis gesetzt waren und selbst von diesen drei Regierungen nicht eine einzige

der Ernennung Johanns zum Reichsverweser zugestimmt, die preußische sogar sie ausdrücklich verworfen hatte. Von der Unwahrheit dieser Behauptung wußte Blum nichts, wohl aber von dem Schreiben des Bundestages vom 30. Juni. Auch dieses Schreiben war schon auffallend genug. Blum brachte es am 1. Juli im Parlament zur Sprache:

„Wenn die Bundesversammlung keine Prophetengabe hat, die ich bis jetzt an ihr noch nicht bemerkt habe", sagte er, unter großer Heiterkeit, „so konnte sie über diese Wahl mit den Regierungen im voraus gar nicht reden. Wenn aber, was ich annehmen muß, die Bundesversammlung ihre Nachrichten nicht schöpft aus Privatcirkeln und Klubs, so muß man glauben, es habe ein offizieller Verkehr stattgefunden. Zugleich aber stelle ich den Antrag, daß jene Erklärung — für deren Bezeichnung kein Ausdruck stark genug sein dürfte — eine unangemessene und den Beschlüssen der Nationalversammlung widersprechende sei".

Gagern erklärte sofort, unter „vielstimmigem Bravo", daß zwischen ihm und der Bundesversammlung „nicht die geringste Kommunikation über die Sache stattgefunden" habe. Mit Recht fand Blum, daß nach dieser Erklärung wohl Gagern, noch keineswegs aber der Bundestag gerechtfertigt sei, und beantragte daher am 4. Juli:

„Von der Bundesversammlung eine amtliche nähere Erklärung über den Sinn und die Bedeutung ihres Glückwunschschreibens an den Reichsverweser und besonders über die darin enthaltene Erklärung für diese Wahl zu erfordern". Zur Begründung dieses Antrages bemerkte er treffend: „Wenn die Bundesversammlung im Auftrage der Regierungen für unsere Wahl sich erklärt, so kann sie sich auch gegen die Wahl erklären, und sie widerspricht damit entschieden allen unseren Beschlüssen, ja sie stellt unser ganzes Dasein in Frage".

Leider hatte das Parlament keine Ahnung davon, daß das letztere gerade die arglistige Absicht des Bundespräsidialgesandten Schmerling war, als er das Glückwunschschreiben vom 30. Juni verfaßte, während er jetzt am 4. Juli als Abgeordneter durch eine seiner nichtssagenden Erklärungen und durch die Versicherung, der Bundestag sei ja „tot", der Erörterung der von Blum angeregten, grundsätzlich so wichtigen Frage auswich und die arglose Mehrheit bestimmte, über diesen Antrag einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Weite Kreise des Parlamentes wurden nun aber doch aus ihrer vertrauensseligen Stimmung aufgerüttelt, als derselbe Schmerling — nun wieder als Bundespräsidialgesandter — am 12. Juli beim Erscheinen des Reichsverwesers in der Bundesversammlung erklärte, daß „die Bundesversammlung die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen in die Hände der provisorischen Centralgewalt lege, daß die Mitwirkung aller deutschen Regierungen dem Reichsverweser zur Seite stehe und sie ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehe". Das konnte doch mindestens so ausgelegt werden, als ob der Reichsverweser sein Amt und seine Befugnisse nicht von der Nationalversammlung, sondern von dem Bundestage und den Regierungen übertragen erhalte, und demgemäß auch nur von diesen, nicht vom

Parlament wieder abberufen werden könne. In der That machte Erzherzog Johann, trotz seines eidesstattlichen Gelöbnisses vom 12. Juli diese seine Entdeckung. Jene Worte Schmerlings enthielten aber noch weit mehr. Denn obwohl er den Bundestag schon am 4. Juli Blum gegenüber für „tot" erklärt hatte, erdreistete er sich jetzt am 12. nur „die bisherige Thätigkeit" des Bundestages „als beendet anzusehen", und offenbar nur auf die Dauer des Bestehens der „provisorischen Centralgewalt", also auch nur provisorisch, so daß der „tote" Bundestag sich dann später zu fröhlicher Auferstehung aus seinem Grabe und zur Erneuerung seines Jammerdaseins jederzeit wieder erheben könnte! So konnten Schmerlings Worte mindestens gedeutet werden, und in Wahrheit waren sie auch so gemeint! Das linke Centrum nahm diesmal den bisher nur von der Linken erhobenen Alarmruf auf, indem es am 14. Juli den Antrag einbrachte: „daß der Seitens der Bundesversammlung am 12. Juli vollzogene Akt der Übertragung ihrer Befugnisse auf die provisorische Centralgewalt für nicht geschehen zu erklären". Allein die Versammlung erklärte auch diesen Antrag nicht für „dringlich". Als ob es etwas „dringlicheres" für das Parlament gegeben hätte, wie darüber zu wachen, daß das Gesetz vom 28. Juni strengstens und ohne jede Verdunkelung durchgeführt werde, und demgemäß nicht bloß „die bisherige Thätigkeit," sondern „das Bestehen des Bundestages" überhaupt ein für allemal aufhöre!

In der That wurde später die unselige, von Österreich betriebene, und von Preußen nach dem schmachvollen Tage von Olmütz genehmigte „Reaktivierung des Bundestages" an den perfiden Doppelsinn der Erklärung Schmerlings vom 12. Juli 1848 angeknüpft. Die k. k. Staatsjuristen sagten: die Befugnisse des Bundestages seien der Centralgewalt übertragen und bis zum Erlöschen derselben von dieser geübt worden; nun hindere nichts, daß der Bundestag seine nur schlummernden Befugnisse selbst wieder ausübe". Dieser verlogenen Rechtsverdrehung hat Zachariä mitten in der wildesten Reaktionszeit zwar die ganze Verachtung entgegengeschleudert, die sie verdiente (in seiner Schrift „die Reaktivierung des Bundestages"). Doch wäre das Bewußtsein dieser Ruchlosigkeit im Volke wesentlich gefördert und jener Staatsumwälzung auch der letzte Vorwand guten Glaubens entzogen worden, wenn das Parlament am 14. Juli 1848 den Antrag seines linken Centrums angenommen hätte!

Dritter Abschnitt.

Centralgewalt und Parlament im Juli und August 1848.

So unangenehm, ja peinlich auch den deutschen Regierungen Gagerns „kühner Griff" vom 24. Juni und das am 28. Juni zustande gekommene Gesetz sein mochte, so durfte die provisorische Centralgewalt sich doch

bald der Anerkennung aller deutschen Regierungen erfreuen. Auch Preußen, wo Rudolf von Auerswald nach Camphausens Entlassung an die Spitze des Ministeriums getreten war, gab ungesäumt die Zustimmung zur Wahl des Erzherzog-Reichsverwesers, da Auerswald volles Zutrauen in Johanns Verwaltung hatte — so schmerzlich Preußen auch die eigene Ausschließung von der Centralgewalt empfand. Nur Hannover und Bayern zeigten sich anfangs widerspenstig. Der stolze Welfe ließ am 7. Juli seinen Ständen amtlich anzeigen, er werde einfach abdanken, wenn man wesentliche Rechte seiner Krone antaste und zählte dann seine „Bedenken über die Form und den Inhalt des Gesetzes vom 28. Juni" auf. Er gab jedoch schleunigst nach, als in der Paulskirche

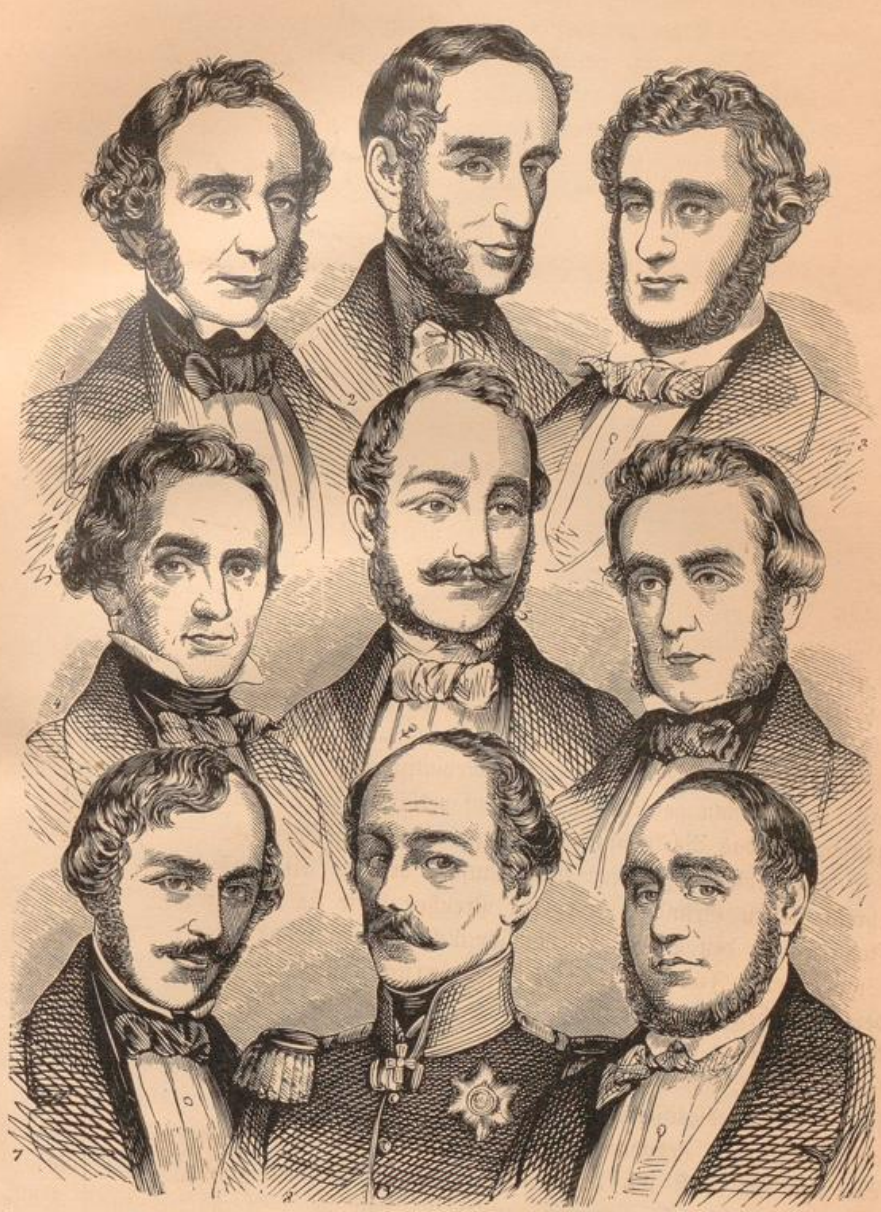
Karikatur auf Ernst August, König von Hannover, aus dem Jahre 1848.

„die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von der Staatsregierung des Königreichs Hannover" unter der Drohung gefordert wurde: man werde sonst Hannover zum Reichsland machen. Diese Nachgiebigkeit des starrsinnigsten aller deutschen Fürsten bewog auch den König Max von Bayern bald nachher zur einfachen Unterwerfung, obwohl er anfangs dem preußischen Gesandten polternd erklärt hatte: ehe er sich mediatisieren lasse, werde er bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

Die Besetzung des ersten Reichsministeriums war schon vor dem Eintreffen des Reichsverwesers in Frankfurt zwischen Gagern und Schmerling verabredet worden. Die wichtigsten Ämter — diejenigen welche hauptsächlich das

Verhältnis der Einzelstaaten zur Centralgewalt feststellen mußten — waren in der That, wie der Erzherzog schon in Wien versprochen hatte, preußischen Männern zugedacht. Der bisherige preußische Ministerpräsident Ludolf Camphausen sollte im Reichsministerium den Vorsitz und die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen, General von Peucker das Kriegsdepartement, der Abgeordnete Banquier v. Beckerath die Finanzen. Peucker, ein nicht sehr thatkräftiger, wohlwollender Mann stellte die — ihm zugestandene — Bedingung, daß man die deutschen Kriegsminister nicht einfach zu seinen Untergebenen machen, und die deutschen Heereseinrichtungen nicht umwälzen, sondern verbessern würde. Dann nahm er an. Camphausen dagegen lehnte ab (das Nähere bei Sybel, a. a. O. S. 197/199), nachdem ihm Gagern in begeisterter Offenheit erklärt hatte: Alles komme jetzt darauf an, die Centralgewalt sofort zu einer alle Einzelstaaten überragenden Macht zu erheben, demgemäß alle deutschen Truppen für den Reichsverweser in Eid und Pflicht zu nehmen, allen Landesregierungen das Gesandtschaftsrecht zu entziehen und vor allem die Verhandlungen mit Dänemark selbst in die Hand zu nehmen. Camphausens Herz schlug ebenso warm für die deutsche Sache wie das Gagerns. Aber mit nichten meinte er, daß die Centralgewalt alle Lebenskraft der Einzelstaaten aufsaugen dürfe. Als besten Plan für den Um- und Neubau der deutschen Einheit betrachtete er vielmehr die Angliederung der größeren und kleineren Staaten an Preußen, als den beharrenden mächtigen Grundstock des Gebäudes. Zudem mißtraute er dem österreichischen Reichsverweser und dessen mehrhundertköpfiger Trabantenschar von österreichisch gesinnten Abgeordneten in der Paulskirche, und erklärte daher Gagern kühl: zum Werkzeug für Preußens Mediatisierung, zu dem er hier dienen solle, lasse er sich nicht gebrauchen. Darauf erklärte auch Gagern den Eintritt Camphausens in das Reichsministerium nicht für wünschenswert.

Die Ablehnung seiten Camphausens erfolgte also aus den triftigsten und ehrenhaftesten Gründen, aber für Preußen hatte sie den großen Nachteil, daß Johann nun den Vorsitz im Reichsministerium und das Innere dem bayrischen Standesherrn Fürsten Carl von Leiningen übertrug — den wir schon bei der bayrischen Märzbewegung kennen gelernt haben — einem geistreichen, aber immer rastlosen und auf Neues sinnenden, und vor allem bitter preußenfeindlichen Manne, einem Halbbruder der Königin von England, der mit der Schadenfreude des Mediatisierten den deutschen Fürsten kurz zuvor in einem Zeitungsartikel entgegen gedonnert hatte: entweder Unterwerfung oder Mediatisierung. Wie von ihm ließ sich auch von den andern Reichsministern, die der Reichsverweser nun noch ernannte, erwarten, daß sie mit widersetzlichen Fürsten rauhbeinig verfahren würden, so vortrefflich sie sonst sein mochten. Es waren der berühmte Staatsrechtslehrer Robert v. Mohl (Justiz), der Hamburger Advokat Heckscher (Auswärtiges), der Bürgermeister von Bremen Duckwitz (Handel). Alle drei hatten bisher dem linken Flügel der Mehrheit der Pauls-



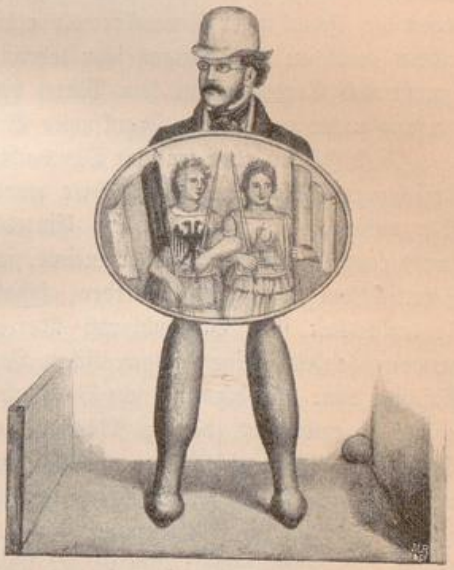
1. v. Beckerath.
2. Ritter v. Schmerling.
3. Heckscher.
4. Duckwitz.
5. Fürst v. Leiningen.
6. v. Mohl.
7. Mevissen.
8. v. Peucker.
9. Bassermann.

Die Reichsminister.
Holzschnitt aus dem Jahre 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kirche angehört, wie auch Schmerling, der bald an Leiningens Stelle trat und nun vollends alle antipreußischen Intriguen in die Hand nahm.

Schon ehe dieses erste Reichsministerium vollständig besetzt war, begannen die Kraftproben auf die Stärke der neuen Centralgewalt, in Übereinstimmung mit dem eben zur Eröffnung des Reichstags nach Wien reisenden Erzherzoge, mit den bereits ernannten Ministern, namentlich mit dem General Peucker. Am 15. Juli machte das Parlament die erste Kraftprobe, indem es die Verdoppelung des Bundesheeres durch Erhöhung der Aushebung auf zwei Prozent der Bevölkerung beschloß, unter Wegfall aller bisher in den Einzelstaaten bestandenen Befreiungen. Der Beschluß war an sich vortrefflich. Er machte nur leider das Parlament, bei der Stockung allen Handels und Verkehrs und der übeln Finanzlage der Einzelstaaten, äußerst unvolkstümlich und erweckte lebhafte Beschwerden aus dem Volke wie aus den Einzellandtagen. Und lange ehe diese grundstürzende Änderung der Wehrpflicht durchgeführt werden konnte, war es mit der Herrlichkeit des Parlamentes überhaupt vorbei.



„Wenn Deutschland und Frankreich Arm in Arm gehen, dann können wir unser Jahrhundert in die Schranken rufen."
Karikatur aus dem Parlament auf Wiesner aus Wien (bei Beratung über die Verstärkung des Heeres auf 2% der Bevölkerung) 1848.

Am 16. Juli folgte die zweite Kraftprobe. Da erließ der Reichskriegsminister — der aktive preußische General v. Peucker! — ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen, zugleich aber auch einen unmittelbaren Aufruf an die deutschen Truppen, und bezeichnete in beiden den Reichsverweser als den höchsten Kriegsherrn in deutschen Landen. Demgemäß forderte er die Regierungen auf, am Sonntag, den 6. August, sämtliche Truppen aller Garnisonen zu einer Parade ausrücken zu lassen, um dem Reichsverweser durch ein dreimaliges Hurrah zu huldigen, nachdem ihnen zuvor Peuckers Aufruf verlesen worden wäre. Nach der Huldigung sollten sie die deutsche Kokarde anlegen. Willig fügten sich die kleineren deutschen Staaten und bereiteten ihren „Völkern" das erquickende Schauspiel. In Österreich aber sagte man den Truppen amtlich kein Sterbenswort von dem „obersten Kriegsherrn" in Frankfurt. Das hätte gerade noch gefehlt, meinte Kriegsminister Latour, um auch den letzten Halt Österreichs, das Heer, mit der Begriffsverwirrung aller übrigen Kreise zu erfüllen

und in seiner Pflichttreue wankend zu machen. Auf seinen Antrieb verfaßte dann der österreichische Ministerrat jenes wundervolle Schriftstück, in welchem die Regierung des kaiserlichen Stellvertreters Erzherzog Johann in Wien nachdrückliche Verwahrung und Beschwerde einlegte gegen die Anmaßung des Ministeriums desselben Erzherzogs Johann in Frankfurt. In Berlin zeigte man sich etwas entgegenkommender in der Form, aber ebenso scharf ablehnend in der Sache. Der König erließ nämlich einen Armeebefehl, in welchem er, sozusagen rein akademisch, das Vertrauen aussprach, seine preußischen Truppen würden die alte Tapferkeit bewähren, wenn sie einmal, auf Befehl des Königs, unter die Führung des Reichsverwesers zu treten hätten. Von einer Huldigungsparade am 6. August war aber in ganz Preußen keine Rede. Hannover verweigerte die Huldigung rundweg. Peuckers unbedachte Verordnung erwies sich also auch als eine höchst unweise Handlung, da sie die beiden deutschen Großmächte gegen die Frankfurter Centralgewalt erbitterte und sie zu dem, auch für alle andern deutschen Regierungen sehr lehrreichen Beweis herausforderte: daß Parlament und Centralgewalt kein Mittel besäßen, um die Großmächte zur Unterwerfung unter unliebsame Frankfurter Beschlüsse zu nötigen.

Noch stärker aber trat die Ohnmacht der Centralgewalt in den auswärtigen Beziehungen hervor, und auch hier wurde die Sache auf die Spitze getrieben. Wir wissen, daß Gagern den Einzelstaaten das Gesandtschaftsrecht überhaupt entziehen wollte; und er meinte, ihre Gesandten würden von den fremden Höfen sofort verabschiedet werden, sobald dort die Vertreter der deutschen Centralgewalt ihre Beglaubigung überreichten. So sandte denn der Reichsverweser sogleich seine diplomatischen Vertreter an die fremden Mächte, meist Männer ohne alle diplomatische Vorschule. Sie wurden aber vom Ausland nur notdürftig anerkannt, da den Mächten die angebliche neue Großmacht „deutsche Centralgewalt" durch Thaten und Machtmittel geschichtlich noch nicht beglaubigt war. Nur der nach der Schweiz entsandte Raveaux erfreute sich herzlicher Aufnahme und voller Anerkennung seiner amtlichen Stellung. Glücklicherweise gelang der Centralgewalt, sich in der schleswig-holsteinischen Frage, der einzigen bedeutenden der damaligen auswärtigen Politik Deutschlands, mit Preußen zu verständigen. Österreich, das in dieser nationalen Frage nicht blos völlig unthätig war, sondern offen zu Dänemark hielt, mußte, bei seiner tiefen Ohnmacht, Preußen und die Centralgewalt wenigstens gewähren lassen. Die Centralgewalt aber übernahm keineswegs in diesen Verhältnissen und Verhandlungen die Führung, sondern mußte ihre Politik der Preußens fast vollständig unterordnen.

Wie diese ersten Mißerfolge der „Reichsregierung" des österreichischen Erzherzogs im deutschen Volke wirkten und beurteilt wurden*), zeigen folgende hübschen Verse Franz Dingelstedts:

*) Das folgende aus dem trefflichen Büchlein von Max Jähns „der Vaterlandsgedanke und die deutsche Dichtung". Berlin 1896.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Centralgewalt, Centralgewalt,
Wie mächtig das, wie prächtig schallt!
Zum Unglück aber fehlt ihr halt
Bis jetzt noch Centrum und Gewalt. —

Der „Kladderadatsch" aber, der doch sonst den freiheitlichen und einheitlichen Verlangen Deutschlands immer beredten Ausdruck lieh, teilte jetzt den Groll der preußischen Patrioten über die „Frankfurter Einigungsmesse" und brachte am 23. Juli 1848 ein ernstes Bild, das den preußischen Adler darstellte, ans Kreuz geschlagen, umstanden von höhnenden Österreichern, Bayern und Spießbürgern. Darunter ein ergreifendes patriotisches Klagelied Rudolf Löwensteins. Da erscheint aber über dem gekreuzigten Adler der alte Fritz mit dem Krückstock und ruft:

Nehmt euch in acht! Noch dürft ihr ihm nicht trauen!
Wenn er sich losreißt — scharf noch sind die Klauen!
Und raufet ihr auch frevelnd sein Gefieder —
Nehmt euch in acht, die Schwingen wachsen wieder!

Jene verfehlten Kraftproben der deutschen Centralgewalt waren allerdings noch nicht gemacht und die dadurch erzeugte Mißstimmung noch nicht hervorgerufen, als das Frankfurter Parlament am 3. Juli den verhängnisvollsten aller Beschlüsse faßte: die Verhandlung über das deutsche Verfassungswerk mit der Beratung der Grundrechte zu beginnen. Aber andere sehr bedeutsame Erfahrungen lagen vor, die auf das dringendste vor diesem Beschlusse hätten warnen sollen. Denn schon unmittelbar ehe die Nationalversammlung am 19. Juni ihre achttägige Verhandlung über die Centralgewalt begann, hatte der österreichische Feldmarschall Windischgrätz den großen slavischen Aufstand in Prag mit Waffengewalt blutig niedergeworfen. Abgesehen von der Dämpfung des viel unbedeutenderen Heckerputsches in Baden, hatte in Prag seit dem März zum ersten Male eine Regierung mit militärischer Macht eine mächtige Empörung bewaffneter Volksmassen niedergeschlagen. Aber ein noch bei weitem bedeutsameres Ereignis ging den Beratungen des deutschen Parlaments über die Centralgewalt zur Seite: die große dreitägige Pariser Straßenschlacht, in welcher General Cavaignac die bewaffneten Kommunisten- und Proletariermassen überwältigte und zermalmte. Damit war der Krater geschlossen, aus dem seit vier Monaten die revolutionäre Lavaglut nach Deutschland hinübergeschleudert worden war. Im alten reaktionären Kurse steuerte nun wieder das französische Staatsschiff. Gewiß eine Warnung für alle, die in Deutschland noch mit revolutionärem Winde segelten, eine große Ermunterung und Stärkung für die anderen, die den alten reaktionären französischen Kurs für den allein richtigen und heilsamen hielten; ins Deutsche übertragen: auch für die Auflehnung des Sondergeistes gegen die Einheit.

Das deutsche Parlament war zweifellos ein Kind der Revolution. Seine Macht war nicht von dieser Erde; sie bestand nur in dem innigen Glauben und

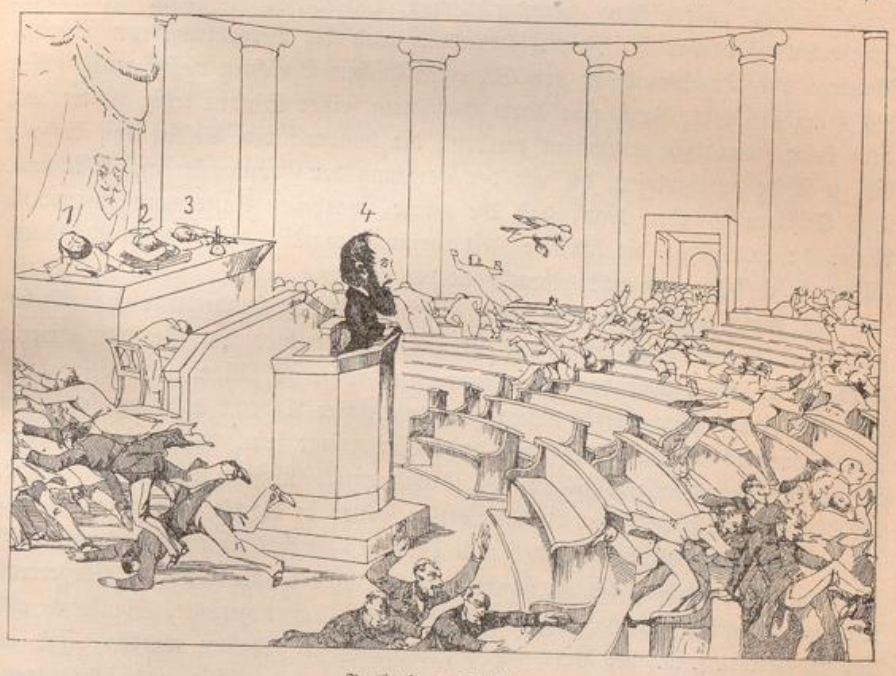
Vertrauen des Volkes, auch der Fürsten: daß diese Versammlung den Willen und die Kraft besitze, Deutschland Einheit und Freiheit, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Deshalb gab es jetzt für das deutsche Parlament gar nichts dringenderes zu thun, als die äußerste Beschleunigung des deutschen Verfassungswerkes und Vollendung desselben, ehe der Nimbus der parlamentarischen Allmacht zerfloß und die Erstarkung der alten Sondergewalten Deutschlands handgreiflich fühlbar wurde. Denn nur solange, als auch diese Gewalten noch einen Beschluß der Paulskirche für den Ausdruck eines unwiderstehlichen Volkswillens hielten, konnte die Hoffnung bestehen, daß dem Parlament gelingen werde, die provisorische Centralgewalt in eine endgültige dauernde Reichsregierung zu verwandeln, eine Reichsverfassung zu verwirklichen, die notwendig tief in die Hoheitsrechte der Einzelstaaten eingreifen mußte.

Statt nun aber sofort die Grundlagen der künftigen Reichsgewalt und Reichsverfassung festzustellen, faßte die Paulskirche, wie schon berichtet, am 3. Juli den unseligen Beschluß, zunächst in die Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes, d. h. der Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers einzutreten. Daß die Linke für diesen Beschluß stimmte, war begreiflich. Für sie bestand der Hauptgewinn der deutschen Einheit in den allen Deutschen dadurch verbürgten Freiheiten. Selbst dieser Standpunkt aber hätte folgerichtig zu dem zwingenden Schluß führen müssen, daß erst die vollendete Einheit die Bürgschaft für die gleichmäßige Freiheit aller Deutschen gewährleiste. Um so mehr mußten hiernach vollends die gemäßigten Parteien der Paulskirche ihrerseits sich gedrängt fühlen, zuerst die deutsche Einheit, und dann erst die in der Einheit gesicherte Freiheit zu schaffen. Der Grund, der die große Mehrheit gleichwohl veranlaßte, die Beratung der Grundrechte vorweg zu nehmen, war die Beschaffenheit dieser Mehrheit selbst. Nur in der Anerkennung des monarchisch-konstitutionellen Grundsatzes gegenüber der radikalen und republikanischen Minderheit war sie einig gewesen. Sowie aber die große Streitfrage der künftigen Reichsgewalt und des künftigen Reichsoberhauptes berührt wurde, trennten sich die in dieser Mehrheit vereinten Freunde Preußens und Österreichs in bitterem Hader. Beide glaubten, der monarchischen Sache zu dienen, wenn sie auch ferner vereint die radikale und republikanische Demokratie bekämpften. Beide glaubten aber auch, die Sache Preußens und Österreichs zu fördern, wenn sie jetzt noch nicht an den trennenden Punkt rührten. Die Preußen hofften, bis dahin werde König Friedrich Wilhelm volkstümlicher werden und zum deutschen Kaiser ausreifen. Sie hielten für unmöglich, jetzt schon eine lebensfähige Verfassung, vollends mit einem preußischen Kaisertum, zu beschließen. Die Österreicher meinten, später könne die Hofburg ihnen besseren Rückhalt leihen, als in ihrer jetzigen trostlosen Lage in Innsbruck. So flüchteten sich beide Hälften der Mehrheit auf den neutralen Boden der Grundrechte, deren Beratung, mit deutscher Gründlichkeit und Redelust, den Verbrauch von einigen Monaten sicher verhieß — thatsächlich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wurden daran drei köstliche Monate verloren! Keine der beiden Parteien der Mehrheit aber bedachte, daß nach drei Monaten die seit Jahrhunderten bestehende Streitfrage der Vorherrschaft Preußens oder Österreichs in Deutschland, noch gerade so grimmig die Zähne zeigen werde, wie heute, daß dann aber die Aussichten für die Nationalversammlung, so oder so ihr Verfassungswerk durchzusetzen, bedeutend vermindert sein würden.

Freilich glaubte auch jetzt noch niemand in der Paulskirche an die Möglichkeit, daß ihre Macht jemals sinken könne, und so begann denn nun die unendliche Beratung der Grundrechte, eines Werkes von mehr als hundert Artikeln oder Paragraphen, von denen wieder jeder einzelne Satz, ja jedes Wort die querelles allemandes aus unerschöpflichen Redeschleußen speiste. Denn hier



Fortlaufender Beifall.
1. von Soiron. 2. von Gagern. 3. Herrmann. 4. Nauwerck.
Karikatur auf den Abgeordneten Nauwerck aus Berlin aus dem Parlament 1848.

waren nicht bloß etwa die Freiheitsrechte zusammengestellt oder durch Anträge aus der Versammlung gewahrt, die sich sonst in einer Magna Charta finden, wie freies Vereins- und Versammlungsrecht, Freiheit der Person und des Eigentums, Gedanken-, Preß-, Glaubensfreiheit u. s. w. Nein, zu den „Grundrechten des deutschen Volkes" wurden auch gerechnet: eine andere Gemeindeverfassung, Rechtspflege, Strafgesetzgebung, ein anderes Kirchenrecht und Unterrichtswesen als sie bisher in den Einzelstaaten bestanden hatten. Für

alle diese Gesetze, die das Parlament natürlich nicht vollständig ausarbeiten konnte, mußten wenigstens die leitenden Grundsätze aufgestellt werden, und man kann sich denken, in welch ungeheurem Maße sich Berufene und Unberufene an dieser ins Ungemessene greifenden Verhandlung beteiligten. Am 6. Juli schon waren 350 Abänderungsanträge eingereicht zu den rund 100 Paragraphen des Entwurfes, also 450 verschiedene Fassungen im ganzen. Zu jeder dieser Fassungen pflegten sich 10 Redner zu melden, so daß man sich schon am 6. Juli 1848 auf 4500 Grundrechts-Redner gefaßt machen konnte, und Giskra berechnete, daß die erste Lesung der Grundrechte am 1. April 1850 abgeschlossen sein werde! So schlimm ist es ja dann — dank der allgemeinen Ermüdung der Versammlung und dem allgemeinen Überdruß an den drei Monate hindurch täglich aufgetischten grundrechtlichen Leckerbissen — nicht gekommen. Immerhin aber war die Zeitverschwendung und die Vergeudung von Druckerschwärze und Druckpapier in den Stenographischen Berichten riesig groß. Wer des Glaubens lebt, durch eine harte Bußübung seiner Sünden ledig zu werden, dem kann freundlich empfohlen werden, die hunderte von Seiten von Anfang bis zu Ende durchzulesen, die mit der Beratung der Grundrechte angefüllt sind. Das Schlimmste aber war, daß die ganze ungeheure Anstrengung vergeblich blieb, da inzwischen die köstliche Zeit versäumt wurde, in der eine Reichsverfassung noch hätte zustande gebracht werden können.

Es wäre daher eine rein theoretische Erörterung hunderter von meist bestrittenen staatsrechtlich-politischen Fragen, wollte hier der Versuch gemacht werden, ein Urteil über den Wert jener Grundrechte zu fällen. Der Leser kann sich aus dem diesem Werke anliegenden wörtlichen Abdruck derselben selbst ein Urteil darüber bilden. Nur soviel mag hier gesagt sein, daß auch die Arbeit des Frankfurter Parlaments an den Grundrechten insofern nicht verloren war, als die wesentlichsten dieser Volksfreiheiten später in die Verfassung und Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches übernommen wurden.*) Auch viele der Reden, die im Frankfurter Parlament über deutsches Bürgerrecht und Freizügigkeit, Abschaffung der Todesstrafe, Schwurgerichte, Glaubens- und Preßfreiheit u. s. w. bei Beratung der Grundrechte gehalten wurden, sind im norddeutschen und deutschen Reichstag noch als mustergültig und überzeugend anerkannt worden. Daneben freilich enthalten jene Verhandlungen der Paulskirche auch eine Fülle der wunderlichsten Einfälle und Redeblüten, die den Witzblättern und Karikaturenzeichnern der Zeit eine unerschöpfliche Quelle für ihre Thätigkeit boten. So, wenn der „Reichskanarienvogel" Rösler aus Oels — in Hellgelb gekleidet von der Ferse bis zum gelbhaarigen Scheitel — pathetisch

*) Sehr lesenswert ist darüber eine Abhandlung von Karl Baumbach (des späteren deutsch-freisinnigen Reichstagsabgeordneten, † 1896 als Oberbürgermeister von Danzig) „die Verwirklichung der Deutschen Grundrechte in der Gegenwart", Grenzboten, 1876, S. 361 fg. 453 fg.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

versicherte: „er spreche gegen den Adel, obschon er diesem durch Verwandte nahe stehe"; — so, wenn der bayerische Kultusminister das Sündenregister des Ultramontanismus kundig aufrollte, dabei aber zu dem unbedachten Worte sich hinreißen ließ, der Papst habe ohne Zwang am italienischen Bürgerkriege teilgenommen, sich wenigstens „nur gesträubt, wie eine Braut". Oder wenn Karl Vogt bei der Beratung über die Glaubens- und Gewissensfreiheit rief: „Ich stehe bei dieser Frage eigentlich auf gar keinem Standpunkt" — und nun vom Standpunkt des Unglaubens aus die Schädlichkeit des Glaubens nachweisen wollte — und was der ergötzlichsten Redeblüten mehr sind. Die Ungeduld aller Patrioten über die unendliche Beratung brachte Franz Dingelstedt treffend zum Ausdruck in den Versen:

Der Reichskanarienvogel.
Singt wenig — spricht viel — und lebt von Diäten.
Karikatur auf Roesler von Oels aus dem Parlament 1848.

Gründlich ergründen sie drin des Volks zu begründendes Grundrecht;
Draußen indes, grundschlecht wird es dem Volke zu Mut.

In diese Zeit fällt auch Miquels erste politische That,*) die derselben edeln Ungeduld entsprang. Miquel (geb. 1828) studierte damals in Heidelberg die Rechte und Staatswissenschaften und nahm mit Feuereifer an der politischen Bewegung jener Tage teil, natürlich von sehr radikalen Ideen erfüllt, wie die große Mehrzahl der damaligen Jugend. Er und seine Freunde hielten in Volks- und Studentenversammlungen begeisterte Reden, gründeten Vereine und schrieben Flugblätter. Aus alledem wie aus dem Folgenden kann auf den heute so hochstehenden und gemäßigten Staatsmann nicht der geringste Makel geworfen werden. Im Gegenteil bethätigte er durch alles das schon im Alter von zwanzig Jahren sein warmes Vaterlandsgefühl, seine ungewöhnliche Beredsamkeit und Fähigkeit, die Leitung Gleichdenkender zu übernehmen. Namentlich wäre eine konservative Gesinnung bei dem jungen Manne in der wildgärenden Zeit geradezu widernatürlich gewesen. Natürlich erfüllte der schleppende, um nicht zu sagen kriechende Fortgang der Verfassungsarbeit der Paulskirche die jungen Himmelsstürmer in Heidelberg mit äußerstem Mißtrauen gegen diese Gesellschaft, und sie hielten daher weisen Rat, was in dieser Not des Vaterlandes zu thun sei. Ein schweizer Freund, der es wissen konnte, berichtete dem Verfasser, daß auch Gottfried Keller, der später so berühmte schweizer Dichter, der damals in Heidelberg studierte, sich an diesem weisen Rate und den folgenden Ereignissen beteiligt habe.

*) Nach persönlichen Mitteilungen Miquels an den Verfasser 1868 im Reichstag, (wo beide der nationalliberalen Fraktion angehörten); schon 1878 in des Verfassers Werk „Robert Blum" S. 384 kurz berichtet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Außerordentliche Zeiten erfordern natürlich außerordentliche Mittel, und so bestieg denn am Morgen nach diesem Kriegsrate ein nicht unerheblicher Teil der in Heidelberg sich Studierens halber aufhaltenden Jugend, mit Schlägern und anderen den Gang der Weltgeschichte beschleunigenden Waffen versehen, den Bahnzug nach Frankfurt, um in der Paulskirche reine Wirtschaft zu machen und dort dem souveränen Volkswillen zum endlichen Durchbruche zu verhelfen. Der größte Tag der deutschen Geschichte, nach hinten und vorne besehen, war angebrochen und sollte sich heute vollenden. Leider war er unerträglich heiß. In Darmstadt wurden die Wagen, in denen die thatendurstigen — aber auch sonst sehr durstigen — Heidelberger Musensöhne ihrer weltgeschichtlichen Bestimmung entgegenfuhren, auf ein totes Gleis geschoben und fest verschlossen. Durch die damals elend kleinen Fenster hätte kein Kind entrinnen können. Der Frankfurter Zug fuhr ab, ohne die Wagen der Heidelberger mitzunehmen. Vermutlich war er zu schwer belastet gewesen und hatte sich geteilt — so dachten die Musensöhne. Aber nichts deutete auf ihre Weiterbeförderung. Vielmehr wurde, wie zum Hohne der durstigen Gefangenen, eine kleine Pyramide gefüllter Bierfässer vor ihnen aufgetürmt, leider aber nicht ein einziger Schoppen verzapft. Gleichzeitig fanden sich zu beiden Seiten der Wagen auf dem toten Strang auch ansehnliche Scharen der volksfeindlichen Soldateska von Hessen-Darmstadt ein, die sich obendrein an den Bier- und Zornesrufen der Musensöhne weidlich zu ergötzen schienen. Schließlich trat ein höherer Offizier oder Diplomat Darmhessens vor, eröffnete den Gefangenen kaltsinnig, ihr herrliches Vorhaben sei verraten, und schlug ihnen eine ehrenvolle Kapitulation vor: die aufgefahrenen Bierfässer sollten ihnen auf Gnade und Ungnade preisgegeben, das deutsche Parlament und die deutsche Einheit dagegen heute noch sich selbst überlassen werden, der Studio von Heidelberg dagegen, nach Stillung seines Durstes, männiglich zur Alma mater am Neckar zurückkehren. Der im Innern der Wagen abgehaltene Kriegsrat war kurz, erbaulich und einmütig. Die Thüren wurden geöffnet, die Fässer ausgetrunken, und dann die Heimfahrt auf Kosten des um die Ruhe Deutschlands so hochverdienten Darmhessens angetreten. „Glücklicherweise machte im Sommer 1848", erzählte Miquel dem Verfasser wörtlich, „ein kategorischer Befehl meines strengen und konservativen Vaters, nach Göttingen zu gehen, diesen politischen Stürmen ein Ende".

In Frankfurt aber huben diese politischen Stürme nun erst recht an. Denn auch in der Erörterung der Grundrechte traten allerlei ärgerliche und verbitternde Unterbrechungen ein. Mit großer Einmütigkeit noch verhandelte das Parlament über die seltsamen Verhältnisse Limburgs, das zugleich deutsches Bundesland und holländische Provinz war und ganz und gar als solche verwaltet wurde. Einmütig beschloß die Paulskirche: die Regelung dieser Zustände obliege der deutschen Centralgewalt und das Reichsministerium werde zu den nötigen Schritten aufgefordert. Woher dieses freilich die Machtmittel zur Durchführung der

Offene

Die deu
gen, sieht
seits durch
außerordent
Ihr Auftr
Aufgabe ni
prüft, ob S
anheim stell
einzunehmer
Lösung des
erstes Auftr
schaft leiste
kes, des Ve
konnten? S
Beantwortu

Herr General! A
Versuche der gute Sinn, d
rung liegt, die Oberhand g
staltung und die Zeitfrager
entgegengeführt werden kön
wackeren deutsche und pre
begriffen, die uns Heilung
den sehr bald die im Inn
statt ihrer die gesetzliche O
in friedlichern Zeiten wied
Deutschlands Söhne auch
haben.

Seien Sie gerecht
die Versicherung unserer Lo
wir uns erlauben, diesen S
zu übergeben.

Lissa, am 14ten

Der Vorstand
Intere

v. Paris. Schü
Rogge.

Offenes Sendschreiben an den Königl. Commissarius Herrn General-Major von Willisen.

Die deutsche Stadt Lissa, gewohnt sich innerhalb der gesetzlichen Ordnung zu bewegen, sieht sich durch die Ereignisse der jüngsten Gegenwart aus dieser ihrer Stellung einerseits durch die Maßnahmen, anderseits durch die Unthätigkeit der Provinzial-Behörden zu außerordentlichen Schritten veranlaßt. Ein solcher Schritt ist nun auch der, welcher durch Ihr Auftreten in der Provinz hervorgerufen wird. Wir verkennen die Schwierigkeit der Aufgabe nicht, deren Lösung Sie übernommen. Aber haben Sie, Herr General, Sich geprüft, ob Sie der Mann sind, dem auch wir Deutsche die Entscheidung unserer Sache anheim stellen können? Haben Sie geprüft, welche Stellung Sie den Parteien gegenüber einzunehmen haben, damit wir ein unbedingtes Vertrauen in Ihre Persönlichkeit bei der Lösung des Ihnen gewordenen Auftrags zu setzen haben? Haben Sie, Herr General, Ihr erstes Auftreten unter uns in einer Weise bezeichnet, wodurch Sie uns die nöthige Bürgschaft leisten, daß Sie uns auch wohl wollen, daß Sie als der Mann des deutschen Volkes, des Vertrauens, der unparteiischen Würdigung unserer heiligsten Interessen erscheinen konnten? Wir wollen Sie mit weiteren Fragen nicht überfluthen, wollen Sie sogar der Beantwortung jener Fragen überheben, um so mehr, da uns nicht die Ehre zu Theil geworden, Ihr Auftreten in unserer Nähe durch eigene Anschauung zu würdigen. Aber, wie konnten Sie, als Ehrenmann, einen Auftrag übernehmen, und zur Ausführung desselben schreiten, ohne Kenntniß unserer Gesinnung und Bedürfnisse, ohne die strengste und gewissenhafteste Abwägung der Verhältnisse, ohne überhaupt eine Stellung einzunehmen, die Sie über alle Parteien erhebt? Kurz gesagt: für uns Herr General, ist Ihre Mission eine ganz überflüssige. — Wir haben in dem Bewußtsein unserer wohlgeordneten Verhältnisse alle Anmaßungen und Zumuthungen von Außen bisher beharrlich zurückgewiesen, und wollen sie mit Gottes Hilfe im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache, im Vertrauen auf die übereinstimmenden Gesinnungen unserer Brüder, auch ferner, wenn es sein muß, mit den Waffen in der Hand, zurückweisen. — Sind Sie auch in diesem Falle ermächtigt, gegen uns einzuschreiten? Der Entgegnung auf diese Frage können wir Sie nicht überheben. — Was an uns ist, so fühlen wir kein Bedürfniß, in irgend einer Weise reorganisirt zu werden.

Herr General! **Ein** Bedürfniß fühlen wir, deutsch und preußisch zu sein und zu bleiben, und da wir für die Befriedigung dieses Bedürfnisses in Vereinigung mit unseren deutschen Brüdern durch ein vollständiges Anschließen an unser benachbartes deutsches Schlesien einzig und allein Heil und Wahrung unserer nationalen Rechte erblicken, so haben wir bereits an andern geeigneten Orten Schritte gethan, die Ihr Auftreten in unserer Provinz für uns wenigstens unschädlich machen sollen. Wir wollen nicht die edeln Absichten unseres hochherzigen und hochverehrten Königs durch ein solches Entgegentreten vereiteln, hoffen vielmehr durch unsern Protest darzuthun, daß wir wahrlich keine schlechtern Unterthanen, darum nicht minder gute und loyale Bürger sind, als diejenigen, welche hinter Barrikaden Rechte und Freiheiten erkämpfen; gewiß, wir fühlen uns nicht minder hochbegeistert für Deutschlands Ehre und Freiheit, für die Existenz unseres preußischen Vaterlandes, als diejenigen, welche, nachdem sie auf dem Wege der Gnade ihre Freiheit wieder erlangt, die Waffen des Bürgerkrieges ergreifen, die Fackel des Aufruhrs unter eine friedliebende Bevölkerung schleudern, die Gesetz und Ordnung mit Füßen treten, Wohlstand und Bürgerglück für Menschenalter vernichten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Herr General! Wir bezweifeln nicht, daß auch ohne gewaltsame Reorganisations-Versuche der gute Sinn, der in dem Kern unserer deutschen und polnischen Landbevölkerung liegt, die Oberhand gewinnen werde, und daß unsere Zustände einer friedlichen Gestaltung und die Zeitfragen, so weit sie unsere Provinz betreffen, einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden können. Noch haben wir Männer in unserer Mitte, wie unsere wackeren deutsche und preußische v. Colomb und Steinäcker, die längst die Mittel begriffen, die uns Heilung bringen können. Lassen sie diese Männer wirken, und sie werden sehr bald die im Innern der Provinz vorherrschend gewordene Anarchie beseitigt und statt ihrer die gesetzliche Ruhe und Ordnung zurückkehren sehen, und sollten Sie dereinst in friedlichern Zeiten wieder unter uns weilen, so werden Sie es inne werden, daß Deutschlands Söhne auch hier keinen Groll gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien haben.

Seien Sie gerecht und billig, Herr General, und genehmigen Sie im Uebrigen die Versicherung unserer Loyalität, die wir auch dann nicht verkannt wissen wollen, wenn wir uns erlauben, diesen Ausdruck unserer Gesinnung durch den Druck der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Lissa, am 14ten April 1848.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung deutscher Interessen in der Provinz Posen.

v. Paris. Schütze. Plate. Klopsch. Franke. Anschütz. Rogge. L. G. Wiener. Simon. Bernhard.

Gedruckt bei Ernst Günther in Lissa.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wir bezweifeln nicht, daß auch ohne gewaltsame Reorganisations-
ver in dem Kern unserer deutschen und polnischen Landbevölke-
gewinnen werde, und daß unsere Zustände einer friedlichen Ge-
, so weit sie unsere Provinz betreffen, einer friedlichen Lösung
nen. Noch haben wir Männer in unserer Mitte, wie unsere
ßische v. Colomb und Steinäcker, die längst die Mittel
bringen können. Lassen sie diese Männer wirken, und sie wer-
ern der Provinz vorherrschend gewordene Anarchie beseitigt und
Ruhe und Ordnung zurückkehren sehen, und sollten Sie dereinst
er unter uns weilen, so werden Sie es inne werden, daß
hier keinen Groll gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien

und billig, Herr General, und genehmigen Sie im Uebrigen
yalität, die wir auch dann nicht verkannt wissen wollen, wenn
Ausdruck unserer Gesinnung durch den Druck der Oeffentlichkeit

April 1848.

des Vereins zur Wahrung deutscher
ssen in der Provinz Posen.

tze. **Plate. Klopsch. Franke. Anschütz.**
L. G. Wiener. Simon. Bernhard.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nötigen Schritte nehmen solle, fragte niemand. Immerhin war recht erfreulich, daß die Versammlung in dieser Frage der nationalen Ehre sich völlig einig zeigte.

Um so peinlicher berührte dagegen die am 24. Juli beginnende dreitägige Polendebatte. Sie war ein Ergebnis folgender Vorgänge. Die durch die Berliner Märzkämpfe befreiten edeln Polen waren sofort in die Provinz Posen geeilt, um dort einen neuen Aufstand gegen die preußischen Behörden und die halbe Million deutscher Einwohner zu erregen. Vorher wurde jedoch der Erzbischof Przyluski mit einer großen polnischen Abordnung nach Berlin gesandt, um der Regierung die Forderungen der „polnischen Nation" bekannt zu geben. Sie erhielten vom König die verhängnisvolle Zusage „einer nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen", welche von einer aus den zwei Nationen zusammengesetzten Kommission beraten werden sollte. Welche nationale Forderungen aber die Herren Polen durch die kopflose Zusage der Regierung vom 24. März bewilligt glaubten, das offenbarte das polnische Centralkomitee in Posen schon am 23. März, noch ehe die königliche Zusage erteilt war, mit echt sarmatischem Hochmut: das Ziel des Komitees sei die Herstellung von ganz Polen. Sie begannen, unterstützt durch zahlreiche Zuzüge aus Rußland, Österreich und Frankreich, auch ganz offen in ihrem Sinne mit dieser „nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen" die ihnen der schwache General Willisen am 11. April in einer förmlichen „Konvention" zu Jaroslawiez noch einmal zusagte — indem sie die königlichen Beamten verjagten, die königlichen Kassen „beschlagnahmten", d. h. stahlen und raubten, Steuern und Lieferungen ausschrieben, die preußischen Adler abrissen und jede Gewaltthat, Bedrückung und Grausamkeit gegen Deutsche und Juden verübten. Da erhob sich ein Schrei der Entrüstung und tapferer vaterländischer Verwahrung seiten aller Deutschen in Posen gegen die unselige Blindheit und Schwäche der preußischen Regierung (— wir fügen einen dieser Proteste dem Werke im Urdruck bei —), und fand in ganz Deutschland, namentlich aber in den preußischen Provinzen lebhaften Widerhall. So schrieb Otto von Bismarck am 20. April an die Magdeburgische Zeitung: „Ich halte unsere jetzige Politik in Bezug auf Posen für die bedauerlichste Don Quixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat." Die mannhafte Erhebung der Deutschen Posens gegen diese verblendete Polenpolitik des neuen Kurses Friedrich Wilhelms hatte den von den Deutschen gewünschten Erfolg: die rein deutschen Bezirke Posens wurden von der „nationalen Reorganisation" ausgenommen und — zugleich mit West- und Ostpreußen — dem deutschen Bunde einverleibt. Sie entsandten denn auch Abgeordnete zum deutschen Parlament. Da hatten nun die Polen unter dem Vorwand, daß „Verrat" geübt und die „siebente Teilung Polens" vollzogen werde, den offenen Kampf und blutigen Bürgerkrieg begonnen, wurden aber schon in der ersten Hälfte Mai genötigt die Waffen zu strecken, ihre Banden wurden aufgelöst und die Ordnung überall hergestellt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

In Frankfurt handelte es sich am 24. Juli also einfach um die Frage, ob die Abgeordneten aus Posen rechtsgültig gewählt seien oder nicht — wie die polnische und polenfreundliche Presse behauptete. Für jeden Deutschen, der dieses Namens wert sein wollte, lag diese Frage so einfach wie die andere, ob Frankfurt, München oder Berlin berechtigt gewesen seien, zum Parlament zu wählen. Auch der eifrigste Polenfreund des Parlamentes, Robert Blum, begriff das, und beantragte daher nur: die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl der posenschen Abgeordneten auszusetzen, bis die zwischen den deutschen

Wilhelm Jordan.
Nach einer Lithographie von Stortz, 1848.

und polnischen Bezirken Posens von Preußen gezogene Grenzlinie durch Beauftragte der Centralgewalt nachgeprüft sei. Dabei konnte sich aber Blum nicht versagen, die glühende Polenbegeisterung zum beredten Ausdruck zu bringen, die ihn seit 1830 beseelte. Ihm antwortete ein Mann, der bisher zu Blums eigener Partei gehört, sich auch allezeit als eifriger Demokrat bewährt hatte, Wilhelm Jordan aus Berlin, der Dichter, dessen Stunde von Damaskus jetzt gekommen war. Denn die gewaltige Rede, die Jordan nun hielt, schied ihn nicht bloß in der polnischen Frage für immer von der Linken. Mit Naturgewalt brachen die Herzenstöne reinsten Deutschtums aus diesem reichen

Gemüt mit gottbegnadeter Beredsamkeit hervor. Seine gründliche, nicht bloß an polnischen Legenden genährte Kenntnis der polnischen Geschichte wie der nationalen Bevölkerungsverhältnisse in Posen, und des unausrottbaren und tödlichen Deutschenhasses der Polen erwies sich allen Rednern jener drei Tage weit überlegen. Er sagte gerade heraus: wer eine halbe Million Deutscher aus Deutschland hinausstoßen wolle, sei mindestens ein unbewußter Volksverräter. Und als er mit den Worten schloß: „Freiheit für Alle, aber des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über alles!", da erhob sich ein langdauernder Beifallssturm. Diese Rede entschied schon am ersten Tage die Sache. Es waren dieselben wuchtigen Gedanken, die Jordan später in den köstlichen Gesprächen seines Demiurgos über die Deutschen (II, S. 227) in die Verse kleidete:

„Trotz ihrem übermilden Sinn
Sind sie von Zeit zu Zeit gezwungen worden
Ein winzig Stämmchen — nicht zu morden,
Bewahre, nur allmählig zu verdauen,
Sein wüstes Land in Kornflur umzubauen.
Doch — wie betreiben sie das Regieren!
— Sie lernen selbst die fremde Zunge
Und helfen den Besiegten lamentieren;
Ja, manch ein echter deutscher Junge
Läßt seinen Namen halb kastrieren
Und hinten mit dem Ki-Schwanz zieren,
Um dann weltbürgerlich sentimental
Zu klagen um die adoptierten Ahnen,
Die seine Väter durch des Pfluges Stahl
Geführt auf der Gesittung Bahnen.
Die Jammerkerle sonder Kraft und Saft
Sind mir zum Brechen ekelhaft!
Und solch ein Urlump, der sich selbst entdeutscht,
Wird nicht vom Büttel ausgepeitscht!"

Ruge, der am dritten Tage das Wort ergriff, war natürlich durch alles bisher gehörte unbelehrt und verlangte mit seiner gewöhnlichen Unfehlbarkeit: die Centralgewalt müsse, vereint mit England und Frankreich, einen Kongreß zur Wiederherstellung Polens einberufen. Denn, sagte er: „Es ist gar nichts anderes zu beantragen und zulässig. Man kann etwas anderes thun; denn es ist dem Menschen gegeben, daß er von dem richtigen abweicht. Was ich beantrage, ist aber das einzig richtige, was geschehen kann". Jede Nation müsse ein selbständiges Ganzes für sich werden, so Polen, Deutsche, Italiener. Tags zuvor (25. Juli) hatte der österreichische Feldmarschall Radetzky durch seinen großen Sieg bei Custozza die nationalen Hoffnungen Italiens bis zur Vernichtung getroffen, und die Rechte wie die Centren der Paulskirche zweifelten damals noch nicht entfernt an der reinen Deutschheit österreichischer Heere und Generale. Sie tobten daher wild auf, als Ruge jetzt, unter dem Beifallssturm der Linken und der Galerien, das kühne Wort sprach: „Wir müssen wünschen, daß die Tyrannen der Italiener, die Tillys der neueren Zeit, die Radetzkys geschlagen werden!" Präsident Gagern beschwichtigte das Toben durch die Worte: „Ich kann dem Redner nur sagen, daß es ein halber Verrat an der Nation ist, wenn man wünscht, daß deutsche (!) Heere geschlagen werden. Aber ich kann ihn deshalb nicht zur Ordnung rufen, sondern muß ihn seine besondere Weltanschauung hier vortragen lassen. Seine besonderen Anschauungen sind uns ja bekannt".

Schließlich wurde dann die endgültige Zulassung der Abgeordneten aus

Posen mit großer Mehrheit beschlossen und eine Brandmarkung der früheren Teilungen Polens sogar abgelehnt, da ein solches Urteil nicht zur Aufgabe der Versammlung gehöre. Fortan galt die Mehrheit des Parlaments einem großen Teile der Linken und der ganzen polenfreundlichen radikalen Presse nur als eine verkommene Rotte finsterer Reaktionäre oder gar feiler Fürstenknechte, und wurde als solche öffentlich gebrandmarkt.

Einen neuen Anlaß, der in den Augen des äußersten Radikalismus dieses Urteil zu rechtfertigen schien, und den Hader der Parteien noch weiter schürte und vergiftete, boten die Verhandlungen der Paulskirche vom 7. bis 10. August über Heckers Wahl und die Amnestiefrage. Hecker war nachträglich im badischen Wahlkreise Thiengen in das Parlament gewählt und ein besonderer Ausschuß zur Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser Wahl niedergesetzt worden. Es war vorauszusehen, daß der Ausschuß, nach Heckers Aufstand im April und seiner Flucht ins Ausland, die Ungültigkeit der Wahl beantragen werde. Um das zu vermeiden, hatte die Linke eine Anzahl von Petitionen an das Parlament richten lassen und eigene Anträge gestellt, welche eine vollständige Amnestie für alle bisher begangenen politischen Verbrechen und Vergehen verlangten, also auch der in Posen, namentlich aber der in Baden begangenen. Diese Anträge ließen sich, außer durch die menschliche Teilnahme an dem Schicksal der Betroffenen, durch nichts rechtfertigen; denn ihre Annahme hätte jeder neuen bewaffneten Empörung im voraus einen Freibrief ausgestellt. Vor allem aber fehlte der Nationalversammlung jede Befugnis, auf solche Weise in die Strafgewalt, die Autorität und das Gnadenrecht der Einzelstaaten einzugreifen. Der Bericht des „Ausschusses für Gesetzgebung und Rechtspflege" beantragte daher in eingehendem Rechtsgutachten, über alle diese Petitionen „zur motivierten Tagesordnung überzugehen".

von Gagern und von Soiron.
Karikatur aus dem Parlament 1848.

Diese Verhandlungen mußten vornehmlich die badischen Ereignisse aufs tiefste berühren, die dem General von Gagern das Leben gekostet hatten, und deshalb überließ Präsident v. Gagern während dieser Verhandlungen dem Vizepräsidenten v. Soiron den Vorsitz, dessen Kraft und Geschick zur Lenkung und Bändigung stürmischer Auftritte freilich weit geringer waren, als die Gagerns.

Aus dem „Republikanischen Schnepfenstrich vom Jahr 1848." Karikaturen zum Heckerputsch.
(Aus der Sammlung des Freiherrn von Marschalk, Bamberg.)

Außerdem aber galt gerade Soiron der Linken, wegen seines lebhaften persönlichen Anteils an den badischen Ereignissen, als verdächtiger Parteimann. So kam es denn in den drei Tagen dieser Debatte zu den wildesten Scenen, die in der Paulskirche bis dahin erlebt waren. So schon am ersten Tage, als der hitzige Brentano aus Baden in die Versammlung hineinschrie: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?“ Da erfolgte ein solcher Ausbruch patriotischen Zornes bei den preußischen Abgeordneten und vielen andern der Mittelparteien, daß man dicht vor persönlichem Handgemenge stand. Hunderte stürzten der Rednerbühne zu, um Brentano herunterzureißen, die ganze Linke machte mobil, um ihn zu schützen. Aufs ungebührlichste nahmen die Galerien durch Schreien, Toben und Schimpfen Partei für Brentano. Soiron konnte den ungeheuren Lärm nicht bändigen. Er schloß die Sitzung, indem er sein Haupt bedeckte und mit dem Bureau den Saal verließ. Am folgenden Tage erließ Soiron einen eingehend begründeten Ordnungsruf gegen Brentano, namentlich weil dieser „durch den Vergleich, den er gestern gebraucht, edle Volksstämme und damit diese Versammlung selbst sehr schwer verletzt“ habe. Diese Rüge entfesselte abermals einen so entsetzlichen Lärm der Linken und der Galerie, daß Soiron die Sitzung wieder aufheben und nach Wiedereröffnung derselben die Galerien vollständig räumen lassen mußte, da seine Ruhegebote von dorther frech verhöhnt wurden. Schaffrath nannte das Weitertagen des Parlamentes ohne das „Volk“ auf den Galerien eine Verletzung der Geschäftsordnung, eine „geheime Sitzung“, und erhob am folgenden Tage eine förmliche Anklage von 15 Punkten gegen Soiron, wegen angeblicher Verletzung der Geschäftsordnung. Die große Mehrheit der Versammlung aber ließ sich durch solche advokatorische Künste und alles Wühlen der Linken nicht abhalten, am 9. August die Amnestie abzulehnen, und am 10. August Heckers Wahl mit 350 gegen 110 Stimmen für ungültig und nicht geschehen zu erklären, indem sie dabei den richtenden Worten Eduard Simsons folgte: „Wenn

Jetzt folge wieder meinen Lehren
und thu dich schön zum Rechten kehren.
von Soiron. von Gagern.
Karikatur aus dem Parlament 1848.

Heckers That ihm den Eintritt in alle Ehren- und Ruhmeshallen der Welt geöffnet haben sollte, in diese Hallen hat sie ihm den Einzug verschlossen!" Die Anklage Schaffraths gegen Soiron aber wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, und als dieser nach zwei Monaten darüber Bericht erstattete, mochte die Linke selbst darüber erschrecken, mit welchen lächerlichen Kleinigkeiten ihr Geschäftsordnungsreiter Schaffrath die köstlichen Tage der Blütezeit des Parlaments vergeudet hatte.

Die Erbitterung, welche auch diese Verhandlung unter den Parteien zurückließ, wurde auf wenige Tage vergessen, da am nämlichen 10. August die Einladung an alle Abgeordneten und ihre Damen zur Teilnahme am Kölner Dombaufest verlesen worden war. In Massen nahmen sie teil. An ihrer Spitze zog der Reichsverweser mit Gagern und einer zahlreichen amtlichen Abordnung des Parlaments nach Köln. Hier umarmte König Friedrich Wilhelm, dem die Feststadt einen großartigen Empfang bereitet hatte, den Erzherzog und ließ sich von Gagern die Abgeordneten vorstellen. Er richtete einige freundliche Worte an sie über die Wichtigkeit ihrer Verhandlungen, setzte dann aber gehobenen scharfen Tones hinzu: „Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer von ihnen bin". Diese Worte wurden in den preußenfeindlichen radikalen Klubs und Blättern eifrig zu neuen Verhetzungen benützt, und es half dem Könige nicht viel, daß er, ein Spielball seiner schwankenden Stimmungen, am folgenden Tage, beim Festmahl im Gürzenich, einen begeisterten Trinkspruch aus brachte auf die „Baumeister am Dome der deutschen Einheit", die Nationalversammlung.

In Frankfurt brach nach diesen Festtagen die Verbitterung der Parteien von neuem aus. Auch der Karikaturenkampf, der anfangs ziemlich harmlos sich angelassen hatte, nahm an Schärfe zu. Selbst der Zeichenstift des ziemlich gutmütigen Abgeordneten v. Boddien aus Pleß, dessen Karikaturen bisher nur der boshaft-witzige, verkrüppelte Advokat Detmold aus Hannover durch seine Unterschriften Schärfe verliehen hatte, wurde nunmehr in Galle getaucht. Nur Gustav Schwetschke schrieb seine „Novae epistolae obscurorum virorum", eine köstliche Satire gegen die Linke, nachher noch — zunächst nur für den engsten Freundeskreis — mit der ihm eigenen unerschütterlichen Heiterkeit. 1849 veröffentlicht, erlebten sie rasch 7 Auflagen.

Mit Mißbehagen und Unwillen sahen alle maßvollen Männer der Paulskirche die Verschärfung der Parteigegensätze wachsen, zugleich aber draußen eine gewissenlose Demagogie die Volksmassen gegen das Parlament verhetzen. Auf der Linken waren namentlich Blum und Vogt von diesem Treiben schmerzlich betroffen. Denn nur durch seine Einheit konnte das Parlament Ansehen und Macht behaupten, und die Auflehnung der Massen gegen die Autorität der Nationalversammlung mußte nicht bloß diese erschüttern, sondern auch der lauernden Reaktion den willkommensten Vorwand zum „freiheitsmörderischen" Ein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schreiten geben. Ganz ungescheut aber wurde die Auflehnung gegen das Parlament von den Volksaufwieglern bei den Massen betrieben. Schon während im Juni die Mehrheit der Paulskirche den Reichsverweser schuf, hatte in Frankfurt ein großer Demokratenkongreß getagt, der auf Robespierres „Grundsätze" schwur, sich zu einem starken Bund unter einheitlicher Oberleitung organisierte und einen großen Schlag vorbereitete. Hart an der Schweizer Grenze rüstete Struve zu einem neuen Einbruch in Baden. In Württemberg fanden mehrere Soldatenmeutereien statt. Die nächsten Nachbarstädte Frankfurts, Hanau und Offenbach, Rheinhessen und die Rheinpfalz waren von revolutionärem Geiste erfüllt. Der Thüringer Demokratenbund faßte am 15. August den Beschluß: die verräterische Nationalversammlung sei aufzulösen, der Reichsverweser heimzuschicken, in ganz Thüringen die Republik auszurufen. In Sachsen meuterten die von Blum gegründeten „Vaterlandsvereine" gegen die von dem Führer bisher mit Erfolg empfohlene Agitation auf dem Boden des Gesetzes und des Parlamentes, und forderten offenen und gewaltsamen Losbruch für die heilige Sache der Republik. Die argen preußischen Zustände werden wir später eingehender behandeln. Kurz, bedrohlich wachsende Gärung überall! Ein einziger Funke genügte, um die Minen zu entzünden — und dieser Funke flammte nun auf, noch in demselben Augustmonat, den das Kölner Dombaufest verschönt hatte.

Alexander von Soiron
Nach einer Lithographie von Schertle, 1848.

Vierter Abschnitt.

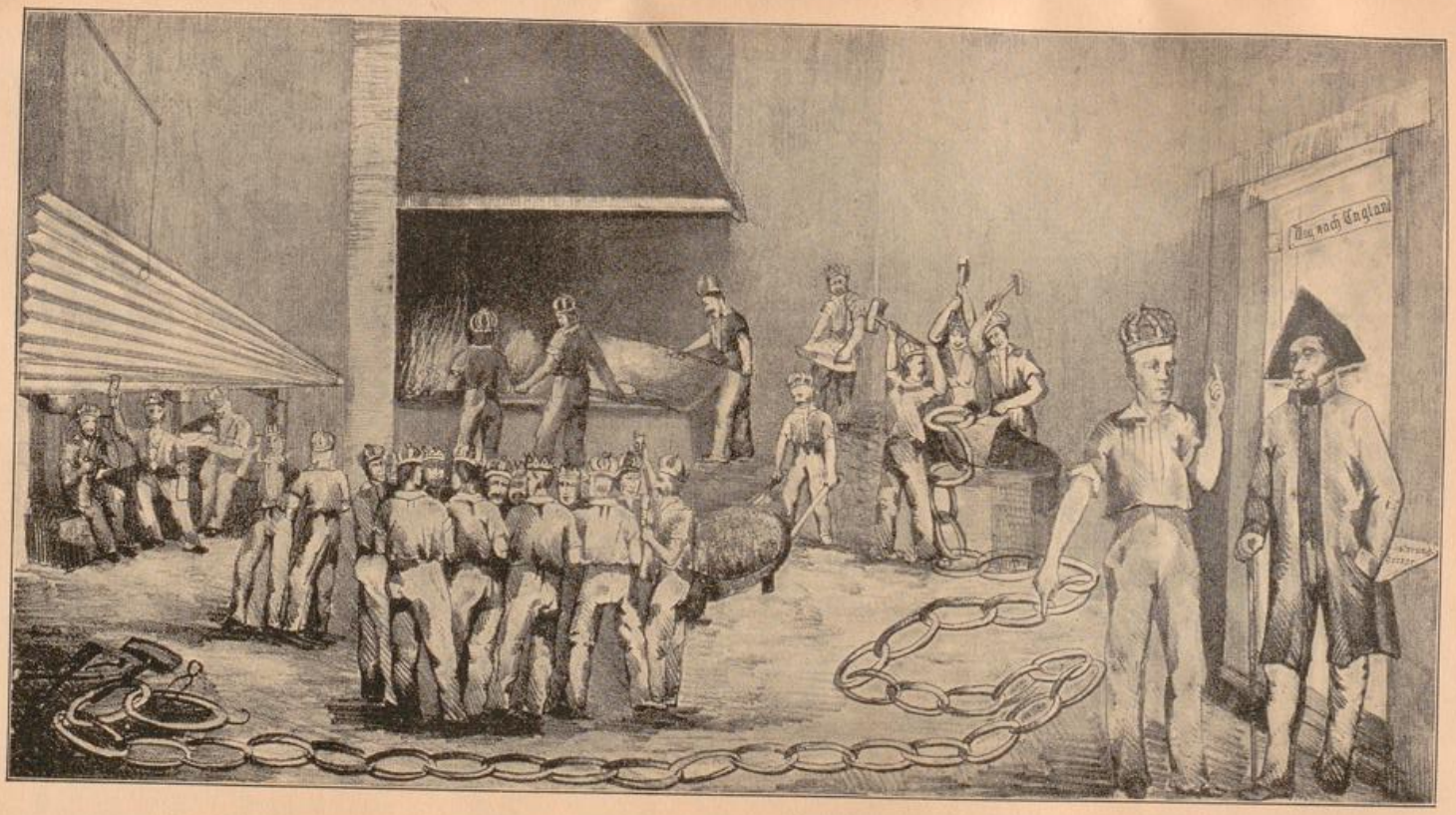
Der Waffenstillstand von Malmö. Frankfurter Septemberaufstand. Der Struveputsch in Baden.

(August und September 1848).

Schon am 8. Juli 1846 hatte König Christian VIII. von Dänemark jenen „Offenen Brief" erlassen, welcher die uralte gemeinsame Verfassung der Elbherzogtümer Schleswig-Holstein zerriß, indem er Schleswigs Einverleibung in Dänemark vorbereitete und die rechtmäßige Erbfolge im Mannsstamm aufhob, um diese Länder nicht an das in Kopenhagen verhaßte Haus Augustenburg übergehen zu lassen, das, nach Erlöschen des dänischen Mannsstammes, zur Thronfolge berufen gewesen wäre. In Schleswig-Holstein wie in ganz Deutschland hatte sich bei dieser frechen Gewaltthat des kleinen Dänemark ein Sturm der Entrüstung erhoben. Sowohl die Stände beider Herzogtümer als Volksversammlungen protestierten gegen den schnöden Rechtsbruch, und ganz Deutschland jubelte ihnen zu mit dem Trutzlied des Holsteiners Matth. Friedr. Chemnitz: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen".

Am 20. Januar 1848 war nun Christian VIII. gestorben, und sein Sohn und Nachfolger Friedrich VII. verkündete sofort die von seinem Vater schon in dem „Offenen Brief" geplante Gesamtverfassung für ganz Dänemark — einschließlich Schleswigs. Bald darauf gelangte durch die Kopenhagener Märzrevolution die fanatische Partei der „Eiderdänen" ans Ruder, die Schleswig sogleich in Dänemark einverleiben wollte. Die am 18. März von den in Rendsburg versammelten Ständen Schleswig-Holsteins zur Wahrung der Rechte des Landes nach Kopenhagen entsandte Abordnung erhielt daher hier am 22. März den Bescheid, daß zwar die Wünsche Holsteins berücksichtigt werden sollten, aber „eine unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark" beschlossen sei. Der Kopenhagener Pöbel bedrohte die Abgeordneten an Leib und Leben. Mit Mühe konnten sie in die Heimat zurückkehren; und gleichzeitig mit ihnen traf hier die Kunde ein, daß am 24. März Schleswig in Dänemark einverleibt worden sei.

Noch am nämlichen Tage bildete sich in Rendsburg eine provisorische Regierung Schleswig-Holsteins, bestehend aus dem bisherigen Präsidenten der schleswigschen Ständekammer: dem Advokaten W. Beseler; dem Führer der liberalen Ritterschaft, Grafen v. Reventlow-Preez; und dem jüngsten Sohne des nach deutschem Erbrecht in den Herzogtümern zur Thronfolge bestimmten Herzogs v. Augustenburg, dem Prinzen v. Noer. Sie verlangte nur Schutz der vergewaltigten Landesrechte. König Friedrich Wilhelm IV. erkannte am 24. März



Michel: Was jubelt und was treibt ihr hier?
Meister Johann: Ex du lieber Michel, du wunderst dich? Wir sind mit der Kette, an welcher meine 34 Gesellen schon so viele Jahre arbeiteten, nunmehr beinahe fertig.
Michel: Was ist denn das für eine Kette Meister Hans?
Johann: An diese Kette soll mein lieber Michel, ein Thier mit 40 Millionen Köpfen, das uns zu verschlingen droht, angeschmiedet werden.
Michel: Ah so? Die Kette ist zwar fein und gut geschmiedet, aber ein gefährlich. Wagestück steht euch doch noch bevor.
Johann: Welches denn?
Michel: Das Anschmieden wird, denke ich, euch wohl euere 35. Köpfe kosten.

in einem Briefe an den Herzog v. Augustenburg alle Begehren der Elbherzogtümer als berechtigt an. Am 26. März suchte die provisorische Regierung beim deutschen Bunde um Aufnahme Schleswigs in den Bund nach und erlangte diese schon am 12. April. Sämtliche, nur aus Landeskindern der Herzogtümer bestehenden dänischen Truppen des Landes huldigten der provisorischen Regierung; die wenigen dänischen Offiziere und Beamten entflohen nach Dänemark. Schleswig-Holstein hatte sich vom Dänenjoche losgelöst.

Bald aber rückte ein übermächtiges dänisches Heer in Nordschleswig ein. Der Prinz von Noer führte die durch Freiwillige verstärkten Truppen der Herzogtümer dem Feinde entgegen, wurde aber bei Bau in Nordschleswig am 3. April geschlagen. Doch sollte das der einzige dänische Sieg in diesem Kriege sein. Denn schon am 10. April ließ Preußen seine Garden in den Herzogtümern einrücken. Bald folgten, auf Befehl des Bundestages, auch Hannoveraner und Braunschweiger. Den Oberbefehl über alle führte der preußische Feldmarschall v. Wrangel. Am 29. April ward das Dannewerk von den Preußen erstürmt. Am 1. Mai schon rückte Wrangel in Jütland ein. Die Dänen rächten sich durch gemeinen Seeraub deutscher Handelsschiffe und durch die Blockade der deutschen Häfen. Dafür hätten aber die Deutschen in Jütland und auf den nächsten dänischen Inseln die gebührende Vergeltung nehmen, und so den frechen kleinen Raubstaat zum Frieden zwingen können — wenn Preußen, und vor allem der König festgeblieben wäre. Ihm aber gerade war die schleswig-holsteinische Sache seit dem März schon sehr verleidet. Er sah jetzt in dieser Bewegung nur eine höchst ärgerliche revolutionäre Erhebung. In diesem Sinne sprach auch der russische Zar auf ihn ein, indem Rußland und England zugleich erklärten, daß sie eine Schwächung und Verkleinerung Dänemarks nicht dulden würden. Der leitende Minister Englands, Lord Feuerbrand (Palmerston), hat damals das auch noch für unsere Tage denkwürdige Wort gesprochen: „Wenn England einer deutschen (schwarz-rot-goldenen) Flagge auf dem Meer begegne, werde es sie behandeln, wie eine Piratenflagge!“ Mit den kümmerlichen Anfängen der deutschen Flotte — wenigen aufgekauften älteren Schlachtschiffen — konnte man nicht wagen, sich mit der dänischen Kriegsflotte zu messen. Im gesamten Küstenlande Preußens und Norddeutschlands war der dänische Krieg, wegen der ungeheuren Verluste für Schiffahrt, Handelsflotte und Handel,

Moritz Mohl als Theaterfriseur.
Karikatur aus dem Parlament, 1848.

keineswegs volkstümlich. Österreich, das eine Flotte besaß, kümmerte sich nicht das geringste um diesen Krieg, zahlte nicht einmal seine Beiträge für die deutsche Flotte; auch die mittel- und süddeutschen Staaten kaum.

So schloß denn Preußen, unter schwedischer Vermittelung, am 26. August 1848 mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmö (einem kleinen schwedischen Städtchen). Mit unglaublichem Ungeschick hatte der preußische Unterhändler sich dabei benommen. Denn er hatte den Dänen eine Waffenruhe von sieben Monaten zugestanden, d. h. über die Winterszeit hindurch, wo die dänische Überlegenheit zur See ganz aufhörte, ja bei starkem Frost die Belte zufroren, und die deutschen Truppen nach Seeland übersetzen und den Feind im Herzen des Landes angreifen konnten. Ferner sollte die schleswig-holsteinische Armee auseinandergerissen werden. Die seit dem März erlassenen freisinnigen Gesetze mußten außer Kraft treten. Die provisorische Regierung, die doch selbst der Bundestag bestätigt hatte, sollte sich auflösen, und an ihrer Stelle Graf Karl Moltke, der wegen seines dänischen Renegatentums verhaßteste Mann in Schleswig-Holstein, die oberste Regierung der Herzogtümer führen.

Da Preußen die Verhandlungen in Malmö zugleich Namens der Reichsgewalt geführt hatte, so bedurften sie zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Centralgewalt und des Parlamentes. Die preußischen Unterhändler hatten in allen eben vorgetragenen Bestimmungen des Waffenstillstandes die Vollmacht und Vorschriften der Centralgewalt überschritten — namentlich wollte das Reichsministerium die Waffenruhe nur auf höchstens drei Monate abschließen. Ja, dem in die Herzogtümer entsandten Vertreter der Centralgewalt, Max v. Gagern, wurde der Inhalt der Malmöer Verhandlungen absichtlich so lange verheimlicht, bis der vollendete Abschluß vorlag. Trotz alledem aber wollte das Reichsministerium den Vertrag genehmigen, um nicht einen Bruch mit Preußen, und bei Fortsetzung des Krieges nicht einen Konflikt mit Rußland, England, Schweden und wohl auch mit Frankreich heraufzubeschwören.

Ganz anders aber dachte das Parlament. Schon als am 30. August die erste Kunde von dem Abschluß zu Malmö in Frankfurt anlangte, erhob sich in der Paulskirche ein Sturm der Entrüstung. Die Überschreitung der Reichsvollmacht, die lange Dauer des Vertrages, die übrigen kläglichen Bedingungen, alles wirkte wie Keulenschläge. „Deutschland ist geradezu in den April geschickt!“ rief der maßvolle Dahlmann bitter. Am 4. September verlas der Minister Heckscher den Wortlaut des Vertrages und aller Zusätze vor der Nationalversammlung, die sofort auf allen Seiten ihre tiefste Empörung zu erkennen gab. Sehr ungeschickt versicherte Heckscher, dem zunächst nur um sein Portefeuille bangte; er habe seine Pflicht in vollem Maße gethan. Das vermehrte nur die Erbitterung; und selbst Fürst Lichnowsky trat mit Takt und Wärme für den Antrag von Waitz ein, daß ein besonderer Ausschuß schon am folgenden Tage Bericht erstatten solle, namentlich auch darüber, ob nicht die Maßregeln zur

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vollziehung des Waffenstillstandes — vor allem die bereits in vollem Gange befindliche Zurückziehung der preußischen und deutschen Bundestruppen aus den Herzogtümern — zu hemmen seien, bis das Parlament Beschluß gefaßt habe.

Dahlmann erstattete den Bericht am 5. September. Er war kein Holsteiner von Geburt, aber durch längere Wirksamkeit in den Herzogtümern mit deren Interessen aufs innigste verwachsen; ihr Schicksal und die daran haftende Ehre Deutschlands ging niemandem in der Versammlung tiefer zu Herzen, als ihm. In seiner wuchtigen Art, mit vor Erregung bebender Stimme, beantragte er die Verwerfung des schmachvollen Vertrages. Schon als die erste Kunde der Abmachung von Malmö in die Versammlung drang, hatte er gerufen: „Vor noch nicht drei Monaten wurde hier beschlossen, daß in der schleswig-holsteinischen Sache die Ehre Deutschlands gewahrt werden solle — meine Herren, die Ehre Deutschlands!" Und nun schloß er mit den unvergeßlichen Worten: „Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber kleinmütig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben! Denken Sie an diese meine Worte: Nie!"

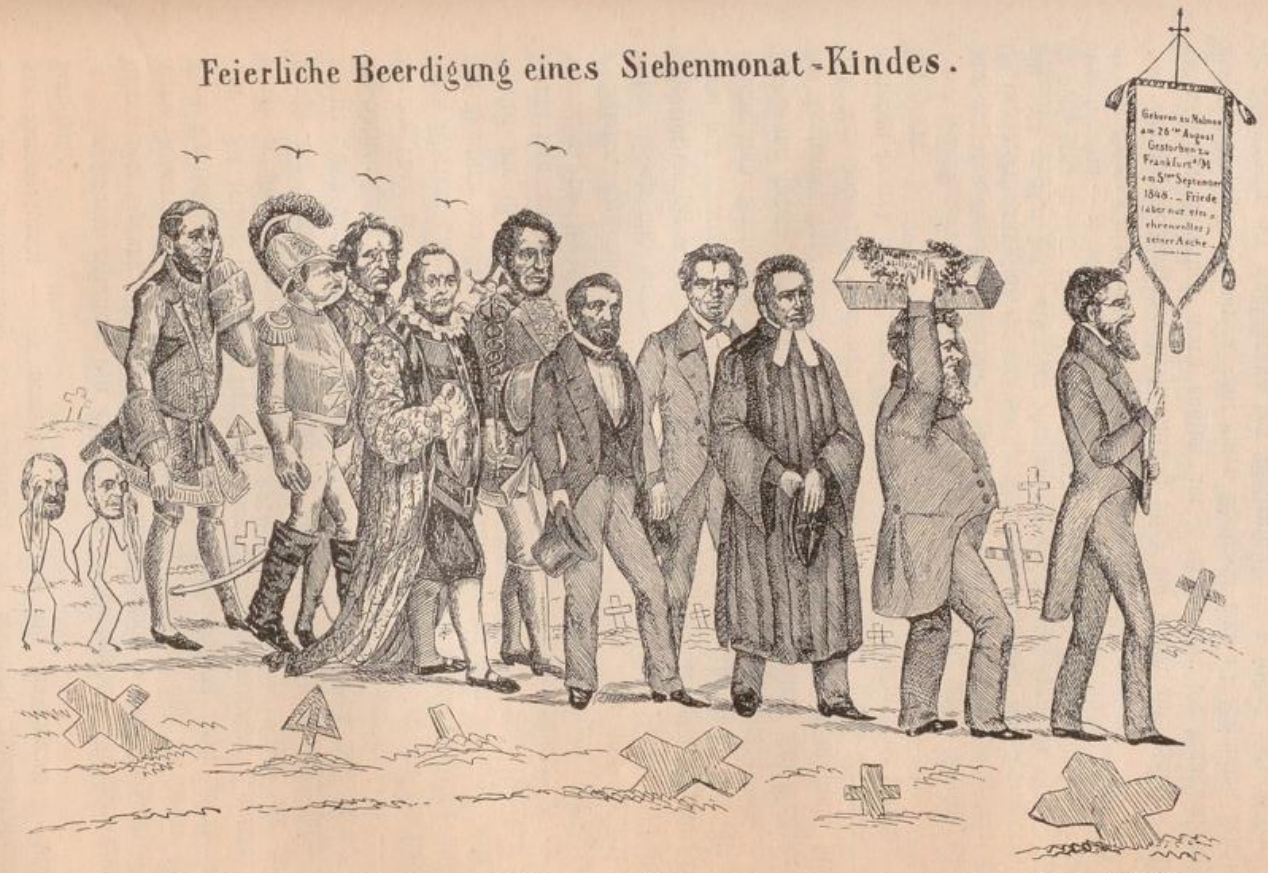
Auch die Befürworter der Genehmigung des Vertrages, Kriegsminister v. Peucker, Bassermann, Fürst Lichnowsky, verhehlten nicht ihre Bedenken über dessen Inhalt und mahnten nur, der Notwendigkeit, dem Zwang der Verhältnisse sich zu fügen. Dagegen gaben Heinrich Simon, Wesendonck und Zimmermann aus Stuttgart der tiefernsten Klage beredten Ausdruck, daß die ruhmreichste und kraftvollste Erhebung der Nation so traurig enden solle. Nächst Dahlmann sprach aber Robert Blum auch heute das Beste. Zur Rechtfertigung des Vertrages habe man nur die Furcht vor dem Kriege anzuführen, sagte er. Und doch habe man noch vor wenig Wochen versichert: durch Vermehrung des deutschen Heeres um 340 000 Mann könne man der ganzen Welt trotzen. Dann schloß er:

„Eine Nation wird nimmer mit Schande und Schmach bedeckt werden, wenn sie Mut hat, den Gefahren zu trotzen, die sich ihr entgegentürmen (Stürmischer Beifall). Es ist ein Erfahrungssatz, so alt wie die Welt, daß der Staat und der Mensch soviel gilt, als er Mut hat, und wäre über die deutsche Nation, durch die Verhältnisse, wie sie vorliegen, in der ersten Zeit ihres Emporstrebens das Verhängnis der Vernichtung ausgesprochen — es wäre unendlich schmerzlich —, aber ertragen möchte ich es noch lieber, als mit Schmach und durch schmachvolle Nachgiebigkeit fortzuleben!"

Die Entscheidung der Versammlung blieb bis zuletzt zweifelhaft. Mit nur 14 Stimmen Mehrheit ward endlich am 5. September die Genehmigung des Waffenstillstandes verworfen; mit einer Mehrheit von 17 Stimmen beschlossen, die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes sofort einzustellen. Obwohl diese Beschlüsse erst abends gegen 7 Uhr zustande kamen, stellten doch am nämlichen Abend noch sämtliche Reichsminister ihre Ämter dem Reichsver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Feierliche Beerdigung eines Siebenmonat-Kindes.



Nauwerck. von Schmerling. Beckerath. Heckscher. Zimmermann. Blum. Simon von Breslau.
Bassermann. von Peucker. Duckwitz. Simon von Trier. Dahlmann.

Offenbacher Karikatur aus dem Jahre 1848 auf den Waffenstillstand von Malmö.

weser zur Verfügung. Dahlmann wurde mit der Bildung und Leitung des neuen Ministeriums beauftragt. Vergebens suchte er auf der Rechten und im Centrum Männer, die bereit gewesen wären, mit ihm den schweren inneren Kampf gegen Preußen aufzunehmen, das den Malmöer Vertrag bereits am 2. September ratifiziert hatte. Seiner ganzen Natur und Staatsanschauung aber widerstrebte es, zu Genossen seines Ministeriums die Führer der weiter links stehenden Parteien, namentlich der Linken selbst zu berufen, an deren Seite er den Sieg vom 5. September erfochten hatte, insbesondere Robert Blum. Aber auch Männer wie Biedermann, Uhland, Mittermaier, Gabriel Riesser, Stahl, Wippermann, selbst Vincke, hatten mit Dahlmann gestimmt. Auch an sie richtete er nicht die Aufforderung, in sein Ministerium zu treten, sondern gab am Abend des 8. September seinen Auftrag als unausführbar an den Reichsverweser zurück. Die bisherigen, einstweilen im Amte gebliebenen Reichsminister führten ihre Ämter nun weiter fort.

Schon am 14. September trat das Parlament von neuem in die Verhandlung über Verwerfung oder Genehmigung des Malmöer Vertrages. Die Verhältnisse hatten sich — wie Sybel a. a. O. S. 239 flg. eingehend darlegt — inzwischen für die Genehmigung günstiger gestaltet. Die wachsende revolutionäre Bewegung in den Massen machte die Mehrheit von Tag zu Tag bedenklicher. Zur Durchführung eines Konfliktes mit Preußen hätte auch sie nur revolutionäre Mittel besessen. Reichsheer und Reichsfinanzen gab es nicht; in beiden Beziehungen war man von den milden Beiträgen der Einzelstaaten abhängig. Von Österreich aber, dem erklärten Freunde des dänischen Reichsfeindes, war kein Mann und kein Kreuzer zu erwarten; mit Bayern und Hannover stand die Centralgewalt auf schlechtestem Fuße, und wenn Hannover, wie zweifellos, in einem Konflikt des Parlamentes mit Preußen, sich auf des letzteren Seite stellte, so war der Reichsarmee der Zugang zu den Herzogtümern überhaupt versperrt. So regte sich denn unter Vielen der Mehrheit vom 5. September der Wunsch, einzulenken, ja die Meinung, man sei schon an jenem Tage zu weit gegangen. Ähnliche Stimmungen erwachten nun aber auch in Kopenhagen, Stockholm, in Petersburg und Paris. Die einmütige Festigkeit der Schleswig-Holsteiner, die den Grafen Moltke, sowie er sich zu zeigen gewagt, schimpflich verjagt hatten, und die zornige Empörung der Paulskirche hatten die fremden Großmächte erkennen lassen, wie nahe die Gefahr einer großen deutschen Revolution und in deren Gefolge vielleicht ein europäischer Krieg vor den Thoren stehe. So konnte denn Camphausen den Ministern melden, daß Aussicht auf billige Abänderungen des Vertrages vorhanden seien, namentlich auf Beseitigung des Grafen Moltke.

Unter solchen Verhältnissen schritt also das Parlament vom 14. September an zur Entscheidung. Auch jetzt noch empfahl der Ausschuß mit kleiner Mehrheit die Verwerfung des Vertrages. Vier Schleswiger dagegen beantragten,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ihn mit einigen Milderungen zu genehmigen. Der Redekampf in der Paulskirche dauerte drei Tage und wurde von allen Seiten mit heißer Erregung, aber auch mit dem Aufgebote überzeugendster Redekunst und Geisteskraft geführt. Doch trotz aller Heißblütigkeit Ludwig Simons, Giskras u. a., trug die dreitägige Redeschlacht doch das Gepräge dumpfer Resignation. Alles sah aus wie der letzte Akt eines großen Trauerspiels, das betitelt war: „Die Ehre Deutschlands". Am letzten Tage der Verhandlung bestieg Robert Blum die Tribüne und hielt seine letzte große Rede im Parlament, die reifste und schönste, die von ihm in der Paulskirche vernommen wurde. „Er sprach vortrefflicher als je", urteilt eine gegnerische Stimme über diese Rede (Gegenwart, Bd. 7, S. 323/24). „Sittliche Würde gesellte sich zur Schärfe der zergliedernden Prüfung; zermalmende Kraft paarte sich mit Mäßigung. So warf er Schritt für Schritt die Verteidiger des Waffenstillstandes zu Boden." Wie schon oft zuvor sprach Lichnowsky nach Blum. Auch er schwang heute die Palme des Friedens. „Lichnowsky hatte die letzte und schönste Blüte seiner Rede in St. Paul entfaltet", berichtet derselbe Ohrenzeuge, „wie Robert Blum, und die beiden schroffen Gegensätze wurden fast zu gleicher Zeit im Buche des Schicksals gestrichen."

Nach fast zwölfstündiger Sitzung erfolgte am 16. September abends gegen 9 Uhr endlich die Entscheidung. Mit 21 Stimmen Mehrheit (258 gegen 237) wurde der Ausschußantrag verworfen und der Waffenstillstand genehmigt. „Die Paulskirche rauschte auf in herz- und ohrzerreißendem Toben, in der Versammlung, in den unteren Räumen, auf der Galerie. Unter dem Lärm forderten unheimliche Gestalten zu einer Volksberatung nach der Stadtallee auf; die das Haus verlassenden Abgeordneten der Mehrheit, in der Verwirrung auch die der Minderheit, wurden verhöhnt, beschimpft, in die Flucht getrieben." So schildert ein Augenzeuge das Ende dieses Tages (Gegenwart, Bd. 5 S. 392). Der Abg. Zell aus Trier, einer von der Linken, wurde verkannt und mißhandelt. Der Turnvater Jahn mußte sich vor der entfesselten Volkswut in einen Winkel der Westendhall bergen. Barbarisch wurde dieses Versammlungslokal der gemäßigten Linken verwüstet. Der Minister Heckscher, der, vom Präsidenten wiederholt zur Ordnung gerufen, in unglaublich taktloser Weise an diesem Tage die Linke wiederholt verhöhnt und verleumdet hatte, war vor der Volksrache nach dem Bade Soden entwichen und floh weiter gegen Mainz.

Daß die Linke mit diesen Streichen nichts zu thun hatte — wie selbst Sybel unterstellt*) — zeigte sich noch am Abend des 16. September. Die drei Zweige der Linken (Deutscher Hof, Westendhall, Donnersberg) waren im Deutschen Hofe sofort zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten über die

*) a. a. O. S. 239, 241 flg. Vgl. dagegen Blum, Robert Blum S. 437/445. 446/450 und Reichstagszeitung d. 17., 19. u. 20. September, der auch das Folgende entnommen ist.

Schritte, die nun im Parlament zu thun seien, als mehrere „demokratische“ und „Arbeitervereine“ Abordnungen hierher entsandten, mit der Aufforderung: die Linke solle sich sofort als Sonderparlament, als Convent aufthun, da ihr allein das Vertrauen des Volkes gehöre. Die Linke aber lehnte diese Rolle entschieden ab. Die erwählten Vertreter, entgegnete sie, könnten sich von keiner Seite her Vorschriften machen lassen. Vor Gewaltthaten wurde die Abordnung, namentlich von Robert Blum, eindringlich verwarnt, und zog dann mit dem Versprechen ab, zur Beruhigung der Gemüter in ihren Kreisen wirken zu wollen. Leider aber hatten weder diese Männer, noch namentlich die Linke selbst mehr die Zügel der Bewegung in den Händen, sondern Andere, wie Zitz und Schlöffel. Anfangs, als diese unversöhnlichen Republikaner von der Linken sich trennten, erdröhnten die Hallen des Deutschen Hofes von der ungeheuren Heiterkeit, die Vogts geistvolle „Bierzeitungen“ auf Kosten der „ganz links“ stehenden hervorriefen.*) Da wurden z. B. die „Grundrechte der äußersten Linken“ zusammengestellt: „die Todesstrafe ist abgeschafft; die Guillotine wird als Verteidigungsmittel beibehalten. — Das Betteln ist nur mit bewaffneter Hand erlaubt“ u. s. w. — Aber jetzt lachte der Deutsche Hof längst nicht mehr, denn die rote Revolution klopfte an die Thüren der Linken so vornehmlich, wie an die Kirchenpforten von St. Paul!

Am Nachmittag des 17. September (einem Sonntag) sammelten sich von vier Uhr an 10 bis 12000 Menschen auf der Pfingstweide, einem Anger im Nordosten der Stadt. Nur fünf Abgeordnete der äußersten Linken waren zugegen: Zitz, Schlöffel, Wesendonck, Ludwig Simon, Hentges aus Heilbronn. Von diesen Fünf hielten nur Zitz und Schlöffel aufrührerische Reden an das Volk; es müsse nun „Fractur schreiben“ u. s. w., die anderen drei — selbst der heißblütige Fanatiker der Freiheit Simon — mahnten eindringlich von jeder Gewaltthat ab. Am Abend dieses Tages — berichten wir wieder nach der „Reichstagszeitung“ dieser Tage — hatten die drei, abermals im Deutschen Hofe (unter Vogts Vorsitz) versammelten Fractionen der Linken eben den Antrag des „Donnersbergs“, aus dem Parlament auszutreten und sich als Konvent aufzuthun, mit allen gegen 19 Stimmen abgelehnt, als Germain Metternich an der Spitze einer Abordnung, im Namen der Tausende von der Pfingstweide, dasselbe Verlangen an die Linke stellte, mit folgenden drohenden Worten:

„Mit Gut und Blut wollen wir die Linke schützen, wenn sie aus jener servilen Versammlung austritt und sich selbständig konstituiert. Aber das verlangen wir auch von ihr. Thut sie es nicht, dann freilich wird das Volk die Linke als ebenso ehrlos betrachten, wie die Mitglieder der Mehrheit, dann freilich wird die neue Revolution auch über die Linke hinweggehen und diese vernichten wie das Centrum und die Rechte!“

*) Einige dieser „Bierzeitungen“ besitzt der Verfasser noch in Vogts Handschrift.

Vogt entgegnete dem Gracchus der Pfingstweide trocken, die drei versammelten Fraktionen der Linken hätten bereits in entgegengesetztem Sinne entschieden. Venedey stellte den Leuten das verbrecherische ihres Vorhabens vor. Da wurden beide verhöhnt, besonders Venedey. Die Helden der Gasse sagten sich schimpfend los von der „ehrlosen" Linken.

Als am 18. September früh 9 Uhr die Parlamentssitzung begann, da glänzten Bayonette rings um die Paulskirche. Früh 3 Uhr waren infolge Schmerlings telegraphischer Weisung, auf das dringende Ansuchen des Frankfurter Senates, 2400 Mann Österreicher und Preußen von der Mainzer Garnison in Frankfurt eingetroffen. Unglücklicherweise hatten die Truppen den Nordeingang

Angriff der preußischen Reichstruppen auf die Barrikade an der Allerheil. Gasse in Frankfurt am 18. September 1848.

zur Paulskirche nicht besetzt, auf den zwei enge Gassen mündeten, und durch den die Abgeordneten einzutreten pflegten. Hier hatten sich erregte Massen zusammengerottet. Und eben als das Parlament, nach heftiger aber vergeblicher Einsprache der Linken gegen die militärische Machtentfaltung vor der Kirche, in seine Tagesordnung eintrat und den schönen Artikel der Grundrechte beriet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" — da dröhnte die Nordpforte der Kirche unter Axtschlägen und wuchtigen Stößen. Zuvor schon war der verspätet eingetretene Abg. Riesser von dem Pöbel belästigt, ein in die Kirche bereits eingedrungener Haufe mit Gewalt von Abgeordneten hinausgedrängt

Verkündung des Waffenstillstandes durch den Abgeordneten A. Mösler zu Frankfurt a. M. am 18. September 1848.

worden. Nun klaffte die Nordpforte, durch den wuchtigen Anprall von oben bis unten gespalten, auseinander. Ungeheure Erregung bemächtigte sich der Versammlung. Würdevoll und erfolgreich mahnte Gagern zur Ruhe und Besonnenheit. Dann hörte man draußen kurzen Kampf, gellende wüste Rufe der Angst und Verwünschung: die Preußen hatten die Banden mit dem Bayonett von der zertrümmerten Thüre getrieben. Bis nachmittags 2 Uhr führte darauf das Parlament seine Beratung ungestört zu Ende.

Ein merkwürdiger Anblick bot sich den Abgeordneten, als sie aus der Kirche heraustraten. Überall waren in der Zwischenzeit Barrikaden entstanden. Die Aussagen aller Augenzeugen stimmen darin überein, daß die Barrikaden erbaut worden waren vor den Augen der Soldaten, die Gewehr im Arm zuschauten, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Entstehung zu hindern; sogar Kinder hatten das Material zum Bau mit herbeigeschleppt! Warum wurde nicht gegen jeden Versuch dieser Baukunst sofort eingeschritten? Schon dieses Gewährenlassen muß mit tiefem Mißtrauen erfüllen gegen das Verhalten und die Absichten des Mannes, der die notwendige Diktatur in seine Hand genommen hatte, gegen Schmerling. Es kommt aber weiter hinzu, daß die heftigsten Aufwiegler zum Kampfe Menschen waren, die keiner kannte und die alsbald nach dem Ausbruch verschwanden, die man also wohl nicht mit Unrecht für angestiftete Sendlinge hielt. Auch Germain Metternich, der mit einer Karte Frankfurts in der Hand, überall die Punkte bestimmt hatte, wo Barrikaden anzulegen seien, ist an diesem Tage im Palais des Herrn Reichsministers von Schmerling wiederholt ein- und ausgegangen.*) Die österreichische Politik hatte allerdings den größten Vorteil von diesem blutigen Tage!

Nach Beendigung der Sitzung der Paulskirche griffen die Truppen an. Zwei Barrikaden wurden von den Preußen, zwei von den Österreichern erstürmt. Auf beiden Seiten fielen in dem heißen Kampfe kaum zehn Opfer. Doch wäre auch dieses Blut bei früherem Einschreiten zu sparen gewesen. Gegen 5 Uhr waren die Hauptbarrikaden noch nicht genommen. Eine kurze Waffenruhe trat ein. Die Truppen erwarteten die reitenden Batterien von Darmstadt. Da bot Robert Blum noch einmal alles auf, um weiteres Blutvergießen zu hindern. Er begab sich mit einigen Freunden zum Reichsverweser und zu Schmerling, und beschwor diese, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Der Reichsverweser erklärte seine Bereitwilligkeit; Schmerling aber deutete an: die Lieblinge des Volkes möchten doch selbst den Versuch einer Versöhnung machen. Da schritt Robert Blum mit Ludwig Simon, Roesler von Oels und anderen unbewehrt

*) Persönliche Mitteilung des Augenzeugen Julius Faucher, des bekannten späteren Volkswirts und freisinnigen preuß. Abgeordneten, an den Verfasser (in Berlin, 1868 bis 1870, wiederholt und bestimmt). Auch die Gegenwart Bd. 7, S. 331 und Robert Blum in einem Briefe v. 3. Oktober (Blum, a. a. O. S. 447) deuten schon diesen Verdacht an.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den Barrikaden entgegen und Blum redete zum Frieden, mahnte dringend, von weiterem Blutvergießen abzulassen. Aber Dutzende von Flintenläufen erhoben sich gegen seine Brust. Tobende Verwünschungen erfüllten die Luft. Die Freunde rissen Blum zurück. Er wäre gemordet worden, wenn er ihnen nicht folgte.*)

Wie begründet diese Besorgnis der Freunde Blums war, welche teuflische Rohheit und Mordlust diese Pöbelmassen beseelte, das hatte sich um dieselbe Stunde in entsetzlicher Weise offenbart.**) Während schon der Barrikadenkampf in vollem Gange war, unternahm nämlich der fast noch jugendliche Fürst Lichnowsky, obwohl er wußte, daß er unter allen Abgeordneten den Volksmassen wohl der verhaßteste sei, aus reinem Übermut und unter dem Vorgeben, er wollte die heranrückenden Truppen empfangen, einen Spazierritt vor die Stadt. An seiner Seite ritt ein anderer Abgeordneter der Rechten, der schon bejahrte General a. D. v. Auerswald, der älteste Bruder jener beiden Auerswald, die in Ostpreußen an der Spitze der freisinnigen ständischen Opposition gestanden hatten. Der alte Herr war im Parlament kaum aufgetreten und den Massen völlig unbekannt. Die beiden Reiter verfolgten die Friedberger Straße, auf welcher die Truppen gegen die Stadt heranziehen mußten. Da wurden sie durch eine Rotte von Sensenmännern, Zuzüglern aus Frankfurts Nachbarorten, aufgehalten. Der Fürst ward erkannt und feindselig bedroht. Er schlug mit seinem Begleiter einen Nebenweg ein, verfolgt von der wütenden Meute. Unglücklicherweise verlief sich der Weg in ein Netz von Gärten, ohne Ausgang nach der anderen Seite. Die Reiter stiegen also ab, kletterten über eine Anzahl von Zäunen und erreichten schließlich eine Gärtnerwohnung, wo man sie vor den Verfolgern verbarg. Schon die zurückgelassenen Pferde ließen

Fürst Lichnowsky.
Nach der Natur gezeichnet und lithographiert von H. Hasselhorst 1848. Aus dem Album der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt.

*) Mündliche Mitteilungen von Ludwig Simon (Herbst 1862 am Wallensee, bei Einweihung des Heinrich-Simondenkmals), Faucher, Löwe (Calbe) in Berlin, 1868—1870, an den Verfasser. Teilweise bestätigt auch von der Gegenwart, a. a. O.

**) Das Folgende hauptsächlich nach Biedermann, a. a. O. S. 314/16.

Die Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Generals von Auerswald zu Frankfurt a. M. am 18. September 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zwar ihre Spur erkennen. Aber da die Gärtnersleute ihre Gäste nicht verrieten, so zog der Haufe enttäuscht ab. Da streckt Lichnowsky thörichter Weise den Kopf durch das Fenster, um den Fortziehenden nachzuschauen. Einer von diesen blickt gerade zurück und erkennt den Fürsten. Sofort kehren die Mordbuben um, zerren die Verfolgten aus dem Versteck und schlagen den greisen harmlosen Auerswald auf der Stelle tot; den verhaßten Lichnowsky aber schleppen sie auf die nahe Bornheimer Haide hinaus, stellen ihn dort an eine Pappel und gehen ihm nun mit Angriffswaffen aller Art und mit roherer als indianischer Grausamkeit zu Leibe, bis er, furchtbar verstümmelt, für tot zusammenbricht. Dann entfernen sich die feigen Mörder mit viehischem Grinsen über die vollbrachte Heldenthat. Den tötlich Verwundeten, aber noch Lebenden, trugen zufällig herankommende mitleidige Menschen in die unferne Wohnung einer befreundeten Familie. Hier verschied er, nach furchtbaren Qualen, am nächsten Morgen.

General von Auerswald.
Nach der Natur gezeichnet von Winterwerb. Aus dem Album der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt.

Als die entsetzliche Kunde von diesen Greuelthaten die Stadt durcheilte, rollte zugleich der Donner des schweren Geschützes über Frankfurt hin und zeigte an, daß der Angriff gegen die Barrikaden wieder begonnen habe. Die Feuerschlünde brüllten nur kurze Zeit, denn die Barrikaden wurden nach kurzem Kampfe geräumt. Dann war auch dieser unselige Aufstand in Blut erstickt. Einer aber durfte sich nach diesem Jammer vergnügt die Hände reiben, Herr v. Schmerling. Was er schon bei Beratung des Antrags Zitz in der Paulskirche mit innerlichem Frohlocken vorausgesagt (s. o. S. 267): das Parlament werde bald des Schutzes der Mainzer Besatzung bedürfen, das war nun, — wahrscheinlich durch seine Einfädelung, jedenfalls auf seinen Ruf — vollbracht. Das stolze, nur durch die Volksgunst emporgehobene und mächtige Parlament hatte gegen die Volkmassen durch Waffengewalt geschützt werden müssen! Dasselbe „Volk“ hatte zwei Abgeordnete ermordet! Würde die Paulskirche nun jemals noch wagen können, ihre vermeintliche Allmacht gegen die Regierungen

zu kehren? Und würden diese so thöricht sein, in der Paulskirche fernerhin noch eine Macht zu fürchten? Die Sonnenwende der Nationalversammlung war eingetreten — ihre ferneren Tage wurden immer kürzer und dunkler, und ein neues Ereignis im Südwesten des Vaterlandes mußte auch die schlummernden oder wühlenden alten reaktionären Gewalten wieder auf die Oberfläche bringen und die letzten Sympathien mit revolutionären Bewegungen ersticken.

Dicht an der badischen Grenze, im schweizerischen Kanton Baselland, trieben Struve, Karl Heinzen u. a. den ganzen Sommer über ihr Unwesen und überschwemmten Baden mit revolutionären Flugschriften und Sendlingen, welche u. A. die Hauptthätigkeit darauf gerichtet hatten, die Disziplin im Heere zu untergraben. Bald nachher wurde eine Flugschrift von Struve und Heinzen, „Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands" tausendweise ins Land geworfen. Außerdem war durch die von Struve geleiteten sogenannten Unterstützungsausschüsse, nach dem Zeugnisse eines Beteiligten (Löwenfels, „der zweite republikanische Aufstand in Baden", S. 8, eine Schrift, die auch im Folgenden benutzt ist), auf dem an Baden grenzenden Schweizerboden ein Nachrichtendienst eingeführt, der den Führer jederzeit befähigte, jeden Augenblick alle von ihm abhängigen Flüchtlinge und Scharen zu einem neuen Einbruch um sich zu sammeln. Wenn nun trotz aller dieser drohenden Anzeichen, die badische Regierung im August sich entschloß, vorläufig 70 der im April gefangenen Aufrührer Begnadigung zu gewähren — deren später noch 300 Andere teilhaftig wurden — so darf man ihr jedenfalls eher übergroße Milde als Strenge vorwerfen.

An diesen Umtrieben beteiligte sich Fr. Hecker nicht mehr. Wohl gab er von Muttenz aus in Rheinfelden seinen „Volksfreund" heraus, der in Ton und Inhalt ein schwacher Abklatsch seines Vorbildes, des Marat'schen „Ami du peuple" war. Aber mit dem größten Teil der Aprilflüchtlinge, namentlich mit Struve und dessen Anhang war er tief zerfallen. Mit K. Heinzen, dessen schmähende Erklärungen in den Zeitungen ihn tief verletzten, lebte er in bitterer Feindschaft.*) Dagegen schlossen sich Doll, Mögling, Kaiser, Sigel, Schöninger an ihn an. Aber nachdem seine Hoffnung, durch seine Wahl in Thiengen thatsächlich amnestiert und im Parlamente zugelassen zu werden, vereitelt war, sah er kein Wirken mehr für sich in Deutschland. Denn seit der Errichtung der Centralgewalt schienen sich die deutschen Zustände in monarchischem Sinne zu befestigen, und er gab daher den Versuch, die Sache der Revolution von neuem zu führen, fürs erste auf. Schon im August entschloß er sich zur Auswanderung nach Nordamerika. Anfang September verließ er Muttenz, empfing noch einmal in Straßburg huldigende Abordnungen seiner Anhänger (z. vgl. die Abbildung und sein Abschiedswort, die dem Werke beigegeben sind), und bestieg

*) Die Darstellung dieser Ereignisse nach Häusser, Bad. Revolution, dessen Aufsatz in der Gegenwart, Bd. 3, S. 310 flg., und den im Text angeführten Quellen.

Abschied

an

Friedrich Hecker

bei seiner

Ueberfahrt nach Nordamerika

im September 1848.

Melodie: Bertram's Abschied.

— — — — — — —

Des Helden Name füllt die weite Erde.

Leb', Hecker, wohl! ach, bitter sind die Worte
Für Deiner wahren Freunde blutend Herz;
Du suchest Ruh' an einem fernen Orte
Und uns nur bleibt der gramerfüllte Schmerz.
Die wahren Freunde werden um Dich trauern,
Denn Volksverrath hat uns allein getrennt;
Doch sind Verräther stets nur zu bedauern,
Denn auf der Seele sie der Treubruch brennt.

Was bleibt uns nun, wenn Du Dich uns entziehest,
Da Du allein der Hoffnung Anker bist,
Wenn Du dem feinen Preußen-Netz entfliehest,
Das uns umgarnt mit Trug und falscher List?
Doch gilt es noch, die Zeit ist nicht vorüber,
Noch geht die Sonne ihren alten Lauf,
Ist sie am Abend manchmal etwas trüber,
Geht sie am Morgen dennoch glänzend auf.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Irokesen Pfeile sind vergiftet,
Die Mingo's lauern schlau auf ihren Feind,
Doch was die Natternbrut bei uns gestiftet,
Ist selbst der Wilde Dir ein bess'rer Freund.
Dich wollten sie an's Marterkreuze schlagen,
Weil Du die Wahrheit frei gestellt an's Licht;
Du sollst für sie die Last des Kreuzes tragen,
Weil Kraft und Muth am rechten Ort gebricht.

Doch nur Geduld, schon fängt es an zu gähren,
Die Reaction gräbt selber sich ihr Grab;
Der Preußen-König will es nicht gewähren,
Will Deutschlands Ruhm nun brechen seinen Stab;
Der Däne steht so lüstern nach dem Lande,
Wofür der Deutsche setzt sein Leben ein;
Hoch lebe Holstein an der Ostsee Strande!
Dies schwören deutsche Völker im Verein.

Trotz Russen, die die Grenze stark umliegen,
Die gerne seh'n, wenn Deutschland untergeht,
Doch deutsche Völker sind nicht zu besiegen:
Dein Name golden in dem Banner steht;
Ein jeder kämpfet dann mit jenem Muthe,
Den Du dem deutschen Volke trugst voran;
Das Schlachtfeld sei gefärbt mit unserm Blute,
Wir stehen fest, ein Jeder, Mann für Mann.

Nun lebe wohl, dies wünschen Deine Freunde,
Sei glücklich auf der Welle leichtem Tand;
Wir stehen fest trotz jenem preuß'schen Feinde;
Denn jener steht schon an des Abgrunds Rand;
D'rum nimm die süße Hoffnung mit hinüber,
Nimm sie mit hin nach Nordamerika:
Bald sind vereint die treuen deutschen Brüder,
Dann lieber **Hecker,** dann sei wieder da! —

H. Sulzer.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dann am 20. September in Southampton das Dampfboot „Hermann", das ihn nach New-York brachte.

An demselben Tage wurde es unter den Flüchtlingen an der Schweizer Grenze unruhig. Struve machte sich zu dem lange vorbereiteten Handstreich fertig. Auch Heckers zurückgebliebene Freunde Doll und Mögling schlossen sich ihm an. Das hoffnungsfreudige Vertrauen auf das deutsche Parlament hielt Struve jetzt völlig zerstört, nachdem das Parlament den Waffenstillstand von Malmö genehmigt hatte. Wie die Demagogen in der Umgebung Frankfurts, hoffte er mit dieser Losung die Massen zum Aufstande fortreißen und von dem südwestlichsten Winkel Badens aus die Republik über ganz Deutschland unwiderstehlich ausbreiten zu können. In Wahrheit freilich verursachten die Berichte von dem Wahnsinn und den Greueln des Frankfurter Septemberaufstandes einen so raschen und entschiedenen Umschlag der öffentlichen Meinung, eine solche Erbitterung gegen alle revolutionären Demagogen, daß einer bewaffneten Umsturzbewegung jetzt noch viel weniger Erfolg winkte, als im Frühjahr. Aber selbst mancher der Führer suchte freilich diesmal — wie sich in traurigster Weise offenbaren sollte — weniger den Erfolg des Sieges, als den Erfolg der Beute.

Am Nachmittag des 21. September überschritt Struve mit etwa dreißig Begleitern, scheinbar als harmloser Spaziergänger, von Basel her, bei Riehen die badische Grenze und zog gegen Lörrach weiter. Den mit Waffen vorausgesandten Wagen holten sie vor der Stadt ein und bewaffneten sich. In Lörrach, wo ein großer Teil der Bevölkerung revolutionär war, hatten Struves Gesinnungsgenossen auf dessen Weisung schon zuvor die Trommel geschlagen und sich bewaffnet. Um 6 Uhr rückte der Diktator mit seinen dreißig Tyrannen in die Stadt ein und sprach sogleich vom Rathaus zur Menge, verkündete dann „die deutsche Republik", ordnete Sturmläuten und Aushebung aller waffenfähigen Mannschaft an und drohte im Falle des Ungehorsams mit dem Standrecht. Eine Reihe von Bekanntmachungen, mit der schönen Überschrift „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle!" und mit dem Datum: „am ersten Tage der deutschen Republik", enthielten die ersten Gesetzgebungsakte der neuen Regierung. (Auch dieses „Regierungsblatt" liegt dem Werke an.)

In der einen dieser Verfügungen wurde die Aushebung in Masse (nach dem französischen Vorbild von 1789 bis 1793 „levée en masse") angeordnet und zugleich befohlen, keinen der fürstlichen Partei angehörigen Personen die Entfernung aus ihren Bezirken zu gestatten, vielmehr dieselben sofort zu verhaften, und alles ihnen gehörige Vermögen mit Beschlag zu belegen. In einer anderen Verordnung wurden alle Grundlasten ohne Entschädigung abgeschafft, alle Abgaben und Steuern aufgehoben, nur die Zölle „fürs erste beibehalten". Dagegen wurde, statt der bisherigen Abgaben, eine progressive Einkommensteuer eingeführt und außerdem verfügt: „Sämtliches Grundeigentum des Staates, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden (!) Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen (?!), an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es gelegen ist."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zugleich wurden mehrere Beamte verhaftet, andere, die sich dazu hergaben, auf die Republik verpflichtet und mit der roten Binde geschmückt. Die Farben Schwarz-Rot Gold galten diesen Banden schon für reaktionär. Die eintreffenden Posten wurden angehalten, die Geldsendungen an öffentliche Behörden „konfisziert" und alle vorhandenen öffentlichen Kassen ausgeleert. Wo sich irgend ein Widerstand zeigte, ging man weiter. So wurde z. B. der sich den Räubereien dieser Rotte pflichtgemäß widersetzende Postmeister von Lörrach schmählich mißhandelt, schwebte einen vollen Tag in Lebensgefahr, und mußte es schließlich als einen hochherzigen Gnadenakt Struves ansehen, daß „man ihn trotz zahlreichen

Nachbildung des Originals.

Widerspruchs bloß gefangen setzte und sein Vermögen konfiszierte". So berichtet selbst der „General" dieses Raubzuges, Löwenfels, in seiner Schrift „der zweite republikanische Aufstand in Baden". Aber keineswegs nur die „auf Seite der Fürsten kämpfenden" oder den Räubern sich widersetzenden „Staatsbürger", sondern auch die „wegen ihrer Gesinnung" Verdächtigen wurden verhaftet oder — was noch schmählicher! — für abgepreßte Geldsummen wieder freigelassen. Der wohlhabende Gutsbesitzer Grether in Lörrach entzog sich — nach den Mitteilungen seines Sohnes, des jetzigen Bürgermeisters von Lörrach, an den Verfasser — diesem Schicksal, indem er mit den Seinen schleunigst nach Rheinfelden

Ausrufung der Republik durch Struve zu Lörrach am 21. September 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nro.

Republik

Regierung

Hauptquartier Lörrach,

Inh

1) Aufruf an das deutsche Volk. 2) Dienstanweisun
Abgaben. 4) Zollgesetz.

Aufruf an das

Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrü
Stadt Frankfurt a. M., am Sitze der ohnmäch
tuirenden Versammlung ist auf das Volk mit K
kann das deutsche Volk noch retten. Siegt di
dem sogenannten gesetzlichen Wege furchtbarer au
blutigsten Kriegen geschehen kann.

Zu den Waffen deutsches Volk! Nur di
streben.

Hoch lebe die deutsche Republik!

Lörrach, den 21. September 1848.

Im Namen der pro

Gustav

Der Schriftführer:
Karl Blind.

Die nach
höhung der Z
Der Ver

Eine

Nro. I.

Republikanisches

Regierungs=Blatt.

Hauptquartier Lörrach, 22. September 1848.

Inhalt.

1) Aufruf an das deutsche Volk. 2) Dienstanweisung an sämmtliche Bürgermeister. 3) Verfügung über Abgaben. 4) Zollgesetz.

Aufruf an das deutsche Volk!

Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrückern hat begonnen. Selbst in den Straßen der Stadt Frankfurt a. M., am Sitze der ohnmächtigen Centralgewalt und der geschwätzigen konstituirenden Versammlung ist auf das Volk mit Kartätschen geschossen worden. Nur das Schwert kann das deutsche Volk noch retten. Siegt die Reaktion in Frankfurt, so wird Deutschland auf dem sogenannten gesetzlichen Wege furchtbarer ausgesogen und geknechtet werden, als dieses in den blutigsten Kriegen geschehen kann.

Zu den Waffen deutsches Volk! Nur die Republik führt uns zum Ziele nach dem wir streben.

Hoch lebe die deutsche Republik!

Lörrach, den 21. September 1848.

Im Namen der provisorischen Regierung

Gustav Struve.

Der Kommandant des Hauptquartiers:
M. W. Löwenfels.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Republik!

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Hauptquartier Lörrach, den 21. September 1848.

Dienstanweisung für sämmtliche Bürgermeister.

Sämmtliche Bürgermeister werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß

1) so lange das republikanische Heer sich in ihrem Bezirke befindet, den ganzen Tag über gestürmt und des Nachts auf den benachbarten Bergen Feuer angezündet werden.
2) Sie haben darauf zu achten, daß keine der fürstlichen Parthei angehörigen Personen sich aus ihren resp. Bezirken entfernen, vielmehr sofort verhaftet und daß alle denselben gehörigen Vermögenstheile mit Beschlag belegt werden.
3) Sie haben sofortige Stellungen der waffenfähigen Mannschaft und den Abmarsch derselben nach dem Hauptorte des Bezirks zu betreiben und für die Herbeischaffung der Bedürfnisse der Mannschaft an Kleidung, Waffen, Munition und Nahrungsmittel zu besorgen.
4) Sie haben Quartierbillete bereit zu halten, damit die republikanischen Truppen jederzeit rasch und gut einquartiert werden können.
5) Ueberhaupt sind dieselben für die sofortige und nachdrückliche Vollziehung der Bestimmungen des beifolgenden Erlasses der provisorischen Regierung am gleichen Tage verantwortlich.

Im Namen der provisorischen Regierung

G. Struve.

Der Kommandant des Hauptquartiers:
M. W. Löwenfels.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Republik!

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle.

Im Namen des deutschen Volkes verfügt die provisorische Regierung Deutschlands wie folgt:

Art. 1. Sämmtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, so wie sämmtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Frohnden, und welchen Namen sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls getilgt.

Art. 2. Sämmtliche bisher an den Staat, die Kirche und die adeligen Grundherren bezahlten Abgaben hören von diesem Tage auf; eine das Einkommen des Unbemittelten nicht berührende progressive Einkommensteuer tritt an die Stellen sämmtlicher bisherigen Abgaben; nur die an den Grenzen Deutschlands erhobenen Zölle bleiben für's Erste bestehen.

Art. 3. Sämmtliches Grundeigenthum des Staats, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt.

Art. 4. Um alle in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Erleichterungen zu sichern, wird eine allgemeine Erhebung des Volkes angeordnet.

Alle waffenfähigen Männer von vollendetem achzehntem bis zum vollendeten vierzigsten Jahre ergreifen die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes.

Von heute an herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird.

Im Namen der provisorischen Regierung Deutschlands

G. Struve.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

Hauptquartier Lörrach am ersten Tag der deutschen Republik, am einundzwanzigsten September 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Republik!

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle.

Hauptquartier Lörrach, den 22. September 1848.

Die nach dem badischen Regierungsblatt vom 15. September 1848, Nro. 62, verfügte Erhöhung der Zollsätze wird hiedurch um 10 Prozent herabgesetzt.

Der Verwalter des Zolles Christian Müller wird hiedurch angewiesen, hiernach zu verfahren.

Im Namen der provisorischen Regierung

G. Struve. Der Schriftführer: **Karl Blind.**

Eine beglaubigte Abschrift geht an Bürger Zollverwalter Ch. Müller zum Vollzug.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lörrach, den 21. September 1848.

Republikanische Mittheilungen.

(Beilage zum republikanischen Regierungsblatt).

*** Neuer Aufstand des Volkes in Baden. Proklamirung der Republik.

Das badische Oberland ist im Aufstande!

Auf die Nachricht von dem volksverrätherischen Beschlusse des Parlamentes und von dem Kampfe in Frankfurt ist

Struve,

gerufen von einflußreichen Männern Badens, mit einer Schaar flüchtiger Republikaner von Basel aus in's Badische eingezogen. An der Spitze der Schaar marschirten neben dem politischen Chef Struve der militärische Führer Löwenfels und der Beauftragte für die Zivilangelegenheiten Blind, umgeben von badischen Bürgern, welche der Freiheitsschaar entgegengekommen waren. Bürgerwehr von Stetten und Lörrach begrüßte ihre herübergekommenen Freunde an der Grenze mit lautem Jubelruf. Struve erklärte darauf in begeisterter Rede am Grenzstein Deutschlands, daß er mit den andern Demokraten gekommen sei, das Banner der Republik auf dem vaterländischen Boden zu entfalten. Von Stetten aus zogen die Republikaner in die Stadt Lörrach ein, wo sie von einer wogenden Menschenmenge unter Trommelschlag mit freudigem Hochrufen auf Struve und die Republik empfangen wurden. Sie setzten sich darauf im Rathhause fest; Struve redete nochmals das Volk an, stellte der Nationalgarde den Bürger Löwenfels als den Kommandanten des Hauptquartiers vor, und berief sofort den Bürgermeister und Gemeinderath vor sich. Es kamen nun Abordnungen auf Abordnungen, welche die Nachricht von der herrlichen demokratischen Stimmung in der ganzen Umgegend überbrachten und ihren Anschluß an die alsbald gebildete

provisorische Regierung,

in deren Namen Struve unterzeichnet, förmlich erklärten.

Unterdessen waren bei Emmishofen, Laufenburg und Rheinfelden Kolonnen nach Baden herübergebrochen. Gleicherweise setzten sich die von Kolmar, Straßburg und Lauterburg in Bewegung. Siegel operirt gegen Würtemberg. Becker rückt aus der Schweiz herbei. Willich dringt von Besançon her nach Deutschland.

Das ganze Oberland ist militärisch für die Sache der Republik organisirt. Ebenso läßt die provisorische Regierung alle gefährlichen Beamten verhaften, entsetzt sie ihrer Stellen und ernennt dafür republikanische Beamte, welche bereits in geordneter Weise die Zivilverwaltung der umliegenden Gegenden besorgen. Am Regierungsgebäude weht die rothe Fahne mit schwarzrothgoldenen Bändern. Die republikanischen Beamten tragen über ihrer Uniform eine rothe Binde am Arm. An allen öffentlichen Gebäuden sind die großherzoglichen Wappen abgenommen, die Inschrift „Deutsche Republik" angeschlagen und die rothe Fahne ausgesteckt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gestern hat die provisorische Regierung die erste Nummer ihres **Regierungsblattes** ausgegeben, in welchem ein „Aufruf an das deutsche Volk", eine „Dienstanweisung an sämmtliche Bürgermeister", eine „Verfügung über Abgaben" und ein „Zollgesetz" enthalten sind. Mit Struve sind Löwenfels als Kommandant des Hauptquartiers und Karl Blind als Schriftführer unterzeichnet. Letzterer besorgt die Ausfertigung der Zivilangelegenheiten und führt die Aufsicht der Verordnungen überhaupt.

Ein Dekret Struve's und des Kommandanten Löwenfels befiehlt, an allen Orten Sturm läuten, auf den Bergen Feuer anzünden, die Anhänger der aristokratischen Partei verhaften und alle waffenfähige Mannschaft von 18—40 Jahren zum Zug in's Hauptquartier Lörrach beordern zu lassen. Wer sich weigert, mitzugehen, wird vor ein Volksgericht gezogen. Gegen Widerspenstige wird **Standrecht** geübt, **wie gegen unsere unglücklichen Brüder zu Frankfurt.** — Alle Regierungskassen sind zu Handen der Republik konfizirt.

Während des ganzen heutigen Tages wirbeln Trommeln, welche den Zuzug neuer Mannschaft ankündigen. Der Geist der Bevölkerung hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Seine Bereitwilligkeit bewirkt, daß alle Regierungsgeschäfte im schönsten geregelten Gange gehen werden.

Unsere republikanischen Truppen dringen immer tiefer ins Land vor. Bald werden wir im Herzen des Landes sein. Nieder mit dem Fürstenthum! nieder mit den Aristokraten! nieder mit den Verräthern!

Wohlstand, Bildung Freiheit für Alle!

Es lebe die deutsche demokratische Republik!

Neueste Nachrichten.

Briefe, welche bei uns im Hauptquartier eingehen, melden von dem ausgezeichnet günstigen Stand unserer Schilderhebung. — Gerüchte, welche in diesen Briefen enthalten sind, sagen, daß in Freiburg Bewegungen stattfinden, das großherzogliche Schloß zu Karlsruhe in Brand stehe und **der Großherzog nach Basel entflohen sei.**

Druck von Gutsch. Der provisorischen Regierung verantwortlicher Redakteur: Karl Blind.

Lörrach, 24. September 1848.

Nach den durch Estaffette soeben eingegangenen Nachrichten von unseren abgezogenen Wehrmännern sind dieselben bereits in die Nähe von Freiburg gerückt; Löwenfels, Struve über Müllheim, Doll, Mögling durch das Wiesenthal. Der heutige Tag wird ohne Zweifel ein hochwichtiger werden, und wir werden die Berichte hierüber dem Volke sogleich veröffentlichen, wie dieselben eintreffen.

Der Gang der republikanischen Bewegungen ist bis jetzt ungeheuer, von über 15,000 Mann, von Truppenbewegungen gegen uns ist noch keine Rede.

Wer angetroffen wird, falsche Gerüchte zu verbreiten, wird verhaftet und standrechtlich behandelt.

Lörrach den 24. September 1848.

Im Namen der provisorischen Regierung:
Die Commission: M. Fiala. J. C. Müller. Braun. Stampfer.

Befehl der prov. Regierung zum Druck dieser Mittheilungen.

Ich befehle Ihnen im Namen der provisorischen Regierung der Republik augenblicklich den Druck dieser beifolgenden Blätter zu beginnen und davon 1000 Exemplare abzuziehen und zu verbreiten. Auf Befehl sind Exemplare davon an mich abzuliefern.

Kandern den 23. September 1848.
Morgens 7 Uhr.

Der Generalcommissär:
K. Blind.

Von den Nro. des „Regierungsblattes" haben Sie 800 Exemplare zu drucken. Ich mache Sie dafür verantwortlich.

Druck und Verlag von Carl Rud. Gutsch in Lörrach.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

(Begleitschreiben zu den ersten Verfügungen, welche vor der Ausgabe des Regierungsblattes besonders abgedruckt und versendet worden sind.)

An den republikanischen Ausschuß zu

Deutsche Republik.

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Beifolgend übersende ich Euch die ersten Verfügungen der provisorischen Regierung Deutschlands und spreche dabei die Erwartung aus, daß Ihr mit allen euern Kräften diesen Verfügungen Nachdruck und Anerkennung verschafft.

Im Namen der provisorischen Regierung Deutschlands

Gustav Struve. Der Schriftführer:
Karl Blind.

Hauptquartier Lörrach, am ersten Tage der deutschen Republik, am 21. Sept. 1848.

Befehle der provisorischen Regierung.

Der Träger dieses, Pedro Dusar, hat den Befehl, sich der Druckerei von Gutsch zu Lörrach zum Zwecke der deutschen Republik zu bemächtigen, wobei übrigens dem Druckereibesitzer eine den Umständen entsprechende Vergütung vorbehalten bleibt. In allen die Druckereiangelegenheiten der Republik zu Lörrach betreffenden Angelegenheiten ist dem genannten Pedro Dusar genau Folge zu leisten.

Lörrach den 21. September 1848.

Im Namen der provisorischen Regierung:
G. Struve.

Deutsche Republik!

Das Personal der Druckerei, wie der Besitzer, haben nur dem Bürger Dusar auf seinen Befehl zu gehorchen.

Lörrach am 22. September 1848.

K. Blind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Republik.

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Im Namen des deutschen Volkes wird verfügt:

Wir fordern die Bürgerschaft von auf, sogleich im Angesicht dieses Befehles Sturm läuten zu lassen, und den Zug der waffenfähigen Mannschaft von 18—40 Jahren nach dem Hauptquartier zu bewerkstelligen. Ueber Die, welche sich mitzuziehen weigern, wird Volksgericht gehalten.

Etwaige Regierungskassen sind mit Beschlag zu belegen und hierher abzuliefern. Ueberflüssige Waffen desgleichen. Volksverräther sollen in Gewahrsam gebracht werden.

Die Behörden, wie die Bürger, sind für den Vollzug dieses Befehls verantwortlich bei Gefahr von Leib und Leben, mit Androhung des Standrechtes.

Im Namen der provisorischen Regierung:
Die Commissäre:

Deutsche Republik!

Der Ueberbringer dieses, Bürger hat die Vollmacht, die Mannschaft von zum Zuzug nach zu veranlassen und alle hiezu erforderlichen Mittel anzuwenden. Widerspenstige werden **standrechtlich** behandelt.

Im Namen der provisorischen Regierung
Deutschlands.

Hauptquartier
den ten

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Im Namen des deutschen Volkes wird verfügt:

Wir fordern die Bürgerschaft von auf, sogleich im Angesicht dieses Befehles Sturm läuten zu lassen, und den Zug der waffenfähigen Mannschaft von 18—40 Jahren nach dem Hauptquartier zu bewerkstelligen. Ueber Die, welche sich mitzuziehen weigern, wird Volksgericht gehalten.

Etwaige Regierungskassen sind mit Beschlag zu belegen und hierher abzuliefern. Ueberflüssige Waffen desgleichen. Volksverräther sollen in Gewahrsam gebracht werden.

Die Behörden, wie die Bürger, sind für den Vollzug dieses Befehls verantwortlich bei Gefahr von Leib und Leben, mit Androhung des Standrechtes.

Im Namen der provisorischen Regierung:
Die Commissäre:

Deutsche Republik!

Der Ueberbringer dieses, Bürger hat die Vollmacht, die Mannschaft von zum Zuzug nach zu veranlassen und alle hiezu erforderlichen Mittel anzuwenden. Widerspenstige werden **standrechtlich** behandelt.

Im Namen der provisorischen Regierung
Deutschlands.

Hauptquartier
den ten

entfloh. Wie in Lörrach wurden auch in Müllheim und Kandern alle öffentlichen Kassen geleert und die durch ihre „fürstliche Gesinnung" verdächtigen Privatleute ausgeplündert. So wurde die Familie Blankenhorn in Müllheim dieser „Gesinnung" halber um 1000 Gulden gebrandschatzt; andere um entsprechende Summen deshalb, weil sie ihre Söhne nicht zum Aufgebot stellten. Man scheute sich sogar nicht, die Juden in Sulzburg zu einer Loskaufsumme von 966 Gulden zu zwingen. Ja, eine Freischärlerbande nahm (wie in den Prozeßakten festgestellt ist), auf der Landstraße nach Kandern einem Handwerksburschen seine ganze Barschaft im Betrage von 13 Gulden 30 Kreuzern ab! Struve hatte eben verlaufene Abenteurer aus aller Herren Länder zu dem ruchlosen Einbruch herangezogen, welche die ganze Sache als einen Raubzug gegen die gebildeten und wohlhabenden Kreise der Bevölkerung behandelten. Aber weder Struve noch seine Hauptleute, der aus eigener Ernennung zum „General" erhobene verkommene Preßknabe Löwenfels, noch F. Neff, ein viertelsgebildeter Bauerbursche aus Rümingen, thaten diesen Greueln irgend welchen Einhalt. Im Gegenteil zogen Löwenfels und Neff nach dem Mißlingen des Putsches die letzten Schleier von dem Antlitze der Freiheitsgöttin, die sie verehrten und den Deutschen aufdrängen wollten.

Löwenfels schrieb (a. a. O.): „Erst wenn die Guillotine die Verräter geschreckt und die Gleichgültigen aufgerüttelt haben wird, wenn die das Leben stündlich umschwebende Gefahr die Sorge um niederen Besitz verscheucht haben wird, dann erst wird, wie nach einem alle bösen Dünste verzehrenden Gewitter, die reine Luft der Demokratie auf Erden wehen können". Und F. Neff schrieb: „Nur durch Schrecken und Ströme Bluts kann nach diesen Vorgängen (?!) die Republik gegründet werden. Wer aber diesen Weg des Schreckens will, der darf sein Leben nicht höher achten als einen Pfifferling und das Leben der Feinde nicht höher als Gras. Er muß sich als eine Kraft betrachten, die ohne Herz und Gefühl und ohne eigenes Leben (!) nur zum Wohle von Tausenden Einzelne zermalmt wie ein Mühlstein die Weizenkörner".

Glücklicherweise sollte diesem terroristischen Wahnsinn keine Zeit zur Entwickelung gelassen werden. Die Führer selbst sollten schon im Laufe weniger Tage erkennen, daß es viel leichter sei, Kassen zu plündern und Wehrlose zu verhaften, als ein Revolutionsheer auf die Beine zu bringen und vollends vor den „Feind" zu führen. Denn die zu solchen Räuberstreichen brauchbaren verdorbenen Subjekte gaben schlechte Kriegshelden ab, und das badische Volk des Oberrheingaus bewies in seiner großen Mehrheit den tapferen Mut, auch der Schreckensherrschaft dieser Volksbeglücker „ohne Herz, Gefühl und eigenes Leben" zu trotzen. Vergebens verkündete das republikanische Regierungsblatt „im Namen des deutschen Volkes (!)" das allgemeine Aufgebot aller waffenfähigen Mannschaft von 18—40 Jahren; vergebens drohte es den Säumigen mit Standrecht und „Volksgericht". Der Zuzug war gering und auf die zwangsweise Eingereihten kein Verlaß. Die revolutionären Bürgerwehrmänner von Lörrach, die also doch freiwillig mitgezogen, versagten schon in Kandern den Gehorsam.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Daß man am 22. September nach Kandern, und dann nach Schliengen und Müllheim in dem unbesetzten offenen Lande vorrückte, hatte gar keine Bedeutung. Aber der Geschichtsschreiber dieses Feldzuges, der „General" Löwenfels — den Frau Herwegh in ihrem Schriftchen (s. o. S. 227) sogar „Herrn von Löwenfels" betitelt — enthüllt mit unglaublicher Naivetät, wie sauer ihm selbst dieser kleine Marsch geworden sei, wie er einen großen strategischen Plan nach dem andern habe aufgeben müssen, weil bald die Lörracher, bald die Ehringer u. s. w. sich einfach weigerten, weiter zu ziehen. Langsam wälzte sich also das „Heer" von Müllheim Staufen zu, dem reizenden burggekrönten Städtchen am Flusse Neumagen, das der königliche Scheitel des Belchen überragt. Nachdem zwischen Müllheim und Staufen noch in jedem einzelnen Dorfe versucht worden war, die Leute zum Zuzug zu zwingen, die Kassen geleert und die Verdächtigen abgesetzt oder eingesperrt worden waren, rückten diese sogenannten Kämpfer für die Republik am 24. September vormittags 10½ Uhr in Staufen ein. Hier sollten sie Gelegenheit finden, ihren Heldenmut zu erproben.

Denn inzwischen hatte die Regierung Badens eilig Truppen entboten, auch die Centralgewalt solche in Baden einrücken lassen. Ahnungslos überließen sich in Staufen die Freischärler dem Hochgenuß, „die reine Luft der Demokratie" zu atmen. Am Rathause hatte sich die Bevölkerung versammelt; Struve und Karl Blind sprachen zu ihr, während einige andere das übliche Tagewerk der Kassenplünderung vollzogen. Da erscholl plötzlich der Ruf: „Die Soldaten kommen!" Panischer Schrecken ergriff die Masse. Dieselben Volkshaufen, die eben erst die Republik hatten leben lassen, zerstoben jetzt, wie Löwenfels sagt: „ähnlich den Tieren des Feldes, die beim Herannahen eines Gewitters zitternd ihre Schlupfwinkel suchen". Der Schrecken war um so größer, als wenige Minuten zuvor ein Bote die erlogene Nachricht gebracht hatte, die Truppen seien zum Volk übergegangen, und das Amtsblatt der revolutionären Regierung ganz dreist verkündet hatte: in Karlsruhe sei ein Aufstand ausgebrochen und der Großherzog geflohen. Was diese Volksbeglücker überhaupt zusammenlogen, erhellt in ergötzlicher Weise auch aus einem Worte der Frau Struve — die natürlich dabei sein mußte. Denn als ein Mädchen in Müllheim sie fragte, ob denn Hecker mit den 50 000 Franzosen schon nahe sei? erwiderte sie: „Nein, das ist nur verbreitet worden, um dem ‚Volk' mehr Zuversicht zum Erfolg einzuflößen". Nun schoß die Ernte aus dieser Lügensaat in die Höhe.

Die anrückenden badischen Truppen bestanden nur aus zwei Bataillonen Infanterie, einer Eskadron Dragoner und vier Geschützen, und wurden vom General Hoffmann befehligt, der im April schon bei Freiburg die Aufständischen zersprengt hatte. Seine ganze Schar betrug kaum 800 Mann. Sie war am Morgen von Freiburg abgerückt und zog nun gegen 1 Uhr in zwei Angriffskolonnen auf Staufen heran. Die Freischaren hatten in der Eile das Städtchen verbarrikadiert und die Brücke über den Neumagen abgeworfen. Sie waren den

Extrablatt zur Karlsruher Zeitung,

vom 26. September.

Das Gefecht bei Staufen.

Amtlicher Bericht des kommandirenden Generals Hoffmann.

Staufen, 24. September 1848.

Heute Morgen 6 Uhr sind Hr. General v. Gayling und ich mit den Bataillonen Ludwig und Walz, 4 Geschützen unter Hauptmann Lichtenauer, und der Schwadron des Rittmeisters v. Freydorff aufgebrochen und nach Krotzingen marschirt, wo mir die Nachricht zukam, daß in Heitersheim die Freischaaren unter Struve sich befänden.

Die Ankunft der Truppen hat, wie es scheint, eine Aenderung veranlaßt; denn als ich bis 1/2 Stunde von Heitersheim gekommen war, bemerkte ich den eiligen Abzug großer Züge aus Heitersheim gegen Wettelbrunn und Staufen.

Eine halbe Stunde diesseits Staufen ließ ich deßhalb die Vorhut links abwenden und die Truppen diesseits des Schlosses von Heitersheim aufmarschieren, da aus diesem mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Eine Kompagnie griff das Schloß an, das von den wenigen Freischaaren alsbald verlassen wurde, die sich gegen Sulzburg zogen.

Mit der Hauptkolonne wendete ich mich nunmehr gegen Wettelbrunn und ließ von da die Truppen in 2 Kolonnen gegen Staufen vorgehen, woselbst die Freischaaren unter Struve (wie man sagte, mehrere tausend Mann) sich festgesetzt hatten.

Die rechte Flügelkolonne, Bataillon Ludwig, die Scharfschützen des 1. Regiments, die beiden Haubitzen, und die Dragonerschwadron, führte ich von Wettelbrunn über Grunern nach dem obern Eingang von Staufen, während General von Gayling mit dem Bataillon Walz und den beiden Sechspfündern nach dem untern Eingange bei Kirchhofen sich dirigirte.

Die Kompagnie Laroche stellte die Verbindung zwischen beiden Kolonnen her, und schloß sich beim Sturm der Kolonne des Generals v. Gayling an.

Die Häuser und Gärten der ganzen Umfassung waren mit Büchsenschützen besetzt, die bei der Annäherung der Truppen unverzüglich das Feuer eröffneten. Unsere Scharfschützen und Plänkler rückten darauf an die Umfassung vor. Alle Eingänge waren verbarrikadirt. Ich ließ daher einige Granatschüsse auf diese richten, und da dieselben ohne besondern Erfolg waren, führte ich eine Sturmkolonne von 2 Kompagnien des Leib-Infanterieregiments gegen diesen Eingang, nahm die erste Barrikade, durchwatete den Neumagen, da die Brücke abgetragen und verbarrikadirt war, und drang in die Hauptstraße ein, woselbst wir von einem sehr heftigen Feuer von den beiden Seiten und besonders dem nahen, mit Front gegen die Brücke stehenden Rathhaus empfangen wurden. Ueber eine Viertelstunde dauerte hier der Kampf, da noch 2 weitere Barrikaden zu nehmen waren, durch nachgeführte Unterstützung des Bataillons Ludwig genährt.

General v. Gayling hatte gleichfalls die Schützen, rechts unter Hauptmann Laroche, links unter Hauptmann Hoffmann vorgehen lassen, die sich an dem Saum der Gärten und Häuser festzusetzen suchten, welche die Büchsenschützen der Freischaaren vertheidigten. Doch auch hier ließ General v. Gayling sofort die Artillerie gegen die besetzten Häuser vorgehen, und rückte mit der Kolonne nach dem Eingange vor, etwa in der Zeit, als meine Sturmkolonne des rechten Flügels in der Straße von der Brücke gegen das Rathhaus vorging. In dem Eingang angelangt, fand General v. Gayling auch dort eine Barrikade, die genommen, geräumt, und darauf gegen die Brücke vorgerückt wurde, wo ich bereits die beiden Haubitzen hatte auffahren lassen.

In der Stadt hatte ich indessen eine das Vorgehen auf den Marktplatz hemmende Barrikade und sofort das Rathhaus genommen, und mit Truppen theilweise besetzt. Abtheilungen des Bataillons Walz waren herbeigekommen, die sich nach dem oberen Stadttheil bei der Kirche, dem Hospital, und den Ausgängen gegen dem Walde wendeten, während ich nach dem Ausgang gegen den Staufenberg vorrückte und die Freischaaren vertrieb.

Von der Seite des Münsterthals hatte sich nun wieder eine Kolonne Freischärler gegen Staufen in Marsch gesetzt; General v. Gayling ließ daher eine Kompagnie des Leib-Infanterieregiments dahin vorrücken und durch die beiden Haubitzen einige Granat- und Kartätschschüsse gegen sie richten, worauf die Freischaaren sich wieder zurückzogen.

Im Innern der Stadt hatte der Kampf um den Besitz der einzelnen Häuser, aus welchen immer noch gefeuert wurde, fortgedauert, und leider sind hiebei auch zwei Einwohner erschossen worden. Ein Haus gerieth in Brand.

Mittags 1 Uhr hatte das Feuer begonnen; um 3 Uhr war ich im völligen Besitze von Staufen und hatte hierbei einen außerordentlich geringen Verlust, da nur ein Scharfschütze todt, vier Unteroffiziere und Soldaten schwer, und vier leichter verwundet sind.

Von den Freischaaren wurden allein in den Straßen der Stadt 11 Todte aufgefunden, 60 Gefangene gemacht, 8 Pferde und eine ziemlich bedeutende Kasse erbeutet.

Die Kanzlei Struve's mit sehr interessanten Papieren wurde bei der Eile des Abzugs gleichfalls zurückgelassen, die ich dem Untersuchungsgericht in Freiburg nebst den Gefangenen übergeben werde.

Das Benehmen der sämmtlichen Truppen, welche alle zum ersten Mal ein Gefecht bestanden, war in jeder Beziehung sehr lobenswerth, und ich freue mich, ihnen dieses Lob ertheilen zu können. Einzelne, die sich besonders ausgezeichnet, werde ich nachträglich zur Kenntniß zu bringen nicht verfehlen. Von den Offizieren kann ich keinen besonders bezeichnen, da sie sämmtlich durch Muth und gute Führung ihrer Stellung sich würdig gezeigt haben.

Die Reiterei kam leider nicht zum Handeln, da der durchschnittene Boden und die Weinberge und Höhen Dies nicht gestatteten; sie war aber vielfach dem nahen Büchsenfeuer ausgesetzt.

Der Reichstags-Abgeordnete Graf Keller ist heute Abend 5 Uhr als Reichskommissär hier eingetroffen, und wird morgen nach Freiburg zurückkehren.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Truppen an Zahl gleich und schossen aus Fenstern und Kellerläden. Die Soldaten drangen aber unter Gewehr- und Kartätschenfeuer immer weiter vor, Hoffmann selbst an der Spitze der Sturmkolonne, und in zwei Stunden war das Städtchen besetzt, die ganze republikanische Schar aufgelöst. Der Verlust der Truppen war äußerst gering.

Während des Kampfes war Struve auf dem kugelsicheren Rathause verblieben. Als die Truppen sich am Eingang des Städtchens zeigten, hielten nur wenige noch zum Gefecht Stand; die meisten eilten in wilder Flucht rückwärts und suchten in den Häusern und Gassen Schutz. „Wollt Ihr stehen bleiben! Haltet, Ihr Viehvolk!" schrie Struve vom Rathaus hinab. Als das fruchtlos blieb, eilte er mit gezogenem Säbel auf die Straße und schrie den

Diese Nachteule ist von hochrother Farbe, kommt aus Pensylvanien, eigentlich aber aus Rußland u. schreit immer Blut! Blut! Sie frißt kein Fleisch u. keine Eier, wird mit Basler Brei gefüllert u. geht auf Raub aus, die sie in der Schweiz verzehrt. Sie ist bis jetzt noch nicht geschossen worden, weil sie bei Zeiten das Weite sucht.

Nun dieses Täubchen, obgleich ganz andrer Natur, hat sich mit dieser Eule gepaart, jedoch haben sie noch keine Jungen gehabt. Es scheint eine große Anhänglichkeit an dieselbe zu haben, hat aber auch zuweilen andere Gesellschaft. Sie liebt junges rothes Blut, frißt auch kein Fleisch u. keine Eier u. ist eigentlich keine Taube, wenns darauf ankömt.

Karikatur auf Struve und Frau.
Aus: „Naturgeschichtliche Studien aus dem Pfalz-Badischen Revolutionsjahr 1849."

Flüchtlingen entgegen: „Zurück, Ihr Hunde! Dorthin geht und schießt!" Doch alles das war vergeblich. Der republikanische Beherrscher Deutschlands mußte froh sein, daß er in Gesellschaft seiner Gemahlin, seines Schwagers Karl Blind, und unter Zurücklassung seiner Papiere und eines Teils seines Gepäcks, doch immerhin noch mit 16700 Gulden geraubter Kassengelder, einen Dreispänner besteigen konnte, der ihn aus dem verlorenen Städtchen hinausbrachte. Sie schlugen den Weg über das Gebirge (das obere Münsterthal, St. Trudbert, Wieden) nach Todtnau und Schönau ein, verschafften sich auf dem Wege Bauernkleider und hofften so nach der Schweiz zu entkommen. Schon in Todtnau ver-

sperrten ihnen aber zersprengte Freischärler den Weg, die den Zug gezwungen mitgemacht und über den Anblick Struves in dem üppigen Dreispänner erbittert waren, auch nicht mit Unrecht Geld im Wagen vermuteten. Nur mit Hilfe der Lüge, es gelte neue Mannschaft und Munition herbeizuholen, vermochten die Flüchtigen bei Tagesanbruch zu entkommen. Sie schlugen nun den Weg nach Schopfheim ein, umgingen aber diesen feindlichen Ort, eilten dem Rhein zu und erreichten am Morgen des 25. September, das am Eingang zu dem malerischen Wehrathal und nur noch eine Stunde vom Rhein entfernt gelegene Städtchen Wehr. Inzwischen aber war die Kunde schon verbreitet, Struve werde wohl nach Wehr entfliehen, und die Schopfheimer Mannschaft, die durch Bedrohung mit dem Standrecht zur Teilnahme an dem traurigen Putsch gezwungen worden war, beschloß, dem flüchtigen Diktator aufzulauern. Ein Kettenschmied Namens Gebhard führte den Streifzug an, der Struve auch erspähte und nach hitziger Verfolgung in Wehr festnahm. Die Vermummung half Struve so wenig, als das Flehen seiner Frau und die Drohungen anderer, daß ein starker Zuzug nahe, um Struve zu befreien. Die Verfolger hielten ihre Gefangenen fest, bis die Schopfheimer Bürgerwehr ankam, sie verhaftete und an den Amtmann von Säckingen ablieferte. Es war derselbe, der Struve im April hatte entwischen lassen. Diesmal war er vorsichtiger. Er schaffte seine Gefangenen durch das Wiesenthal — wo Struve von der wütenden Volksmasse fast in Stücke zerrissen wurde — nach Schliengen, von wo eine starke Eskorte Scharfschützen die Gefangenen über Müllheim nach Freiburg brachte. Laut äußerte sich der Unmut des Volkes darüber, daß das Kriegsgericht in Freiburg sich unzuständig über Struve erklärte und ihn an das Schwurgericht verwies, weil das Standrecht von der Regierung leider erst nach seiner Gefangennehmung verkündet worden sei.

„Heckers Aprilaufstand", urteilt Häusser zusammenfassend, „so dürftig er ausging, schien wie ein heroisches Unternehmen im Vergleich mit dieser nichtswürdigen Razzia. Heckers Unternehmen hatte, so jugendlich und studentenhaft es auch angelegt war, doch noch einen abenteuerlichen und fast romantischen Reiz gehabt. Der Septemberaufstand hatte in den vier Tagen, die er dauerte, nichts als brutale Gewalt, Terrorismus und geistige Unfähigkeit zu Tage gebracht. Mit Hecker konnte ein Schwärmer ohne politisches Urteil zur Not noch sympathisieren; der Raubzug der Struve, Blind, Neff dagegen erregte selbst bei Gleichgesinnten, deren sittliche Begriffe nicht vollständig verwirrt waren, tiefen Ekel und Verachtung. Das war die Stimmung der unendlichen Mehrzahl im Volke; sie verdammte laut und entschieden einen Versuch, der auch nicht ein entschuldigendes Moment hatte."

Ein Unzufriedener. Karikatur aus dem Jahre 1848.

Fünfter Abschnitt.

Das deutsche Verfassungswerk und der Umschwung in Österreich (Wiener Oktoberrevolution).

Am Tage nach dem Frankfurter Septemberaufstand, am 19. September 1848, genau fünf Monate nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung, begann diese die Beratung des deutschen Verfassungswerkes. Dieses war vom Verfassungsausschusse des Parlaments ausgearbeitet und zerfiel in sieben Abschnitte: das Reich (nach Umfang und Bestandteilen), die Reichsgewalt (deren Rechte, Pflichten und Organe), der Reichstag, das Reichsoberhaupt, das Reichsgericht, die Grundrechte und die Gewähr der Verfassung, endlich das Wahlgesetz für den Reichstag.

Zunächst begann das Parlament mit der Beratung der ersten beiden Abschnitte, die vom „Deutschen Reiche" und der „Reichsgewalt" handelten und in der That sachlich zusammengehörten. Denn der erste Abschnitt zählte die zu dem künftigen „Deutschen Reiche" gehörigen Länder auf. Es war „das Gebiet des Deutschen Bundes, unter Vorbehalt der Verhältnisse Schleswigs". Zu dem Deutschen Bunde hatte aber auch Österreich gehört. Indem also das Verfassungswerk der Paulskirche die Grenzen des „Deutschen Bundes" für das „Deutsche Reich" beibehielt, rechnete es auch Österreich dazu, zwang es also nicht zum Ausscheiden, legte ihm aber selbstverständlich auch dieselben Pflichten gegen das Reich auf, wie allen anderen Einzelstaaten oder Bundesgliedern des Reiches. Der zweite Abschnitt des Verfassungsentwurfes, der von der „Reichsgewalt" handelte, sprach das mit größter Schärfe aus. Denn da hieß es: hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte Verfassung, Regierung und Verwaltung haben; dort können nur deutsche Staatsbürger Beamte werden, und die Reichsverfassung und Reichsgesetze haben dieselbe verbindliche Kraft wie in den übrigen deutschen Ländern. Dieser Abschnitt zielte natürlich hauptsächlich auf Österreich; denn die beiden anderen Fälle, wo deutsche Länder mit außerdeutschen verbunden waren: die Elbherzogtümer mit Dänemark, Luxemburg mit Holland, waren vergleichsweise von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Frage, wie das künftige deutsche Reich sein Verhältnis zu Österreich ordnen werde.

Damit war aber die österreichische Frage, d. h. die Stellung Österreichs in oder neben Deutschland, gleich am Anfang der Verfassungsberatung in vollem Umfang aufgerollt und ohne jede Minderung der Schwierigkeiten, die sich schon dem Vorparlament und Fünfzigerausschuß, auch dem Parlament selbst von Anfang an, bei deren Lösung entgegengestellt hatten. Wir wissen, daß

die Paulskirche, vornehmlich um diesen Schwierigkeiten einstweilen auszuweichen, die Monate lang dauernde Beratung der Grundrechte vorweg genommen hatte. Jetzt, da die Zeit nicht das Geringste von diesen Schwierigkeiten abgetragen hatte, war auf Betreiben von Dahlmann und Droysen im Verfassungsausschuß die alles beherrschende Frage gleich an den Anfang der Verfassungsberatungen gestellt worden. Ganz klar war durch den zweiten Abschnitt des Verfassungsentwurfes ausgesprochen, um was es sich für Österreich handelte. Nahm Österreich diese Verfassung an, so mußte es den alten österreichischen Einheitsstaat zerreißen, Cis- und Transleithanien für immer nur durch Personalunion mit dem Herrscherhause verbinden, mußte sich dagegen zur unbedingten Ausführung aller deutschen Reichsgesetze in den deutschen Kronländern verpflichten. Wollte es dazu sich nicht bequemen, so mußte es aus dem deutschen Reiche ausscheiden. Um das Wiener Kabinett zur bestimmten Erklärung seiner Absichten zu nötigen, hatte der Ausschuß die Frage und die Wahl in schneidender Klarheit gestellt.

Die Forderung selbst, die hier an Österreich gestellt wurde, war so einfach und die Antwort so zweifellos, daß jede für Österreich günstigere Lösung der Frage bei der Beratung im Parlament mit dem treffenden Gleichnis zurückgewiesen wurde: wenn Österreich etwa verlange, die Reichsgesetze in seinen deutschen Kronländern nach Belieben gar nicht oder mit Abänderungen bekannt zu machen, so sei das ebenso undenkbar, als daß das Glied eines Körpers zugleich das Glied eines anderen sei, also etwa der Arm, der von dem einen Körper die Bewegung erhalte, zugleich den Bewegungen eines anderen Körpers folgen könne. Diese Logik war so zwingend, daß eine große Mehrheit, nach kurzer Verhandlung den zweiten Paragraphen des ersten Abschnittes des Verfassungsentwurfes annahm. Selbst von den Österreichern stimmten alle Liberalen und nicht von ihrer Regierung Abhängigen dafür; auch die Linke, die hoffte, durch diesen Beschluß das alte Österreich zum Zerfall zu bringen, und dann das freigesinnte Deutschösterreich als wertvolles Glied des freien Deutschland zu gewinnen.

Auch die Verhältnisse des neuen Österreich seit dem März 1848, die anscheinend vollendete Halt- und Planlosigkeit seiner Regierung, rechtfertigten diesen Beschluß. Wir hörten früher einmal (o. S. 275) den Vertrautesten der Vertrauten des Kaisers, Herrn von Schmerling, sagen: er wisse nicht, wer und wo seine Regierung sei. So stand es in der That in Österreich schon seit dem Monat März. Wir sahen, daß der kaiserliche Hof vor der wachsenden Anarchie aus Wien nach Innsbruck hatte flüchten müssen. Doch kehrte er nach den glänzenden Siegen Radetzkys in Italien und der raschen Niederwerfung des großen tschechischen Aufruhrs in Prag durch den Fürsten Windischgrätz wieder nach Wien zurück. Denn jene Siege waren mittelbar auch gegen die revolutionären Geister der Hauptstadt erfochten worden. Die Hofburg hatte die Erfahrung gemacht, daß sie sich in jeder Gefahr mit vollem Vertrauen auf die Bajonette ihres tapferen Heeres stützen könne; und sofort beschlossen die Ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

trauten des schwachsinnigen Kaisers, diese angenehme Erfahrung in Thaten umzusetzen, d. h. sowohl den freiheitlichen als nationalen Bestrebungen der österreichischen Völker — und den „Anmaßungen" des Frankfurter Parlamentes mit neugewonnener Kraft entgegenzutreten.

Die Ungarn sollten zuerst den Rückschlag dieses Umschwunges der Stimmung in den leitenden Kreisen Österreichs empfinden. Ihnen hatte der Kaiser, wie bereits berichtet wurde, ein eigenes verantwortliches Ministerium gewährt, auch einen mit allen Herrscherbefugnissen ausgestatteten „Palatin" (Vizekönig) in der Person des jungen Erzherzogs Stephan. Die Gemäßigten hätten sich mit diesen Zugeständnissen gern begnügt. Aber Ludwig Kossuths feurige Beredsamkeit setzte im ungarischen Reichstage weitere Forderungen durch: ein selbständiges ungarisches Heer, daher auch Entlassung aller ungarischen Soldaten aus der österreichischen Armee; ein eigenes ungarisches Staatsfinanzsystem, mit eigenen Banknoten u. s. w. Diese Forderungen wurden von einer Pesther Abordnung dem Kaiser noch in Innsbruck unterbreitet.

Der Hofburg waren aber damals schon Mut und Kraft von neuem gewachsen. Nicht bloß die neuen ungarischen Forderungen wurden abgewiesen, auch die früheren Zugeständnisse geschmälert, die Selbständigkeit des Palatins und ungarischen Ministeriums beschränkt und in einer Denkschrift den Ungarn bestimmt erklärt, daß die Staatseinheit Österreichs unbedingt aufrecht erhalten werden müsse. Damit war freilich der offene Kampf mit Ungarn herausgefordert. Aber die Hofburg bereitete diesen Kampf klug vor, indem sie den bisherigen kaiserlichen Oberst Baron Jellachich, einen heißblütigen jungen und thatkräftigen Kroaten, zum Banus von Kroatien ernannte, dessen Bevölkerung gegen die rechtlose ungarische Unterdrückung in wilder Gärung sich befand. Jellachich wurde von der österreichischen Regierung in seinem Streben ermuntert, Kroatien in bewaffneten Verteidigungszustand gegen Ungarn zu versetzen; und als die Ungarn von der Hofburg verlangten, Jellachich solle angewiesen werden, den Befehlen des ungarischen Ministeriums unbedingten Gehorsam zu leisten, wies sie auch dieses Verlangen ab. Nachdem dann auch der Palatin den vergeblichen Versuch gemacht hatte, den Banus zu einer Unterredung zu laden, um den Konflikt zu schlichten, sagte sich der Erzherzog von der ungarischen Sache los, verließ heimlich das Land und legte in Wien sein Amt in die Hände des Kaisers zurück.

Mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet, wurde nun der als mild und gemäßigt bekannte General Lamberg nach Pesth entsandt. Er sollte den Oberbefehl über die ungarischen und kroatischen Regimenter zugleich übernehmen. Dadurch hoffte die Hofburg den brennendsten Streit mit Ungarn befriedigend beizulegen. Als Lamberg aber auf dem Wege zwischen Pesth und Ofen sich befand, um seine Vollmachten von der in Ofen weilenden ungarischen Regierung beglaubigen zu lassen, wurde sein Wagen auf der großen Kettenbrücke von einem Volkshaufen angehalten, er selbst herausgerissen und ermordet. Damit war

natürlich jede Verständigung unmöglich gemacht. Sofort begann der blutige Bürgerkrieg zwischen Ungarn und Kroaten, und am 3. Oktober nahm die Regierung in denkbar schärfster Weise Partei gegen Ungarn, indem sie Jellachich zum Oberbefehlshaber aller Truppen in Ungarn und zum Statthalter des Königs ernannte, zugleich aber die Auflösung des ungarischen Reichstags und die Vernichtung aller seiner Beschlüsse verfügte. Auch schickte sich die Regierung an, dem Banus Truppen zuzuführen. Am 6. Oktober sollte ein Teil der Wiener Besatzung mit der Bahn zu ihm abgehen. Das führte jedoch zu folgenschweren Ereignissen. Denn die demokratischen Kreise und Massen Wiens hatten es natürlich immer mit den freiheitglühenden Ungarn gehalten, und Scharen von Arbeitern und gesinnungstüchtigen Nationalgardisten strömten daher am 6. Oktober zum Bahnhof und suchten den Abgang der Truppen zu hindern. General Bredy, der die Befehle seines Kaisers durchzuführen suchte, ward ermordet. Die Soldaten wurden vom Volk in die Mitte genommen und marschierten gelassen in die Stadt zurück. Dieser Erfolg ermunterte die Volksmassen zu neuer Gewaltthat. Sie erstürmten das Gebäude, in dem soeben der Ministerrat versammelt war. Alle Minister retteten sich durch eilige Flucht; nur der unerschrockene greise Kriegsminister Latour blieb auf seinem Posten. Aus der Mitte der Offiziere und Beamten, die ihn zu decken suchten, wurde er vom Pöbel herausgerissen, in grausamster Weise mißhandelt, durch vierzig Wunden zerfleischt und dann an einer Laterne vor dem Gebäude aufgehängt. Diesen Greuelthaten folgte dann endlich noch die Erstürmung des Zeughauses, aus dem alle Waffen entnommen wurden.

So wenig diese Auftritte entschuldbar sind, so schuldvoll war doch auch die Hofburg an diesem Ausbruch der Volkswut. Denn mit derselben Doppelzüngigkeit, mit der sie dem Banus Jellachich am 4. September noch den öffentlichen Befehl erteilt hatte, „für die Aufrechterhaltung der Integrität Ungarns zu wirken", während sie ihn insgeheim zu bewaffnetem Widerstand gegen Ungarn ermunterte, mit derselben Doppelzüngigkeit versicherte sie auch dem in Wien versammelten Reichstag ihrer ehrlichsten konstitutionellen Absichten, während sie insgeheim schon nichts anderes plante, als die Vernichtung aller seit dem März dem Volke verliehenen Freiheiten. Das ward vollends deutlich, als der Hof in der Nacht des 6. Oktober aus Schönbrunn heimlich nach Olmütz in Mähren entfloh und in einem Manifest „an die Völker Österreichs" diese mahnte „sich um ihren Kaiser zu scharen und mit ihm vereint die Anarchie in Wien zu bekämpfen"; nicht minder, da alsbald der General Graf Auersperg alle Truppen aus Wien hinausführte und mit denen des in der Nähe Wiens stehenden Banus Jellachich vereinte; vollends aber als ruchbar wurde, daß der rücksichtsloseste Volks- und Freiheitsfeind, Fürst Windischgrätz, der blutige Bezwinger Prags, sich angeblich mit außerordentlichen kaiserlichen Vollmachten versehen, am 11. Oktober von Prag aus nach Wien in Bewegung gesetzt habe, an der Spitze von 90000 Mann erprobter Truppen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die sogenannte „Anarchie in Wien" hatte übrigens, dank der fortdauernden Doppelzüngigkeit der Hofburg, doch einen wunderlich amtlichen Anstrich. Denn der Reichstag in Wien wurde nicht etwa aufgelöst, sondern ruhig beisammen gelassen. Er durfte sich aber — trotz des Austrittes der Tschechen — mit vollem Recht als die alleinige verfassungsmäßige Vertretung Österreichs betrachten; und er wie alles Volk wurden in dieser Überzeugung bestärkt, da die vom Reichstag an den Kaiser entsandten Abordnungen, die eine Vermittelung versuchten, ebenso freundlich empfangen wurden, wie die zum gleichen Zwecke nach Frankfurt an den Reichsverweser gesandte Abordnung. Wir erinnern uns dabei

„Was haben Sie hier hartes und langes stecken?"
„Nichts! — Das ist ja mein Zahnstocher."
„Her damit! Alles, was spitzig ist, muß abgeliefert werden!"
Karikatur auf General von Peucker und Minister von Schmerling bezüglich der Entwaffnung nach dem Frankfurter Septemberaufstand.

noch einmal des Wortes von Anton Springer (s. o. S. 156): „daß in den Märztagen das alte Österreich vollständig, mit Recht und für immer zu Grunde ging, alle Machthaber seit 1848 ohne Unterschied auf die Revolution als ihre Basis fußen, darüber herrscht kein Zwiespalt der Meinungen". Der Reichstag war also zur Zeit wirklich die einzige verfassungsmäßige Vertretung Österreichs, und der Versuch der Hofburg, mit bewaffneter Hand Verfassung und Volksrechte

umzustoßen, war die Revolution oder „Anarchie" von oben, ein rechtloser Staatsstreich. Die dem Fürsten Windischgrätz angeblich oder wirklich — Anton Springer glaubt nicht einmal daran — erteilten Vollmachten waren schon deshalb nichtig, weil sie der Gegenzeichnung der Minister entbehrten. Deshalb erließ der Reichstag auch vollkommen begründete Verwahrungen gegen die dem Fürsten Windischgrätz angeblich erteilten außerordentlichen Vollmachten, gegen sein bewaffnetes Anrücken, und setzte zur Verteidigung Wiens und der Beratungsfreiheit des Reichstags einen besonderen „Sicherheitsausschuß" ein.

Auf diese rechtmäßigen Reichstagsbeschlüsse gestützt, hielt der Wiener Gemeinderat — gleichfalls eine durchaus gesetzliche Behörde — seinerseits wieder sich sowohl berechtigt wie verpflichtet, nach Kräften die Stadt Wien gegen das anrückende Heer des fürstlichen Diktators in Verteidigungszustand zu setzen. Er rief deshalb eine von ihm besoldete „National"- oder „Mobilgarde" unter die Waffen und setzte sogar den Familien der in den Unruhen vom 6. Oktober gefallenen „Freiheitshelden" Pensionen aus. Auch ernannte er den früheren kaiserlichen Lieutenant Wenzel Messenhauser zum Stadtkommandanten.

Am meisten aber mußte die Überzeugung, daß Wien völlig gesetzmäßig für die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Volkes kämpfe, bestärkt werden durch das Verbleiben des kaiserlichen Finanz-Ministers Kraus in Wien, der nun auch die Leitung aller andern Departements in seiner Hand vereinigte. Dieselbe Überzeugung bekundete übrigens auch das Verbleiben der gesamten diplomatischen Vertretung in Wien — denn nach allem Völkerrecht offenbarte sich darin das untrüglichste Kennzeichen, daß das gesamte Ausland die rechtmäßige österreichische Regierung nicht in Olmütz, sondern in Wien zu finden meinte. Und noch mehr als des Ministers Kraus Verbleiben in Wien mußte sein Verhalten daselbst vollends zweifellos machen, daß die „Anarchie" nicht in Wien, sondern in Olmütz und im Feldlager des Fürsten Windischgrätz zu suchen sei. Denn Kraus verhandelte täglich amtlich mit dem Reichstag, genehmigte auch die Beschlüsse des Gemeinderates, ja erhöhte sogar die Besoldung der Mobilgarden aus Staatsmitteln, ohne daß ihn der Kaiser tadelte oder gar absetzte. Später erst ward klar, daß er alles das im geheimen Einverständnis mit der Hofburg that, um die in Wien befindlichen Kassen der Bank und des Staates nicht zur guten Beute der Massen werden zu lassen. Dem ganzen Volke aber war nicht zu verargen, daß es hiernach annahm, der Kampf der Kaiserstadt Wien sei echte rechtmäßige Notwehr gegen den ungesetzlichen Angriff eines eigenmächtigen reaktionären Generals. Auch das Frankfurter Parlament und die deutsche Centralgewalt — unter der Leitung des österreichischen Erzherzogs Johann! — teilten diese Überzeugung, und die Centralgewalt entsandte daher den Abg. Welcker und den oldenburgischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Oberst von Mosle, zu Windischgrätz und nach Olmütz, um eine Vermittelung zu versuchen. Der Fürst, der in Fettschrift den

Die Dampfmühle an der Donau ist abgeb
Legionairs gerettet worden.

An Bewaffneten zählt Wien weit übe
gen; die Ungarn, 10,000 Mann regul. S
Lebensmitteln ist noch kein Mangel. Auf
räthe von Victualien enthalten, welche Be
auf alle im Privatbesitz befindlichen Vorräth
pen. Dieselben sind mißmüthig, zweifeln
wenn die Gelegenheit günstiger wäre. Die
Wien bleiben und seine Geschäfte unverzag

Nachrichten vom 29. melden, daß di
ganzen Tag wurde Wien bombardirt, nicht
Darstellung der Reisenden neigt sich der S
letzteren sind ungeheuer, Viele sind bereits
städte Erdberg, Landstraße und den Glogn
rückt, so daß seine Batterieen die ganze Jä
Windischgrätz besetzte Belvedere, den Schwa
Am 29. Morgens begann der Angriff auf
vielen Schaden anrichtete. Gleichzeitig stie
signal, daß die Ungarn, wie wohl vergeblic
das Innere der Stadt zurückgezogen. Am
eine Frist. Augenblicklich kamen zahlreiche
sprach von einem zu verhandelnden Waffen
aufgestanden. Die Verwirrung in Wien
Wien, mußte aber seinen Plan ändern,
Galizien aufgetreten, der mit 10,000 Gali
meistentheils slowakische Bevölkerung aufzu

Wenn wir einen ruhigen Blick werfe
vermengten Völkern und Stämmen mit ih
begonnenen Wegen keine friedliche Vereinig
Verwaltungszweigen hatten alles Maaß üb
der resp. Regenten überall nicht nach Recht
welche für die Großen arbeiten. Was die
Stellvertreter im Zaume zu halten und die
gebracht, liegt am Tage. Alle verkannten i
und menschlicher Vollmacht, um die Völker
dem Geringsten zu gewähren, sondern betra
und Ungnade zu üben und das Mark des
Armuth vergebens nach Hülfe und Unterst
und arbeitenden Einwohnerschaft an Steuer
die Staatsausgaben und Landesunkosten ei
völkerung — dem Militair und der Legion
thäter des Landes, die Ernährer des Ganz
Anführungen, daß nicht alle hohen Häupter
sind und dabei nicht nur sich selbst nützen,
schen die höchste Achtung verschaffen. Fri
der Fürst nur des Volkes willen da sei un
Allem zu genügen, denn ein Fürst ohne V

So wandte sich der 1809 von seinem

Neueste Nachrichten über Wien und Oesterreich.

Die Hauptstadt belagert, beschossen und bombardiert durch den von Kaiser Ferdinand bevollmächtigten Befehlshaber Fürsten von Windischgrätz, hält und vertheidigt sich brav. (Aus der Berl. Vossischen u. a. Zeitungen entnommen.)

Wer übrigens den Gang der kriegerischen und politischen Ereignisse im Oesterreichischen seit der zweiten Flucht des Kaisers aus seiner Burg beobachtet hat, kann schon jetzt den Sieg der Hauptstadt in Vereinigung mit den Völkern des ganzen österreichischen Kaiserstaat, einzelner blinder Widersprüche ungeachtet, als vollständig und unumstößlich betrachten. Wien kann fallen, aber seine Errungenschaften für die Freiheit und das Wohl der österreichischen Völkerschaften und deren Befreundeten stehen unerschütterlich fest; auch wir Preußen dürfen uns eines ähnlichen Sieges seiner Zeit erfreuen. Nehmen wir keinen Anstoß an der Langsamkeit der Bewegungen der Ungarn und der übrigen der bedrängten Hauptstadt zu Hülfe anrückender Völker, wir kennen ja die Art und Weise dieser Völker, ihre Treue und Festigkeit an dem, wofür sie sich opfern. Dazu erwäge man die unerschöpflichen Anstrengungen der reactionairen Partei mit ihren reichen Hülfsquellen, welche sie nicht schonen, ihrer Sache Anhang zu verschaffen im Gegensatze mit den unzähligen Nothbedrängten, die um ihr Leben zu fristen, jeder Partei dienen, und sollten sie sich in das schwerste Joch schmieden lassen. Die auf dem Wege nach Wien sich befindenden Rettungszüge liegen mitunter einander selbst in den Haaren, denn die inneren Verwirrungen unter diesen Völkern sind grenzenlos. Dagegen wogt seit mehreren Wochen im Innern Wiens und in den Vorstädten eine bewaffnete Volksmacht, welche sich nach und nach bis auf 80,000 Mann gesteigert hat, kampfbegierige Männer, und im Umkreise lagern in drohender Haltung aus allen Völkerstämmen des Kaiserstaates zahlreiche Heere, wie z. B. Ruthenen, Massuren, Nußniaken und Galizier. In größeren Massen zeigen sich weiter entfernt die Ungarn, Kroaten, Gränzer 2c. und es hält schwer zu bestimmen, zu welcher Partei sie sich, wenn es gilt, theilweise neigen werden. Die größeren Massen dienen entschieden der Sache der nationalen Freiheit, und selbst den blinden Anhängern der alten Zwangsherrschaft in allen Länderdistrikten scheinen jetzt die Schuppen von ihren Augen gefallen zu sein, sie schwärmen und bewaffnen sich für die Sache der Wiener, die sie als die ihrige nunmehr ansehen.

Auf des Fürsten von Windischgrätz erster Drohung an die Wiener am 23. Oktbr.: „er würde, wenn bis um 2 Uhr sie die Waffen nicht an ihn abgeliefert hätten, die Stadt bombardiren," erhielt er zur Antwort: „Bei dem ersten Kanonenschuß würden sie den General Recsey aufhängen und die Burg in die Luft sprengen." Der Fürst hatte sein Hauptquartier nach dem Schlosse Schönbrunn verlegt. Nach zweimal 24stündiger Frist der Bedenkzeit sollte die Einschließung der Stadt erfolgen. Der erste Ausfall der Wiener fand an der Nußdorfer Linie statt, der zweite ebendaselbst Nachmittags 3 Uhr. Beide waren ohne erhebliche Resultate. Das erste Bombardement des Befehlshabers war nicht direct gegen Wien, sondern gegen die Tabor- und Eisenbahnbrücke gerichtet, wobei jedoch auch Bomben in die Vorstädte fielen, so daß mehrere Gebäude in Feuer aufgingen. Die Stimmung der Wiener äußerte sich für ihre Sache freudig und hoffnungsvoll, obgleich darauf nicht fest zu bauen ist; die Wohlhabenden sehnen sich nach Frieden und Ordnung, wie überall in der Welt, indeß der Drang der Umstände wird unbezweifelt der Sache den Ausgang geben.

Bei der zweiten Aufforderung an die Wiener verlangte der Fürst die Ueberlieferung der Stadt mit allen Vorstädten innerhalb 2 mal 24 Stunden, die Auflösung aller bewaffneten Korps, besonders des der Studenten, die Sperrung der Aula, nebst Stellung des Vorstehers des Korps und 12 Studenten als Geißeln, ferner das Aufhören der Zeitungen mit politischen Artikeln, die Entfernung der Fremden nach Ausweis, oder deren Verhaftung, Schließung der Clubs während des Belagerungszustandes, — bei Androhung der Anwendung standrechtlicher Behandlung. — Diese Aufforderung vermehrte nur noch die Erbitterung der Vertheidiger. Der Postverkehr von Wien nach Breslau, Berlin, Hamburg, Paris und England, ja mit Ungarn ist sehr strenge gesperrt, daher die wenigen Nachrichten von dort her. Auch die Benutzung der Nordbahn ist zu dem Zwecke verboten.

Vom 26. Oktbr. Nachts ist aus Wien in Breslau folgender Bericht eingelaufen: Die tapferen Wiener sind und waren noch überall Sieger. Sie unterhalten ein wahrhaft mörderisches Feuer, welches selbst den kaiserl. Offizieren das Geständniß erpreßte: Wenn das so fort geht, so haben wir nicht Leute genug. — Von dem 5. Jäger-Bataillon, welches durch den Prater der Stadt sich näherte, blieben circa 150 — 160 Mann übrig, die andern sind alle gefallen. Merkwürdig ist, daß Windischgrätz gestern das Feuern einstellen mußte wegen gänzlichen Mangels an Munition. Er verlangte von den Wienern einen Waffenstillstand, der ihm aber nicht bewilligt wurde. Der Feldherr dachte bei der Nußdorfer Linie ohne Mühe und großen Widerstand einzudringen, stieß aber hier auf starke Schanzen und Barrikaden, an die er viele vergebliche blutige Angriffe richtete. Von Olmütz wurde Munition erwartet. Abends begann das Feuer von Neuem mit Werfung von Brandraketen, in Ermangelung anderer Munition. Abgebrannt sind mehrere bedeutende Gebäude an der Donau, wie auch am Nordbahnhofe. — Die braven Wiener werden nicht unterliegen, denn sie kämpfen löwenmüthig und sind auf Alles gefaßt. Die Burg, die Nationalbank, das Zeughaus und die Universität, ja selbst der Stephansdom soll unterminirt sein, um im Falle der Noth sich und das Militair unter dem Schutte zu begraben. Jellachich hat sich zurückgezogen. Schon früher hatten die Truppen des Windischgrätz eine Uebergangsbrücke geschlagen und den Angriff begonnen, weil Wien die Entwaffnung der Proletarier und die Auflösung der Legionen entrüstet zurückgewiesen. In dem Tumulte des Kampfes ging ein Grenadier-Bataillon, dann Pioniere und 18 Artilleristen zu den Wienern über. Die Kanonen des Volkes schossen die Uebergangsbrücke in Brand, namentlich war das Feuer von der Bastei lebhaft und von siegender Wirkung. Das Militair soll mit deutlichem Unwillen die Waffen wider das Volk gebraucht haben. Man schildert die Arbeiter als löwenkühn, sie sollen sich furchtlos in das Bereich der feindlichen Geschütze gewagt, die militairische Bedeckung derselben aber auf sie nicht mehr gefeuert haben. Die Kanonade dauerte noch fort. — Ein aus Wien Geflüchteter gab folgenden Bericht. Am 28. brannten Lichtenthal, Landstraße, Jägerzeil und Erdberg, Vorstädte Wiens. In der Jägerzeil steht eine mächtige Barrikade mit 8 Kanonen und von eben so vielen Bürgerwehr-Kompagnien bedient. Unaufhörlich wüthet das Feuer gegen den Feind, jedoch fängt man an mit dem Pulver sparsam umzugehen. Lebensmittel waren noch auf 8 Tage vorräthig. Die Wasserleitung befindet sich in den Händen der Feinde unzerstört. Die Todten wurden im Glacis begraben, da die Kirchhöfe vom Feinde besetzt sind. — Ein Hauptmann der Nationalgarde wurde gehängt, weil er einen Ausfall, den man nach Nußdorf machen wollte, verrathen hatte. Einige Kassen waren der Garde in die Hände gefallen. Die polnische Legion verlor am Prater 60 — 70 Todte.

Bereits war das kaiserl. Militair bis an das Karls Theater vorgedrungen, die Vorstädte Louisen-Straße und Franz-Allee stehen in Flammen. Die Anführer der Studenten flüchten. Fürst Windischgrätz verlangte in seiner letzten Proklamation die Köpfe des Generals Bem, Pulski und Dr. Schütte, und machte jeden Hauseigenthümer für das verantwortlich, was in dessen Hause vorgehe. Fällt ein Schuß daraus, oder wird ein Angriff auf die kaiserl. Truppen gemacht, so solle das Haus sofort niedergebrannt werden und sämmtliche darin befindliche Personen müssen über die Klinge springen. Jeder Wiener, dessen das Militair habhaft wird, soll erschossen werden. — Als Erwiderung darauf hat Dr. Schütte seinerseits einen Preis auf den Kopf des k. k. Feldmarschalls, Fürsten Windischgrätz gesetzt, und für dessen Habhaftwerdung 2000 Dukaten geboten. — Am 28. ununterbrochener Kanonendonner bis Abends 6 Uhr. Der Kampf fand bei dem Belvedere in Lerchenfeld, Brigittenau und in der Richtung der Leopoldstadt statt. Das Militair hat den Prater in Besitz, eben so den Kirchhof Schmelz; dagegen ist die Leopoldstadt noch in den Händen der Wiener. Bei Abgang des Zuges brannten die Vorstädte in Folge der hineingeworfenen Brandraketen auf mehrern Stellen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Dampfmühle an der Donau ist abgebrannt, jedoch sind sämmtliche beträchtliche Mehlvorräthe von den Legionairs gerettet worden.

An Bewaffneten zählt Wien weit über 100,000 Mann, welche mit vollem Vertrauen an Bem hängen; die Ungarn, 10,000 Mann regul. Militair und 25,000 Mann Landsturm, sind in Anmarsch. An Lebensmitteln ist noch kein Mangel. Auf dem Kohlmarkte befinden sich große Keller, welche bedeutende Vorräthe von Victualien enthalten, welche Bem rationsweis vertheilt. Sind diese Vorräthe erschöpft, so wird auf alle im Privatbesitz befindlichen Vorräthe Beschlag gelegt. Traurig ist dagegen die Lage der kaiserl. Truppen. Dieselben sind mißmüthig, zweifeln an einem günstigen Erfolge und möchten großentheils übergehen, wenn die Gelegenheit günstiger wäre. Die Ruhr grassirt fürchterlich unter ihnen. Der Reichstag wird in Wien bleiben und seine Geschäfte unverzagt fortsetzen.

Nachrichten vom 29. melden, daß die Wiener Vorstädte in hellen Flammen gestanden. Gestern den ganzen Tag wurde Wien bombardirt, nicht minder stark aber war das Feuer gegen den Feind. Nach der Darstellung der Reisenden neigt sich der Sieg mehr auf Seiten Wiens, als des Feindes. Die Verluste des letzteren sind ungeheuer, Viele sind bereits übergegangen. Am Abend des 28. hatte Windischgrätz die Vorstädte Erdberg, Landstraße und den Glognitzer Bahnhof genommen, und war bis zur Franzensbrücke vorgerückt, so daß seine Batterieen die ganze Jägerzeil bestrichen. — Um 8 Uhr hielt auch Jellachich seinen Einzug. Windischgrätz besetzte Belvedere, den Schwarzenbergschen Garten, und auf der andern Seite die Leopoldstadt. Am 29. Morgens begann der Angriff auf die Vorstädte Wieden, Mariahilf und Schottenfeld, der in ersterer vielen Schaden anrichtete. Gleichzeitig stieg aus dem Innern der Stadt eine Rauchsäule hervor, ein Nothsignal, daß die Ungarn, wie wohl vergeblich, zu Hülfe rief. Bem, an der Spitze der Studenten, hatte sich in das Innere der Stadt zurückgezogen. Am Vormittage ließ Windischgrätz den Kampf einhalten und gewährte eine Frist. Augenblicklich kamen zahlreiche Parlamentaire, die aber nichts, was sie wünschten, erlangten, man sprach von einem zu verhandelnden Waffenstillstand. In Schlesien bei Zuckmantel war der Landsturm bereits aufgestanden. Die Verwirrung in Wien war aufs Höchste gestiegen. — Kossuth war in Anmarsch gegen Wien, mußte aber seinen Plan ändern, indem ein neuer Feind Ungarns in den Obersten Simonich aus Galizien aufgetreten, der mit 10,000 Galiziern bereits bis ins Trentschiner Comitat vorgedrungen, um die meistentheils slowakische Bevölkerung aufzuwiegeln. So steigt die Verwirrung immer noch mehr. —

Wenn wir einen ruhigen Blick werfen auf die jetzigen Zerwürfnisse der Deutschen und mit denselben vermengten Völkern und Stämmen mit ihren Regenten und auf die Ursachen zurückgehen, so ist auf den begonnenen Wegen keine friedliche Vereinigung jemals zu erwarten. Die eingerissenen Mißbräuche in allen Verwaltungszweigen hatten alles Maaß überstiegen, die Völker und Gemeinen wurden von den Miethlingen der resp. Regenten überall nicht nach Recht und Pflicht behandelt, sondern vielmehr als Maschinen benutzt, welche für die Großen arbeiten. Was die hohen Häupter durch Vernachlässigung ihrer ersten Pflicht, ihre Stellvertreter im Zaume zu halten und die Stimme des Volkes zu beherzigen, für Unglück über die Völker gebracht, liegt am Tage. Alle verkannten ihren wahren Beruf, daß sie Diener des Volkes sind, nach göttlicher und menschlicher Vollmacht, um die Völker zu regieren und zu beglücken, vor allen Dingen Gerechtigkeit auch dem Geringsten zu gewähren, sondern betrachteten sich vielmehr als Götter der Erde, um nach Gefallen Gnade und Ungnade zu üben und das Mark des Landes, oft in nutzlosen Dingen, zu verschwenden, während die Armuth vergebens nach Hülfe und Unterstützung seufzte. Was die eine Hälfte der handelnden, schaffenden und arbeitenden Einwohnerschaft an Steuern und Abgaben mühsam zusammenbringen mußte, wobei freilich die Staatsausgaben und Landesunkosten einen großen Theil wegnahmen, diente der anderen Hälfte der Bevölkerung — dem Militair und der Legion der Beamten — zur sorgenfreien Unterhaltung, um die Wohlthäter des Landes, die Ernährer des Ganzen, in Fesseln zu halten. Erlauben wir uns hier nur ein paar Anführungen, daß nicht alle hohen Häupter von gleich irrthümlichen Vorurtheilen, wie die meisten, befangen sind und dabei nicht nur sich selbst nützen, sondern bei allen rechtlichen, vernünftigen und unparteiischen Menschen die höchste Achtung verschaffen. Friedrich der Große sagte und bekundete es durch die That, daß der Fürst nur des Volkes willen da sei und als dessen erster Diener seine Pflicht thun müsse, um diesem in Allem zu genügen, denn ein Fürst ohne Volk sei ein Unding, nicht aber ein Volk ohne Fürsten.

So wandte sich der 1809 von seinem Volke vom Thron gestürzte König Gustav Adolph IV. von Schweden späterhin an den vom Volke erwählten König Karl Johann, mit der Eröffnung, daß er für seine Person zwar der Krone von Schweden entsagt, jedoch sein Sohn dessen ungeachtet sein Anrecht daran behalte. Er riethe daher dem jetzigen Könige, sich mit seinem Sohne in Unterhandlung zu setzen und dessen Rechte gegen eine billige Entschädigung sich abtreten zu lassen. — Karl Johann erwiderte darauf etwa Folgendes: Ew. ꝛc. und die ganze Welt weiß, daß das Königreich Schweden keine Domäne ist, welche irgend einer Familie als Eigenthum zugehört, sondern daß das schwedische Volk mich auf den Thron berufen, um es nach einer mir vorgelegten und von mir beschworenen Konstitution zu regieren. Ihr Herr Sohn möge daher, falls er Ansprüche der Art zu haben vermeine, den gesetzlichen Weg einschlagen. — So bekundete der König Karl Johann frei und offenherzig seine Abhängigkeit vom Volke. Dagegen der große Napoleon, obgleich er auch vom Volke erwählt war, verschmähte es nicht, Ludwig XVIII. in seiner Verbannung eine Entschädigung anzubieten, wenn er ihm seine Ansprüche an den Thron Frankreichs abträte, welche dieser stolz ablehnte. — Wie benahm sich der König der Belgier beim Ausbruche der jüngsten Revolution in Frankreich? Belgien, ein abgerissener Theil der ehemaligen französischen Republik, fühlte sich durch diese Begebenheit hart berührt und es erhob sich im Lande eine starke Bewegung der Gemüther. König Leopold berief sofort seine Minister vor sich und erließ den Befehl, die Deputirten des Landes zu versammeln und überhaupt die Wünsche des Volkes zu vernehmen. Hinsichts derjenigen Veränderungen, welche es zum Besten des Landes eintreten zu lassen vorschlage, und alle diese durch Stimmenmehrheit erzielten Vorschläge ohne allen Widerspruch in seinem Namen zu genehmigen, sebst wenn es seine Abdankung beträfe, indem er kein Hinderniß zur verbesserten Wohlfahrt des Volkes sein wolle. Das Volk kannte seinen König, daß er es von Herzen so meinte, fand weder an ihm noch an der belgischen Konstitution etwas zu tadeln und hielt dadurch die Ruhe, Ordnung, den Wohlstand des Landes und das allgemeine Vertrauen aufrecht, woran es in andern Staaten fehlt.

Was sind das für Allotria? hör ich Leser dieses Blattes sprechen, wir wollen etwas von den österreichischen Zuständen erfahren, um daraus Vortheile zu ziehen und sehen uns auf ein anderes Feld versetzt. — Gemach! lieben Leser! ich will wieder einlenken. In Wien, ganz Oesterreich und ganz Preußen herrscht jetzt eine Anarchie, die bei längerer Fortdauer die ärgsten Gräuel der Verwüstung nach sich ziehen dürfte. Ihr Großen! zeigt euch einmal in der wahren Größe, die vor Gott und Menschen gilt. Setzt alle Vorurtheile und Vortheile bei Seite, um euer Leben zu retten und zu verherrlichen, verbannt euren Starrsinn, gebt dem Volke, was ihm gebührt und sucht es durch euer Beispiel in Freundlichkeit, Rechtlichkeit und Aufrichtigkeit zu bessern. Eure Macht ist einmal gebrochen, was wollt ihr gegen die Masse des Volks ausrichten, sofern ihr es noch mehr aufregt durch — Kleinigkeiten. Z. B. der König kann vernünftigerweise kein anderes Interesse haben, als mit dem Volke Eines Sinnes zu sein, denn was nützen ihm 15,000 Söldlinge, gegen eben so viele Millionen freie Männer des Volks? An des Königs Stelle würde ich mithin als Bürgschaft für die dem Volke gemachten Versprechungen, dem Militair, so wie sämmtlichen Beamten eine Kabinets-Ordre zufertigen, daß ich von meinen bisherigen Rechten als absoluter Monarch keinen Gebrauch mehr machen, sondern mich als den Ersten meines Volkes ansehen wolle, der kein anderes Interesse hat, als das Volk selbst; besonders mache ich es sämmtlichen Beamten zur heiligsten Pflicht, überall die strengste Rechtlichkeit gegen Jedermann zu beobachten und für mich keine besonderen Interessen zu berücksichtigen, denn ich betrachte mich jetzt schon als ein konstitutioneller König im vollen Sinne des Wortes.

Befreie der Höchste bald alle unter dem Drucke und der Schmach der Anarchie seufzende Länder, besonders des deutschen Vaterlandes! Schließlich verlautet, daß Wien kapitulirt habe.

Gedruckt bei Trowitzsch und Sohn in Frankfurt a. d. O. und Berlin, Oberwasserstraße No. 10.

rannt, jedoch sind sämmtliche beträchtliche Mehlvorräthe von den

r 100,000 Mann, welche mit vollem Vertrauen an Bem hän=
Militair und 25,000 Mann Landsturm, sind in Anmarsch. An
dem Kohlmarkte befinden sich große Keller, welche bedeutende Vor=
n rationsweis vertheilt. Sind diese Vorräthe erschöpft, so wird
e Beschlag gelegt. Traurig ist dagegen die Lage der kaiserl. Trup=
an einem günstigen Erfolge und möchten großentheils übergehen,
Ruhr grassirt fürchterlich unter ihnen. Der Reichstag wird in
fortsetzen.
Wiener Vorstädte in hellen Flammen gestanden. Gestern den
minder stark aber war das Feuer gegen den Feind. Nach der
ieg mehr auf Seiten Wiens, als des Feindes. Die Verluste des
übergegangen. Am Abend des 28. hatte Windischgrätz die Vor=
itzer Bahnhof genommen, und war bis zur Franzensbrücke vorge=
erzeil bestrichen. — Um 8 Uhr hielt auch Jellachich seinen Einzug.
rzenbergschen Garten, und auf der andern Seite die Leopoldstadt.
die Vorstädte Wieden, Mariahilf und Schottenfeld, der in ersterer
g aus dem Innern der Stadt eine Rauchsäule hervor, ein Noth=
h, zu Hülfe rief. Bem, an der Spitze der Studenten, hatte sich in
Vormittage ließ Windischgrätz den Kampf einhalten und gewährte
Parlamentaire, die aber nichts, was sie wünschten, erlangten, man
tillstand. In Schlesien bei Zuckmantel war der Landsturm bereits
war aufs Höchste gestiegen. — Kossuth war in Anmarsch gegen
ndem ein neuer Feind Ungarns in dem Obersten Simonich aus
ziern bereits bis ins Trentschiner Comitat vorgedrungen, um die
iegeln. So steigt die Verwirrung immer noch mehr. —
n auf die jetzigen Zerwürfnisse der Deutschen und mit denselben
ten Regenten und auf die Ursachen zurückgehen, so ist auf den
ung jemals zu erwarten. Die eingerissenen Mißbräuche in allen
rstiegen, die Völker und Gemeinen wurden von den Miethlingen
und Pflicht behandelt, sondern vielmehr als Maschinen benutzt,
hohen Häupter durch Vernachlässigung ihrer ersten Pflicht, ihre
Stimme des Volkes zu beherzigen, für Unglück über die Völker
hren wahren Beruf, daß sie Diener des Volkes sind, nach göttlicher
zu regieren und zu beglücken, vor allen Dingen Gerechtigkeit auch
chteten sich vielmehr als Götter der Erde, um nach Gefallen Gnade
Landes, oft in nutzlosen Dingen, zu verschwenden, während die
itzung seufzte. Was die eine Hälfte der handelnden, schaffenden
n und Abgaben mühsam zusammenbringen mußte, wobei freilich
nen großen Theil wegnahmen, diente der anderen Hälfte der Be=
der Beamten — zur sorgenfreien Unterhaltung, um die Wohl=
en, in Fesseln zu halten. Erlauben wir uns hier nur ein paar
von gleich irrthümlichen Vorurtheilen, wie die meisten, befangen
sondern bei allen rechtlichen, vernünftigen und unparteiischen Men=
edrich der Große sagte und bekundete es durch die That, daß
d als dessen erster Diener seine Pflicht thun müsse, um diesem in
olk sei ein Unding, nicht aber ein Volk ohne Fürsten.
Volke vom Thron gestürzte König Gustav Adolph IV. von Schwe=

Satz in sein Komplimentierbuch aufgenommen hatte: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht," wies die Gesandten seines Erzherzogs schroff zurück. In Olmütz wurden sie zwar freundlich empfangen, aber mit leeren Redensarten abgespeist.

Im Parlament war der von dem Wiener Abgeordneten — und späteren österreichischen Minister! — Joh. Berger am 12. Oktober gestellte Antrag: der Stadt Wien für ihren Kampf gegen die „freiheitsmörderische Kamarilla" den Dank des Vaterlandes auszusprechen, der Mehrheit zu weit gegangen, und daher vom Antragsteller selbst zurückgezogen worden. Für diesen Fall hatte aber die „vereinigte Linke" bereits im voraus beschlossen, von sich aus eine Abordnung nach Wien zu senden, um dem Reichstag und dem Gemeinderat von Wien

Drei deutsche Professoren entwerfen den Entwurf des Entwurfs für die Verfassung des deutschen Reichsheeres.

Karikatur aus dem Parlament 1848.

für ihr mannhaftes Verhalten den Dank und die Glückwünsche der Frankfurter Linken darzubringen! Der „Donnersberg" wählte Julius Fröbel, der „deutsche Hof" anfangs mit Stimmengleichheit Robert Blum und Karl Vogt. Da beschwor aber — nach persönlichen Mitteilungen Karl Vogts an den Verfasser — Robert Blum den Freund, zurückzutreten, damit Blum aus der dumpfen Frankfurter Atmosphäre hinauskomme und Zeit zu fruchtbarer Sammlung und Erholung gewinne, die der ganzen Partei förderlich sein werde. Vogt trat nun zurück, und Blum wurde gewählt. Alle Warnungen und Abmahnungen wohlmeinender Freunde und Kenner österreichischer Zustände, Blum möge die gefährliche Reise unterlassen, wies er unerschrocken zurück. In Begleitung von Julius Fröbel und der beiden Österreicher, des Abgeordneten und Dichters

Moritz Hartmann (Leitmeritz), und des Abg. für Weidenau in Österreich-Schlesien, Albert Trampusch, reiste Blum am Morgen des 13. Oktober von Frankfurt ab, übernachtete noch einmal bei den Seinen in Leipzig, und fuhr dann am Frühmorgen des 14. — in einem wahren Triumphzuge — über Breslau nach Wien, das er mit den Genossen am 17. erreichte. Die vier Abgeordneten wurden von den Behörden und dem Volke feierlich empfangen.

Mit Ausrichtung des Frankfurter Auftrages an die Behörden Wiens und den Reichstag war das Geschäft der Abgeordneten in Wien erledigt, und sie schickten sich daher bereits am 19. an, die Rückreise anzutreten, zumal da Blum die Wiener Zustände in der Nähe viel weniger anmutig fand, als sie aus der Ferne erschienen waren: Kleinmut und Zerwürfnisse unter den Führern waren unangenehm bemerkbar. Unglücklicherweise aber konnte Fröbel am 19. und 20. Oktober keinen Paß zur Rückreise erlangen, da Fröbels heimatliche Großmacht Schwarzburg-Rudolstadt in Wien diplomatisch nicht vertreten war. Blum aber wollte den Freund — die beiden österreichischen Begleiter bedurften keines Passes — nicht allein in Wien zurücklassen und blieb daher selbst. Die Zögerung wurde für ihn verhängnisvoll, da inzwischen die Wiener Behörden durch die Führer der demokratischen Vereine u. s. w. immer mehr bedrängt und beargwöhnt wurden, und nun, um Blums maßvolle und volkstümliche Persönlichkeit in Wien zu ihrem Beistand festzuhalten, diesem wahrheitswidrig vorspiegelten: Wien sei bereits von den kaiserlichen Truppen umschlossen und diese ließen Niemanden hinaus; schon seien Abgeordnete des Reichstags von ihnen mißhandelt worden u. s. w. Unglücklicherweise glaubte Blum diesen Vorspiegelungen und blieb in Wien, nachdem er der Gattin seine Rückkehr nach Leipzig bereits für den 22. Oktober angezeigt hatte.

An eben diesem Tage, da Blum wieder daheim zu sein gehofft hatte, war Wien von den Truppen des Fürsten Windischgrätz nun wirklich umschlossen worden. Am 23. Oktober forderte der Feldherr die Stadt zur Übergabe auf. Er verlangte die Auslieferung einer Anzahl von Personen — namentlich des Polen Bem, der mit der Erfahrung eines Berufsrevolutionärs die Wiener Streitkräfte schulte und leitete, — die Auflösung der Mobilgarde u. s. w. Auf der fürstlichen Liste der Auszuliefernden stand Blum nicht; denn Windischgrätz hatte von Blums Bedeutung so wenig eine Ahnung, als von dessen Anwesenheit in Wien. Der Gemeinderat erklärte sich außer stande, diese Bedingungen zu erfüllen. So begann denn am 26. Oktober der umfassende Angriff auf die Stadt, die vielfach in Brand geschossen wurde und sich bald als unhaltbar erwies. Am 29. sandte der Gemeinderat eine Abordnung in das Lager des Fürsten, um die Unterwerfung Wiens anzubieten, da schon am 28. abends alle bewaffneten Abteilungen der Stadt die Vergeblichkeit ferneren Widerstandes eingesehen hatten. Der 29. Oktober war ein Sonntag, und auch Fürst Windischgrätz hatte eine Art von Sonntagsfrieden im Herzen, als er die Wiener Ab-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ordnung empfing. Die Hauptsache, die er vorher verlangt hatte, die unbedingte Unterwerfung Wiens, wurde ihm jetzt dargebracht, und als die Abordnung ihn um Milde und Gnade für alle Kämpfer Wiens anflehte, auch für die Deserteure, die gegen die Truppen gefochten hatten, da verpfändete er sein Fürstenwort dafür: er werde sich durch Großmut nicht überbieten lassen. Als die Abordnung mit dieser tröstlichen Zusicherung zurückkehrte, beschlossen alle bewaffneten Abteilungen, namentlich auf Blums Zureden, der jeden weiteren Widerstand für „Wahnsinn, ja für ein Verbrechen" erklärte, die Unterwerfung. Am 30. wurde die Kapitulation abgeschlossen, und der Fürst brauchte nun in Wien bloß einzuziehen. Aber dem steifen, förmlichen Wesen dieses Feldherrn widerstrebten solche raschen Entschlüsse und Handlungen. Er wollte die „Modalitäten der Entwaffnung" — und Unterwerfung Wiens erst fein säuberlich auf dem Papier haben, ehe seine Heersäulen in Wien einrückten.

Die Zögerung war verhängnisvoll. Denn am Frühmorgen des 30. Oktober nahten die Ungarn unter General Moga, der zuvor den üppigen Banus Jellachich gründlich geschlagen hatte, bei Kaiserebersdorf der Schwechat entlang zum Entsatze Wiens. Den Oberbefehl über die Wiener Streitkräfte hatte — wie bereits bemerkt — bis zum 30. Oktober der frühere kaiserliche Lieutenant Wenzel Messenhauser geführt, ein höchst ehrenwerter und selbstloser, von feurigster Begeisterung beseelter junger Mann, dem aber freilich zum Feldherrn Alles fehlte, und der die größte Zeit des Tages mit der Anfertigung gewaltiger Proklamationen in dem blühenden Bombast seines ungezähmten Deutsch verbrauchte. Er hatte nach Abschluß der Kapitulation sein Kommando niedergelegt, übernahm es bei dem Herannahen der Ungarn aber sofort wieder, bestieg den Stephansturm, um die Entwickelung der Dinge an der Schwechat zu beobachten und verkündete von hier gegen Mittag in vom Turm hinabgeworfenen Zetteln: die Ungarn schienen nach einem Gefecht in siegreichem Vorschreiten, und daran anschließend: „die Nationalgarden haben, falls sich ein geschlagenes" (d. h. kaiserliches) „Heer unter den Mauern von Wien zeigen sollte, auch ohne Kommando unter das Gewehr zu treten." Auf eine solche Losung hatte das anarchische Proletariat, das wegen des Soldverlustes mit der Kapitulation höchst unzufrieden gewesen, nur gewartet. Vergebens widerrief Messenhauser alsbald seinen schweren Irrtum und forderte Niederlegung der Waffen. Die zuchtlosen Mobilen dachten nicht an Ergebung, aber auch nicht mehr an Gehorsam gegen irgend einen Befehl. Die Pöbelherrschaft in schlimmster Form herrschte seit dem 30. Oktober abends in Wien. Aber schon Tags darauf wurde der frevelhafte Kapitulationsbruch in Blut erstickt. Als am Nachmittag des 31. in das Burgthor, hinter dem die Pöbelmassen als letzter Brustwehr sich verschanzten, Bresche geschossen war, löste sich Alles in wilder Flucht auf. Am Abend zog das ganze „kaiserliche" Heer in das bezwungene Wien ein. Am 1. November wehte vom Stephansturm eine riesige schwarz-gelbe Fahne. Belagerungszustand und Standrecht wurden verkündet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Robert Blum hatte nicht die Absicht gehabt, sich in irgend einer Weise an der Wiener Bewegung persönlich zu beteiligen. Auf Ersuchen seiner Freunde hielt er, nachdem die oben erwähnte Proklamation des Fürsten Windischgrätz am 23. Oktober in Wien bekannt geworden war und eine furchtbare Erbitterung erzeugt hatte, eine Rede in der Aula vor einer großen Versammlung von Studenten und Bürgern; diese Rede war der amtlichen „Wiener Zeitung" „zu matt," und einer der Zuhörer und Freiheitskämpfer Wiens, L. Wittig, der später nach Sachsen entkam, nannte sie im amtlichen Blatte der Sächsischen Regierung, dem Dresdner Journal (vom 15. Nov. 1848 S. 134 Sp. 1) „eine der ruhigsten und besonnensten, die in Wien gehalten wurden". Blum suchte nämlich in dieser Rede die Erregung über die fürstliche Kundmachung zu beschwichtigen, indem er darauf hinwies, daß Österreich ein Verfassungsstaat sei, und daß dieser Rechtszustand durch das Wort des Kaisers verbürgt werde, also das Verhalten des Fürsten Windischgrätz gesetzwidrig sei, denn „an die Stelle des früheren Bandes der Gewalt, welches die verschiedenen Nationalitäten des österreichischen Kaiserstaates zusammengehalten, sei das Band gemeinsamer Freiheit getreten und dieses möge man festhalten". Selbst das Kriegsgericht vermochte später nur in diesem einzigen Satze der Rede etwas „aufrührerisches" zu entdecken, und das auch nur mit Hülfe der Weisheit Mephistos in Goethes Faust:

„Im Auslegen seid frisch und munter!
Legt Ihr's nicht aus, so legt was unter,"

d. h. indem das Kriegsgericht unterschob: Blum habe unter dem „gemeinsamen Bande der Freiheit" die Republik verstanden. Nun kämpfte aber in Wien, namentlich am 23. Oktober, kein Mensch für die Republik, sondern nur um Aufrechterhaltung der konstitutionell-monarchischen Verfassung Österreichs gegen die gesetzlose Willkür des Fürsten Windischgrätz. Wenn Blum also unter „Freiheit" die Republik gemeint hätte, so hätten ihn seine Zuhörer einfach ausgelacht. Ganz im Sinne dieser Rede verfaßte er dann am 23. noch einen Aufruf und einen Zeitungsartikel für den „Radikalen".

Am 24. Oktober hatte der k. k. Major a. D. und Chef des Generalstabs der Wiener Nationalgarde, Ernst Haug, zum Schutze der Ruhe und Ordnung der Stadt und zur Bekämpfung der meisterlosen „anarchischen" Elemente in derselben zur Bildung eines „Elite-Korps" aufgefordert, dessen Leitung Haug selbst übernahm. Blum, Fröbel und Moritz Hartmann nahmen in diesem Friedens- und Ordnungskorps eine Volontärstelle an und wurden am 26. Oktober zu Hauptleuten gewählt. Bei Blum meldete sich damals als Freiwilliger der spätere berühmte Abgeordnete Eduard Lasker. Noch am nämlichen Tage aber verfügte Messenhauser — in seiner dringenden Not — bestimmungs- und vertragswidrig über das Elite-Korps, indem er es in die Gefechtslinie einrücken ließ, Blums Kompagnie in die gefahrvollste Stellung an der Sophienbrücke. Blum gehorsamte dem Befehl (ebenso Fröbel), obwohl sich Blum, wenn er

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

korrekt handeln wollte, widersetzen konnte und mußte. Er wollte aber lieber den Vorwurf eines falschen Schrittes auf sich nehmen, als den Vorwurf der Feigheit. Mit größter Ruhe und Kaltblütigkeit hat er 36 Stunden lang, den Kroaten gegenüber, im Feuer gestanden. Als er und Fröbel die Aussichtslosigkeit ferneren Widerstandes erkannten, reichten sie am 29. morgens fünf Uhr — von der Nachtwache kommend — ihre Entlassung ein, die angenommen wurde, und

Zeitgenossen.

Thorschreiber: Sie sind fremd? was für ein Metier?
Die Zwei: Ich bin Barricadenmacher u. ich Katzenmusickdirector.
Thorschreiber: Herein meine Herren, Leute wie Sie braucht man. links. Halten Sie sich nur nicht

Karikatur aus dem Jahre 1848.

haben sich von dieser Stunde an fortwährend in ihrem Gasthof zur „Stadt London" aufgehalten. Blum hat den Gasthof nur verlassen, um am 29. nachmittags, wie wir sahen, auf das nachdrücklichste zur Unterwerfung unter die siegreichen Belagerer zu mahnen. Er hatte also die Waffen bereits niedergelegt, als die Kapitulation vom 29./30. abgeschlossen wurde, welche nach des Fürsten verpfändetem Ehrenwort allen Kämpfern Wiens, selbst den Deserteuren, Gnade zusicherte. Übrigens hätte sich eine gesetzliche Bestimmung, wonach die für die österreichische Verfassung kämpfenden Wiener zur Strafe gezogen werden könnten, auch gar nicht ausfindig machen lassen — nur die Mörder Latours natürlich und die sonstigen Teilnehmer an gemeinen Verbrechen durften sich nicht für straflos halten. Daß Fürst Windischgrätz kein Recht gehabt, gegen diejenigen Kämpfer Wiens irgend eine Strafe zu verhängen, die mit Abschluß der Kapitulation die Waffen niedergelegt hatten, spricht er deutlich in einem geheimen Schreiben an den Minister v. Wessenberg in Olmütz vom 2. November in den Worten aus: „Nach solchen treulosen Vorgängen" — dem Kapitulationsbruch — „kann Milde" (gegen diese Schuldigen) „unmöglich Platz greifen. Der Belagerungszustand wird und muß mit aller Strenge durchgeführt werden und ich erwarte, daß meine darauf Bezug habenden Maßregeln in keiner Weise gestört werden". Man nahm in Olmütz an, daß der Fürst mit den an den letzten Kämpfen beteiligten Kapitulationsbrechern blutig abzurechnen gedenke, und erhob dagegen keinen Einwand. Also gegen Robert Blum konnte seine Beteiligung an den Kämpfen vom 26. bis 28. Oktober nicht den schüchternsten Vorwand zu standrechtlichem Einschreiten bilden. Auch Fürst Windischgrätz dachte, wie wir sehen werden, nicht im entferntesten daran.

Der Feldmarschall hatte in seiner Proklamation vom 23. Oktober zu bestimmen geruht: „Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthaltes namhaft zu machen, die Paßlosen zur sofortigen Ausweisung anzuzeigen". Als daher am 2. und 3. November die vier Abgeordneten Blum, Fröbel, Hartmann und Trampusch, unter Angabe ihrer Heimatstädte, die obersten Befehlshaber in Wien um Pässe baten, um „zu ihrem Berufe" nach Frankfurt zurückkehren zu können, verfügte General Cordon auf der Rückseite der Eingabe der Abgeordneten selbst die Verhaftung der beiden „angeblich in „Stadt London" wohnhaften Ausländer" Blum und Fröbel, eben nur aus dem Grunde, weil diese beiden paßlosen „Ausländer" nach der fürstlichen Proklamation vom 23. Oktober der „sofortigen Ausweisung" verfallen, nicht etwa deshalb weil sie irgend einer Unthat verdächtig waren, namentlich nicht, weil sie am Kampfe teilgenommen hatten, denn das hatte Moritz Hartmann ja auch gethan; und wenn sie einer Unthat verdächtig gewesen wären, so würde General Cordon sie längst zu finden gewußt, namentlich auch gewußt haben, daß sie nicht bloß „angeblich", sondern wirklich in „Stadt London" wohnten. Die Verhaftung fand beim Morgengrauen des 4. November statt, und Hartmann und

Trampusch wurden in Freiheit gelassen, weil sie Österreicher waren. In der That werden wir sofort erkennen, daß bis zum 8. November abends, wo das Kriegsgericht über Blum zusammentrat, niemand, selbst der Fürst Windischgrätz nicht, auch nur den Schatten einer Anklage gegen Blum zu finden vermocht hatte.

In Olmütz aber war inzwischen eine für Blum verhängnisvolle Wendung eingetreten, indem seit dem 2. November insgeheim der Fürst Felix Schwarzenberg, der Schwager des Fürsten Windischgrätz, an Stelle des milden aber schwächlichen Wessenberg zum leitenden Minister ernannt worden war. Erst am 22. November wurde Schwarzenbergs Ernennung öffentlich bekannt gemacht. Fürst Felix Schwarzenberg war ein durch die wildesten Ausschweifungen entnervter jugendlicher Greis, der seinen Ruf als schamloser Wüstling mit Recht als kein Hindernis dafür ansah, in Österreich jetzt den Retter von Thron und Altar zu spielen. Hatte er doch allezeit den Ablaß seiner Sünden gut bezahlt und war Willens, die jesuitisch-römische Partei in Österreich zu höherer Macht zu erheben, als sie je zuvor besessen. In der weltlichen Politik Österreichs aber verfolgte er die hochfliegendsten Pläne: Ganz Deutschland sollte von Österreich einfach mediatisiert werden, all seine Kräfte und Interessen sklavisch in Österreichs Dienst stellen. Zunächst mußte deshalb das deutsche Parlament aufs rücksichtsloseste behandelt werden, es mußte die deutlichsten Beweise von der neuerstarkten Macht Österreichs und dessen Geringschätzung durch Faustschläge und Fußtritte erhalten. Robert Blums Leben sollte diesem herrlichen Machtbeweise zum Opfer fallen. Natürlich unter dem gleißenden Schein des „Rechts“ und der „Gerechtigkeit“. Wie es aber in Wahrheit damit bestellt war, danken wir den erstaunlichen Enthüllungen zweier stockreaktionärer und erzultramontaner österreichischer Schriftsteller, die zum erstenmal den geheimen Briefwechsel der beiden fürstlichen Schwäger Windischgrätz und Schwarzenberg über das zwischen diesen Herren allein abgekartete Schicksal Robert Blums mitteilten und gar noch glaubten, ihre „Helden“ Windischgrätz und Schwarzenberg dadurch besonders glänzend anzustreichen.*)

Dieser Briefwechsel begann mit einem Schreiben des Feldmarschalls von Anfang November, in welchem er von Schwarzenberg die Erlaubnis verlangte, gegen alle schlechtgesinnten Abgeordneten, die er in dem bezwungenen Wien in seine Gewalt bringen könne, standrechtlich zu verfahren. Darauf ant-

*) Diese beiden Werke sind A. v. Helferts dreibändige „Geschichte Österreichs (vom Wiener Oktoberaufstand an), erschienen 1870 flg., gebührend kritisiert in meinem Werke „Robert Blum“ S. 458/574; und sodann des Grafen Alexander v. Hübner Tagebuch, „Ein Jahr meines Lebens, 1848—1849“, Leipzig, Brockhaus 1891, das ich, noch zu Lebzeiten Hübners, in der Zeitschrift „Nord und Süd“ 1891, S. 35/56 in dem Aufsatze „Robert Blum im Tagebuche des Grafen v. Hübner“ verdientermaßen gebrandmarkt habe.

wortete jedoch Schwarzenberg am 3. November: „Wenn wir juridische Beweise hätten, wäre es ein leichtes, die Betreffenden der gewöhnlichen gerichtlichen Behandlung zu überliefern". Es genüge keineswegs, daß man, wie Fürst Felix selbst, „von der Mitschuld mancher Deputierten an den Schändlichkeiten der letzten Revolution moralisch überzeugt" sei, vielmehr könne man „nur durch juridische Beweise an die geheiligten Leiber der Volksvertreter heran". Inzwischen waren, wie berichtet, Blum und Fröbel am 4. verhaftet worden. Am 5. hatten sie aus dem Gefängnis ein Schreiben an den Präsidenten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt gerichtet, in welchem sie auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. September 1848 Schutz und Freiheit verlangten. Dieses Reichsgesetz verbot, irgend einen Abgeordneten des Frankfurter Parlaments zu „verhaften oder in strafrechtliche Untersuchung zu ziehen, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That". Dieses Reichsgesetz besaß auch in Österreich ganz unzweifelhaft Gesetzeskraft, weil es erstens ein deutsches Reichsgesetz und Österreich vom Deutschen Reiche noch nicht geschieden war, und zweitens und besonders deßhalb, weil es obendrein noch in der amtlichen Wiener Zeitung vom 5. Oktober mit Gesetzeskraft verkündet worden war! Das Schreiben vom 5. November aber, in welchem Blum und Fröbel unter Berufung auf dieses Gesetz Schutz und Freiheit verlangten, ist nie nach Frankfurt gelangt. Es fehlt auch bei den Kriegsgerichtsakten gegen Blum und Fröbel. Im höchsten Grade wahrscheinlich ist, daß Fürst Windischgrätz es öffnete und zur Begutachtung an den Schwager Felix nach Olmütz sandte, zugleich mit einem ganz vertraulichen Briefe vom 6. November, der dem Schwager „die Einziehung der beiden Deputierten" (Blum und Fröbel) und „die Absicht" des Feldmarschalls mitteilte, „sie einfach aus Österreich ausweisen zu lassen, um Dir etwaige diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen," die Windischgrätz befürchtete, nachdem er aus dem Schreiben der Gefangenen vom 5. Kenntnis von ihrer (durch das Reichsgesetz vom 30. September gewährleisteten) Unverletzlichkeit erhalten, und außerdem nicht die geringsten „juridischen Beweise" hatte, die nach dem Schreiben Schwarzenbergs vom 3. November erforderlich waren, um an die „geheiligten Leiber der Volksvertreter zu gelangen".

Fürst Schwarzenberg hätte nun sicherlich diesem Vorschlage seines Schwagers Windischgrätz zugestimmt, da ihm seine verliebten Abenteuer bis dahin durchaus keine Zeit gelassen hatten, sich von Robert Blums Bedeutung irgend einen Begriff zu machen und ebensowenig sich mit dem Reichsgesetz vom 30. September zu beschäftigen. Zu Blums Unglück aber war dessen Todfeind Hübner als gift- und rachegeschwollener Ohrenbläser an Schwarzenbergs Seite in Olmütz. Hübner, damals „Baron", später „Graf" — der Verfasser des oben erwähnten „Tagebuches" — war eigentlich ein Kleinbürgerssohn, Namens Hasenbredl; in Metternichs Kanzlei mit dessen „Geist" erfüllt und Mitte der vierziger Jahre als österreichischer Generalkonsul nach Leipzig versetzt worden. Hier hatte er

Komp. v. Steffeck.

„Ich sterbe für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft,
Möge das Vaterland meiner eingedenk sein!“ Robert Blum, 9. November 1848.

Nach einer Lith. v. Th. Hosemann, 1848.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mein theures gutes liebes Weib, lebe wohl! wohl für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht seyn wird. Erziehe unsere — jetzt nur deine Kinder zu edlen Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unserer Freunde. Gott u. Gute Menschen werden Euch zu helfen. Alles was ich empfinde rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: leb' wohl, theures Weib! Betrachte unser Kind als theures Vermächtniß mit dem Du wuchern mußt und ehre so deinen treuen Gatten. Leb' wohl, leb wohl! Tausend, tausend, die letzten Küsse von

Deinem
Robert.

Wien d. 9. Nov. 1848 Morgens
5. Uhr, um 6 Uhr
habe ich vollendet

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantkampf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl! wohl!

Frau Eugenie Blum
Eichenbahnstr., No 8

Leipzig

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sich in ungebührlichster Weise in die städtischen Angelegenheiten eingemischt, so daß ihm der Stadtverordnete Robert Blum wiederholt durch die österreichische Regierung unsanft auf Finger und Mund klopfen ließ. Das hatte der Herr Baron noch an Blum zu rächen; außerdem aber bekleidete der edle Herr auch einen hohen Rang im Jesuitenorden und wollte nun den „Deutschkatholiken" Blum nach dem Ordensgrundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, für immer unschädlich machen. Er beschloß daher die Ermordung Robert Blums und setzte sie bei Schwarzenberg durch, indem er diesem — wie er in seinem „Tagebuch" selbst eingesteht — vorspiegelte: „Blums Privilegien als Mitglied des Frankfurter Parlaments haben keine gesetzliche Kraft in Österreich (!). Die Privilegien des Standrechts sind die einzigen, welche er hierzulande beanspruchen kann. Robert Blum ist der hervorragendste der deutschen Anarchisten (!). Er wurde mit den Waffen in der Hand ergriffen (!!). Das Gesetz ahnt (!!) derlei Verbrechen mit dem Tode. Er muß die Folgen seiner Handlungen tragen. Wenn er verurteilt und hingerichtet wird, so werden seine Genossen erfahren, daß wir uns nicht vor ihnen fürchten. Daher lasse man der Gerechtigkeit (?!) freien Lauf. Man muß die großen Verbrecher strafen." Wörtlich mit diesen Hübnerschen Kraftsätzen und mit dem Zusatze des Fürsten: „Ich nehme die Verantwortlichkeit auf mich", wurde der fürstliche Ermordungsbefehl am 7. November durch einen Offizier von Olmütz nach Wien gebracht, wo er am 8. morgens in die Hände des Feldmarschalls gelangte. Wenn dieser menschenfreundliche Feldherr hiernach überhaupt noch moralische oder gar „juridische" Bedenken gegen Blums Ermordung hätte hegen können, so wären diese jedenfalls beseitigt worden durch die Thatsache, daß Blum und Fröbel am Morgen des 8. November, unter Berufung auf das Reichsgesetz vom 30. September, gegen ihre Verhaftung bei den Machthabern Wiens förmliche Verwahrung eingelegt hatten. Da zauderte Windischgrätz keinen Augenblick, durch die Ermordung eines Frankfurter Abgeordneten, welcher sich auf seine Unverletzlichkeit berief, einen deutlichen Beweis der Macht des reaktionär erstarkten Österreichs zu geben, zumal da ja der edle Schwager Felix die ganze Verantwortlichkeit auf sich nahm.

Aber selbst dieser unerschrockene Herr bebte, bei reiflicherer Überlegung doch zurück vor den Folgen der Blutthat, die er am 7. November auf Anstiftung seiner „rechten Hand, des treuen Hübner" verlangt hatte. Inzwischen hatte nämlich der im Rechte völlig unbewanderte Fürst auch bei Leuten, die etwas vom Recht verstanden, über das von Blum angerufene Frankfurter Unverletzlichkeitsgesetz — von dem der „treue Hübner" tags zuvor frech behauptet hatte, es habe „keine gesetzliche Kraft in Österreich" — sich erkundigt, und zu seinem namenlosen Erstaunen erfahren, daß es in Österreich mit Gesetzeskraft verkündet worden sei. Ungewöhnlich bangen Herzens schrieb er daher am 8. November an den Schwager in Wien: „die Reichstagsabgeordneten sind

nicht standrechtlich zu behandeln, wenn sie nicht in flagranti (d. h. mit den Waffen in der Hand) ergriffen werden konnten. Sie sind auf freien Fuß zu lassen, wohl aber alle rechtlichen Anzeigen zu sammeln, damit sie den ordentlichen Gerichten überliefert werden können. Ein anderes Verfahren würde uns die größten Schwierigkeiten bereiten." Dieses Schreiben Schwarzenbergs übt selbst die schneidendste Kritik an dem gegen Robert Blum beliebten Verfahren. Es stempelt Blums sogenannte „Hinrichtung" zu einem ruchlosen Mord. Dieses Schreiben hätte Blum, als es am Morgen des 9. November früh in Wien eintraf, sofort freigemacht — wenn Blum nicht bereits erschossen gewesen wäre!

Wir brauchen uns daher bei der elenden Posse seines „Prozesses" und seiner „Verurteilung" nicht aufzuhalten. Windischgrätz ließ sofort am 8. abends das Kriegsgericht über ihn zusammentreten, vor dem Blum ein ganz kurzes Verhör bestand. Morgens früh 5 Uhr wurde dem Ahnungslosen, aus festem Schlummer Geweckten, das Todesurteil verkündet. Mit festem Mute schickte er sich trotzdem zum Opfertod. Die Tröstungen eines römischen Priesters wies er zurück, sprach aber freundlich mit ihm. Dann schrieb er erschütternde Abschiedsbriefe, vornehmlich an die Gattin und Karl Vogt, dem er die Sorge für seine „arme Familie" empfahl. An der Todesstätte, der Brigittenau, früh halb 8 Uhr am 9. November angelangt, wollte er mit unverbundenen Augen sterben und rief, ehe die drei Schüsse krachten, die letzten Worte: „Ich sterbe für die Freiheit, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!"

Es blieb seiner eingedenk! Das bewiesen schon die reichlichen Sammlungen für seine Hinterlassenen, die allgemeine Empörung über seine Ermordung, die energischen, aber vergeblichen Versuche des Frankfurter Parlaments und der Sächsischen Kammern, die an seinem Tode Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, endlich die unzähligen Trauerfeiern und Trauerlieder in ganz Deutschland, deren schönstes Freiligrath sang: „Blum". Nur wenige Verse daraus mögen hier folgen:

Vor einundvierzig Jahren war's, da hat mit Macht geschrieen
Ein siebentägig Kölner Kind auf seiner Mutter Knieen!
Acht Tage sind's, da lag zu Wien ein blut'ger Mann im Sande —
Heut scholl ihm Neukomms Requiem zu Köln am Rheinesstrande.
So ehrt die treue Vaterstadt des Tonnenbinders Knaben —
Ihn, den die Schergen der Gewalt in Wien gemordet haben!
Ihn, der sich seinen Lebensweg, den steilen und den rauhen,
Auf bis zu Frankfurts Parlament mit starker Hand gehauen!

Ja, bis zum heutigen Tage ist das glücklich geeinte, starke und mächtige deutsche Vaterland Robert Blums eingedenk geblieben, und der große Baumeister des einigen Deutschlands, der die Ideale verwirklichte, für die Robert Blum auf der Brigittenau blutete, Fürst Bismarck, sagte am 23. Mai 1870 im Reichstag zu dem Verfasser:

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

„Ich habe Sie zu mir" (in das Zimmer des Bundeskanzlers hinter dem Sitzungssaale des Reichstags) „bitten lassen, um Ihnen in dieser Stunde, von der ich hoffe, daß sie für ganz Deutschland segensreich sein wird", (durch den Abschluß des deutschen Strafgesetzbuchs, wobei der Verfasser, unter dem „Pfui" der Sozialdemokraten für die Todesstrafe gestimmt hatte, um das Gesetz zu retten) „ein Bündnis anzubieten — nicht ein Bündnis zwischen uns oder zu Gunsten eines Lebenden, sondern ein Bündnis zu Gunsten eines Toten. Ich möchte Sie bitten, daß wenn jemals wieder Ihr Vater von den Herren, die heute Ihre Abstimmung mit ihrem „Pfui" begleiteten — den Herren Bebel und Hausknecht — dadurch herabgewürdigt werden sollte, daß sie ihn für einen der ihrigen erklären, daß Sie dann über alle Macht verfügen wollen, die ich etwa besitze, namentlich in der Presse, um dieses Bild rein zu halten. Ich bin ja damals, 1848 flg. ein scheußlicher Junker gewesen. Ich würde Ihren Vater auch haben erschießen lassen, wenn ich das hätte thun können. Ich würde auch Gottfried Kinkel haben erschießen lassen, obwohl ich mit ihm auf dem Fuße gegenseitiger Hochachtung stand. Aber ich urteile heute gerechter. Ihr Vater war liberal — sehr liberal — aber auch gut national. Er würde, wenn er heute noch lebte und im Reichstag säße, wohl auf denselben Bänken (unter den Nationalliberalen) Platz genommen haben, wie Sie."

Julius Fröbel, der dasselbe „verbrochen" hatte wie Robert Blum, und von noch erheblich radikalerer Gesinnung war, wurde zwar anstandshalber vom Wiener Standgericht gleichfalls zum Tode verurteilt, aber — wie der Neugraf Hübner a. a. O. S. 292 offen ausplaudert — deshalb vollständig „begnadigt und einfach als Landstreicher mittels Schub über die Grenze geschafft, weil sein Name in dem oben besprochenen Schreiben des Fürsten Felix an Windischgrätz" (dem Uriasbrief vom 7. November) „nicht erscheint." Das nannte sich in Österreich damals „Recht" und „Gerechtigkeit"!

Sechster Abschnitt.

Der Umschwung in Preußen (März bis November 1848).

Nach den Berliner Barrikadenkämpfen vom März 1848 sahen wir die preußische Hauptstadt im Zustande der Anarchie, die Regierung schwankend und haltlos, je nach den wechselnden Stimmungen des Königs (s. o. S. 191 flg.). Als eine Haupterrungenschaft der blutigen Märztage schätzte Berlin seine Bürgerwehr, die fortan, nach dem Abzuge der Truppen, die Ordnung und Ruhe der Hauptstadt allein wahren sollte.*) Dazu zeigte sie sich freilich schon in den

*) Für das Folgende sind hauptsächlich benutzt die bereits früher (o. S. 160 flg.) angeführten Schriften von Kuhr, „Denkwürdigkeiten aus dem Revolutionsjahr" Bd. 2 und „Das Volk in Waffen" von einem hohen preuß. Offizier. Ferner die Schrift „Die Berliner Bürgerwehr 1848" von ihrem Kommandanten Major O. Rimpler. Nobiling, „Die Berliner Bürgerwehr 1848" (1852). „Rückblicke auf die preußische

ersten Tagen und je länger je mehr ebenso untauglich als unlustig. Vielmehr machte sich schon von Anfang an „in ihren eigenen Reihen das anarchische Treiben breit." Am 18. April bildete sie, die berufene Hüterin der Ordnung, aus sich selbst einen „Bürgerwehr-Klub", der seine politische Gesinnung u. a. dadurch kennzeichnete, daß er am 12. Mai einen feierlichen Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen einlegte und durch Maueranschlag veröffentlichte. Weit heftiger noch demonstrierten natürlich, beiläufig bemerkt, die Berliner Volksmassen gegen diese Zurückberufung, namentlich vor dem Palais des Ministers Camphausen. Ende August wurde ein gleichfalls aus Mitgliedern der Bürgerwehr bestehender „demokratischer Bürgerwehr-Verein" begründet, der nach dem gewiß klassischen Zeugnis des gut demokratischen Bürgerwehr-Kommandanten Rimpler „den (der Ruhe, Ordnung und Manneszucht) widerstrebendsten politischen und sozialen Ansichten in der Bürgerwehr Geltung zu verschaffen suchte, alle Verwaltungsmaßregeln kritisierte und damit Anklang fand."

Im stärksten Gegensatze zu dieser lebhaften Beteiligung an der Tagespolitik und unbefugten Einmischung in die Maßregeln der Verwaltung, stand die dienstliche Pflichterfüllung der Bürgerwehr, die auch nach Rimplers Darstellung unter allen Erwartungen zurückblieb und unter aller Kritik erbärmlich ausfiel. Die Zuchtlosigkeit in den Reihen der Bürgerwehr war schon am 23. März so groß, daß eine Anzahl Bürgerwehrführer über Schritte beriet, um die Rückkehr der Garnison herbeizuführen. Tags darauf wurde mit dem Sammeln von Unterschriften zu einer entsprechenden Petition begonnen, und diese war schon am 27. mit 17000 Namen bedeckt, d. h. von über zwei Dritteln der jemals bewaffnet gewesenen Bürger, und wurde nun vom Bürgerwehr-Kommando selbst dem Ministerium überreicht. Infolge dessen rückten am 30. März drei Infanterie-Regimenter und am 1. April ein Ulanen-Regiment wieder in Berlin ein. Auf ihren eigenen Wunsch stellte die Bürgerwehr bereits vom 31. März ab nur die Wachen im Schloß, die „Königswache" und einen Posten vor dem Zeughaus. Leider aber war ihr auch fernerhin die Aufrechterhaltung der Ordnung allein überlassen. Bei allen Unruhen, von denen wir noch berichten werden, zeigte sie sich äußerst saumselig, unzuverlässig und wenig mutig. Es wurde daher neben ihr in der „Schutzwehr" — der heutigen Schutzmannschaft — eine zuverlässigere und brauchbarere, namentlich pünktlichere Ordnungstruppe geschaffen, die freilich das Mißbehagen der roten Demokraten im Bürgerwehrkleide so sehr erregte, daß am 21. August von der Bürgerwehr sogar auf die Schutzmannschaft geschossen wurde.

Nationalversammlung und ihre Koryphäen" (1849). Stenogr. Berichte der preuß. Nationalversammlung von 1848. v. Unruh, „Erfahrungen aus den letzten drei Jahren" (1851). v. Brandt, „Das Leben des Generals der Infanterie v. Brandt" Bd. III. v. Meerheimb, „General-Feldmarschall v. Wrangel" (1875). Außerdem zahlreiche Flugschriften und Flugblätter der Zeit, von denen einige diesem Werke anliegen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gerade im Interesse der Erhaltung der errungenen Freiheiten und zur Niederhaltung der im Stillen fortwühlenden Reaktion wäre aber die strenge und ernste Bewahrung der Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt um so notwendiger gewesen, je rücksichtsloser zahlreiche Demagogen in den Berliner Klubs die neue Vereins- und Versammlungsfreiheit dazu mißbrauchten, die gärenden Massen zu neuen Gewaltthaten und Aufständen aufzureizen und auf den Umsturz alles Bestehenden hinzuarbeiten. Die Stockung allen Geschäftslebens und -Verkehrs, die dadurch erzeugte vielfache Arbeitslosigkeit und Teuerung, die sich infolge jeder revolutionären Erschütterung einzustellen pflegt, führten dieser Agitation immer große Massen feiernder Arbeiter u. s. w. zu. Die gemäßigten Klubs verschwanden gegenüber den demokratisch-republikanischen, welche mehr oder minder offen die rote sozialistische Republik anerkannten und anstrebten, bald ganz im Hintergrunde. Die roten Klubs dagegen, stark durch die Zahl ihrer Mitglieder, mächtig durch die zur Schau getragenen Grundsätze einer für ideal gehaltenen Freiheit und Gleichheit, eines das Glück der niederen Volksschichten vergeblich erstrebenden Humanismus, welche ihnen einen großen Teil des Volkes und der Jugend zuwendeten, traten immer kühner hervor. In Verbindung mit den von ihnen geleiteten Volksversammlungen, übten sie durch die von ihnen ausgehenden Maueranschläge und die Preßorgane, die sich offen zur Republick bekannten, einen unglaublichen Einfluß auf die öffentliche Meinung. Wurde doch in offenen Volksversammlungen schon bald nach den blutigen Berliner Märztagen von Tausenden die eidliche Verpflichtung auf das republikanische Bekenntnis gefordet und geleistet, und zu den gewaltthätigsten Kundgebungen jede Gelegenheit benutzt. Auch wurden von hier aus häufig die aufregendsten Märchen: bald die Nachricht vom Ausbruch einer allgemeinen Revolution, bald die Enthüllung eines großartigen allgemeinen Reaktionsplanes, durch die gärende Stadt verbreitet.

Baron Beisele und sein Hofmeister Eisele bewundern das mit 4000 Pfd. Speck gespickte Berliner Zeughaus. (In Bezug auf eines der Heldschen Gerüchte, daß das Zeughaus für einrückende Truppen mit Speck verproviantiert sei.)
Faksimile aus den „Fliegenden Blättern", 1848.

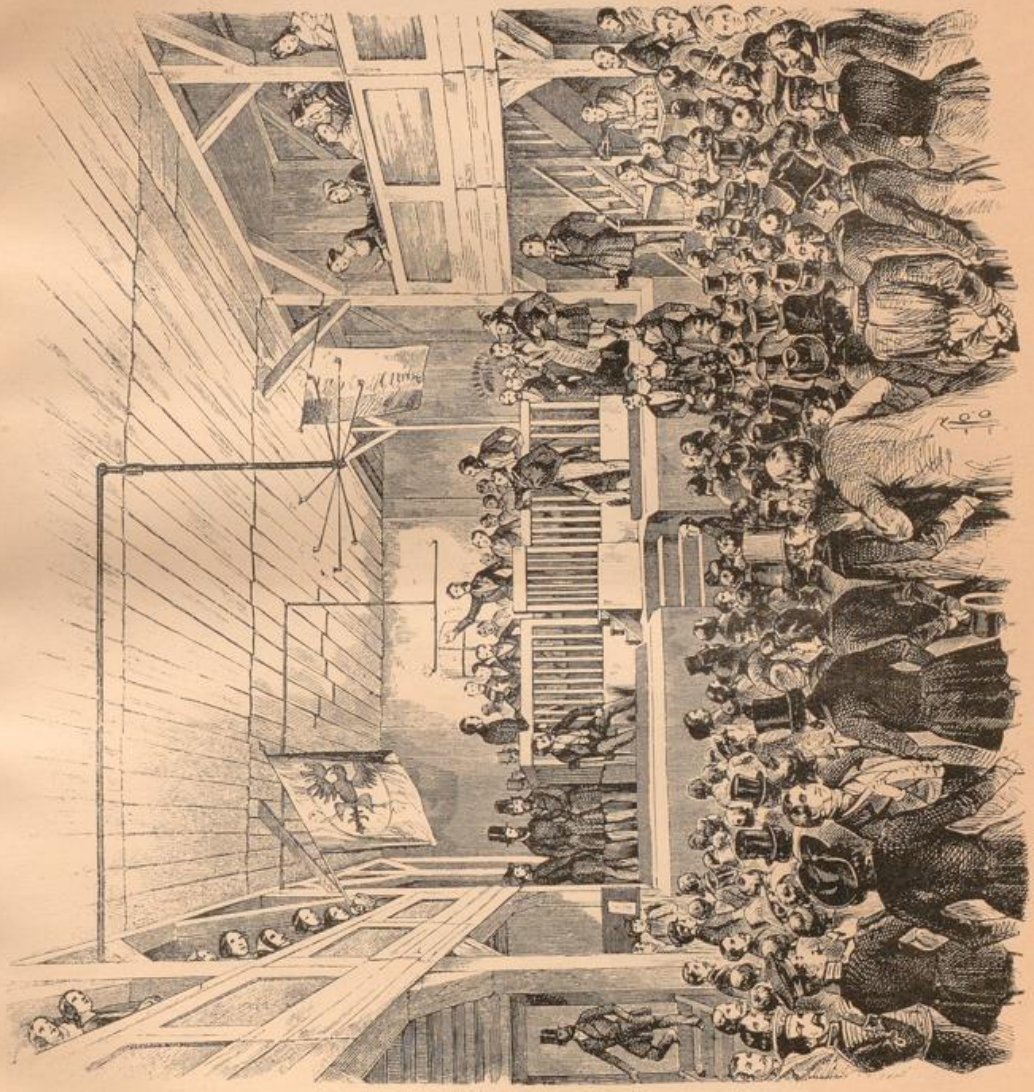
Einer der ersten und gefährlichsten Vereine dieser Art auf dem Gebiete der aktiven Revolution war der von Georg Jung ins Leben gerufene „Politische Klub", ursprünglich eine Gesellschaft junger Schriftsteller und Studenten, deren gemeinsame Bestrebungen aber ausgesprochenermaßen auf Errichtung der Republik hinausgingen. Jung war aus den Volksrednern der Zelte hervorvorgegangen und wurde in die preußische Nationalversammlung gewählt. Nachdem er dort eingetreten war, übernahm sein Schwager Schramm den Vorsitz

des Klubs, dessen Namen er aber zu farblos fand und daher in „Demokratischer Klub" abänderte, mit der bezeichnenden Kundgebung: „der Klub nennt sich ein Kind der Revolution und sieht als die einzig haltbare Verfassung die demokratisch-soziale Republik an." Dieser Klub wurde fortan der mächtigste und bestorganisierte Berlins. Er teilte sich in 22 Sektionen, deren jede ihr besonderes Sitzungslokal und, als Ausgangspunkte für gemeinsame Wirksamkeit bei öffentlichen Aufläufen und Ruhestörungen ihre vorher bestimmten Sammelplätze hatte.*) In diesen Sektionen und in anderen Klubs waren nun die Lieblinge des souveränen Volkes von Berlin unablässig thätig; vor allen der vormalige preußische Offizier, dann Schauspieler und Litterat, nun politische Abenteurer und Redakteur des Berliner „Volksblattes" F. W. Alexander Held (geb. 1813), der die Massen durch wilde Beredsamkeit entzückte, daneben aber aus unlauteren Quellen die Mittel zu einem höchst luxuriösen und verschwenderischen Leben schöpfte. Nach dem Sinken der Revolution trat er ungescheut in den Sold der preußischen Regierung. Nicht viel sauberer wie er, waren die anderen Berliner Klubführer, der bankrutte Kaufmann Müller, Lindenmüller benannt, der u. a. am 21. August die geistreiche Losung ausgab, die Spitze des Nationaldenkmals auf dem Kreuzberg rot anzustreichen; dann „Vater" Karbe, Ottensosser u. a. Auch die sogenannten „ehernen Säulen der Demokratie", die auf Staatskosten an den Rehbergen beschäftigten Arbeiter, „die Rehberger" genannt, und „die Maschinenbauer", die in den republikanischen Versammlungen massenhaft aufzutreten pflegten, waren recht wenig vertrauenerweckend.

Man kann sich denken, wie unter solchen Umständen die am 22. Mai in Berlin zusammentretende preußische Nationalversammlung sich gestaltete. Unter 372 Abgeordneten zählte hier die äußerste Linke zwar nur 30 bis 40 Stimmen, aber sie hatte die Berliner Klubs, Presse, Volksmassen immer zur Hand, verhandelte mit letzteren auch ungescheut durch die Fenster des Sitzungslokales, der Singakademie, und gelangte dadurch bald zur Terrorisierung der ihr zehnfach überlegenen Mehrheit wie der Regierung. Außerdem beging die Regierung den folgenschweren Mißgriff, daß sie der Versammlung, die nur zur Beratung, „Vereinbarung", der preußischen Verfassung berufen war, eine Reihe wichtiger organischer Gesetze vorlegte, so daß die Versammlung sich in ihrer Wichtigkeit und Machtvollkommenheit bedeutend gehoben fühlte, und das Streben der fortgeschrittensten Radikalen, die Versammlung zum allmächtigen Konvent aufzuspielen, erheblich gefördert wurde. Die erste Probe auf die Stimmung des hohen Hauses machten die Anhänger dieser Richtung am 8. Juni. An eben diesem Tage war der Prinz von Preußen, nach seiner Rückkehr von Eng-

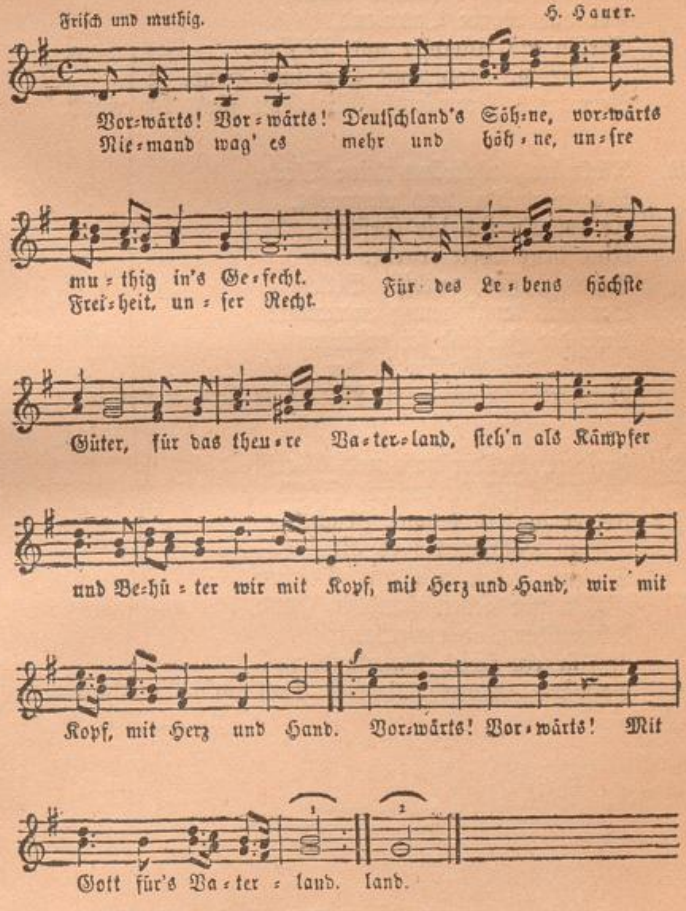
*) Sektion 1 bis 4 bei der Börse, 7 bis 10 Gensdarmenmarkt, 11 bis 13 Belle-Alliance-Platz, 5. 6. 14 Spittelmarkt, 15 bis 17 Schloß Monbijou (Tiergarten), 18 bis 22 Alexanderplatz.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN



Sitzung des republikanischen Klubs im Sommer 1848 zu Berlin.

Berliner Demokraten-Marsch.



1. Vorwärts! Vorwärts! Deutschlands Söhne,
Vorwärts muthig in's Gefecht.
Niemand wag' es mehr und höhne,
Unsre Freiheit, unser Recht.
Für des Lebens höchste Güter,
Für das theure Vaterland,
Steh'n als Kämpfer und Behüter
:,: Wir mit Kopf, mit Herz und Hand. :,:
Vorwärts! Vorwärts! Mit Gott für's Vaterland.

2. Rückwärts, rückwärts keine Blicke,
Mag vergeh'n, was untergeht.
Es erfüll'n sich die Geschicke,
Eine neue Welt ersteht.
Leeres Hoffen, weibisch Bitten,
Hat uns lang' genug entmannt;
Auf, die Zukunft sei erstritten
:,: Mit den Waffen in der Hand. :,:
Vorwärts! Vorwärts! Mit Gott für's Vaterland.

3. Freiheit, Brüderschaft und Gleichheit,
Strahlen hell in unserm Schild,
Keiner zag' in banger Feigheit,
Sie zu wahren, wo es gilt.
So zum Leben, wie zum Sterben,
Woll'n wir gehen Hand in Hand,
Leben oder Tod erwerben
:,: Für ein freies Vaterland. :,:
Vorwärts! Vorwärts! Mit Gott für's Vaterland.

Moritz Loevinson.

Druck von C. Striese & Comp., Wallstraße 61.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

land, als erwählter Abgeordneter für den Wirsitzer Kreis in die Versammlung eingetreten und hatte sich nach einer würdevollen Erklärung zurückgezogen. Da stellte, gleichsam ihm zum Hohne, der Abg. Berends den Antrag: „die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben.“ Berends war ursprünglich ein ehrsamer Predigtamts-Kandidat gewesen, hatte aber in seiner Probepredigt (Jesus bei den Zöllnern und Sündern, Lukas 15, 1—10) sich als reiner Kommunist erwiesen, die kommunistischen Lehrsätze auch ungescheut in den Bibeltext eingeflochten, und war darauf jeden geistlichen und Schulamtes für unfähig erklärt worden. Um so bereitwilliger stellten ihm zwei Wahlkreise der „Stadt der Intelligenz“ Berlin in den Maiwahlen von 1848 das Zeugnis der Reife zum Abgeordneten aus. Wahrlich, ein beredtes Zeugnis für die damals in Berlin herrschenden Anschauungen und Zustände! Nach zweitägiger Verhandlung, am 9. Juni, ging die Nationalversammlung zwar mit 19 Stimmen Mehrheit über den Antrag Berends zur motivierten Tagesordnung über, aber diese „Motivierung“ (nach dem Antrag Zachariä) enthielt doch eine ziemlich lebhafte Anerkennung der Revolution, da die Tagesordnung nur beschritten wurde „in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dasselbe unbestritten ist.“ Diese Entscheidung genügte aber den vor der Singakademie zusammengerotteten „Volks“haufen durchaus nicht. Schon während der Verhandlung drangen die Rotten in das Haus und sogar in den Sitzungssaal und wurden nur mühsam entfernt. Dann aber wurden, bei ihrem Austritt aus dem Saale, die Minister, Regierungskommissare und Mitglieder der Rechten mit allen möglichen Zeichen des Mißfallens überschüttet. Sie mußten durch den Spalier bildenden Pöbel förmlich Spießruten laufen. Man wies ihnen mit nicht mißzuverstehender Geberde, oder drohenden zweckentsprechenden Worten, Stricke vor, hielt geballte Fäuste vor sie hin, spie sie an. Die Abgeordneten der Linken dagegen wurden jubelnd begrüßt, manche auf den Schultern getragen. So ging es nicht bloß an diesem Tage, sondern nach jeder erregten Sitzung bis zur endlichen Auflösung der Versammlung am 9. November. Die biedere Bürgerwehr verhielt sich dabei natürlich völlig unthätig, ja weigerte sich ausdrücklich, den Bedrängten und Mißhandelten Schutz zu leisten.

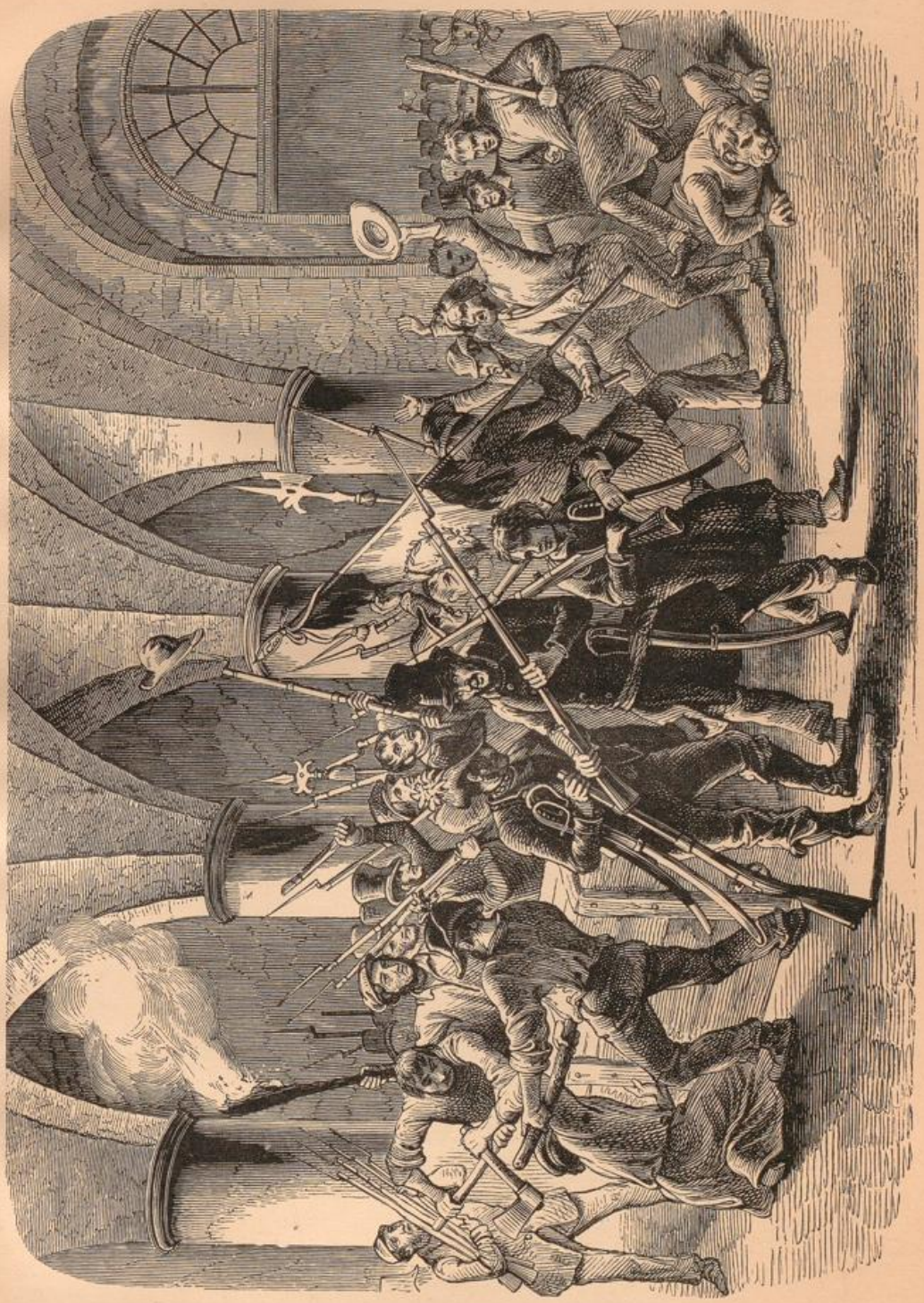
Der König neigte sich schon nach diesen stürmischen Auftritten dazu, die Nationalversammlung aufzulösen. Aber seine vertrauten Ratgeber, wie Baron Stockmar, rieten ihm davon ab, dagegen zu kräftigen Maßregeln, um die Anarchie in Berlin zu unterdrücken. Dazu konnte sich aber wieder der König nicht entschließen. Denn er war noch „liberal“. Er hatte noch im März, an Stelle des Grafen Arnim, Ludolf Camphausen an die Spitze des Mini-

steriums gestellt — den wir schon als einen der Wortführer der Opposition im Vereinigten preuß. Landtage von 1847 und dann aus seinen Verhandlungen mit Gagern über die deutsche Centralgewalt (s. o. S. 288) kennen gelernt haben. Camphausen hatte der Nationalversammlung einen sehr freisinnigen Verfassungsentwurf nach belgischem Muster vorgelegt, das Haus aber trotzdem daran Anstoß genommen, weil der Entwurf, wie in Belgien, eine Erste Kammer beibehielt, und die Berichterstattung Waldeck übertragen, der sich durchaus nicht beeilte, um, wie er offen eingestand, die Versammlung möglichst lange bei einander zu halten.

Inzwischen folgten den groben Exzessen vom 9. Mai bald andere mindestens ebenso schwere auf dem Fuße. Die Katzenmusiken, welche allnächtlich das Haberfeldtreiben gegen Unbeliebte markierten, nahmen kein Ende. Am 30. Mai drang ein großer Volkshaufe in die Privatwohnung des aufrichtig liberalen Ministers v. Patow, forderte unter Drohungen Arbeit und Brot — getrunken hatten die Wackern offenbar genug — und ließ sich nur dadurch zum Rückzug bewegen, daß der freundliche Herr jedem der „Bedürftigsten" ein Zehngroschenstück verabreichen ließ. Die Bürgerwehr griff natürlich bei diesem frevelhaften Landfriedensbruch nicht ein; ebensowenig am 14. Juni, als die vom Tierarzt Urban mit Branntwein regalierten Straßenfeger und „Arbeiter" die neuen, an den Eingängen zum königlichen Schlosse eingehängten Gitter wieder aushoben, in die Spree warfen oder zur Universität trugen. Durch diese straflos vollbrachten Heldenthaten hatte der Pöbel aber den Mut zu einer neuen größeren Kraftprobe gewonnen.

Ministerpräsident Camphausen.
Gezeichnet von Hellwig, lithographiert von Beck, 1848.

An demselben 14. Juni nachmittags und abends wurde nämlich der Zeughaussturm eingeleitet. Pöbelmassen drängten so unbändig gegen die dort postierte schwache Bürgerwehr an, daß auf ihren schmerzvollen Hilfeschrei der Kriegsminister darein willigte, die unteren Räume des Zeughauses von dem „Handwerker-Verein" besetzen zu lassen, der sich für redliche Bewachung verbürgt hatte, nur die oberen Räume vom Militär. Die Bürgerwehr hatte sich



Plünderung des Zeughauses am 14. Juni 1848 zu Berlin.

Der Unterzeichnete b
sein, nämlich insofern er
fangen soll.

Er begreift, wie E
ihre bessere Erkenntniß, a
wie man, in unglücklicher
Bauernschaft zu derartige
das ist, wie man sich mi
hat weder die Ehre, Be
in Berlin anwesend gew
sieht er ab, wie er auf
und was endlich den S
ihm verlangen, daß er a

Aber vielleicht soll
dies kann ich nicht glaub
than zu haben scheint, s

Ich befördere den
buchstäblich, doch dem
was sie von diesem gute

Zwar eines Urtheil
fel darüber möglich ist.

Berlin, 9. Mai 1

Merkwürdiger Bauern-Brief

aus

Westpreußen.

Besonderer Abdruck aus der „Deutschen Arbeiter-Zeitung" Nr. 11.

Die Constitutionelle Club-Zeitung Nr. 6 enthält Folgendes:

„Nach so vielen erfreulichen und anregenden Mittheilungen, Mittheilungen, welche Zeugniß davon geben, wie überall im Vaterlande die Theilnahme an unseren öffentlichen Zuständen Wurzel schlägt und wie die Ideen, welche unserer Vereinigung zu Grunde lagen, überall in den verschiedensten Gegenden, freiwillig, in natürlichem Einverständniß, als diejenigen anerkannt werden, auf denen das nächste Heil unserer Zeit beruht, — können wir nicht umhin, ein Document entgegengesetzter Richtung mitzutheilen, ein Document, welches, wenn auch allerdings sehr belustigend, doch nichts weniger als erfreulich ist.

So eben nämlich (den 8ten Abends) geht dem Unterzeichneten durch die hiesige Post nachstehendes Schreiben, mit dem Poststempel: Thorn, 4. Mai versehen, zu:

Wir Bauern aus Westpreußen kündigen euch Berlinern an, daß, wenn ihr nun nicht bald Zucht und Ordnung in eurem verfluchten Nest herstellen und unsern allgeliebten König in seine Rechte wieder einsetzen werdet, wir Bauern zu Hülfe kommen werden, daß euch Schuften Hören und Sehen vergehen soll. Ihr Hunde habt die verrätherischen Pollaken befreit und gegen uns angehetzt, die nun sengen und morden, ihr habt unsere Söhne und Brüder, die Gardisten, verrathen und geschlachtet; das soll euch gedacht bleiben, besonders da ihr deshalb noch das Maul voll nehmt und zu feig seid, euren Pöbel zu bändigen. Ihr Hallunken habt den Staatsschatz geplündert und anderes Staatseigenthum, wozu wir unser Geld beigesteuert, muthwillig zerstört; das sollt ihr uns ersetzen. Vor eurer Ruchlosigkeit hat der Prinz von Preußen fliehen müssen und wenn ihr nicht dafür sorgt, daß der Prinz bis zum 24. Mai d. J. wieder in seinem Recht und im Lande ist, so sollt ihr die Westpreußen kennen lernen; denn eure Räuberhöhle soll an hundert Stellen zugleich brennen. Wir Bauern wollen euch nicht ernähren, damit eure Brut uns zu Grunde richtet. Denkt an den 24. Mai, wir werden euch das Nachaffen der Franzosen lehren.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Unterzeichnete bekennt, durch diesen Brief einigermaßen in Verlegenheit gesetzt zu sein, nämlich insofern er nicht weiß, wie er gerade dazu kommt und was er mit ihm anfangen soll.

Er begreift, wie Einzelne, in unseliger Verblendung, festhalten können, selbst, gegen ihre bessere Erkenntniß, an Ansichten, wie sie in diesem Briefe geäußert werden; er begreift, wie man, in unglücklicher Partheileidenschaft, den ehrenwerthen Namen der westpreußischen Bauernschaft zu derartigen Demonstrationen mißbrauchen kann: aber was er nicht begreift, das ist, wie man sich mit diesem Allen gerade an ihn wenden konnte. Der Unterzeichnet hat weder die Ehre, Berliner zu sein, noch ist er am 18. und 19. März überhaupt nur in Berlin anwesend gewesen; er hat den Prinzen von Preußen weder gehen heißen, noch sieht er ab, wie er auf die Rückkunft des Prinzen irgend einigen Einfluß äußern soll: und was endlich den Staatsschatz betrifft, so wird kein Mensch erst eine Versicherung von ihm verlangen, daß er an der vermeintlichen „Plünderung" desselben keinen Antheil hat.

Aber vielleicht soll der Brief dem Constitutionellen Club als solchem gelten? — Auch dies kann ich nicht glauben, da der Club mir, bis in neueste Zeit, noch nicht genug gethan zu haben scheint, sich die Ehre eines derartigen Angriffes zu erwerben.

Ich befördere den Brief also hiemit an diejenige Adresse, an welche er, wenn nicht buchstäblich, doch dem Inhalte nach, gerichtet ist; mögen die Berliner selbst beurtheilen, was sie von diesem guten Thorner halten wollen.

Zwar eines Urtheilspruches bedarf es dazu nicht einmal — deshalb, weil kein Zweifel darüber möglich ist.

Berlin, 9. Mai 1848.

Robert Prutz."

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin, Johannisstraße 4.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ekennt, durch diesen Brief einigermaßen in Verlegenheit gesetzt zu
nicht weiß, wie er gerade dazu kommt und was er mit ihm an=

inzelne, in unseliger Verblendung, festhalten können, selbst, gegen
Ansichten, wie sie in diesem Briefe geäußert werden; er begreift,
Partheileidenschaft, den ehrenwerthen Namen der westpreußischen,
n Demonstrationen mißbrauchen kann: aber was er nicht begreifte
t diesem Allen gerade an ihn wenden konnte. Der Unterzeichnet
rliner zu sein, noch ist er am 18. und 19. März überhaupt nur
esen; er hat den Prinzen von Preußen weder gehen heißen, noch
die Rückkunft des Prinzen irgend einigen Einfluß äußern soll:
taatsschatz betrifft, so wird kein Mensch erst eine Versicherung von
der vermeintlichen „Plünderung" desselben keinen Antheil hat.

der Brief dem Constitutionellen Club als solchem gelten? — Auch
en, da der Club mir, bis in neueste Zeit, noch nicht genug ge=
ich die Ehre eines derartigen Angriffes zu erwerben.

Brief also hiemit an diejenige Adresse, an welche er, wenn nicht
nhalte nach, gerichtet ist; mögen die Berliner selbst beurtheilen,
Thorner halten wollen.

spruches bedarf es dazu nicht einmal — deshalb, weil kein Zwei=

848.

Robert Prutz."

soweit entwürdigt, vom Pöbel ihre Gewehre untersuchen und feststellen zu lassen, daß sie nicht geladen seien. Sobald nun aber der „Handwerker-Verein" die Wache bezogen hatte und die schwächliche Bürgerwehr abgezogen war, begann ein Steinhagel gegen die oberen Fenster, drang dann der Pöbel, durch den biederen „Handwerker-Verein" ungehindert, in das Zeughausthor ein, überflutete die Räume des Erdgeschosses und schleppte alles vorrätige Blei fort, sowie 1100 Stück Gewehre neuester Konstruktion, die bis dahin als strengstes Geheimnis bewahrt worden war. Es waren die ersten Zündnadelgewehre. Dann wurde die Besatzung der oberen Räume durch die Vorspiegelung zum Abzug bewogen: alle Truppen hätten Berlin bereits verlassen, der im Zeughause kommandierende Offizier sei der Letzte seiner Kompagnie, der König habe bereits Potsdam verlassen u. s. w. Diese Lügen schwindelten besonders ein Premierlieutenant a. D. Techow und ein Dr. Eichler den Truppen vor, und darauf wurde der obere Raum schmachvollerweise von den Truppen preisgegeben. Der Pöbel drang ein, und nun begann auch dort ein grauenvoller Auftritt der Plünderung, des Diebstahls und der schamlosesten Zerstörung. Wir schildern ihn nach dem amtlichen Bericht des Regierungskommissars in der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Juni (Sten. Ber. S. 233):

Die schönsten neuen Gewehre, mehrere Tausend, wurden geraubt, die wertvollen alten Waffen, und — wunderbar — vorzugsweise die mit Silber beschlagenen und mit kunstvollen Elfenbeinarbeiten verzierten, wurden gestohlen; die schönen Modelle der hiesigen und fremden Artillerie, in kurzer Zeit gar nicht wiederherstellbar, wurden zertrümmert, zertreten und heruntergeworfen. Die mit preußischem Blut eroberten feindlichen Fahnen wurden teilweise von den Wänden gerissen, zerbrochen und zertreten... Ein großer Teil derselben Waffen, die aus dem Zeughause gestohlen wurden, ist noch in derselben Nacht für einen Spottpreis verkauft worden. Es war also nicht, wie man behaupten möchte, das Streben nach Wehrbarkeit, das Streben sich Verteidigungswaffen in die Hand zu bringen, was den Angriff auf das Zeughaus hervorgerufen hat!"

Nein, das vaterlandslose kommunistische Raubgesindel war an seiner „weltgeschichtlichen" Arbeit gewesen! Der Zeughaussturm war der Glanzpunkt der „sieg- und glorreichen" Berliner Revolution, gegen die sich fortan der Grimm und Ekel aller aufrichtig, aber gemäßigt liberalen Kreise Preußens und Deutschlands noch stärker als bisher wendete. Rudolf v. Gneist, der berühmte Rechtslehrer und Abgeordnete, der 1848 der Berliner Bürgerwehr angehörte, schildert in seiner Schrift „Berliner Zustände" anschaulich, wie die Bürgerwehr vor dem Zeughause vielen der aus den Fenstern Steigenden die gestohlenen Waffen wieder abnahm, jedem mit einer schallenden Ohrfeige. Der König, der sich schon im Mai aus der unzureichenden Obhut der Bürgerwehr nach Potsdam begeben hatte, und dessen Verkehr mit den Ministern von Potsdam aus daher wesentlich erschwert war, flammte bei der Nachricht von dem frevelhaften Zeughaussturm zornig auf und sandte sofort dem Minister Camphausen die Entlassung, da er

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

glaubte, nur dessen Milde habe diese Schandthat ermöglicht. Dabei vergaß der König freilich, daß er selbst kräftigem Einschreiten gegen die Berliner Anarchie am meisten widerstrebte, namentlich indem er den Widerstand gegen die Aufrührer immer nur der elenden, feigen und zuchtlosen Bürgerwehr überließ —, nachdem sie sich im März dieses Privilegium doch nur durch das Gelöbnis ordnungstreuer Pflichterfüllung erworben hatte — und leider nicht den zuver-

Ein Mitglied des konstitutionellen Klubs erforscht die Stimmung der arbeitenden Klassen.
Nach der Originalzeichnung, 1848, von Julien Raymond de Baux.

lässigen Truppen. Das neue Ministerium behielt aber gleichwohl noch die liberale Farbe, da der König an dessen Spitze Camphausens Freund und Kollegen vom preußischen Vereinigten Landtag Rudolf von Auerswald stellte, neben dem Hansemann die Finanzen behielt und einige gemäßigt liberale Abgeordnete, wie Rodbertus, Milde, Gierke, Märcker berufen wurden.

Auch in der Nationalverſammlung hatte der Zeughausſturm ein bezeichnendes Nachſpiel. Der Präſident der Nationalverſammlung Milde hatte nämlich am 15. Juni an das Kommando der Bürgerwehr die nach den furchtbaren Auftritten des Vortages begreifliche Anfrage gerichtet: „was für Maßregeln getroffen ſind, um ausreichenden Schutz für die heutige Sitzung der Nationalverſammlung derſelben zu gewähren“ und darauf vom Kommandanten folgende faſt unglaubliche amtliche Antwort erhalten: „Nach Lage der Dinge bin ich nicht im Stande (der Stenogr. Bericht verzeichnet beim Verleſen dieſer Stelle „Gelächter“) irgend eine Garantie zu übernehmen. Zwar iſt Mannſchaft beſtellt, ob ſie aber erſcheinen wird, weiß ich nicht (laut des Stenogr. Bericht „Heiterkeit“), noch weniger, ob ſie ihrer Pflicht genügt nach den Erfahrungen von geſtern.“ Angeſichts dieſer amtlich feſtgeſtellten völligen Schutzloſigkeit der Verſammlung, wäre als das Natürlichſte erſchienen, wenn dieſe der Anregung der Rechten gefolgt wäre: die Regierung zu erſuchen, die Verſammlung von Berlin hinwegzuverlegen, um ſie dem Terrorismus des Pöbels zu entziehen. Statt deſſen aber wurde unbegreiflicherweiſe der Antrag Uhlich angenommen: „die hohe Verſammlung wolle erklären, daß ſie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, ſondern ſich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung“ — der Zeughausſtürmer! — „ſtelle“. Selbſt Major Rimpler findet dieſen Beſchluß beklagenswert, da „dadurch die Bürgerwehr verhindert wurde, unmittelbar das Ständehaus zu beſetzen, ein Nachteil, der ſich ſpäterhin ſehr unglücklich herausſtellte“. Die Annahme des Antrages Uhlich zeigte jedenfalls deutlich, daß die Mehrheit des „hohen“ Hauſes bereits jetzt vom Pöbel ſoweit terroriſiert war, daß ſie auch dem leiſeſten Konflikt mit demſelben aus dem Wege ging, und deshalb verließ ein Teil der Rechten nach Annahme des Antrages Uhlich die Verſammlung und Berlin, da das preußiſche Parlament nicht mehr frei ſei.

Die Exzeſſe des Pöbels wandten ſich in den nächſten Wochen nun einem neuen Sport zu: dem Abreißen preußiſcher Kokkarden und Fahnen, die der Mob nach Einſetzung der proviſoriſchen Centralgewalt in Frankfurt neben den deutſchen nicht mehr dulden wollte. Da aber dieſes Wüten wider die Landesfarben gegenüber erwachſenen preußiſchen Soldaten nicht rätlich erſchien, ſo übte der Pöbel ſeine „patriotiſche Pflicht“ wenigſtens an wehrloſen Kadetten aus, denen er die preußiſchen Kokkarden abriß, um ſie in den Kot zu treten. Darauf rückte am 7. Juli, auf Erſuchen der ſtädtiſchen Behörden, und zwar ohne diesmal die Bürgerwehr um gütige Erlaubnis zu bitten, noch das 12. Infanterieregiment zum Schutze Berlins in die Stadt ein.

Die Stimmung der monarchiſch geſinnten Kreiſe des Volkes über dieſes jedes Preußenherz aufs tiefſte empörende Treiben des Berliner Pöbels machte ſich auf draſtiſche Weiſe am 20. Auguſt in Potsdam bemerkbar. Hier hatte ſich Mitte Auguſt ein demokratiſcher Klub gebildet, deſſen Tendenzen von dem größten Teil der dortigen Einwohnerſchaft mißbilligt wurden. Als ſich dieſer

Klub nun am 20. August versammelte, wurden dessen Mitglieder von einem etwa 100 Mann starken Potsdamer Volkshaufen überfallen und — ganz nach demokratischem Berliner Muster — durchgeprügelt. Die Mitglieder eines demokratischen Klubs durften aber — nach dem Berliner Begriff von „konstitutionellen Freiheiten" — nur selbst prügeln, nicht geprügelt werden. Letzteres war ein Majestätsverbrechen am souveränen Volke, der Beweis für einen von der freiheitsmörderischen Regierung geplanten Staatsstreich. Darum hetzten die Wühler Edgar Bauer und Dowiat am 21. August in Berlin den Pöbel zu neuen Exzessen auf. Die Minister sollten durch Verwüstung ihrer Häuser zur Niederlegung ihrer Ämter gezwungen werden. Der tapferen Schutzmannschaft war zu danken, daß das Zerstörungswerk nur teilweise gelang und die Vandalen zu Paaren getrieben wurden. Die zu einem Festmahl bei Kroll versammelte Bürgerwehr ließ sich nicht sehen.

In Schweidnitz hatte ein Teil der unter dem Oberbefehl des Grafen Brandenburg stehenden schlesischen Truppen am 31. Juli wieder einmal gezeigt, wie solchen bewaffneten Friedensstörungen zu begegnen sei. Dort hatten 22 Rebellen ihren Frevel mit dem Tode im Kampfe gebüßt. Der Hauptvertreter des schlesischen Republikanismus, der Abgeordnete Stein aus Breslau, eigentlich Oberlehrer an einer höheren Bürgerschule, war natürlich keinen Augenblick zweifelhaft darüber, daß die Schuld des blutigen Vorganges in Schweidnitz allein die Offiziere treffe, die der neuen Ordnung der Dinge gern mit Gewalt ein Ende machen möchten. Die Mehrheit der Versammlung war jedoch dieser Überzeugung noch nicht ohne weiteres, sondern beschloß am 9. August die Niedersetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Thatbestandes des Schweidnitzer Ereignisses, nahm aber gleichzeitig, also ohne nur das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, folgenden Antrag Stein an:]

„Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Civil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen." Ja, mit einer Stimme Mehrheit (180 gegen 179) fand sogar der Antrag von Schulz (Wänzleben) Annahme: „und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten."

Das gesamte Staatsministerium erklärte darauf in einem Beschlusse vom 2. September:

„Allgemeine Erlasse, wie dieser (von der Versammlung am 9. August geforderte), sind nach unserer pflichtmäßigen Überzeugung nicht entsprechend dem Geiste und Wesen einer Armee. Sie sind geeignet, an Stelle des vertrauensvollen Gehorsams, womit der Offizier und Soldat — jeder auf seinem Standpunkte — den Befehl seines Oberen auszuführen hat, den Geist des Mißtrauens zu setzen, welcher Disziplin und Ordnung und den ganzen Wert der Armee mit der Zeit untergraben würde. Wir glauben daher, daß ein solcher Erlaß an die Armee von verderblichen Folgen sein werde und halten es für

Mißhandlung der Demokraten am 20 August 1848 zu Charlottenburg.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Schreckenscenen

in Charlottenburg

oder

die Abschlachtung der Demokraten

am Sonntag den 20. August.

Berliner! Ihr wißt wie sich die Charlottenburger am 19. März gegen die unglücklichen Gefangenen, von denen viele auf den Tod verwundet waren, benommen haben; die Mißhandlung der Studenten sind auch gewiß ebenfalls noch im frischen Andenken; aber die Greuelthaten des 20. August setzen ihren Heldenthaten erst die Krone auf. —

Charlottenburg ist mit Recht das reactionärste Nest im ganzen preußischen Staat, Teltow und den „patriotischen Verein“ könnte man freisinnig dagegen nennen. Man denke sich also die Wuth dieser Ultra-Reactionärs, als hier am 12. August eine Gesellschaft junger Männer zusammentrat, um hier wie in Spandow, Moabit und andern kleinen Orten, einen demokratischen Verein zu stiften. Der Ansicht dieser Parthei nach mußte dadurch die Welt wenigstens aus dem Leim gehen. Von allen Seiten gingen dem Vereine geheime Warnungen und Drohungen zu, die von den Mitgliedern natürlich unbeachtet blieben, da sich der Verein auf dem Rechtsboden befand, und nur von der Erlaubniß „sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen versammeln zu dürfen“ Gebrauch machte. Die Gegner mußten also zu andern Mitteln ihre Zuflucht nehmen, um den gefährlichen Verein zu stören, und darum waren sie auch gar nicht verlegen. Man miethete eine Horde Bestien, gab ihnen Geld und Branntwein, so viel sie trinken wollten, sagte ihnen, daß die Republikaner (womit man die Demokraten bezeichnete) den König fortjagen, den Thron umstürzen und wieder Barrikaden bauen wollten, daß diese Leute an keinen Gott glaubten, wie ja Held öffentlich ausgesprochen habe, und daß nicht eher Ruhe und Friede, und was die Hauptsache, Verdienst wieder komme, bis diese alle von der Welt vertilgt seien. Die bezahlten Subjekte, die nicht einmal wissen, ob man die Republik erst kochen, oder ob man sie roh verzehren kann, schworen nun beim Branntweinglase „Tod allen republikanisch Gesinnten!“ und setzten die Ausrottung derselben, auf Sonntag den 20. August fest. Am Vormittage dieses Sonntages sollte eine Versammlung des Vereins in einem öffentlichen Local stattfinden, doch ließ der Wirth desselben einige Stunden vor der anberaumten Zusammenkunft sagen: „man habe ihm gedroht, sein ganzes Haus zu demoliren, wenn er die „gottesläſterlichen Republikaner“ bei sich aufnehme.

Daß es Ernst mit dieser Drohung sei, ging daraus hervor, daß sich schon während des Gottesdienstes große Massen von Straßenjungen und ihnen geistesverwandtem Gesichter vor dem Hause sammelten, und ein, ruhig des Weges kommender, zu dem Vereine gehöriger junger Mann wurde sogleich mit Pfeifen und Steinwürfen empfangen. Weder Polizei noch Bürgerwehr ließen sich sehen, um den Haufen Ruhestörer zu zerstreuen. Ich befand mich mit noch einigen Mitgliedern bei dem Buchhändler Herrn Egbert Bauer, wo beschlossen wurde, die Sitzung für heute und so lange auszusetzen, bis sich ein passendes Lokal für den Verein gefunden haben würde. Da stürzte plötzlich die Frau des Kaufmanns Jacobi zu uns in's Zimmer und berichtete unter herzzerreißendem Jammergeschrei, daß man ihren Mann so eben aus dem Jägerhäuschen (einer so benannten Weißbierbrauerei) gebracht habe, aber so zerschlagen, daß der Arzt an seinem Aufkommen zweifle. Noch hatten wir uns von unserm Schrecken nicht erholt, als drei Mitglieder hereintraten, mit zerschlagenen, furchtbar entstellten Gesichtern, mit Löchern in den Köpfen, und der Eine mit einem fast heraushängenden Auge. Die Kleider waren ihnen vom Leibe gerissen und die Körper starrten von Blut. Diese Unglücklichen hatten, auf die Mittheilung, daß kein Lokal zur Zusammenkunft vorhanden sei, von einer, ihnen bei Weitem überlegenen Anzahl ihrer politischen Gegner ohne Weiteres mit Stuhlbeinen, Stöcken und andern Instrumenten so grauenhaft mißhandelt worden. Sie erzählten, daß sich noch mehrere Vereins-Mitglieder im Jägerhäuschen befänden, die eben so schrecklich zugerichtet seien, und von der mehr als unmenschlichen Behandlung des Kaufmanns Jacobi konnten sie nicht Schreckliches genug erzählen. Ein junger Mann von 20 Jahren, der ebenfalls harmlos in das Jägerhäuschen gekommen war, wurde sogleich von der viehischen Rotte niedergeschlagen und dann in den Keller gesperrt. Hier brachte ihm ein Mädchen Wasser, um sich das Blut abzuwaschen. Als dies geschehen war, kam der Schneider Wiedemann zu ihm in den Keller und forderte ihn auf, wieder mit oben zu kommen; es solle ihm Nichts geschehen. Zitternd folgte der junge Mann. Im Zimmer angekommen, verlangte Wiedemann von ihm: er solle erklären, ob er an Gott glaube und dem König treu bleiben wolle. Der junge Mann sagte hierauf: er habe ja das noch nie geläugnet, worauf er wieder furchtbare Prügel bekam und dann auf die Straße geworfen wurde. Noch ein anderes Mitglied des Vereins konnte sich nur dadurch retten, daß er dem Verlangen der Todtschläger nachgab, die linke Hand auf's Herz zu legen, und drei Finger der rechten Hand zu erheben, wo er dann schwören mußte: an Gott zu glauben, dem Könige treu zu bleiben und nie wieder unter die Republikaner zu gehen. —

Weder Polizei noch Bürgerwehr ließ sich sehen, um die Unglücklichen in Schutz zu nehmen. —

Das ist das Vorspiel; jetzt kommt erst die eigentliche Mordscene. Die so schwer Verwundeten waren bei Bauer geblieben, und dieser beschäftigt, die Namen der Schläger aufzuschreiben, um die gerichtliche Verfolgung einzuleiten. Ich hatte mich zu meinem Glücke entfernt und war zu einem mir befreundeten Kaufmann, Bauer gegenüber, gegangen. Hier war ich kaum zehn Minuten, als ein fürchterliches Jammergeschrei und Hilferuf zu meinen Ohren drang. Erschrokken wandte ich mich nach dem Fenster, und nun stellte sich mir eine Scene dar, die mir das Blut erstarren machte.

Wohl zweihundert Kerle in Hemdeermeln mit Knütteln bewaffnet, waren in den Bauerschen Laden eingedrungen. Sämmtliche darin Befindliche wurden unter schrecklichem Geschrei bei den Haaren herausgeschleift, auf der Straße niedergeworfen, und hier mit Knütteln geschlagen, daß es einen Stein erbarmen mußte. Einige Unglückliche suchten sich durch die Flucht zu retten; sie wurden aber von der ganzen Rotte im vollen Trabe verfolgt, eingeholt, und vor den Augen des, zum Appell versammelten Militärs, fürchterlich gemißhandelt. Das Militär hatte auf Commando Front! gemacht; es stand wie eine Mauer, und sah zu, wie die Straßenräuber in viehischer Lust gegen ihre Opfer wütheten. Ich billige es, daß das Militär sich neutral verhielt; aber als ein junger Mann in Todesangst sich in ihre Mitte drängte, und mit herzzerreißendem Tone um Schutz flehte, das Militär aber dennoch die Reihen öffnete, um den jungen Mann seinen Henkern auszuliefern — da glaubte ich todte Maschienen, aber keine fühlenden Menschen mehr in den Soldaten zu sehen. Der Aufruhr war jetzt in der ganzen Stadt verbreitet, aber immer noch keine Bürgerwehr zu sehn. Die Todtschläger waren jetzt wohl auf 500 angewachsen, so viel ich in dem Augenblicke schätzen konnte — da sah ich sie nach meiner Wohnung ziehen.

Ich erfuhr später durch einen Freund, daß sie meine ganze Wohnung, sogar die Betten durchsucht hatten, bis in die äußerste Spitze des Daches waren sie geklettert, um mich zu suchen; sie wollten, sie mußten mich haben, weil ich — Mitglied des Demokraten-Vereins sein sollte. Sie hatten sich eine Liste sämmtlicher Mitglieder des Vereins zu verschaffen gewußt, sogar mit Angabe der Wohnungen. Nun drangen sie in alle Häuser, wo Mitglieder wohnten, mißhandelten dieselben auf's Grausamste, und führten sie dann unter Verhöhnungen und Beschimpfungen, mit Faustschlägen und Stockschlägen zum Arrest. Die nun endlich zusammen getretene und getrommelte Bürgerwehr sah diesem Schauspiel ruhig zu, und widersetzte sich durchaus nicht dem Eindringen der Rotte in die Häuser. Ein Jammer wars mit anzusehen, wie die armen Menschen leichenblaß, oder blutig geschlagen mit zerrissenen Kleidern von den brutalen Schurken durch die Straßen geführt wurden, und Niemand der zu ihrem Schutze auftrat, mit Ausnahme einiger achtungswerthen Bürgern, worunter ich den Tischlermeister Herrn Pfahl besonders lobend erwähnen muß. Aber auch viele Personen, die niemals zum Verein gehört haben, wurden mißhandelt. Unter Andern der Dr. Bruno Bauer, der sich eben in seine Wohnung begeben wollte; der Kaufmann Hagist, weil seine Söhne dem Verein angehörten, und so noch viele Andere. Der Kaufmann Herr Meiser wurde arretirt von der Rotte, und in Gewahrsam gebracht, weil bei ihm öfter Studenten mit rothen Federn auf den Hüten, Cigarren gekauft haben. Da kann es also nicht anders sein; er ist Republikaner. —

Auf meinem Wege nach Berlin, wohin ich mich der Sicherheit wegen begab, wurde mir erzählt, daß bereits zwei Gemißhandelte an ihren Wunden verstorben seien. Die Wahrheit kann ich nicht verbürgern. So viel für jetzt; die Untersuchung wird das Nähere bringen.

Preis 1 Sgr.

Zu haben Charlottenstraße Nr. 15.

Schnellpressen-Druck von Ferdinand Reichardt & Co., Spandauer Straße Nr. 49.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

notwendig, daß dem Kriegsminister die Wahl der Mittel, um den von der Nat. Vers. erstrebten Zweck zu erreichen, überlassen bleibe."

Sofort nach Verlesung dieses Beschlusses, beantragte Stein am 4. September, der von der Nat. Vers. am 9. August geforderte Erlaß müsse „ohne weiteres abgehen". Die Verhandlung, welche sich am 4. und 7. September an diesen Antrag knüpfte, war höchst lehrreich. Denn Stein gestand geradezu, daß er den demokratischen Geist, der ihn und seines Gleichen beseele, auf die Armee übertragen wolle. Und auf die Warnung Peter Reichensspergers, daß man durch solche Beschlüsse sich geberde wie der französische Nationalkonvent von 1793, entgegnete Waldeck, das „Assoziationsrecht" auch den Offizieren frei zu geben, sei eben der Zweck des Antrags. Waldeck wünschte also das Klubwesen der Regimenter, das in Frankreich 1789 flg. so herrliche Früchte gezeitigt hatte, auch im preußischen Heere einzuführen. Trotzdem aber wurde der Antrag am 7. September mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen. Die treffliche Bürgerwehr nahm in einer Adresse an die Nationalversammlung vom 7. September begreiflicherweise sofort für diese dem Antrage Steins holde Mehrheit in den klassischen Worten Partei:

„Die Bürgerwehr Berlins sieht in dem durch die Mehrheit ausgesprochenen Willen der Nat. Vers. den Willen des preußischen Volkes und wird demgemäß Beschlüsse der Nationalversammlung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten wissen."

Doch hat die Bürgerwehr auch dieses tapfere Gelöbnis so wenig gehalten wie irgend ein früheres. Denn der beste Teil ihrer Tapferkeit war, wie derjenigen Falstaffs, immer Vorsicht. So auch, als die Abgeordneten der Rechten am 7. September durch in die Singakademie eindringende Volkshaufen belästigt und dann auf der Straße beschimpft und bedroht wurden.

Das Ministerium Auerswald aber reichte nach Steins Sieg am 9. September seine Entlassung ein. Unter Vorsitz des Generals v. Pfuel, den wir schon aus den Berliner Märztagen kennen, trat ein neues Ministerium zusammen, das durch seine konservativeren Bestandteile (v. Pfuel, v. Eichmann, v. Bonin, Graf Dönhoff-Kisker, v. Ladenberg) wenigstens ein Ministerium des Widerstandes zu sein schien. Aber in Wahrheit wollte der König mit diesem Ministerium den letzten Versuch machen, die Berliner Anarchie und den rücksichtslosen Radikalismus der Nationalversammlung friedlich zu überwinden. Daß General v. Pfuel dazu nicht der geeignete Mann sei, hätte der König schon aus Pfuels schwächlichem Verhalten bis zum 18. März als Oberkommandant der Berliner Besatzung ersehen können. Auch jetzt zeigte sich Pfuel gerade in der Hauptsache bezüglich der Stellung der Regierung zum Steinschen Antrag, sogar noch weit nachgiebiger als sein Vorgänger im Ministerium Auerswald, von Schreckenstein, gewesen war. Denn Pfuel erließ als Kriegsminister am 23. September ein Rundscheiben an die Truppenbefehlshaber, welches dem Steinschen

Antrag so vollständig Genüge leistete, daß Stein ihm die zweifelhafte Ehre des vollsten Beifalles zollte.

Der König selbst mochte Ähnliches erwarten, denn bereits vor dieser Waffenstreckung Pfuels vor dem äußersten Radikalismus hatte Friedrich Wilhelm nach dem alten Römersprüchwort gehandelt: „Wenn Du den Frieden willst, so rüste den Krieg". Durch den Waffenstillstand mit Dänemark waren die unter Wrangel bisher in Schleswig-Holstein gestandenen Truppenteile verfügbar geworden — meist dieselben Truppen, die nach dem 18. März Berlin hatten räumen müssen. Sie wurden nun in der Nähe Berlins, hauptsächlich in Charlottenburg zusammengezogen, und am 15. September wurde Wrangel zum Oberbefehlshaber über sämtliche Truppen in den Marken ernannt. In einem Tagesbefehl vom 17. sprach Wrangel schon klar aus, wie er seine Berufung auffasse. Da hieß es u. a.:

General von Wrangel.
Nach der Natur gezeichnet von F. Dietz, 1848.

„Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer, aber sie wird ausgeführt werden. Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung haben werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten, denn mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls das Gute wollen, steht fest. Es sind jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, die zur Ungesetzlichkeit verführen wollen. Den guten Elementen will ich eine kräftige Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist."

Man kann sich denken, daß solche Worte in den Ohren der Berliner Volksaufwiegler nicht lieblich klangen und noch weniger die Kunde, daß der verhaßte General Wrangel, trotz Pfuels Widerspruch und dringender Abmahnung, am 20. September in Berlin selbst eine Parade über seine Heerscharen abhalten wolle. Wrangel hielt aber an diesem Vorhaben zäh fest; denn sehr richtig urteilte er über die damaligen Berliner Zustände in einem vertraulichen Schreiben:

„Die hiesigen politischen Zustände sind trostlos; man giebt sich ganz dem Zufall hin und ist in vollständige Ratlosigkeit versunken. Jeder fühlt, daß etwas Energisches

Im Verfolg des Erlasses des Königlichen Staats-Ministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und ihr zweimeiliger Umkreis in Belagerungs-Zustand versetzt worden ist, verordne ich hiemit:

1. Alle Clubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen.
2. Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen Statt finden.
3. Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen.
4. Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft, oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizei-Präsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat.
5. Alle Fremde, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen.
6. Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen.
7. Die Bürgerwehr ist nach der Königlichen Bestimmung vom 11ten d. M., vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; während des Belagerungs-Zustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen.
8. Während des Belagerungs-Zustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizei-Präsidio ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet.
9. Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der von ihnen zu treffenden Maaßregeln, in sofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir aufs Kräftigste unterstützt werden.
10. Die Stadt Berlin haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privat-Eigenthum verübt wird.
11. Der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der Königlichen und Privat-Arbeiten, des Handels und der Gewerbe wird durch Erklärung des Belagerungs-Zustandes nicht weiter beschränkt.

Berlin, den 12. November 1848.

Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken.
General der Kavallerie
von Wrangel.

Gedruckt in der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geschehen müsse, aber es geschieht nichts, um diesen beklagenswerten Zuständen entgegenzutreten, um den Staat und das Königtum zu retten; es sind tausend Ratgeber da, aber es kommt zu keinem kräftigen Auftreten. So eilen wir rettungslos der Anarchie und Republik entgegen."

Wrangel wollte also mit seiner Parade eine Probe auf die Stimmung Berlins machen, und diese Probe hatte den glänzendsten Erfolg. Gerade bei dieser Parade, die von den Unruhestiftern in Grund und Boden verwünscht war, und deren Verlaufe ängstliche Seelen, wie General Pfuel, mit dem größten Bangen entgegen sahen, ließ sich recht deutlich erkennen, daß die ungeheure Mehrheit der Berliner Einwohnerschaft ordnungsliebend sei und in Wrangels Truppen die festesten Stützen dieser Ordnung jubelnd begrüße. Wrangels ganze Parade war ein festlicher Triumphzug. Die Soldaten wurden mit Kränzen und Blumen förmlich überschüttet. Die „Aufregung" der Bevölkerung war allerdings so groß, wie Pfuel warnend prophezeit hatte, aber diese Aufregung zeugte nicht von Haß, sondern von Sympathie für die Truppen und deren Führer. Seiner Gewohnheit entsprechend, hielt Wrangel im Lustgarten auch an die Volksmenge eine Ansprache, die von jubelndem Beifall begleitet wurde. Er sagte da u. a.:

„Ich werde diese Truppen Euch, wenn auch nicht sogleich, doch bald hierherführen; sie sollen sicher kommen. Aber nicht gegen Euch Berliner! sondern zu Eurem Schutze, der wahren Freiheit, die der König gegeben, und zur Aufrechterhaltung des Gesetzes (Allgemeiner Beifall). Gefällt Euch das, Berliner? (Zurufe: Ja! ja!); das freut mich! Für Euch, mit Euch werden wir auftreten und handeln! — Wie traurig finde ich Berlin wieder: in den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden voll Ware ohne Käufer, der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst, der Handwerker verarmt. Das muß anders werden; ich bringe Euch das Gute mit der Ordnung, die Anarchie muß aufhören. Ich verspreche es Euch, und ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen!"

Schließlich brachte er ein Hoch auf den König aus, in das Truppen und Volk stürmisch einfielen. Dieser mannhafte Schritt übte durchaus die gewünschte Wirkung. Berlin war plötzlich ruhig geworden und blieb ruhig bis nahezu Mitte Oktober. Um dieselbe Zeit gab Graf Brandenburg in der schlesischen Hauptstadt selbst einen neuen Beweis seiner schneidigen Kraft, indem er am 20. September sowohl gegen Pöbelexzesse wie gegen die Lässigkeit, ja Beteiligung der Bürgerwehr nachdrücklich einschritt. Dasselbe thaten, offenbar durch Wrangels und Brandenburgs Beispiel ermuntert, am 26. September die Kommandanten von Köln, General Kaiser und Oberst Engels. Nur zur Verhöhnung, Beschimpfung und Mißhandlung der Mitglieder der Rechten der Nationalversammlung fühlte sich der Berliner Pöbel noch stark genug. Als aber die vergewaltigten Abgeordneten und ihre Freunde am 26. September den Antrag stellten: „Der Präsident möge dafür sorgen, daß die Würde und Unverletzlichkeit der Versammlung gesichert werde", wurde der Antrag mit 175 gegen 130 Stimmen als „nicht dringlich" erklärt!

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auch die Durchberatung der Verfassung, die Hauptaufgabe, war dem hohen Hause bisher so wenig „dringlich" erschienen, daß es erst am 12. Oktober damit begann. Waldeck hatte den Entwurf der Regierung vollständig umgestaltet. Schon in der Überschrift: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden" u. s. w. wurden die Worte „von Gottes Gnaden" mit 217 gegen 184 Stimmen gestrichen; dann die Abschaffung des Adels, der Orden und der Titel mit 200 gegen 153 Stimmen beschlossen. Beide Male waren die Abgeordneten, welche gegen die demokratische Mehrheit gestimmt, nach dem Schlusse der Sitzung wieder Beleidigungen und Mißhandlungen seiten des Pöbels ausgesetzt. Ein

„Wie traurig sehe ich Berlin wieder, in den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet u. s. w., das muß anders werden . . ." General Wrangels Rede vom 20. September 1848.

Karikatur aus dem „Leuchtthurm", 1848.

erneuter Antrag auf Maßregeln zum Schutze der Versammlung wurde auch diesmal von der Mehrheit mit Hohn aufgenommen und abgelehnt.

Am 16. Oktober litt es die Unruhestifter aber nun nicht länger in dem durch Wrangels kräftiges Auftreten erzwungenen Stande der Ruhe. Sie mußten wieder einmal eine blutige Kraftprobe abgeben. Diesmal wurde die Bürgerwehr von revolutionären Arbeiterhaufen, die unter einer roten Fahne einherzogen, angegriffen. Erst nachdem sie von allen Seiten bedrängt war, feuerte die Bürgerwehr endlich. Es gab zehn Tote und viele Verwundete. Dieser schmähliche Auftritt bot aber dem Abg. Berends am 18. Oktober nur den Anlaß, zu beantragen:

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kanne Bier auf dem Tische; wer daran zweifelt, f
der Vorstadt nach Namur. Oft fragte man mich, v
in Deutschland aus? — ich zuckte die Achseln; ach,
es, ihre Landsleute wissen noch nicht, was eine Revol
Erfahrung machte uns klug, man kann Gesetz, Or
Freiheit billiger haben! Wir reden fünf Sprachen, l
früher sich fremden Landestheilen und dennoch wurd
geachtete Nation, durch die Majestät des Gesetzes un
Constitution. — Die Leute haben Recht, denn als
stand eine wackre Armee von 80,000 Mann, wohlv
gerüstet, da, und die Franzosen zogen den Hut ab v
nen Volke von fünf Millionen Menschen.

Herzlich freute ich mich, nach dem schönen, lust
zu kommen, denn ich war in zwei Jahren nicht da g
dachte die reiche Bescheerung unterm Christbaum der
heit zu finden. Die Victoria stand noch auf dem Br
Thore, allein, die Bürger hielten Wacht; da denk ich:
gel ist mit der Garde nach Holstein, um einen fris
zu holen und die braven Leute verwahren bis zur H
Stadt. Unter den Linden spazierten junge Herren
Hahnenfedern auf den Hüten und Hirschfängern an
wie ich sie in Faust und dem Freischützen gesehen.
mir, das seien lateinische Schüler, welche Politik studi
Finanzen ihrer Aeltern in Ordnung brächten; ob ich
gen auch herschicke? Wenn die Examina nur abgesc
Alle Bäume bis an die Zweige mit Recepten bekle
Segen der freien Presse zu preisen, und Sitte und An
pfehlen — ich träumte mich auf den Boulevards von P
Buchhändler, ohne Schuhe und Patent, zeigten d
Berlin der Sitz der Intelligenz sei. Ein Glück fü
v. Humboldt, daß sein Kosmos gedruckt ist, man
an solcher leichten Lectüre keinen Geschmack haben. A
nigspalais stand ich still, die Fenster waren gesch
Thräne trat mir ins Auge. Ich gedachte der Zeit,
wohner Berlins lautlos unter dem Fenster des sterbe

(Aus der

Offener Brief

an die Berliner und die Provinzen.

(Erster Brief.)

(Aus der Haude und Spenerschen Zeitung Nr. 131. — Mit Bewilligung der Redaction besonders abgedruckt.)

Berlin, den 1. Juni 1848.

Das Volk gleicht den schönen Frauen, es sind viele Schmeichler da, die es verderben! In Berlin fehlt es auch nicht an schlauen Briefstellern. Der eine bittet: liebes Volk, du bist allmächtig, schaffe mir eine Ministerstelle, ich werde schön danken; der andere: liebes Volk, du bist zu ruhig, eine Haupt-Demonstration könnte nicht schaden, da fischen wir im Trüben! Der Dritte schildert das Land Kanaan so natürlich, daß mancher schon Milch und Honig für gemeine Waare hält; aber ich sehe noch keinen Redner und Briefsteller, der wirklich Brot und Sahne geliefert hätte! Unwillkürlich fallen mir dabei die alten biblischen Geschichten von den falschen Propheten ein, und ich habe Angst, daß über kurz oder lang hier noch einige derselben durch ihre betrogenen Jünger gesteinigt werden. Da möchte ich nun um Erlaubniß bitten, einmal ohne Schmeichelei die Wahrheit sagen zu dürfen: große Umstände brauche ich wohl deshalb nicht zu machen, weil ich selbst zum Volke gehöre und seit dreißig Jahren alle Tage tüchtig mit ihm arbeite; ich weiß ziemlich genau, wo der Schuh drückt. Von der Staatsverfassung, dem Prinzen von Preußen, Frankfurt und der deutschen Flotte zu reden, fällt mir nicht ein, ich werde eine kleine Reisebeschreibung liefern. Fremde Länder sind häufig ein Spiegel, in dem man die eigene Thorheit schaut.

Als die französische Revolution ausbrach, war ich in Brüssel. Die Belgier haben träges Blut und dachten: man brauchts nicht gleich nachzumachen, wir wollen die Sache ein wenig ansehen, Holzäpfel blühen auch schön, warten wir auf die Frucht! Indessen der Schrecken vor Unruhen fuhr unter die Kapitalisten, der Handel und die Fabriken stockten. Der Adel flüchtete auf's Land, und Bürger und Bauer vergruben ihr Geld, als stünde der dreißigjährige Krieg vor der Thür. Binnen vierzehn Tagen war die Noth da. Man bildete Clubs, steckte die Köpfe zusammen und auf dem großen Platze standen finstere Gesellen. Da stieg ein Volksredner auf die Rathhaustreppe, er war aber nicht aus der Schule Derer, so hier unter den Zelten Volksherrschaft predigen und Hunger herbeiführen — um ihn stand der ganze Haufe. Was fehlt Euch? Antwort: Brot! Warum kauft Ihr's denn nicht? Schöne Frage, wir haben kein Geld! und warum habt Ihr kein Geld? nun ja, weil keine Arbeit ist. Ach, da wollen wir uns bald helfen, sagte der Redner, schaut, das Geld ist eine Maus: wenn sie Lärm hört, verkriecht sie sich, aber verhaltet Ihr Euch still, so wird's bald wieder kommen. Adieu, macht Euch nach Hause! und heim gingen die Leute, so Verstand im Kopfe und Liebe zur Ordnung im Herzen unter dem blauen Kittel trugen. Vor solchen Leuten muß man Respect haben, sagte Friedrich der Große und so dachte man auch in Brüssel. Die Bürger sprachen: das Volk ist brav, es muß nach Möglichkeit gesorgt werden. Die Stadt ließ öffentliche Arbeiten verdingen: jeder Hausbesitzer Pflaster legen, anstreichen und repariren. Der Herzog von Aremberg und die Großen blieben nicht zurück: der König verließ Schloß Laeken und zog in die Stadt, Jedermann rief: Es lebe der König! wenn er öffentlich erschien. Die Kammern setzten allen Hader bei Seite, handelten wie ein Mann und bewilligten der Regierung eine Menge Geld für Kanäle und Straßen, oder Unterstützungen an arme Gemeinden. Man begriff, daß nur Eintracht den Staat und die Freiheit rettet zur Stunde der Gefahr. So wuchs das Vertrauen. Reiche Franzosen und Engländer zogen in Masse nach Brüssel, Einer schrieb es dem Andern: Hier ist es sicher! Das Militair brachte auch viel Geld, man vertrug sich musterhaft mit einander; ich habe nicht eine einzige Unordnung gesehen. Maueranschläge gab es, allein es waren Aufforderungen zur Wohlthätigkeit und zu gemeinnützigen Zwecken, nichts von Politik, nur die Wählerlisten hingen aus, denn der Belgier vertraut seinen Kammern. Kein Franzose oder Pole durfte in den Kaffeehäusern schelten, das Gefühl für Ehre und Selbstständigkeit entwickelte sich in der Nation zur schönsten Blüthe.

So kam, trotz der schlechten Zeit, die Geldmaus wieder aus dem Loch. An Sonn- und Festtagen sitzen die Leute mit ihren Frauen wohlgekleidet auf Stühlen vor den Thüren, eine blanke

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kanne Bier auf dem Tische; wer daran zweifelt, schaue zu in der Vorstadt nach Namur. Oft fragte man mich, wie sieht es in Deutschland aus? — ich zuckte die Achseln; ach, Herr, hieß es, ihre Landsleute wissen noch nicht, was eine Revolution kostet! Erfahrung machte uns klug, man kann Gesetz, Ordnung und Freiheit billiger haben! Wir reden fünf Sprachen, bestehen aus früher sich fremden Landestheilen und dennoch wurden wir eine geachtete Nation, durch die Majestät des Gesetzes und eine freie Constitution. — Die Leute haben Recht, denn als ich abreiste, stand eine wackre Armee von 80,000 Mann, wohlversehen und gerüstet, da, und die Franzosen zogen den Hut ab vor dem kleinen Volke von fünf Millionen Menschen.

Herzlich freute ich mich, nach dem schönen, lustigen Berlin zu kommen, denn ich war in zwei Jahren nicht da gewesen, und dachte die reiche Bescheerung unterm Christbaum der neuen Freiheit zu finden. Die Victoria stand noch auf dem Brandenburger Thore, allein, die Bürger hielten Wacht; da denk ich: der Wrangel ist mit der Garde nach Holstein, um einen frischen Lorbeer zu holen und die braven Leute verwahren bis zur Heimkehr die Stadt. Unter den Linden spazierten junge Herren mit rothen Hahnenfedern auf den Hüten und Hirschfängern an der Seite, wie ich sie in Faust und dem Freischützen gesehen. Man sagte mir, das seien lateinische Schüler, welche Politik studirten und die Finanzen ihrer Aeltern in Ordnung brächten; ob ich meinen Jungen auch herschicke? Wenn die Examina nur abgeschafft wären! Alle Bäume bis an die Zweige mit Recepten beklebt, um den Segen der freien Presse zu preisen, und Sitte und Anstand zu empfehlen — ich träumte mich auf den Boulevards von Paris. Junge Buchhändler, ohne Schuhe und Patent, zeigten deutlich, daß Berlin der Sitz der Intelligenz sei. Ein Glück für Alexander v. Humboldt, daß sein Kosmos gedruckt ist, man würde jetzt an solcher leichten Lectüre keinen Geschmack haben. Vor dem Königspalais stand ich still, die Fenster waren geschlossen, eine Thräne trat mir ins Auge. Ich gedachte der Zeit, wo die Bewohner Berlins lautlos unter dem Fenster des sterbenden Königs standen und einen Blumenkranz hinauf sandten; es ist doch ein edles Ding, die Treue! Blücher, Bülow und Scharnhorst haben die Farben gewechselt, das gefällt mir nicht. Denn wenn ich die Fahne meines alten Regiments fände, ich würde den letzten Thaler daran wagen, und meine Kinder bitten, sie mir auf das Grab zu legen. Schwarz und weiß zog siegreich von der Katzbach bis nach Paris: Hat die neue Farbe eine solche Runde gemacht, dann stellt sie neben die alte, und doppelt wird man sich neigen.

Da ich von Brüssel nach Antwerpen kam, so forschte ich vergleichend nach dem Berliner Handel und Wandel, aber in den Läden fand ich trübe Gesichter, überall Wohnungen zu vermiethen, keine Gütermassen in Bewegung, und ich dachte, das geht zwar schlecht, allein sie verhalten sich still und warten auf die Geldmaus. So legte ich mich denn zu Bett und bat Gott, daß er alle die Kummertragenden trösten wolle. Nachts fahre ich auf, ich denke, es brennt, oder die Russen stehen vor dem Thore. Ein Tumult, als ob funfzig Nachtwächter bliesen, Generalmarsch, Bürger stürzten mit Gewehren hervor und in der Ferne ein verworrenes Lärmen, als ob die Frösche einen König ausriefen. Da ziehe ich denn auch die Stiefeln an, um mit dem Vaterlande unterzugehen, wenn die Berliner es nicht halten könnten. Der Mond stand so trübe am Himmel, als ob er weinen wollte über die verständige Hauptstadt. Plötzlich tritt mein Wirth herein, ich halte ihn in der Angst bereits für blessirt, und die Barrikade schon für verloren. „Ach, lieber Herr, bleiben sie man ruhig, das ist gar nichts, wie eine allnächtliche Katzenmusik!" Nun, das muß ich sagen, die Berliner verstehen sich auf Alles, aber das Vertrauen und die Geldmaus zu locken, das verstehen sie nicht.

Solche Katzen fütterte ich nicht, denn ihre Musik ist zu theuer für Bürgersleute. Lieber rathe ich, nach Brüssel zu reisen, und nicht allein die Constitution abzuschreiben, sondern auch deren würdigen Gebrauch zu erlernen. Ruhe und Ordnung sind die erste Bürgerpflicht und über den Rechten des Volkes stehen die Pflichten, so sagt wenigstens der Demokrat Venedey.

Friedrich Harkort.

Gedruckt und zu haben bei den Gebr. Unger in Berlin, Markgrafenstr. Nr. 51.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

chaue zu in
vie sieht es
Herr, hieß
ution kostet!
dnung und
bestehen aus
en wir eine
d eine freie
ich abreiste,
ersehen und
or dem klei-

igen Berlin
ewesen, und
neuen Frei-
andenburger
der Wran-
chen Lorbeer
heimkehr die
mit rothen
der Seite,
Man sagte
rten und die
meinen Jun-
hafft wären!
bt, um den
stand zu em-
aris. Junge
eutlich, daß
r Alexander
würde jetzt
vor dem Kö-
lossen, eine
wo die Be-
den Königs

standen und einen Blumenkranz hinauf sandten; es ist doch ein edles Ding, die Treue! Blücher, Bülow und Scharnhorst haben die Farben gewechselt, das gefällt mir nicht. Denn wenn ich die Fahne meines alten Regiments fände, ich würde den letzten Thaler daran wagen, und meine Kinder bitten, sie mir auf das Grab zu legen. Schwarz und weiß zog siegreich von der Katzbach bis nach Paris: Hat die neue Farbe eine solche Runde gemacht, dann stellt sie neben die alte, und doppelt wird man sich neigen.

Da ich von Brüssel nach Antwerpen kam, so forschte ich vergleichend nach dem Berliner Handel und Wandel, aber in den Läden fand ich trübe Gesichter, überall Wohnungen zu vermiethen, keine Gütermassen in Bewegung, und ich dachte, das geht zwar schlecht, allein sie verhalten sich still und warten auf die Geldmaus. So legte ich mich denn zu Bett und bat Gott, daß er alle die Kummertragenden trösten wolle. Nachts fahre ich auf, ich denke, es brennt, oder die Russen stehen vor dem Thore. Ein Tumult, als ob funfzig Nachtwächter bliesen, Generalmarsch, Bürger stürzten mit Gewehren hervor und in der Ferne ein verworrenes Lärmen, als ob die Frösche einen König ausriefen. Da ziehe ich denn auch die Stiefeln an, um mit dem Vaterlande unterzugehen, wenn die Berliner es nicht halten könnten. Der Mond stand so trübe am Himmel, als ob er weinen wollte über die verständige Hauptstadt. Plötzlich tritt mein Wirth herein, ich halte ihn in der Angst bereits für blessirt, und die Barrikade schon für verloren. „Ach, lieber Herr, bleiben sie man ruhig, das ist gar nichts, wie eine allnächtliche Katzenmusik!" Nun, das muß ich sagen, die Berliner verstehen sich auf Alles, aber das Vertrauen und die Geldmaus zu locken, das verstehen sie nicht.

Solche Katzen fütterte ich nicht, denn ihre Musik ist zu theuer für Bürgersleute. Lieber rathe ich, nach Brüssel zu reisen, und nicht allein die Constitution abzuschreiben, sondern auch deren würdigen Gebrauch zu erlernen. Ruhe und Ordnung sind die erste Bürgerpflicht und über den Rechten des Volkes stehen die Pflichten, so sagt wenigstens der Demokrat Venedey.

Friedrich Harkort.

„Die sofortige Bestrafung der schuldigen (!) Bürgerwehrmänner und Kompagnien, die ehrenvolle Bestattung der Toten durch die Arbeiter auf öffentliche Kosten, die Pensionierung der Hinterbliebenen und die Herstellung der Verwundeten, gleichfalls auf öffentliche Kosten, endlich" — man staune! — „die Auszahlung zweier Tagelöhne an alle an dem Krawall beteiligten Arbeiter und Befreiung aller Gefangenen."

Das war denn doch selbst der demokratischen Mehrheit zu stark. Sie beschloß die Niedersetzung eines Untersuchungsausschusses. Die äußerste Linke aber ging, unter Waldecks Vortritt, hinter den Särgen der „gemordeten Freiheitskämpfer" bei deren Bestattung einher. Als der König aber der Bürgerwehr in einer Kabinetsorder vom 17. Oktober seinen Dank für ihre vermeintlich tapfere Haltung vom 16. aussprach, schämte sich die Bürgerwehr selbst darüber, daß sie den verbrecherischen Angriff des Pöbels abgewehrt habe — und wies die königliche Order zurück!

Es war die höchste Zeit, diese verwahrloste Truppe daran zu erinnern, wozu sie da sei; und das geschah in dem Bürgerwehrgesetz, das schon am 5. Oktober in der Singakademie zur Annahme gelangt war und nun am 17. von der Regierung verkündet wurde. Die demokratische Mehrheit hatte dem sauren Gesetze zugestimmt, weil sonst unfehlbar die Bürgerwehr sofort aufgelöst worden wäre. Aber die Bürgerwehr hatte nun freilich gesetzlich hinfort lediglich die Rolle zu spielen, die sie bisher schon hätte spielen sollen: sie war hinfort nur ein Werkzeug der Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, kein selbständiger politischer Körper; sondern der Gemeinde-Verwaltung, und bei Bedarf auch den Befehlen der Regierung, unterstellt. Auch hatte sie dem König Treue zu geloben. Um seiner Achtung vor diesem Gesetze entsprechenden Ausdruck zu geben, durchschritt der Pöbel von Berlin in einem großen Aufzuge die Stadt. Inmitten desselben trug ein Esel das verdammte Gesetz. Auf dem Platze vor dem Sitzungssaal der Kammer wurde es verbrannt. Die Bürgerwehr schaute mit offenbarer Befriedigung, Gewehr im Arm und thatenlos, dem geistvollen Schauspiel zu.

Bei dieser Bekundung seines Ingrimms über die „reaktionären" Beschlüsse der Nationalversammlung vom 5. Oktober (Annahme des Bürgerwehrgesetzes) ließ es aber der Pöbel nicht bewenden. Vielmehr tobte er ärger als je, als die Abgeordneten und Regierungsvertreter, nach der „Verwässerung des Antrages Behrens" in der Sitzung am 18. Oktober, aus dem Schauspielhause heraustraten, wo jetzt die Volksvertreter tagten. Obwohl Bürgerwehr genug zur Stelle war, wurden die Mitglieder der Rechten und die Regierungs-Kommissare wörtlich und thätlich beleidigt; man nannte sie „Verräter" statt „Vertreter" des Volkes, drehte ihnen Stöcke unter die Nase, hielt ihnen Bündel Stricke mit der Drohung vor: „daran müssen alle von der Rechten aufgehängt werden!" und schrie dem General von Brandt zu: „das ist auch so ein Hallunke wie die Andern!" Diesen Schmachscenen endlich ein Ende zu machen, war der Zweck des Antrages

v. Meusebach, über den bei dessen Einbringung am 19. und dann am 21. Oktober verhandelt wurde. Diesmal fand der Antrag sogar in dem demokratischen Präsidenten der Versammlung Grabow einen Fürsprecher, da dieser die mannhaften Worte sprach:

„Wenn uns hier (durch den Terrorismus der Massen) bestimmte Schranken angewiesen sind, dann glaube ich, daß die Würde der Versammlung verletzt ist. Ich erkläre, daß ich nach dem Beschlusse, der am 15. Juni gefaßt ist (s. o. S. 347) und nach dem was jetzt vorgekommen ist, nicht imstande sein werde, die Versammlung gegen irgend etwas zu schützen".

Gleichwohl lehnte auch jetzt die Mehrheit den Antrag ab. Sie hatte weder Willen noch Lust, der schmählichen Behandlung und Einschüchterung der Versammlung zu steuern, und forderte dadurch die Einmischung der Staatsgewalt und bewaffneten Macht geradezu heraus. Das lehrte am deutlichsten der 31. Oktober. An diesem Tage stellte Waldeck den in der Sache ganz löblichen, aber viel zu weitgehenden Antrag: „das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten," also mit andern Worten: das ganze preußische Heer sofort in Österreich feindlich einrücken und auf Wien marschieren zu lassen. Das erschien doch auch dieser Versammlung zu phantastisch; sie nahm daher einen Antrag von Rodbertus an, der die „Vermittelung der Centralgewalt in Sachen Wiens" angerufen wissen wollte. Dieser Antrag fand mit allen gegen 52 Stimmen Annahme. Schon während der Verhandlung aber wurde der Sitzungssaal von Pöbelmassen förmlich belagert. Um zu beweisen, daß die Bürgerwehr nur noch die organisierte Anarchie sei, erließ ein Offizier des 22. Bataillons den Befehl: „kein Mitglied der Rechten vor beendeter Sitzung aus dem Hause herauszulassen!!" — damit sich keines den Mißhandlungen des Pöbels entziehen könne! Der süße Pöbel machte denn auch nach dem Ende der Sitzung, nachmittags 5 Uhr, von der ihm seiten der Bürgerwehr freundlich verstatteten Handlungsfreiheit ausgiebigeren Gebrauch als jemals. Nur mit Lebensgefahr konnten die Abgeordneten der Rechten und die Minister durch Nebenpforten das Haus verlassen. Sie wurden mit Stöcken, Stricken und Knütteln geschlagen, auch ein Regierungskommissar. Der greise General Pfuel, dem doch selbst der Republikaner Stein kurz zuvor seinen Beifall gezollt hatte, mußte von den Mitgliedern der Linken, unter Georg Jungs Führung, geschützt und hinweggeleitet werden.

Damit war nun aber das Maß der anarchischen Sünden zum Überlaufen voll. Noch am 31. abends forderte der König den Minister v. Pfuel auf, wegen der Exzesse dieses Tages den General v. Wrangel mit den Truppen in Berlin einrücken zu lassen. Dieser Befehl hatte sofort die gewünschte Wirkung: daß Pfuel am 1. November „aus Gesundheitsrücksichten" sein Amt niederlegte. An seiner Stelle verkündete v. Eichmann am nämlichen Tage, daß in Zukunft zum Schutze der Nationalversammlung bei jeder Ruhestörung und Unzuläng-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lichkeit der Bürgerwehr sofort „die bewaffnete Militärmacht in Thätigkeit treten" werde. In dem Schreiben vom 1. November, in welchem Pfuel den Präsidenten der Nationalversammlung von seinem Rücktritt benachrichtigte, zeigte er zugleich an, daß Graf Brandenburg die Bildung eines neuen Ministeriums übernommen habe. Dieser Mann und dessen neue Kollegen stellten nun allerdings ein äußerst festes Ministerium des Widerstandes dar. Es ist Bismarcks Verdienst, die Aufmerksamkeit und die Wahl des Königs auf den Grafen Brandenburg hingelenkt und diesen zur Annahme des schweren Amtes bestimmt zu haben. (Das nähere bei Sybel, a. a. O. S. 251—54.) Denn Bismarck war schon den ganzen Sommer über einer der vertrautesten Ratgeber des Königs gewesen. Im Grafen Brandenburg hatte Preußen weitaus den tüchtigsten Minister gewonnen, den es vom März 1848 bis zum November 1850 (bis zum Tode Brandenburgs) besaß. Der Graf war durchaus kein reaktionärer Fanatiker, sondern gemäßigt und vorurteilslos, in politischen Dingen von klarem Verstande, außerdem von gut deutscher Gesinnung, unbedingter Zuverlässigkeit, lebhaftestem Ehrgefühl, aber allerdings auch von unerschütterlicher Entschlossenheit bei Bekämpfung der Anarchie.

von Unruh.
Nach einer Lithographie von Hermann Eichens, 1848.

Dieses Eine genügte schon, die Mehrheit der Nationalversammlung mit unversöhnlichem Grimm gegen diesen Minister zu erfüllen. Am 2. November beschloß sie — jetzt unter dem Präsidium v. Unruhs — eine Adresse, die dem König durch eine Abordnung unter Führung v. Unruhs überreicht werden sollte. Dieser Abordnung gehörte auch Johann Jacoby, der berühmte Verfasser der „Vier Fragen eines Ostpreußen" und Mitglied des Frankfurter Parlamentes an (s. o. S. 61). Die Adresse offenbarte dem König namentlich, daß die Einsetzung des Ministeriums Brandenburg: „Die größten Besorgnisse im

Volke erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht." Der König nahm die Abordnung wohl an und ließ sich auch die Adresse vom Präsidenten v. Unruh vorlesen, aber nachdem er ihren durchaus ungebührlichen — u. a. auch auf Entfesselung der Revolution hindeutenden — Inhalt angehört, verließ er das Zimmer, ohne eine Antwort zu geben. Johann Jacoby rief ihm beim Davonschreiten nach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" *)

Sofort zeigte sich nun, was Thatkraft und Entschlossenheit vermag. Denn als am 3. November, nach Unruhs Bericht über den Empfang der Abordnung beim Könige in Potsdam, die vom 3. November datierte, geharnischte Antwort des Königs auf die Adresse des Vortages verlesen war, vermochte kein Antrag der bisher allmächtigen radikalen Mehrheit mehr durchzudringen.

Schlag auf Schlag folgten nun die Donnerkeile gegen die Berliner Anarchie. Am 9. November erschienen die neuen Minister zum erstenmal vor der Nationalversammlung, aber nur um der Verlesung zweier königlicher Kabinetsordres beizuwohnen, von denen die erste befahl: die Nationalversammlung habe sofort ihre Verhandlungen abzubrechen und am 27. November in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Als Präsident v. Unruh die Verhandlung trotzdem fortsetzen ließ, verließen die Minister und viele Abgeordnete der Rechten den Saal. Die zweite königliche Kabinetsordre verhängte — unter Aufhebung der Bürgerwehr mittels besonderer königlicher Verordnung vom 11. November — den Belagerungszustand über Berlin. Beide königliche Entschließungen erklärte die Nationalversammlung für „ungesetzlich" — ohne irgendwie zureichende Rechtsgründe. Aber schon war auch die Macht zur Stelle, die des Königs Befehlen Gehorsam erzwingen konnte.

Um 10 Uhr am Morgen des 10. November war General Wrangel mit seinen Truppen von Charlottenburg aufgebrochen. Um 2 Uhr, nachdem sie Berlin besetzt, war er mit einigen Truppen vor dem Schauspielhaus angelangt und grüßte die Bürgerwehr, die das Sitzungslokal besetzt hielt. Sie aber erwiderte seinen Gruß nicht. In dem weiter entfernten Volkshaufen hörte man Zischen und Pfeifen. Wrangel kehrte nun ruhig zu seinen Truppen in der Mohrenstraße zurück und ließ sich in einen Stuhl nieder, der ihm aus einem Hause gebracht wurde. Bald erschien der Kommandeur der Bürgerwehr, Rimpler, mit seinem „Stabe" und erklärte: „Die Bürgerwehr ist entschlossen, die Freiheit des Volkes, die Würde der Nationalversammlung zu schützen und wird nur der Gewalt weichen." Ruhig und freundlich erwiderte Wrangel, die Uhr ziehend: „Sagen Sie Ihrer Bürgerwehr, die Gewalt wäre nun da, ich würde nun mit den Truppen für die Ordnung einstehen. Die Nationalversammlung

*) Johann Jacoby selbst hat dem Verfasser 1862, bei der Einweihung des Heinrich-Simon-Denkmals am Wallensee (Schweiz) zugestanden, daß er jene Worte gesprochen. Bekanntlich werden sie, gerade von demokratischer Seite, noch heute vielfach bestritten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

National-Versammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch gläuben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen konstitutionellen Wege!

Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade, und abzuwarten die Thaten die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euren konstitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter konstitutioneller König zu sein, auf daß wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen Dache zum Frommen Unseres Preußischen und ganzen Deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Seegnungen einer echten wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! —

Dazu wolle Gott Seinen Seegen verleihen! —

Sanssouci, den 11. November 1848.

gez. **Friedrich Wilhelm.**

contras. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg.
v. Strotha. v. Manteuffel.

Verkleinerter Facsimiledruck.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Proklamation.

Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staats-Verfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maaßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. dieses Monats zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3. des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maaßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturz-Partei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gutgesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch, Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der

Gedruckt in der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nation
mißbill
den E
die in
Ich w
Wege
P
Vertra
für di
Stellu
in gut
darin
auf de
die da
die un
werder
heiligs
konstit
stattlic
zum
Vaterl
der S
lang e
D

C

Dr. Jacoby v. Unruh v. Berg Prof. Baumstark Rodbertus v. Kirchmann

„Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen."

Deputation der preußischen Nationalversammlung am 3. November 1848 vor Friedrich Wilhelm IV. zu Potsdam.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wird binnen 15 Minuten den Sitzungssaal verlassen, und dann wird auch die Bürgerwehr abziehen." Die gestellte Frist war noch nicht verstrichen, als die Nationalversammlung paarweise aus dem Schauspielhause abzog und in der Taubenstraße verschwand. Ebenso schnell verschwand die Bürgerwehr, die „nur der Gewalt" wich.

Der Rumpf der Nationalversammlung, bloß noch aus der Linken bestehend, tagte jedoch in Mielentz' Saal weiter, und faßte hier, unter Unruhs Vorsitz, Angesichts der in den Sitzungssaal eindringenden bewaffneten Macht, am 15. November den bekannten „Steuerverweigerungsbeschluß": „das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Sitzungen fortzusetzen vermag." Dieser Beschluß war durchaus ungesetzlich, denn so lange Preußen keine konstitutionelle Verfassung, und daher auch keine mit dem Budgetrecht bekleidete Volksvertretung hatte, war und blieb die Regierung berechtigt, bestehende Steuern zu erheben und darüber zu verfügen, nicht minder über die vorhandenen Staatsgelder. Der Beschluß machte auch im Lande einen seinen Urhebern durchaus nachteiligen Eindruck. Fast niemand gehorsamte ihm — diese wenigen zu ihrem großen Schaden. Vielmehr machte er erst recht deutlich, wie weit die Berliner Parteiverbitterung und -Verranntheit von den Wegen des Rechtes und der Ordnung hinweggeführt hatte!

Baron Beisele und Dr. Eisele nehmen Reißaus vor der neuen „Wrangelschen Straßenreinigungsmaschine". Faksimile aus den „Fliegenden Blättern", 1848.

Dann stritten sich wieder vom 27. November an in Brandenburg die Linke und Rechte der Nationalversammlung um die Rechtmäßigkeit der Verhandlungen. Diesen Streitigkeiten aber machte eine königliche Botschaft vom 5. Dezember ein Ende, indem sie, unter Hinweis auf den Steuerverweigerungsbeschluß, die Auflösung der Nationalversammlung aussprach und eine Verfassung oktroyierte. Im Wesentlichen war es dieselbe Verfassung, die der Verfassungsausschuß unter Waldecks Vorsitz angenommen hatte — die Nationalversammlung selbst hatte davon bis zu ihrem seligen Ende freilich nur drei Paragraphen durchberaten. Gewiß konnten sich also alle Freisinnigen über die königliche Oktroyierung nicht beklagen und thaten es auch nicht. Vielmehr waren die Allermeisten froh, daß der wüste Berliner Spuk verflogen sei und durch kräftige Hand für immer beschworen werde. Die heißersehnte Ruhe und Ordnung war in Preußen wiedergekehrt und wurde von der ungeheuren Mehrheit des Volkes frohlockend begrüßt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Ministerium der Zukunft.

Simon von Trier, Friedensrichter und Vorstand der Fortifikationskommission. — M. Hartmann, Minister des Innern. — Nauwerk, Bewässerungsinspektor. — Zimmermann, Oberst der Mohren
Ruge, Minister des Äußern. — Schlöffel, Minister der Gerechtigkeit. — Kuenzer, Bierschröder. [u. Verschnittnen.
K. Vogt, Minister des Kultus. — Zitz, Kriegsminister. — Wiesner, Ob.-Interpellationsrat im peinl. Höramt. — Wigard, Stimme
Schaffrath, Ceremonienmeister. — v. Itzstein, wirkl. geheimer Rat. — Roßmäßler, Professor der Dialektik. [des Volks.
Rößler von Oels, Kammersänger u. Vorstand d. höhern Töchterschulen.